

EUROPA NACH DER KRISE?

attac
Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

IMPRESSUM

1. Auflage 2015
1.000 Exemplare

HERAUSGEBER
Attac Trägerverein e.V.
Münchener Straße 48
D-60329 Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten © Attac

AUTOR_INNEN
Andreas Eis, Christoph Hörnschemeyer, Johannes Krämer,
Holger Oppenhäuser (Attac Bundesbüro), Gunter Quaißer,
Herbert Storn. Anregungen von Maik Schmidt und
Thorsten Michels.

GESTALTUNG
Dicey, Berlin
www.dicey-studios.com

HERSTELLUNG
Pachnicke Druck, Göttingen
www.pachnickedruck.de

LAYOUT UND DRUCK MIT FINANZIELLER UNTERSTÜTZUNG VON
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Otto Brenner Stiftung
IG Metall Vorstand FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Weitere Informationen: www.attac.de/bima

Feedback: bildung@attac.de



INHALTSVERZEICHNIS

INHALT MODULE I-V · EINLEITUNG · LEGENDE

MODUL **Das Geld und ich – oder: Wie wird gesellschaftlicher Reichtum verteilt?**



Was habe ich mit der Wirtschaft zu tun, wie ist Reichtum in der Gesellschaft verteilt, wer zahlt welche Steuern, und wofür gibt der Staat das Geld aus?

Einführung

- I.1 **Arbeitsblatt:** Welche Rolle spielt Geld für mich?
- I.2 **Aktivität:** Das Verteilungsbild
- I.3 **Arbeitsblatt:** Aufgaben und Ausgaben des Staates
- I.4 **Arbeitsblatt:** Wie finanziert sich der Staat und ist das Steuersystem gerecht?
- I.5 **Arbeitsblatt:** Streitpunkt Vermögensteuer
- I.6 **Infoblatt:** Steuern
- I.7 **Arbeitsblatt:** Ökonomische Folgen der Ungleichverteilung

MODUL **Von der Finanzkrise zur Staatsfinanzierungskrise in Europa**



Was sind die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise? Wie ist die privatwirtschaftliche Finanzkrise zu einer Staatsfinanzierungskrise geworden?

Einführung

- II.1 **Arbeitsblatt:** Ursachen der globalen Finanzkrise
- II.2 **Arbeitsblatt:** Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise
- II.3 **Arbeitsblatt:** Von der Bankenkrise zur Krise in Europa
- II.4 **Arbeitsblatt:** Staatsschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

MODUL **Ansätze zur Finanzmarktregulierung in Europa**



Was wurde aus der Krise gelernt, welche Konflikte gibt es um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, was hat die EZB mit den Staatsschulden zu tun? Geht es um die demokratische Wiedereinhegung der Märkte oder um die Stabilisierung des Finanzkapitalismus?

Einführung

- III.1 **Arbeitsblatt:** Einstieg ins Thema Finanzmärkte
- III.2 **Aktivität:** Bulle und Bär – Das andere Börsenspiel
- III.3 **Infoblatt:** Wertpapierhandel / Finanzmärkte
- III.4 **Arbeitsblatt:** Streit um die Finanztransaktionssteuer
- III.5 **Infoblatt:** Was ist die Finanztransaktionssteuer?
- III.6 **Arbeitsblatt:** Politisches Engagement zwischen Mobilisierung, Instrumentalisierung und Misserfolg
- III.7 **Aktivität:** Die EZB und ich – Einführung in die Geldpolitik
- III.8 **Arbeitsblatt:** EZB und Staatsfinanzierung
- III.9 **Infoblatt:** Die Europäische Zentralbank und die Staatsanleihen in der Eurokrise

INHALTSVERZEICHNIS

INHALT MODULE I-V · EINLEITUNG · LEGENDE

MODUL Ungleichgewichte in der Eurozone

IV

Was sind wirtschaftliche Ungleichgewichte, wie entstehen sie, warum sind sie ein Problem und was habe ich damit zu tun?

Einführung

- IV.1 Aktivität:** Das Handelsspiel
- IV.2 Arbeitsblatt:** Was habe ich mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten zu tun?
- IV.3 Arbeitsblatt:** Debatte über deutsche Exportüberschüsse
- IV.4 Infoblatt:** Handel und Handelsungleichgewichte
- IV.5 Arbeitsblatt:** Was tun gegen die Ungleichgewichte in Europa?

MODUL Was heißt Kürzungspolitik für die Menschen?

V

Was ist die Troika und wer hat sie gewählt, was ist mit dem Geld »für Griechenland« und andere Staaten passiert, wie geht es den Menschen in den Krisenstaaten und was sind Alternativen zur Sparpolitik?

Einführung

- V.1 Arbeitsblatt:** Wohin fließt das Geld für Griechenland?
- V.2 Arbeitsblatt:** Wie wirkt Kürzungspolitik (Austerität)?
- V.3 Datenblatt:** Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien
- V.4 Infoblatt:** Was heißt Austerität?
- V.5 Arbeitsblatt:** Jugendarbeitslosigkeit in Europa
- V.6 Arbeitsblatt:** Soziale Situation und Migration in Europa
- V.7 Arbeitsblatt:** Wer hat die Troika gewählt?
- V.8 Arbeitsblatt:** Alternativen zur EU-Kürzungspolitik

EINLEITUNG

Wer von uns hat die Krise der EU oder des Euro wirklich verstanden? Wie erreichen wir in der Unübersichtlichkeit der Hintergründe ein Verständnis dieser Krisen bei den Lernenden, das dazu führt, sich selbst im Zeitgeschehen zu verorten und damit handlungsfähig zu werden? Das vorliegende Bildungsmaterial »Europa nach der Krise?« wurde für den Einsatz im Unterricht und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung entwickelt. Es bildet den Auftakt zur Veröffentlichung weiterer Bildungsmaterialien zu aktuellen Themen, die unter dem Motto »Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen« erscheinen werden.

Erarbeitet wurden die Materialien von einer weitgehend ehrenamtlichen Gruppe aus Lehrer_innen, Wirtschaftswissenschaftler_innen, Politolog_innen, Fachdidaktiker_innen und Pädagog_innen mit vielfältigen Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.

Zielgruppen: Schule (Sek. I und II) und außerschulische Bildungsarbeit

Die Materialien wurden dementsprechend für die Schule und für die außerschulische Bildung entwickelt. Ein zentrales Prinzip war die Verknüpfung der Lerngegenstände mit aktivierenden Methoden und insbesondere kooperativen Lernformen. So eignen sich die Materialien zum großen Teil sowohl für den Einsatz im Unterricht als auch in der Bildungsarbeit von Gewerkschaften, Verbänden und freien Trägern der politischen Bildung.

Die einzelnen Module des Materials sind unterschiedlich voraussetzungsvoll. Es gibt einführende Materialien, die in der Sekundarstufe I beziehungsweise in außerschulischen Gruppen ohne größere Vorkenntnisse eingesetzt werden können. Andere eignen sich eher zur Vertiefung in der Sekundarstufe II und anderen Lerngruppen mit entsprechenden Grundkenntnissen. Da die Einschätzung, welches Material für eine konkrete Gruppe geeignet ist, von zahlreichen Faktoren abhängt, wurde auf eine entsprechende Kennzeichnung verzichtet. Orientierende Hinweise dazu finden sich aber in den Einführungstexten zu den jeweiligen Modulen.

Attac: Bewegung, Expertise und Bildung

Attac versteht sich als internationales Netzwerk und als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Dieses Selbstverständnis spiegelt

sich auch in den vorliegenden Bildungsmaterialien wider. Kennzeichen sozialer Bewegungen ist es, bislang vernachlässigte Probleme und alternative Entwicklungspfade in die gesellschaftliche Debatte zu bringen. Dazu werden neben Informations- und Diskussionsveranstaltungen zahlreiche Partizipationsformen, von der Initiierung von Unterschriftenlisten über verschiedene Aktionsformen bis hin zum zivilen Ungehorsam realisiert. Als Teil der internationalen globalisierungskritischen Bewegung entstand Attac als Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Vorherrschaft des sogenannten Neoliberalismus. Dies impliziert die Kritik am neoklassischen Paradigma, das nicht nur die Wirtschaftswissenschaften weithin dominiert, sondern dessen Modelle zudem auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche übergreifen und sie Kosten-Nutzen-Kalkülen unterwerfen. Die weltanschaulichen und wissenschaftlichen Grundlagen dieser Kritik sowie die daraus erwachsenden Kampagnen und Projekte von Attac sind vielfältig. Das Spektrum reicht von Vorschlägen für alternative (Wirtschafts-)Politiken bis hin zu radikaler Kapitalismuskritik und der Suche nach Wegen zur Demokratisierung der gesamten Gesellschaft inklusive der Ökonomie.

Alternative Sichtweisen einbringen

Vor diesem Hintergrund ist auch das Bildungsmaterial von Attac nicht neutral (abgesehen von der Frage, ob es »Neutralität« in gesellschaftlichen Fragen überhaupt gibt). Ein Ziel des Materials ist es, das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen zu thematisieren.

Ein anderes Anliegen ist es, Gegenexpertisen zu den vorherrschenden neoklassischen Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse einzubringen (seien sie nun neokeynesianisch, neomarxistisch, durch die feministische Ökonomie oder andere heterodoxe Ansätze inspiriert). Es geht um die Abschätzung der Wirkung unterschiedlicher ökonomischer Theorien sowie darauf basierender Politiken in ökonomischer wie sozialer und ökologischer Hinsicht. Damit verbunden ist die Thematisierung von sozialen Ungleichheiten, Interessengegensätzen, Machtasymmetrien und systemischen Zwängen, während in der öffentlichen Debatte allzu oft die Personifizierung »der Märkte« oder ähnlich Mystisches zur Erklärung herhalten muss.

Und nicht zuletzt geht es darum, die vielfach national beschränkten Debatten über internati-

EINLEITUNG

onale Prozesse multiperspektivisch zu erweitern. Das ist eine Aufgabe, die sich gerade angesichts der Europäischen Integration und ihrer komplexen Verfahren stellt, wie jüngst auch mit Blick auf die Fachdidaktik betont wurde.¹

Kontroversität durch Kritik

Bei all dem geht es um Lernangebote, die bestimmte Perspektiven eröffnen und zur Diskussion einladen und nicht darum, die Lernenden zu manipulieren oder gar zu indoktrinieren. Was den Einsatz in der Schule angeht ist ohnehin davon auszugehen, dass die Lehrkräfte Materialien von Attac gezielt als kritische Alternative zu anderen Positionen einsetzen, wie entsprechende Anfragen von Schulen zeigen.

Zur Kontroversität trägt das Material schon dadurch bei, dass es hegemoniale Deutungen mit Alternativen konfrontiert und diese Agenda offenlegt. Diese Transparenz steht übrigens im Gegensatz zu manch anderen, scheinbar neutralen Angeboten, die genauer besehen von unternehmerischen Lobbygruppen finanziert sind und mehr oder minder subtil deren (wirtschaftstheoretische) Sicht auf die Welt transportieren. In dieser Hinsicht entspricht das vorliegende Material den Anforderungen des Transparenz-Kodex der Deutschen Vereinigung für politische Bildung.²

Welche Krise in Europa?

Eine international vergleichende Untersuchung von Bildungsmaterialien zur Eurokrise hat jüngst noch einmal herausgefunden, dass politische Bildungsarbeit zwangsläufig in aktuellen politischen Konfliktfeldern positioniert ist.³ Sie verdeutlicht zum einen, dass die Bildungsmaterialien staatlicher wie nicht-staatlicher Akteure durch deren spezifische Sichtweisen auf die Krise geprägt sind. Zum anderen zeigt sie auf, dass die Materialien in Frankreich weitgehend einer keynesianischen Sicht auf die Eurokrise folgen, während in Deutschland eine neoklassische Perspektive dominiert.

Demnach hilft das vorliegende Bildungsmaterial, eine Lücke zu schließen. Es bietet Materialien und Methoden an, mit denen die sogenannte Eurokrise aus der Perspektive unterschiedlicher ökonomischer Theorien und Interessengruppen in verschiedenen europäischen Ländern betrachtet werden kann.

Kritik der neoklassischen Krisendeutung

In theoretischer Hinsicht war die Entwicklung der Materialien inspiriert durch die vielstimmige Kritik an der in Deutschland (und den Institutionen der EU) hegemonialen »neoklassischen« Interpretation der Krise.⁴ Letztere deutet die Eurokrise als Staatsschuldenkrise infolge unsolider Haushalte und mangelnder Konkurrenzfähigkeit einiger, vorwiegend südeuropäischer Länder, die mittels Kürzungspolitik (Austerität) und Deregulierung der Arbeitsmärkte bekämpft werden sollen.

Kritische Stimmen verweisen dagegen auf die internationale Finanzkrise als einen wesentlichen Grund für die steigende Verschuldung in allen Staaten. Diese führte dann im Zusammenspiel mit ohnehin schwebenden Problemen der Eurozone – nämlich zunehmenden Handelsungleichgewichten und einer gemeinsamen Währung ohne Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik – zur Refinanzierungskrise einiger Staaten der Eurozone bei gleichzeitiger Rezession. Mit Ausnahme des Sonderfalls Griechenland konnte die Refinanzierungskrise durch Hilfskredite und das Eingreifen der Zentralbank beruhigt werden, während die daran geknüpften Austeritätsprogramme die Rezession vertieften und große Teile der betroffenen Bevölkerungen in Armut und Emigration trieben.

Diesseits der Tagespolitik

Während der Erarbeitung der Materialien veränderte sich die öffentliche Debatte um die Krise. Ende 2014 hieß es noch, sie sei weitgehend überwunden. Doch im ersten Halbjahr 2015 hat die Auseinandersetzung zwischen der griechischen Linksbürgerregierung und den von Deutschland dominierten europäischen Institutionen ihre Aktualität deutlich gezeigt. Schon jetzt lässt das vorläufige Ergebnis dieser Auseinandersetzung erkennen, dass das Thema früher oder später wieder aufbrechen wird. Hinzu kommt, dass trotz der bisherigen politischen Reaktionen auf die Krise wesentliche strukturelle Ursachen, sowohl der internationalen Finanzkrise, als auch der spezifischen Krisen in Europa, weiter bestehen.

Das Thema wird also in den nächsten Jahren aktuell bleiben. Daher ist der Titel »Europa nach der Krise?« bewusst offen gehalten. Die Materialien greifen Themenfelder auf, die im Kontext der Krise relevant sind (etwa die Regulierung der Finanzmärkte) und machen sie anhand exem-

EINLEITUNG

plarischer Auseinandersetzungen (etwa um die Finanztransaktionssteuer) bearbeitbar. Sie zielen darauf, ein Grundverständnis der jeweiligen Politikfelder und ihrer Relevanz in der Krise zu erarbeiten, das anhand entsprechender tagespolitischer Debatten vertieft werden kann.

Aufbau: Fünf Module

Das Material ist in fünf Module gegliedert. Jedes Modul beginnt mit einer kurzen fachlichen Einführung, und einem knappen didaktischen Kommentar zu den einzelnen Elementen.

In **Modul I** geht es um die zunehmend ungleiche Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, insbesondere um die Frage der Steuerpolitik und ihrer Rollen bei der Verteilung der finanziellen Belastungen aufgrund der Krise. **Modul II** thematisiert den Verlauf der Krisen, von den Ursachen der Finanzkrise, über die Bankenkrise bis hin zur Staatsfinanzierungskrise in Europa. **Modul III** beschäftigt sich mit Fragen der Finanzmarktregulierung in Europa und greift dabei exemplarische Konflikte um die Einführung einer

Finanztransaktionssteuer und die Rolle der EZB heraus. **Modul IV** behandelt den Streit um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone und seine Bedeutung für verschiedene soziale Gruppen und politische Akteure. **Modul V** thematisiert schließlich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Kürzungspolitik in den Krisenländern, sowie die fehlende demokratische Legitimation zentraler Akteure (Stichwort »Troika«) und fragt nach möglichen Alternativen.

Da es in Materialien für Schulen mittlerweile üblich ist, werden die Lernenden mit »Sie« angesprochen, obwohl im Kontext der sozialen Bewegungen und weiten Teilen der außerschulischen Bildung das »Du« gebräuchlicher ist. Im Bemühen um eine geschlechtergerechte Sprache wird der Gender_Gap genutzt.

Die Materialien erscheinen sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (<http://shop.attac.de>) bestellt werden. Auf der Webseite www.attac.de/bima finden sich zusätzliche Materialien und Aktualisierungen. ■

-
- 1 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen (2014): Europäische Integration. Integrationsfortschritte, Bedrohungen und Perspektiven. In: Siegfried Frech, Jürgen Kalb und Karl-Ulrich Tempel (Hrsg.): *Europa in der Schule. Perspektiven eines modernen Europaunterrichts*. Bad Schwalbach. S. 42f.
 - 2 Vgl. DVPB-Transparenz-Kodex für Unterrichtsmaterialien. In: Polis 2/2014, S. 28. Die Finanzen von Attac sind transparent (www.attac.de/finanzen) und die externen Förderer der Materialien stehen im Impressum.
 - 3 Philipp Kortendiek und Till van Treeck (2015): *Die Eurokrise unterrichten – Was lernen Schülerinnen in Deutschland und Frankreich über die Eurokrise?* CIVIS-Praxistest 4.
 - 4 Exemplarisch dafür sind die zahlreichen Beiträge zur Krise, die in den vergangenen Jahren im jährlichen MEMORANDUM der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik oder in der Zeitschrift PROKLA erschienen.

LEGENDE

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes

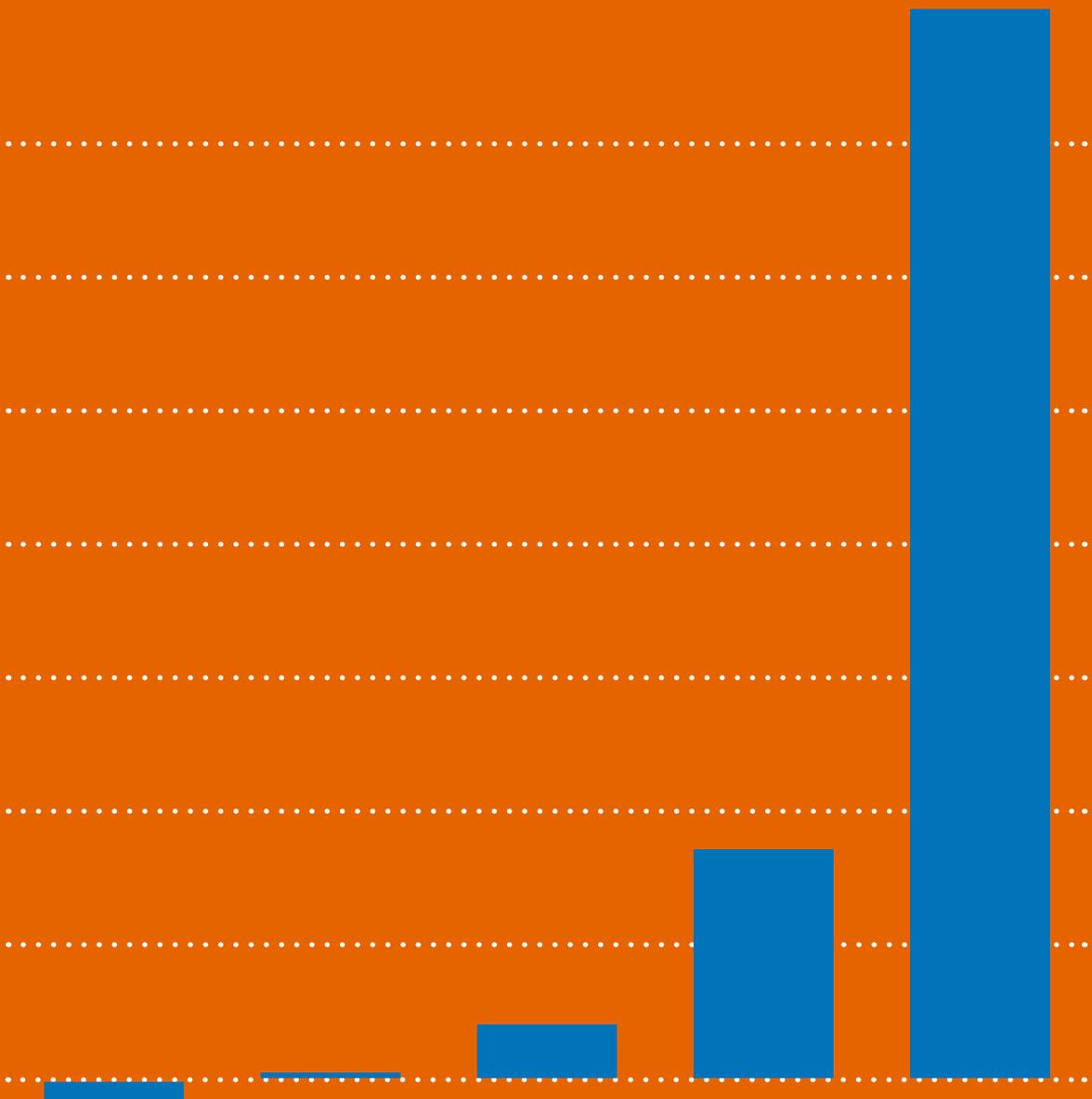


Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

*Das Geld und ich – oder:
Wie wird gesellschaftlicher
Reichtum verteilt?*



Modul I

Das Geld und ich – oder: Wie wird gesellschaftlicher Reichtum verteilt?

Was habe ich mit der Wirtschaft zu tun, wie ist Reichtum in der Gesellschaft verteilt, wer zahlt welche Steuern, und wofür gibt der Staat das Geld aus?

Inhalt

Einführung

I.1 Arbeitsblatt: Welche Rolle spielt Geld für mich?

- M1–3: Bilder zu verschiedenen sozialen Situationen

I.2 Aktivität: Das Verteilungsbild

- M1: Diagramme zu Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland
- M2: Diagramm zum Männer- und Frauenanteil in den Einkommensgruppen
- M3: Diagramme zur Vermögensverteilung in Deutschland

I.3 Arbeitsblatt: Aufgaben und Ausgaben des Staates

- M1: Modell der Staatsfinanzen als Waage
- M2: Stichworte aus der Erklärung der Menschenrechte
- M3: Kanzlerin Merkel fordert zum Sparen auf
- M4: Die zehn größten Ausgabenposten des Bundeshaushalts 2015
- M5: Krank gespart: Griechen leiden unter schlechter Gesundheitsversorgung (*dpa*)

I.4 Arbeitsblatt: Wie finanziert sich der Staat und ist das Steuersystem gerecht?

- M1: Modell der Staatsfinanzen als Waage
- M2: Die zehn größten Steuereinnahmen des Bundeshaushalts 2015
- M3: Diagramm zum Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten
- M4: Diagramme zur Verteilung von Einkommen und Steuern auf verschiedene Bevölkerungsgruppen
- M5: Diagramm zur Entwicklung des Einkommensteuertarifs in Deutschland

I.5 Arbeitsblatt: Streitpunkt Vermögensteuer

- Methode: Pro- und Contra-Debatte
- M1: Warum Reiche eine Reichensteuer fordern (*Süddeutsche Zeitung*)
- M2: Mit Großmut kommt man nicht weiter (*die tageszeitung*)
- M3: Lasst die »Reichen« in Ruhe (*Die Zeit*)

I.6 Infoblatt: Steuern

I.7 Arbeitsblatt: Ökonomische Folgen der Ungleichverteilung

- M1: Wenn die Herde losrennt (*Frankfurter Rundschau*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Krisenprozesse des vergangenen Jahrzehnts sind oft die Finanzmärkte, die Bankenrettung, die Rezessionsphasen oder die steigenden Staatsschulden im Fokus. Seltener gerät in den Blick, dass diese Phänomene eng mit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verknüpft sind. Die zunehmende Polarisierung von Arm und Reich hat nämlich entscheidend zum übermäßigen Wachstum der Finanzmärkte beigetragen, die meist als Ausgangspunkt der Krisenprozesse gelten.

Das sprichwörtliche oberste Prozent der Bevölkerung kann all das Finanzvermögen, das sich zunehmend in seinen Händen konzentriert, gar nicht ausgeben und legt es zum großen Teil auf den Finanzmärkten an. Von dort fließt nur ein Teil wieder zurück in den Produktionsbereich, so dass der Wert der Papiere schneller wächst als die realen Werte (Güter), was sich irgendwann in Krisen entladen muss. Umgekehrt lässt die steigende Armut die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sinken. Während die einen gar nicht wissen, wohin damit, fehlt anderen Menschen das Geld um existentielle Bedürfnisse zu befriedigen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet werden dadurch Güter nicht abgesetzt oder gar nicht erst produziert, für die es jedoch Bedarf gäbe. Damit verstärken sich Tendenzen zur Überproduktion und Rezession.

Die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums kommt auf zwei Ebenen zustande. Die Ebene der sogenannten primären Verteilung betrifft das Verhältnis der Löhne zu Profiten und anderen Einkommensarten. Hier zeigt sich, dass die Lohnquote der Industrieländer in den Jahrzehnten vor der globalen Krise kontinuierlich gesunken ist. Ein ähnliches Bild ist auf der Ebene der sekundären Verteilung, das heißt nach der staatlichen Umverteilung, zu sehen. Hier ist eine Tendenz zur steuerlichen Entlastung von Vermögenden zu beobachten, während Massensteuern wie die Umsatzsteuer (die sogenannte Mehrwertsteuer) gleich blieben oder erhöht wurden. Letztere treffen Menschen mit niedrigem Einkommen proportional stärker als Vermögende und hemmen dementsprechend die Befriedigung von Bedürfnissen und bremsen die ökonomische Nachfrage.

Die gesellschaftliche Debatte um Steuern ist dabei oftmals hoch ideologisch geprägt. Etwa wenn es heißt, dass die Reichen ohnehin den größten Anteil an Steuern zahlen. Diese Aussage ist richtig, sie unterschlägt aber, dass die obersten Einkommensschichten nach Steuerabzug immer noch mehr Einkommen haben als diejenigen in der (oberen) Mitte vor Abzug der Steuern.

Außerdem berührt die ungleiche Verteilung nicht nur die Ursachen der Krise, sondern auch die Frage, wer die Kosten für die Krisenbewältigung tragen soll. In Folge der globalen Krise nach 2008 sind die Staatsschulden vieler Länder durch die Kosten für Bankenrettungen, staatliche Konjunkturprogramme und die sozialstaatliche Abfederung der Arbeitslosigkeit stark gestiegen. In der Folgezeit wurde die Krise insbesondere in Europa überwiegend als Staatsschuldenkrise gedeutet, die scheinbar durch unverantwortliche Staatsausgaben verursacht worden sei.

Dementsprechend lautet die dominante Antwort auf die Krise, der Staat müsse sparen, sprich seine Ausgaben reduzieren. Die Einnahmeseite, also die Erhöhung der Steuern (zum Beispiel auf Unternehmensgewinne, Erbschaften oder hohe Einkommen), bleibt dabei unberücksichtigt. Die Kürzungen im Zuge der »Sparpolitik« betreffen jedoch oftmals Sozialleistungen, auf die wiederum die ärmeren Teile der Bevölkerung angewiesen sind. Ein Beispiel dafür war das »Sparpaket« der deutschen Bundesregierung von 2010, mit dem unter anderem Leistungen für Empfänger_innen von Hartz IV und von Wohngeld gekürzt wurden. Allerdings fielen solche Maßnahmen in Griechenland und anderen Krisenstaaten noch weit drastischer aus, und hier waren sowohl die sozialen als auch die ökonomischen Folgen (eine tiefe Rezession) deutlich zu beobachten.

Mit ihrer Belastung der ärmeren Bevölkerungsschichten trägt die Kürzungspolitik also zu immer weiterer Ungleichverteilung bei und verstärkt damit einen wesentlichen Krisenfaktor, der jederzeit in Form neuer Finanzcrashes wieder akut werden kann. ■

Zu den Elementen des Moduls

- **Arbeitsblatt I.1** bietet zum Einstieg *drei Bilder aus der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen (M1–M3)* an. Die Bilder werfen Fragen nach der Bedeutung von Geld für das eigene Leben sowie nach seiner ungleichen Verteilung und den Gründen dafür auf, die in einer Gruppenarbeit diskutiert werden können.
- Die **Aktivität I.2 (Das Verteilungsbild)** eignet sich als Einstieg in die Themen soziale Ungleichheit und Steuerpolitik. Die Lerngruppe stellt die Verteilungsverhältnisse in Deutschland nach. Konkret werden die Verteilung von Vermögen, Einkommen sowie von Steuern und Abgaben auf verschiedene Bevölkerungsgruppen nachvollzogen. In der Auswertung kann die erlebte Verteilung anhand von *Tabellen und Diagrammen zur Verteilung von Einkommen und Steuern (M1)*, zum *Männer- und Frauenanteil an den Einkommensgruppen (M2)* und zur *Vermögensverteilung (M3)* nachvollzogen und reflektiert werden.
- Die damit aufgeworfenen verteilungs- und fiskalpolitischen Fragen können mit den beiden folgenden **Arbeitsblättern I.3 und I.4** vertieft werden. Sie bieten eine Waage als Bild für die staatlichen Einnahmen und Ausgaben an. So kann gefragt werden, auf welcher Seite welche Gewichte weggenommen (Ausgabenkürzung, Steuersenkung) oder hinzugelegt (Mehrausgaben, Steuererhöhung) werden können, ohne dass die Waage aus dem Gleichgewicht kommt. Sofern beide Arbeitsblätter eingesetzt werden, bietet sich die Verwendung der Waage als verbindendes Element zur Visualisierung an.
- **Arbeitsblatt I.3** beschäftigt sich zunächst mit den Aufgaben und den entsprechenden finanziellen Ausgaben des Staates. In diesem Zusammenhang wird das *Modell des Staates als Waage (M1)* eingeführt, und *Stichworte aus der Erklärung der Menschenrechte (M2)* bieten Anhaltspunkte bei der Frage nach den Aufgaben des Staates. Die Forderung von staatlichen Sparmaßnahmen durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, über die in einem *Artikel aus der Financial Times (M3)* berichtet wird, gibt dann Anlass, die *zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushalts (M4)* in den Blick zu nehmen und Sparvorschläge zu entwickeln. Abschließend bietet ein *dpa-Artikel (M5)* zu den Folgen der Sparpolitik im griechischen Gesundheitssystem Anlass zu einer kritischen Betrachtung undifferenzierter Forderungen nach Sparmaßnahmen.
- **Arbeitsblatt I.4** nimmt die Einnahmeseite in den Blick. Zunächst werden die *zehn größten Einnahmenquellen des Bundes (M2)* als zweite Seite des *Modelles der Waage (M1)* betrachtet. Die Lernenden können zunächst eigene Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen entwickeln. Anschließend werden diese Vorschläge unter den Gesichtspunkten der möglichen Mehreinnahmen und der sozialen Gerechtigkeit beleuchtet. Dazu setzen sich die Lernenden mit Daten zum *Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten (M3)*, zur *Verteilung von Einkommen und Steuern auf verschiedene Bevölkerungsgruppen (M4)* sowie zur *Entwicklung des Einkommensteuertarifs in Deutschland (M5)* auseinander.
- **Arbeitsblatt I.5** behandelt den Konflikt um die Vermögensteuer als ein Beispiel für die Debatte um eine gerechte Verteilung der Krisenlasten. Als Einstieg dient der Artikel »Warum Reiche eine Reichensteuer fördern« aus der *Süddeutschen Zeitung (M1)*. Anschließend wird die Frage der Vermögensteuer mit der Methode der *Pro- und Contra-Debatte* behandelt. Dabei entwickelt die Pro-Gruppe ihre Position in Auseinandersetzung mit dem Artikel »Mit Großmut kommt man nicht weiter« aus der *Tageszeitung (M2)*. Die Contra-Gruppe zieht den Artikel »Lasst die ›Reichen‹ in Ruhe« aus der *Zeit (M3)* heran.
- Das **Infoblatt I.6 (Steuern)** kann als kurze Einführung in die Steuerpolitik genutzt werden und bietet sich insbesondere als Glossar bei der Bearbeitung der **Arbeitsblätter I.4 und I.5** an.
- Das **Arbeitsblatt I.7** behandelt schließlich die ökonomischen Folgen der Ungleichverteilung. In Auseinandersetzung mit einem Kommentar aus der *Frankfurter Rundschau (M1)* wird das übermäßige Wachstum der Finanzmärkte als wesentlicher Effekt der Reichtumskonzentration erarbeitet. Zugleich werden andere wichtige Fragen der Finanzmarktregulierung angesprochen. Damit schlägt das Arbeitsblatt eine Brücke zu Modul III und kann auch dort eingesetzt werden. ■

Welche Rolle spielt das Geld für mich?

M1



Johanna (17) hat gerade eine Ausbildung als Verkäuferin angefangen

M2



Sagira (13) und Bharat (14) arbeiten in einem indischen Steinbruch

M3



Svetlana (14) und Ole (13) sind Schüler_innen in Deutschland

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie Gruppen von drei oder vier Personen. Kommentieren Sie kurz gemeinsam schriftlich mit Ihrer Gruppe eines der Bilder (M 1–3) und tauschen Sie anschließend Ihre Ergebnisse mit der Gesamtgruppe aus.
2. Beantworten Sie in Ihrer Gruppe die folgenden Fragen und diskutieren Sie anschließend die Ergebnisse in der Gesamtgruppe:
 - a. Welche Rolle spielt Geld in jedem dieser drei Fälle?
 - b. Wie kommt das Geld zu den jeweiligen Menschen?
 - c. Wie kommt es, dass die finanziellen Verhältnisse so ungleich verteilt sind?
 - d. Was bedeutet die finanzielle Situation für die jeweilige Zukunft dieser Menschen?

Das Verteilungsbild

Kurzbeschreibung:

Mit der Aktivität stellt die Gruppe die Verteilungsverhältnisse in Deutschland nach. Konkret werden die Verteilung von Vermögen, Einkommen sowie von Steuern und Abgaben nachvollzogen.

Die Aktivität eignet sich als Einstieg in die Thematik der sozialen Gerechtigkeit und der Steuerpolitik, die anschließend weiter vertieft werden kann, beispielsweise durch die Diskussion einer Vermögensabgabe oder von steuerpolitischen Vorschlägen.

Zeit:

ca. 45 Minuten

Gruppengröße:

5 bis 40

Material:

Raum mit ausreichend Platz, ein Stuhl pro Teilnehmer_in, 100 Schoko-Taler, Bonbons oder ähnliches, sechs kleine Tüten, Zettel mit den Nummern 1 bis 5. Fünf Tüten werden vorab nummeriert und mit folgender Anzahl Schoko-Taler gefüllt:

- Nummer 1 mit 7 Stück
- Nummer 2 mit 13 Stück
- Nummer 3 mit 17 Stück
- Nummer 4 mit 23 Stück
- Nummer 5 mit 40 Stück

Ablauf:

Zu Beginn wird den Teilnehmenden mitgeteilt, dass sie an einem kleinen Experiment teilnehmen, bei dem es um die Verteilung von Armut und Reichtum in Deutschland geht.

1. Schritt: Bildung von Fünfteln (»Bevölkerungs-Quintile«)

Zunächst werden Tische und Stühle zur Seite geräumt, und im freien Raum werden die Zettel mit den Nummern 1 bis 5 mit möglichst großem Abstand auf dem Boden verteilt.

Anschließend werden die Teilnehmenden gebeten, sich mit ihren Stühlen so gleichmäßig wie möglich um die Zettel zu verteilen, wobei vom ersten zum letzten Fünftel aufgefüllt wird. Die genaue Aufteilung hängt von der Gruppengröße ab und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Gruppengröße:	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40			
Verteilung Personen																																							
1. Fünftel	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
2. Fünftel	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
3. Fünftel	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
4. Fünftel	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8	8		
5. Fünftel	1	1	1	1	1	2	2	2	2	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	8	8	8	8	8		

2. Schritt: Die Vermögensverteilung

Es wird erläutert, dass die Gruppe nun die Bevölkerung von Deutschland und die Stühle den gesamten Reichtum von Deutschland darstellen. Reichtum bedeutet Geld auf der Bank, Besitz von Häusern und Grundstücken, Wertgegenständen, Unternehmen oder von Aktien, Staatsanleihen und anderen Wertpapieren.

Da das Vermögen in Deutschland jedoch nicht gleichmäßig verteilt ist, müssen die Stühle neu verteilt werden. »Ihr seid das ärmste Fünftel der Bevölkerung in Deutschland, Ihr besitzt leider nichts. Bringt Eure Stühle bitte zum reichsten Fünftel hier drüben«. So bringen die unteren Fünftelgruppen ihre Stühle der Reihe nach zu

den oberen, bis die richtige Verteilung erreicht ist, und gehen anschließend zum Zettel mit ihrer Nummer zurück. Die genaue Verteilung hängt wiederum von der Gruppengröße ab und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Wenn alle Gruppen wieder bei ihren Nummern sind, müssen die meisten stehen oder auf dem Boden sitzen, während sich vor allem die fünfte Gruppe auf den Stühlen ausbreiten kann. An dieser Stelle werden die Gruppen kurz befragt, wie es ihnen geht und ob sie die Verteilung kommentieren wollen.

Gruppengröße	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40		
Verteilung Stühle																																						
1. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Fünftel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Fünftel	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	
4. Fünftel	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	4	4	4	4	4	4	4	4	5	5	5	5	5	5	6	6	6	6	
5. Fünftel	4	5	6	7	8	8	9	10	10	11	12	13	14	14	15	16	17	18	19	19	20	21	22	23	24	24	25	26	26	27	28	29	30	30	31	32	32	

3. Schritt: Die Einkommensverteilung

Als nächstes wird erläutert, dass sicher nicht alle eine Fabrik oder große Geldvermögen besitzen, die allermeisten jedoch ein regelmäßiges Einkommen haben, von dem sie leben können.

Regelmäßige Einkommen können zum Beispiel Löhne und Gehälter in unterschiedlichen Berufen, wie Reinigungskraft, Lehrer_in, Busfahrer_in oder Management von Unternehmen sein. Einkommen können weiterhin Sozialleistungen wie Hartz IV oder auch Gewinne aus einem eigenen Unternehmen sein.

Nun geht es darum zu schauen, wie diese Einkommen auf die Bevölkerung verteilt sind. Das gesamte Einkommen sind in diesem Fall 100 Schoko-Taler (o. a.), die jetzt auf die verschiedenen Teile der Bevölkerung verteilt werden. Dazu werden alle Gruppen von arm nach reich befragt, wie viele Schoko-Taler sie schätzungsweise bekommen. Anschließend werden die vorbereiteten Tüten an die Teilgruppen verteilt. Dabei muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass noch

nichts von dem Einkommen verbraucht werden darf (also keine Schoko-Taler gegessen werden dürfen)!

Die folgende Tabelle zeigt noch einmal die Verteilung der Schoko-Taler, die bei der Ausgabe der Tüten genannt werden sollte.

	Schoko-Taler
1. Fünftel	7
2. Fünftel	13
3. Fünftel	17
4. Fünftel	23
5. Fünftel	40

Auch hier können kleine Interviews geführt werden: Wie finden Sie die Verteilung? Warum verdienen Sie mehr (oder weniger) als diese Gruppen neben Ihnen?

4. Schritt: Die Zahlung von Steuern und Abgaben

Das Einkommen durfte noch nicht verbraucht (gegessen) werden weil ja zunächst noch Steuern und Abgaben gezahlt werden müssen. Von Löhnen und Gewinnen gehen zunächst die Einkommensteuer und meist auch Abgaben an die Sozialversicherung ab. Wenn das Geld schließlich ausgegeben wird, zahlen alle – zum Beispiel auch Arbeitslose – Umsatzsteuern (umgangssprachlich Mehrwertsteuer).

Diese Steuern und Abgaben werden nun eingesammelt. Auch hier schätzt jede Gruppe zunächst noch einmal, wie viele Schoko-Taler sie als Steuern abgeben muss, woraufhin von jeder Fünftelgruppe einige Schoko-Taler eingesammelt werden und als Steueraufkommen in die sechste Tüte kommen.

Die Anzahl der Schoko-Taler, die jede Gruppe abgeben muss, entspricht wiederum den realen Abgaben dieses Bevölkerungsteils und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Abzug Schoko-Taler
1. Fünftel	2
2. Fünftel	5
3. Fünftel	7
4. Fünftel	10
5. Fünftel	18

Übrig bleibt am Ende folgende Verteilung der Schoko-Taler:

	Schoko-Taler
1. Fünftel	5
2. Fünftel	8
3. Fünftel	10
4. Fünftel	13
5. Fünftel	22
(Steuern)	42

5. Schritt (optional): Möglichkeit zu Spenden

Anschließend kann das obere Fünftel gefragt werden, ob es einen Teil seines Reichtums (seiner Stühle) spenden möchte. Die Gruppe kann ent-

scheiden, ob und wie viele Stühle sie an welche anderen Gruppen abgeben möchte.

6. Schritt (optional): Abstimmung über die Umverteilung mittels Steuern

Abschließend kann noch über fiktive Umverteilungsmaßnahmen mittels der erhobenen Steuern abgestimmt werden. Dabei stehen drei Modelle zur Wahl.

- **MODELL A:** Die drei ärmsten Gruppen bekommen drei Schoko-Taler dazu.
- **MODELL B:** Alle Gruppen bekommen fünf Schoko-Taler dazu.
- **MODELL C:** Die Schoko-Taler jeder Gruppe werden bis zum nächsten Zehner aufgefüllt.

Jede Gruppe muss sich auf ein Modell einigen und gibt dann eine (Gruppen-)Stimme dafür ab. Hier kann die Frage aufkommen, ob die Teilnehmenden dabei nach ihrem persönlichen Gerechtigkeitsempfinden oder nach den Interessen ihrer Bevölkerungsgruppe entscheiden sollen. In diesem Fall sollen sie durchaus die Interessen ihrer Bevölkerungsgruppe berücksichtigen, wobei diese Gruppe eventuell auch moralische Gesichtspunkte bedenkt. Umgesetzt wird am Ende das Modell,

das die meisten (Gruppen-) Stimmen erhält. Sollte es ein Patt zwischen zwei Modellen geben, wird zwischen diesen noch einmal abgestimmt.

Modell A	Modell B	Modell C
8	10	10
11	13	10
13	15	20
13	18	20
22	27	30

7. Schritt (optional): Geschlechteraspekt der Verteilung

Männer und Frauen sind in unterschiedlichem Maß von der Vermögens- und Einkommensungleichheit betroffen. Im Jahr 2012 hatten Frauen nur 72 Prozent des Vermögens der Männer (vgl. DIW *Wochenbericht* Nr. 9.2014, S. 160). Dementsprechend sind in den obersten Einkommensgruppen deutlich weniger und in den untersten deutlich mehr Frauen als Männer zu finden. (vgl. Gender Datenreport der Bundesregierung von 2005, S. 175).

Auch das kann in der Gruppe veranschaulicht werden. Um die Tendenz darstellen zu können, werden je nach Gruppengröße ein oder zwei Frauen aufgefordert, jeweils eine Bevölkerungsgruppe abzusteuern, während im Gegenzug ein oder zwei Männer aufsteigen.

Alternativ können (in mehr oder weniger gleichgeschlechtlichen Gruppen) bunte Karten als Zeichen für Männer und Frauen an die Teilnehmenden verteilt werden. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechende geschlechtliche Verteilung (Prozent, gerundet) in den Bevölkerungsfünfteln (hier Einkommensgruppen).

	Frauenanteil	Männeranteil
1. Fünftel	60	40
2. Fünftel	40	60
3. Fünftel	30	70
4. Fünftel	30	70
5. Fünftel	20	80

Auswertung

Anschließend werden die Teilnehmenden zunächst zu ihrem Erleben des Verteilungsspiels befragt sowie um eine Einschätzung des Realitätsgehalts des Spiels gebeten. Mögliche Fragen sind dabei:

- Wie haben Sie die Aktivität erlebt?
- Wie haben Sie sich gefühlt?
- Gab es einen Moment, der besonders beeindruckend war?
- War etwas überraschend?
- Entspricht die Verteilung von Vermögen, Einkommen und Steuerzahlung Ihren Erwartungen?
- Was haben Sie ähnlich eingeschätzt, was nicht?
- Für wie realistisch halten Sie das Spendenverhalten?
- Für wie realistisch halten Sie die Abstimmung über die Verteilungsmaßnahmen am Ende?
- Welche Gründe und Rechtfertigungen gibt es für die unterschiedliche Verteilung?

Abschließend können die Verteilungsverhältnisse anhand der folgenden Tabellen und Diagramme (M 1, 2) noch einmal nachvollzogen werden. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Verteilungseffekte der direkten und indirekten Steuern gelegt werden.

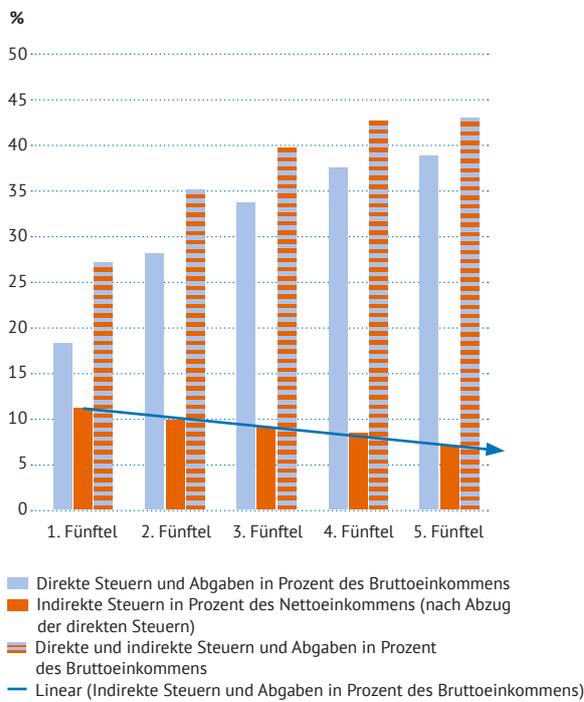
Die reale Verwendung der Steuern sowie die Verteilungseffekte verschiedener Steuern und Abgaben sollten anschließend gesondert vertieft werden. Hier bietet sich insbesondere die Diskussion von Erhöhungen der Einkommens- und Umsatzsteuer hinsichtlich des Steueraufkommens und der Verteilungseffekte an. Außerdem könnte die (Wieder-)Erhebung von Vermögensteuern oder eine einmalige Vermögensabgabe diskutiert werden. ■

M1 Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland

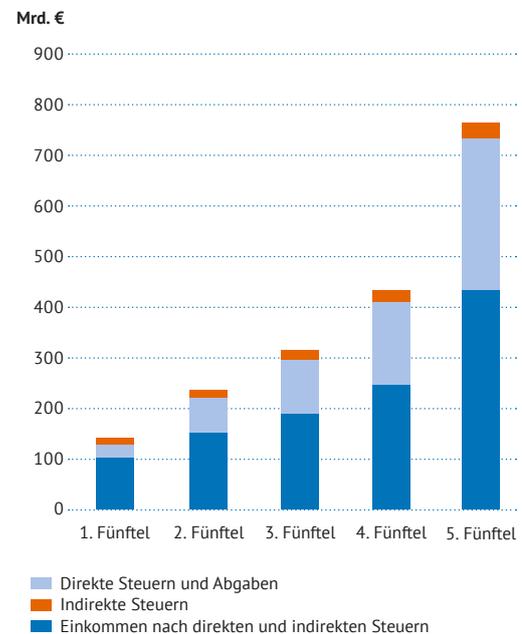
B I B E N V Ö F L Ü K N E F R T U E N L G N	Bruttoeinkommen (vor Steuern und Abgaben)		Direkte Steuern und Sozialabgaben				Nettoeinkommen (n. Abzug direkter Steuern u. Abgaben)		Indirekte Steuern (Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer)		Steuern und Abgaben insgesamt		Einkommen nach direkten und indirekten Steuern	
	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Sozialbei- träge in Mrd. € (1)	Einkom- men- steuer in: Mrd. € (1)	Abgaben und Steuern ges. in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent des Netto- einkom- mens (2)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (3)
1. Fünftel	143,8	7,3	25,0	1,3	26,3	18,3	117,4	9,2	12,8	11,1	39,1	27,2	104,7	8,9
2. Fünftel	239,7	12,2	57,5	9,9	67,4	28,1	172,3	13,5	16,9	9,8	84,3	35,2	155,4	13,3
3. Fünftel	328,0	16,7	84,9	25,7	110,6	33,7	217,4	17,0	19,8	9,1	130,4	39,8	197,6	16,9
4. Fünftel	452,9	23,1	117,3	53,0	170,3	37,6	282,6	22,1	23,6	8,4	193,9	42,8	259,0	22,1
5. Fünftel	799,1	40,7	149,8	161,3	311,1	38,9	488,0	38,2	33,4	7,0	344,5	43,1	454,6	38,8

Quelle: (1) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2015: *DIW Wochenbericht* 8/2015, Einkommensumverteilung, S. 151 (Umgerechnet in Fünftel).
 (2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011: Volle Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel belastet vor allem Geringverdiener S. 3 (Umgerechnet in Fünftel).
 (3) Eigene Berechnung aus (1) und (2).

◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ BELASTUNG DER EINKOMMEN DURCH ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇
 ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ DIREKTE UND INDIREKTE STEUERN ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇

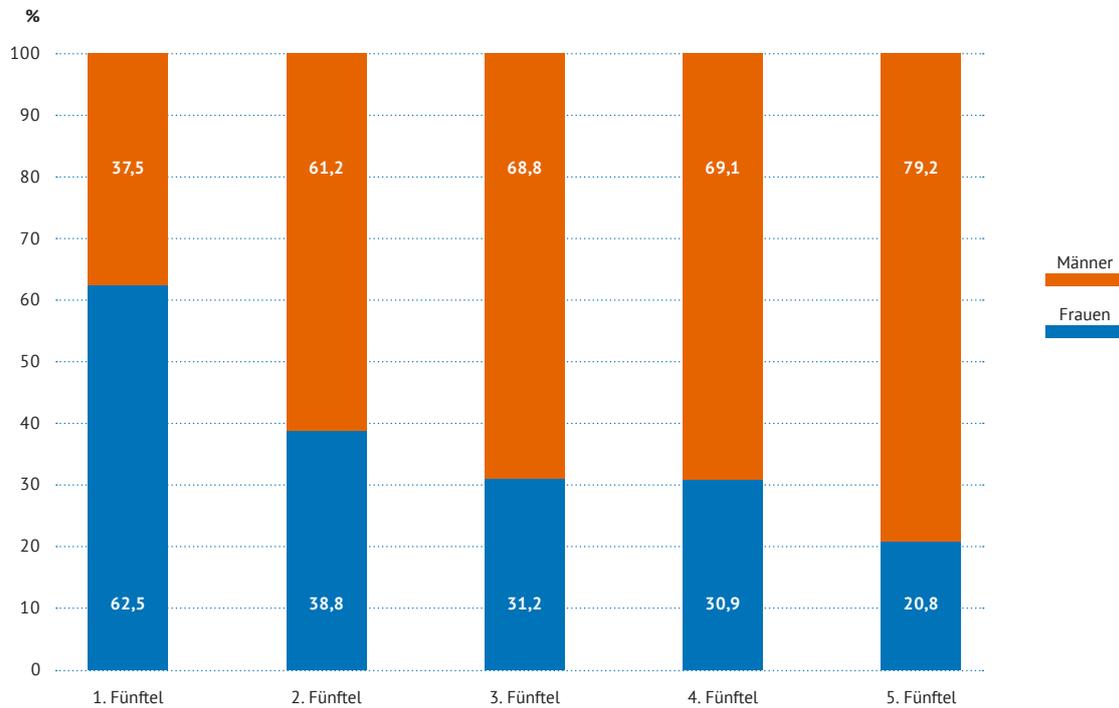


◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇
 ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ STEUERN (IN MILLARDEN EURO) ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇



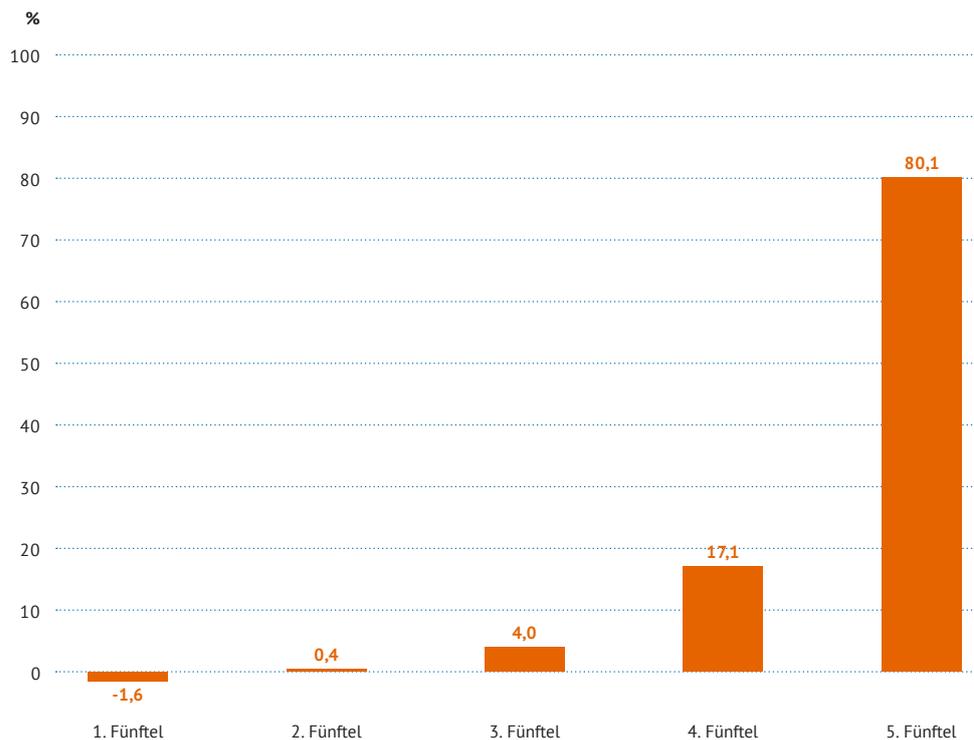
Quelle für beide Diagramme: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), eigene Berechnungen (siehe Tabelle oben)

M2 Männer- und Frauenanteil an den Einkommensgruppen (in Prozent)



Quelle: Gender Datenreport der Bundesregierung von 2005, S. 175. Eigene Umrechnung in Fünftel.

M3 Vermögensverteilung in Deutschland (Stand 2007)



Quelle: DIW Wochenbericht 4/2009, S. 59. Eigene Umrechnung in Fünftel.

Aufgaben und Ausgaben des Staates

ARBEITSVORSCHLÄGE

Machen Sie sich in Gruppen von vier oder fünf Personen mit dem Modell der Staatsfinanzen als Waage (M1) vertraut. Sammeln Sie anschließend mindestens zehn Aufgaben des Staates auf Karten (eine Karte pro Aufgabe). Lassen Sie sich dabei von den Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (M2) anregen. Rahmen Sie drei Karten ein, die für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig sind.

Lesen Sie den Artikel M3 und folgen Sie Frau Merkel, indem Sie Sparvorschläge für den Bundes-

haushalt machen. Besprechen Sie dazu die Tabelle M4 mit den zehn größten Ausgabenposten des Bundes. Entscheiden Sie, in welchem Bereich Sie wie viel kürzen wollen und wie Sie dies begründen. Präsentieren Sie anschließend drei konkrete Vorschläge auf Karten an der Tafel.

Lesen Sie den Artikel M5 zu den Folgen der Kürzungspolitik im griechischen Gesundheitssystem und schreiben Sie anschließend einen Leserbrief zu M3, in dem Sie sich kritisch mit der pauschalen Forderung zu sparen auseinandersetzen. —

M1 Modell der Staatsfinanzen als Waage



Um das Zusammenspiel von Staatsaufgaben und Staatsfinanzierung zu veranschaulichen, kann der Staat modellhaft als Waage betrachtet werden.

In der einen Waagschale liegen die Staatsaufgaben, also das Geld, das der Staat ausgibt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

In der anderen Waagschale liegen die Einnahmen des Staates. Das sind vor allem die Steuern und Abgaben, die der Staat erhebt, aber auch Kredite (Staatsanleihen), die er aufnimmt. ■

M2 Stichworte aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

- 1 Alle Menschen haben das Recht auf ... Men-
 - 2 schenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidari-
 - 3 tät ... Freiheit von Diskriminierung ... Leben
 - 4 und Sicherheit der Person ... Verbot von Skla-
 - 5 verei und Folter ... Gleichheit vor dem Gesetz ...
 - 6 Rechtsschutz ... Schutz vor Verhaftung und Aus-
 - 7 weisung ... ein faires Gerichtsverfahren ... Ga-
 - 8 rantie der Unschuldsvermutung ... Schutz der
 - 9 Privatsphäre ... Bewegungsfreiheit ... Asyl ...
 - 10 Staatsangehörigkeit ... Eheschließung und Fam-
 - 11 lie ... Eigentum ... Gedanken-, Gewissens- und
 - 12 Religionsfreiheit ... Meinungs- und Informati-
 - 13 onsfreiheit ... Versammlungs- und Vereinigungs-
 - 14 freiheit ... Wahlrecht und Demokratieprinzip ...
 - 15 soziale Sicherheit ... angemessene Arbeit und
 - 16 Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ... Erho-
 - 17 lung und Freizeit ... einen angemessenen Lebens-
 - 18 standard einschließlich Nahrung, Kleidung, Woh-
 - 19 nung, ärztlicher Versorgung und notwendiger
 - 20 sozialer Leistungen ... Sicherheit im Falle von
 - 21 Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im
 - 22 Alter ... Bildung ... Teilnahme am kulturellen
 - 23 Leben in der Gemeinschaft (Kunst und Wissen-
 - 24 schaft) ... eine soziale und internationale Ord-
 - 25 nung, in welcher die angeführten Rechte voll
- verwirklicht werden. ■

M3 Kanzlerin Merkel fordert zum Sparen auf

- 1 In einem Interview mit der *Financial Times* hat
 . Bundeskanzlerin Angela Merkel die europäischen
 . Staaten zum Sparen aufgefordert. »Wir alle müs-
 . sen aufhören, jedes Jahr mehr auszugeben, als wir
 5 einnehmen«, sagte die Kanzlerin wörtlich. Dabei
 . hat Merkel offenbar vor allem die Kosten des So-
 . zialstaates im Blick.
 . Sie wies darauf hin, dass Europa, das derzeit
 . »sieben Prozent der Weltbevölkerung ausmacht,
 10 etwa 25 Prozent des globalen Bruttoinlandspro-
 . dukts erwirtschaftet und damit 50 Prozent der
 . weltweiten Sozialkosten finanzieren« müsse.
 . Damit sei klar, dass Europa »künftig sehr hart ar-
 . beiten muss, um seinen Wohlstand und Lebensstil
 15 zu erhalten«. Zwar sollte mehr in Bildung und
 . Forschung investiert werden, aber ansonsten
 . müssten die Steuern und die Arbeitsmärkte am
 . Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit ausge-
 . richtet werden. ■ Quelle: Eigener Text, in Anlehnung an einen Artikel
 in der *Financial Times* vom 16.12.2012

M4 Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2015

In Milliarden €	Posten	Anteil in %
90,4	Bundesministerium für Arbeit und Soziales I: Renten	30,0
33,1	Bundesministerium für Arbeit und Soziales II: Arbeitslosengeld	11,0
33,0	Bundesministerium der Verteidigung	10,9
24,3	Bundesschuld	8,1
23,3	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	7,7
16,8	Allgemeine Finanzverwaltung	5,1
15,3	Bundesministerium für Bildung und Forschung	5,6
12,1	Bundesministerium für Gesundheit	4,0
8,5	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	2,8
7,4	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	2,5
35,7	Alle anderen Ausgaben des Bundes zusammen	11,9

Quelle: <http://www.bundeshaushalt-info.de> (Sollwerte des Haushaltsjahres 2015 inkl. 1. Nachtragshaushalt)

M5 Krank gesparrt: Griechen leiden unter schlechter Gesundheitsversorgung

1 Höhere Kindersterblichkeit, Menschen ohne staatliche
 . Krankenversicherung – das griechische Gesundheits-
 . system ist mit dem Land in die Krise geraten. Private
 . Initiativen versuchen die Not wenigstens ein bisschen zu
 5 lindern.

.
 . Athen · Es ist noch früh am Morgen, als die Sani-
 . täter Dionysis Arvanitakis und Stefanos Kapetani-
 . os mit atemberaubender Geschwindigkeit zu ih-
 10 rem ersten Einsatz rasen. Mit dem Krankenwagen
 . geht es durch den Athener Verkehr zu einem neun
 . Jahre alten Patienten, der zu seinem Kliniktermin
 . gebracht werden muss. Der Junge steht schon vor
 . der Haustür bereit. Seine Mutter hat ein großes
 15 Kissen unter ihren Arm geklemmt. Beim letzten
 . Besuch habe das Krankenhaus keine Kissen ge-
 . habt, sagt sie.

. Seit Monaten hält die Griechenland-Krise Eu-
 . ropa mal wieder in Atem. Gerade gab es ein drittes
 20 Hilfspaket der internationalen Geldgeber. Doch
 . die seit fünf Jahren andauernden Sparmaßnahmen
 . haben schon seit längerem zum Teil verheeren-
 . de Auswirkungen für die Griechen – etwa im
 . Gesundheitswesen.

25 »Die pauschalen Sparmaßnahmen haben Leis-
 . tungen in allen Bereichen verringert und die
 . Gesundheitsversorgung ganz unmittelbar ver-
 . schlechert«, sagt Alexander Kentikelenis. Er ist
 . wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität
 30 von Cambridge und Experte für die Folgen von
 . Finanzkrisen. Einige Reformen des Gesundheits-
 . wesens waren seiner Ansicht nach zwar erforder-
 . lich, das Ausmaß der Kürzungen aber habe wich-
 . tige Gesundheitsindikatoren massiv verschlechtert.
 35 So sei etwa die Kindersterblichkeitsrate zwischen
 . 2008 und 2010 um 43 Prozent gestiegen, schreibt
 . er in der medizinischen Fachzeitschrift »The
 . Lancet«.

. Da in Griechenland eine Krankenversicherung
 40 nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit abläuft, hatte
 . die Wirtschaftskrise verheerende Folgen für die
 . Gesundheitsversorgung: Inoffiziellen Schätzun-
 . gen zufolge haben nun zwei bis drei Millionen
 . Griechen keine Krankenversicherung. Auch in
 45 den Krankenhäusern fehlt es an Geld. Die Etats
 . der öffentlichen Krankenhäuser seien seit 2009
 . um 50 Prozent geschrumpft, sagt Charalampos
 . Economou, Professor für Gesundheitspolitik an
 . der Panteion Universität in Athen.

50 Private Organisationen versuchen, die Löcher
 . wenigstens teilweise zu stopfen, die die Austeri-
 . tätsmaßnahmen aufgerissen haben. So wie die
 . Ehrenamtlichen von »Das Lächeln des Kindes«,
 . für die sich auch die Sanitäter Arvanitakis und
 55 Kapetanos engagieren.

. Während in Deutschland ein Rettungswagen –
 . den gesetzlichen Vorgaben entsprechend – meist
 . nach einigen Minuten am Einsatzort eintref-
 . fe, herrschten in Griechenland weit schlechtere
 60 Bedingungen, hat Christos Kammilatos vom
 . Führungsteam der Organisation beobachtet. In
 . Griechenland müsse man zwischen 45 Minuten
 . und einer Stunde warten. »In der Zeit stirbt man
 . zweimal.« Eine Stadt wie Athen mit 3,5 Millionen
 65 Einwohnern braucht seiner Meinung nach rund
 . 300 funktionierende Krankenwagen – es gebe
 . aber nur 100.

. Mit ihren acht Krankenwagen in Athen, Thes-
 . saloniki und auf Kreta bietet »Das Lächeln des
 70 Kindes« eine Leistung, die dringend benötigt wird.
 . Sie transportieren ausschließlich Kinder – nach
 . eigenen Angaben bereits 690 in den ersten sechs
 . Monaten dieses Jahres. Aufträge aus öffentlichen
 . Kliniken sind demnach im Vergleich zum Durch-
 75 schnitt der Jahre 2010 bis 2014 um 40 Prozent
 . gestiegen. Zudem bietet die Einrichtung weitere
 . Hilfs- und Gesundheitsprogramme. 90 Prozent
 . des Jahresetats der Organisation von rund 13 Mil-
 . lionen Euro kommen von privaten Spendern.

80 Derweil sind die Sanitäter Arvanitakis und
 . Kapetanos unterwegs zu ihrer nächsten Pati-
 . entin: der 13-jährigen Ioanna. Sie wachte eines
 . Morgens vor einem Jahr mit einer Lähmung auf.
 . Über die Ursache rätseln die Ärzte noch immer.
 85 Einmal wöchentlich muss sie zur Physiotherapie –
 . doch der Transport wäre ohne fremde Hilfe fast
 . unmöglich.

. Nach einer freundlichen Begrüßung heben sie
 . das Mädchen auf die Trage. Kapetanos, der mit
 90 der 13-Jährigen hinten im Krankenwagen sitzt,
 . wechselt den Radiosender zu ihrer Lieblings-
 . station – sie liebt Popmusik. Für Ioanna ist der
 . Transport sichtlich anstrengend. Doch sie ist ent-
 . schlossen, wieder gesund zu werden – und wie
 95 ein normaler Teenager zur Schule zu gehen. ■ Quelle:

Jessica Camille Aguirre, *dpa*, 31.8.2015

Wie finanziert sich der Staat, und ist das Steuersystem gerecht?

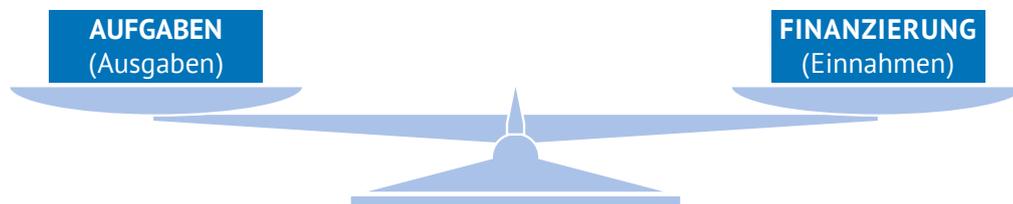
ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Betrachten sie zunächst das Modell der Staatsfinanzen als Waage (M1) im Zusammenhang mit den zehn größten Einnahmequellen des Bundeshaushaltes (M2). Entwickeln sie Vorschläge zur Erhöhung der Staatseinnahmen: Welche Steuern wollen Sie erhöhen oder zusätzlich erheben und warum? Gegebenenfalls können Sie auch unter <http://www.bundshaushalt-info.de> Zahlen für den aktuellen Bundeshaushalt recherchieren.
2. Werten Sie in Kleingruppen die Grafiken zum Steueraufkommen Deutschlands (M3 und M4) aus. Stellen Sie fest, welche Steuern maßgeblich zum Gesamtsteueraufkommen beitragen und wie stark sie verschiedene Gruppen der Bevölkerung treffen.

3. Analysieren Sie mit eine_r Partner_in die im Diagramm M5 dargestellte Entwicklung der Einkommensteuer.

- a. Inwiefern erscheint Ihnen die Entwicklung a) des Eingangssteuersatzes und b) des Spitzensteuersatzes sinnvoll? Warum (nicht)?
- b. Analysieren Sie die Entwicklung der Einkommensteuer (M5) im Zusammenhang mit dem Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten (M3) und der Verteilung von Einkommen und Steuern auf verschiedene Bevölkerungsgruppen (M4). Welche Zusammenhänge sehen Sie hier?
- c. Inwiefern erscheinen Ihnen die Anteile sowie die Sätze der Einkommensteuer gerecht verteilt (Steuergerechtigkeit)?

M1 Modell der Staatsfinanzen als Waage



Um das Zusammenspiel von Staatsaufgaben und Staatsfinanzierung zu veranschaulichen, kann der Staat modellhaft als Waage betrachtet werden.

In der einen Waagschale liegen die Staatsausgaben, also das Geld, das der Staat ausgibt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

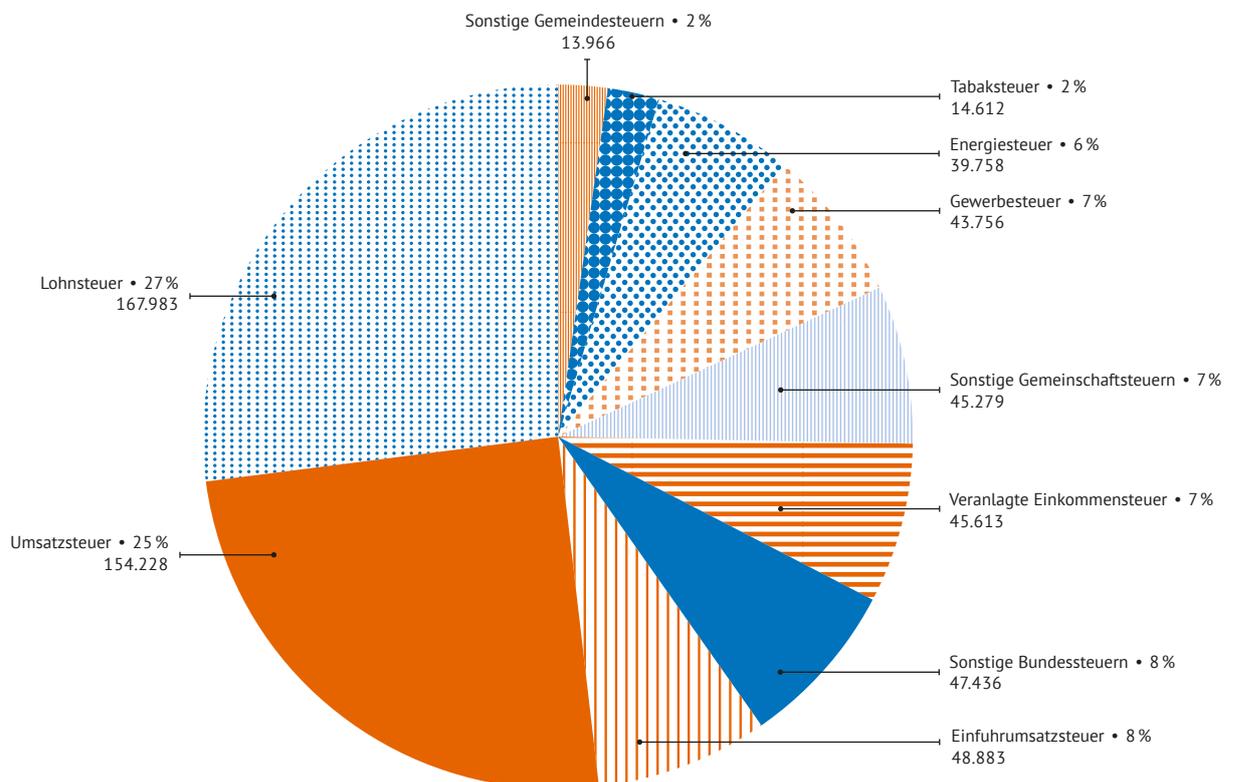
In der anderen Waagschale liegen die Einnahmen des Staates. Das sind vor allem die Steuern und Abgaben, die der Staat erhebt, aber auch Kredite (Staatsanleihen), die er aufnimmt.

M2 Die zehn größten Steuereinnahmen des Bundeshaushaltes 2015

In Milliarden €	Steuerart	Anteil in %
84,2	Umsatzsteuer	25,2
75,7	Lohnsteuer	22,6
36,3	Energiesteuer	10,9
26,6	Einfuhrumsatzsteuer	7,9
20,6	Veranlagte Einkommensteuer	6,2
14,2	Tabaksteuer	4,2
12,5	Versicherungssteuer	3,7
10,7	Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	3,2
10,4	Körperschaftsteuer	3,1
8,6	Kfz-Steuer	2,6
33,2	Alle anderen Steuereinnahmen zusammen	10,4

Quelle: <http://www.bundeshaushalt-info.de> (Sollwerte des Haushaltsjahres 2015 inkl. 1. Nachtragshaushalt)

M3 Anteil und Gesamtaufkommen der verschiedenen Steuerarten (für Bund, Länder und Gemeinden) 2014 in Milliarden Euro



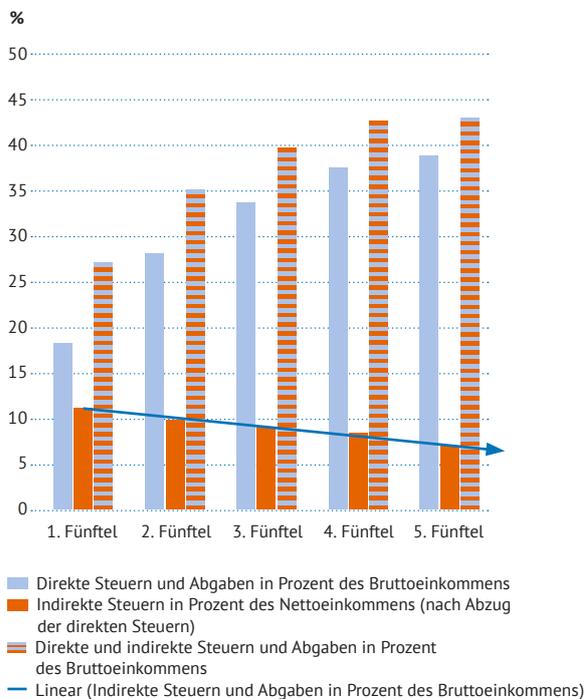
Quelle: Statistisches Bundesamt

M4 Einkommensverteilung und Steuern in Deutschland

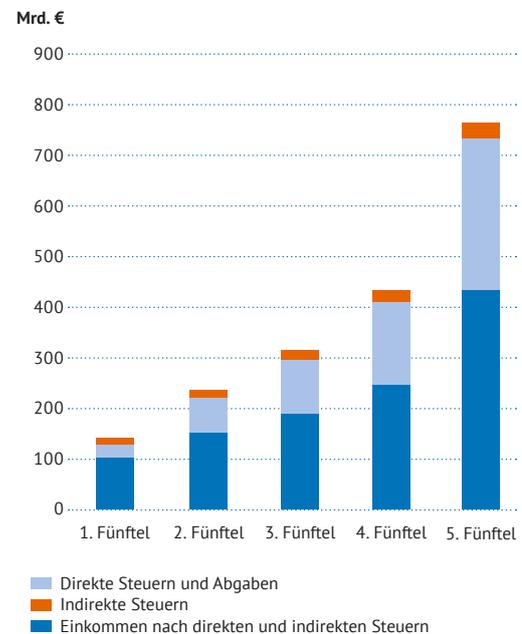
B I B E V Ö L Ö K N E F R T U E N L G N	Bruttoeinkommen (vor Steuern und Abgaben)		Direkte Steuern und Sozialabgaben				Nettoeinkommen (n. Abzug direkter Steuern u. Abgaben)		Indirekte Steuern (Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer)		Steuern und Abgaben insgesamt		Einkommen nach direkten und indirekten Steuern	
	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Sozialbei- träge in Mrd. € (1)	Einkom- steuer in: Mrd. € (1)	Abgaben und Steuern ges. in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brutto- einkom- men (3)	Einkom- men in Mrd. € (1)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (1)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent des Netto- einkom- mens (2)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Brut- toein- kommen (3)	Gesamt in Mrd. € (3)	Prozent- anteil am Gesamt- einkom- men (3)
1. Fünftel	143,8	7,3	25,0	1,3	26,3	18,3	117,4	9,2	12,8	11,1	39,1	27,2	104,7	8,9
2. Fünftel	239,7	12,2	57,5	9,9	67,4	28,1	172,3	13,5	16,9	9,8	84,3	35,2	155,4	13,3
3. Fünftel	328,0	16,7	84,9	25,7	110,6	33,7	217,4	17,0	19,8	9,1	130,4	39,8	197,6	16,9
4. Fünftel	452,9	23,1	117,3	53,0	170,3	37,6	282,6	22,1	23,6	8,4	193,9	42,8	259,0	22,1
5. Fünftel	799,1	40,7	149,8	161,3	311,1	38,9	488,0	38,2	33,4	7,0	344,5	43,1	454,6	38,8

Quelle: (1) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2015: *DIW Wochenbericht* 8/2015, Einkommensumverteilung, S. 151 (Umgerechnet in Fünftel).
 (2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011: Volle Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel belastet vor allem Geringverdiener S. 3 (Umgerechnet in Fünftel).
 (3) Eigene Berechnung aus (1) und (2).

BELASTUNG DER EINKOMMEN DURCH DIREKTE UND INDIREKTE STEUERN



VERTEILUNG VON EINKOMMEN UND STEUERN (IN MILLARDEN EURO)



Quelle für beide Diagramme: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), eigene Berechnungen (siehe Tabelle oben)

Streitpunkt Vermögensteuer



Aktion des Bündnis
UMfairTEILEN
(Foto: Attac)

PRO- UND CONTRA-DEBATTE

Da das offene Austragen widerstreitender Meinungen zentraler Bestandteil einer Demokratie ist, gilt es, das Streitgespräch auch im Unterricht zu üben. Die Pro- und Contra-Debatte eignet sich, um eigene Positionen argumentativ zu vertreten, gewaltfreie Formen des Streites zu erlernen, Positionen anderer nachvollziehen zu können und um Kompromisse zu schließen. Diskutiert wird ein (aktueller) politischer Konflikt oder eine politische Frage, welche unterschiedliche, möglichst kontroverse Positionen aufweist.

Vorgehen: Zunächst wird eine Abstimmung durchgeführt, um ein erstes Meinungsbild zu erhalten. Daraufhin werden Gruppen gebildet, welche auf Basis ausgewählter Materialien ihre Positionen und Standpunkte entwickeln, um diese später in der Diskussion zu vertreten. Es wird eine Moderation sowie je ein_e Vertreter_in

pro Interessengruppe gewählt, welche_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Vor der Durchführung ist darauf zu achten, dass das Publikum im Hintergrund und die Gruppen sich gegenüber sitzen. Die Moderation eröffnet die Pro- und Contra-Debatte und stellt die Gruppenvertreter_innen vor. Nachdem jede_r Vertreter_in ein kurzes Eingangsstatement abgegeben hat, folgt die eigentliche Debatte als Austausch von Argumenten und Gegenargumenten.

Anschließend folgt eine Auswertung, in der erfragt wird, welche Argumente am überzeugendsten waren. Zum Abschluss wird erneut eine Abstimmung durchgeführt, um zu visualisieren, inwiefern sich Veränderungen im Meinungsbild der Vertreter_innen oder des Publikums ergeben haben, die dann wiederum diskutiert werden können.

PRO- UND CONTRA-DEBATTE

Diskutieren Sie, inwiefern die Wiedererhebung einer Vermögensteuer in Deutschland eine gerechte und nützliche Maßnahme ist, um Ungleichverteilungen abzubauen und die Steuereinnahmen des Staates zu erhöhen.

1. Lesen Sie zunächst das Interview M1 als Einstieg in den Konflikt.

2. Lesen Sie in Ihren Pro- oder Contra-Gruppen einen Artikel (M1 oder M2) und arbeiten Sie die Begründungen für (M2) oder gegen (M3) eine mögliche Vermögensabgabe heraus.

3. Bereiten Sie unter Berücksichtigung der Texte Ihre Position in der Pro- und Contra-Debatte vor.

M1 Warum Reiche eine Reichensteuer fordern

1 Eva Stilz, 52, ist Sozialpädagogin, Erbin und Aktivistin. Sie ist wohl einer der wenigen Menschen in Deutschland, die der Meinung sind, zu wenig Steuern zu zahlen, und setzt sich für eine höhere Belastung derer ein, die deutlich mehr Geld als der Durchschnittsbürger haben. Stilz ist Mitglied in der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe und Gründerin der Stiftung Gegensteuern.

10 **SZ.DE:** Frau Stilz, lassen Sie uns über Steuern und Gerechtigkeit reden. Wie hoch ist die Summe, die Sie an den Fiskus abführen?

· **EVA STILZ:** Ich zahle pro Jahr etwa 20.000 Euro Steuern.

15 **SZ.DE:** Das Jahreseinkommen vieler Bundesbürger ist so hoch wie Ihre Steuerleistung.

· **EVA STILZ:** Aber das ist immer noch relativ wenig: Ich habe durch eine Erbschaft Anteile an einem Unternehmen und dadurch Einkünfte von etwa 150.000 Euro im Jahr. Dieses Geld ist über die Körperschaftsteuer vorversteuert, sodass die restliche Summe von 130.000 Euro mir gehört. Aber um die Details kümmert sich meine Steuerberaterin.

25 **SZ.DE:** Es ist doch erfreulich für Sie, dass Sie einen verhältnismäßig niedrigen Steuersatz haben.

· **EVA STILZ:** Ich halte es aber für sehr ungerecht, dass Menschen mit einem hohen Einkommen wie ich so wenig Steuern zahlen. Ich bin für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und fordere als Mitglied in der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe eine jeweils fünfprozentige Vermögensabgabe befristet für zwei Jahre. Das würde circa 150 Milliarden Euro für ökologische Projekte, Bildung oder die Erhöhung der Transferleistungen wie Hartz IV bringen. Ab dem dritten Jahr soll eine Vermögensteuer von einem Prozent erhoben werden, die in den Bundeshaushalt fließen soll.

40 **SZ.DE:** Die Vermögensteuer ist umstritten – das Bundesverfassungsgericht hat sie 1995 gekippt.

· **EVA STILZ:** In der damaligen Form war sie verfassungswidrig, weil Kapital, Betriebsvermögen und Immobilien sehr unterschiedlich besteuert wurden und das gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Das Gericht hat sich aber nicht grundsätzlich gegen eine Vermögensteuer ausgesprochen. Es stimmt auch nicht, dass die Verwaltungskosten die Steuereinnahmen gleich wieder auffressen würden. Unseren Schätzungen zufolge würde die Vermögensteuer etwa 15 Milliarden pro Jahr bringen. [...] ■ Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 24.07.2013

M2 Mit Großmut kommt man nicht weiter

1 Jetzt auch noch Marius Müller-Westerhagen. »Ein paar Prozentpunkte mehr Steuern machen Wohlhabende nicht arm«, sagt der Rocksänger dem Wochenmagazin Die Zeit. Auch Versandmilliardär Michael Otto und Hörgeräteunternehmer Martin Kind verkünden dort, sie hätten nichts gegen eine höhere Steuerbelastung ihres Einkommens. Dass die Reichen jetzt medienwirksam fordern, dass der Staat ihnen mehr abknöpft, um seine Schulden abzubauen, ist der neueste Hit in der Gerechtigkeitsdebatte. [...]

· Die Vermögenden stellen die Regierung bloß, indem sie sich als die besseren Gemeinwohler positionieren. Das ist eine Umkehrung der Rollen. Aber es könnte die Verteilungsdebatte befeuern. Denn alle Argumente für und gegen mehr Steuern für Wohlhabende gab es schon seit den 90er Jahren – heute aber wissen wir, welche Behauptungen sich bewahrheiteten und welche nicht. Das erste Gegenargument gegen Besitzsteuern liegt im Grundgesetz: Substanzbesteuerungen, die zu einem schleichenden Schrumpfen des Privatvermögens führen, sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995 nicht erlaubt. Es sei denn, es herrschen Ausnahmezeiten. Es ist bezeichnend, dass sich die Grünen mit ihrem Vorschlag einer befristeten »Vermögensabgabe« auf das Vorbild der »Vermögensabgabe« im Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Doch die Notzeiten damals waren andere. Eine weniger als einprozentige unbefristete Vermögenssteuer, die mit dem Ertrag des Vermögens verrechnet wird, wäre von der Verfassung unter Umständen gedeckt. Auch könnte man den Spitzensteuersatz auf Einkommen wieder erhöhen. Das klassische Gegenargument: Vermögenssteuern und hohe Einkommenssteuern schmälern Erträge und Investitionen von Betrieben und Unternehmern und gefährden damit Arbeitsplätze. Diese Drohung mit Jobabbau ermöglichte die Steuersenkungen, von denen Wohlhabende bis heute profitieren.

45 Doch die Beschäftigungslage, die im Zuge der Wiedervereinigung drastisch eingebrochen war, hat sich gebessert und angesichts des Fachkräftemangels verliert das Argument an Kraft. Aber flieht der Reiche nicht ins Ausland, wenn man ihn hierzulande zu sehr mit Steuern belästigt? Tja. Die Frage ist, ob nicht auch dieses Argument weniger zieht, wenn nun sogar die Schweiz für Ausländer eine Quellensteuer erhebt und sich Geld leichter vererben lässt, wenn es nicht auf irgendwelchen Konten im Ausland versteckt ist. Apropos Erben: Ein Streitpunkt seit den 90er Jahren war die Erbschaftssteuer, deren Erhöhung immer wieder gefordert wurde. Erbschaften liegen in der gefühlten Schnittstelle von Besitz und Familie, also dem Allerheiligsten. Der Familiensitz musste gerettet werden, die Große Koalition schaffte dies mit der Reform der Erbschaftssteuer von 2007. Die

Reform erlaubt es heute Kindern, von beiden Elternteilen nacheinander Geldvermögen im Wert von insgesamt 800.000 Euro zu erben, ohne einen Cent Erbschaftssteuer zu zahlen. Wer das Elternhaus selbst bewohnt, muss nichts berappen, auch wenn es sich um eine großzügige Villa handelt. Das ist ein Skandal. Es gibt Spielraum, sich für höhere Steuern auf Besitz und Einkommen einzusetzen und dabei aus den Debatten der vergangenen Jahrzehnte zu lernen. Enteignungsfantasien den sehr Reichen gegenüber helfen jedoch genauso wenig wie auf den Großmut der Wohlhabenden zu vertrauen. Auch die gefühlte höhere Mittelschicht muss bereit sein für Opfer. Genau davon lenken Appelle von Superreichen wie Buffet oder Umfragen mit Prominenten wie Müller-Westernhagen jedoch ab. ■ Quelle: die tageszeitung vom 01.09.2011

M3 Lasst die »Reichen« in Ruhe

1 Die Reichen werden reicher, und deshalb gehören sie geschröpft. Klar doch – umso mehr heute, da Regierungen Banken und Pleitestaaten retten, mithin Aktionäre und Investoren. Diese Lesart ist plausibel. Auch Marktliberale sprechen von »moral hazard«, vom »Anreiz zum Fehlverhalten«. Die Botschaft lief so: »Bereichert euch. Kauft Risikoanleihen, die viel mehr bringen als deutsche. Oder hochverzinsten Derivate. Geht's schief, springt Vater Staat ein. Denn es gilt »too big to fail.«

Das wissen die Absahner, also werden sie weiter zocken. So belohnt der Staat das Laster. Daraus folgt allerlei Kapitalismuskritik, diesmal nicht gegen die Dickbäuche mit der Zigarre, sondern gegen die »Märkte«. Wenn »die da« so reich geworden sind, und zwar unter dem Schirm der Allgemeinheit, dann sollen sie auch abgeben. Bloß: Wen wollen wir eigentlich schröpfen? Die Versicherung, die unsere Policen ausgestellt hat? Die Banken, deren Aktienfonds wir gekauft haben? Hmm, die vielleicht nicht, aber warum nicht die Reichen als solche, die sowieso zu wenig Steuern zahlen. Was ist »zu wenig«? Bezogen auf das Jahr 2007, hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung festgestellt: Das unterste Fünftel der Steuerpflichtigen zahlt praktisch keine Steuern – jene, die weniger als 8.200 Euro pro Jahr an Rente oder Lohn beziehen. Interessanter ist das »reichste Zehntel«: Das zahlt über die Hälfte (52 Prozent) des Steueraufkommens. Und die ganz Reichen – ein Prozent? Die waren (2002) für mehr als ein Fünftel des Steueraufkommens gut.

Wie reich sind denn die »Reichen«, die Top-Ten-Prozent? Nicht besonders. Ihr Jahreseinkommen betrug 2007 im Durchschnitt knapp 90.000 Euro. Zahlen sie auch genug? Auf den ersten Blick nein, denn der effektive Steuersatz lag nicht etwa beim höchsten (heute: 42 Prozent), sondern bei 24 Prozent, die dadurch zustande kommen, dass allerlei (legale) Abzüge die Steuerpflicht verringern. Hinterziehen die auch? Das Spiel ist heute schwerer geworden: Kapitalerträge werden inzwischen genau wie der Lohn »an der Quelle« besteuert – neuerdings auch das Gebunkerte in der Schweiz.

Dennoch möge die Kluft zwischen Höchst- und Effektivsatz bedenken, wer die »Geldsäcke« schröpfen will. Je mehr Einkommen einer hat, desto besser weiß er, wie man es dem Fiskus vorhält. So entstand in Deutschland eine ganze Abschreibungs- und Subventionsindustrie, die Kapital nicht gerade in produktive Zweige lenkte. Grundsätzlich: je höher die Steuern, desto niedriger der effektive Ertrag. Das gilt vorweg für die gesenkte Unternehmenssteuer (25 Prozent). Wer sie anheben will, sollte wissen, dass Kapital scheu wie ein Reh und flüchtig wie eine Gazelle ist – jedenfalls in der globalisierten Welt. Das Kapital, das im Ausland arbeitet, schafft hier weder Jobs noch Steuererträge. [...] Aber hohe Kapital- und Unternehmenssteuern sind Gift für die notwendigen Investitionen. Die Frage ist also: Wen schröpfen wir, wenn wir die Reichen schröpfen? ■ Quelle: Josef Joffe, DIE ZEIT Nr. 36/2011

Steuern

INFO

Unterscheidungen von Steuern In Deutschland gibt es 40 verschiedene Steuern, welche nach unterschiedlichen Kriterien gruppiert werden können und sich teilweise in ihren Kategorien überschneiden.

Gegliedert nach der Ertragshöhe existieren also Bundes- (z. B. Tabaksteuer, Mineralölsteuer), Landes- (z. B. Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer), Gemeinde- (z. B. Gewerbesteuer, Grundsteuer) und Gemeinschaftssteuern (z. B. Umsatzsteuer, Einkommensteuer), sodass die erhobene Steuer an die jeweilige staatliche Verwaltungsebene geht.

Steuern können auch danach unterschieden werden, worauf der Staat sie erhebt. Besitzsteuern sind Steuern, welche auf Einkommen oder Vermögen erhoben werden (z. B. Einkommensteuer, Erbschaftsteuer), wobei zwischen Steuern auf Einkommen und Steuern auf Vermögen noch einmal unterschieden wird. Als Verkehrssteuern werden die Besteuerung des Rechts- und Wirtschaftssektors bezeichnet (z. B. Umsatzsteuer, Kfz-Steuer). Verbrauchsteuern erfassen den Verbrauch und Gebrauch von bestimmten Waren wie Lebens- oder Genussmittel (z. B. Tabaksteuer).

Direkte und indirekte Steuern Zudem werden Steuern nach der Art der Entrichtung unterschieden. Direkte Steuern werden unmittelbar vom Steuerzahler erhoben (z. B. Einkommensteuer), während indirekte Steuern zwar auf Güter und Dienstleistungen erhoben werden, den Steuerpflichtigen jedoch nur über Umwege belasten (z. B. Umsatzsteuer). Die Händler_innen oder Produzent_innen erheben die Steuer für den Staat, indem sie zum Verkaufspreis hinzu gerechnet wird und legen diese somit indirekt auf den Endverbraucher um. Der Anteil direkter Steuern hat sich in den letzten Jahrzehnten verringert, während sich der Anteil indirekter Steuern vermehrt hat, sodass die beiden Steuerarten momentan in etwa zu gleichen Teilen zum Steueraufkommen beitragen.

Die wichtigsten Steuern Die ertragreichste und somit für den Staat wichtigste Steuer ist in Deutschland die Umsatzsteuer (auch Mehrwertsteuer). Die Umsatzsteuer wird auf Dienstleistungen und den Verkauf von Waren im Inland mit einem Steuersatz von 19 Prozent erhoben. Bestimmte Leistungen werden mit einem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent besteuert oder sind ganz steuerbefreit. Danach bringt die Lohnsteuer die meisten Steuereinnahmen für den Staat. Die Lohnsteuer ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer und wird auf Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit erhoben. Da die Lohnsteuer direkt von der Quelle der Einkünfte, also dem Arbeitgeber, eingezogen wird, handelt es sich um eine sogenannte Quellensteuer.

Besteuerung von Vermögen Zunehmend wird im Zuge der wachsenden finanziellen Ungleichverteilung in Deutschland eine stärkere Besteuerung von hohem Vermögen gefordert. Obwohl die Bundesregierung 1997 feststellte, dass es keine verfassungsrechtliche Begründung zur Abschaffung der Vermögensteuer gab, wurde sie 1996 zum letzten Mal erhoben. Seitdem werden in Deutschland nur noch einige vermögensbezogene Steuern (z. B. Grundsteuer, Erbschaftsteuer) erhoben, die im OECD-Vergleich mit einem Aufkommen von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) unterdurchschnittlich zum Steueraufkommen beitragen. Im Vergleich werden vermögensbezogene Steuern in den USA in Höhe von 3,1 Prozent und in Großbritannien von mehr als vier Prozent des BIP erhoben. Entgegen vieler Befürchtungen, dass eine Vermögensteuer besonders die Mittelschicht treffen würde, würde laut verschiedenen Wissenschaftler_innen und Initiativen eine Besteuerung von wirklich ›Reichen‹ (z. B. ab 250.000 € Jahreseinkommen) bereits einen enormen Steuerzuwachs für den Staat bedeuten.



Ökonomische Folgen der Ungleichverteilung

M1 Wenn die Herde losrennt

Die internationalen Börsen fahren Achterbahn. Nachdem die Aktienkurse lange Zeit nur nach oben kletterten, folgte nun ein Absturz. Jetzt geht wieder die Angst vor dem großen Crash um. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank haben wiederholt vor den aktuellen Finanzmarktrisiken gewarnt. Die Sorgen sind nicht unbegründet.

Die Ursachen der letzten Krise sind noch immer wirkmächtig: Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung füttert die Kapitalmärkte und bremst die Realwirtschaft. Neben den Privaten sparen auch die Staaten, weswegen viele Firmen weniger investieren. Darüber hinaus fördert die unzureichende Regulierung der Finanzmärkte Spekulation. Die krisenbedingt notwendige Politik des billigen Geldes tut ein Übriges. Folglich fließt immer mehr Kapital in Aktien, Immobilien, Währungen und Derivate. So entstehen neue Blasen und Kapital wird fehlgeleitet. Die Finanzmärkte können sich jedoch nicht langfristig von der realwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Dow Jones, Dax, Nikkei & Co. leiden jetzt unter einer sich abschwächenden Weltkonjunktur. Die Industrieländer investieren – mit Ausnahme der USA – zu wenig. Vielen Schwellenländern drohen wegen der möglichen US-Zinswende eine massi-

ve Kapitalflucht, eine schwächere eigene Währung und eine höhere Schuldenlast.

Doch damit nicht genug: Auf schlecht regulierten Märkten lassen sich einzelne Krisenherde nicht mehr wirksam eindämmen. Die unterschiedlichen Teilmärkte und Regionen sind eng miteinander verflochten. Folglich sind die Ansteckungsrisiken hoch. Die große Marktmacht weniger Kapitalsammelstellen und der computergestützte Hochfrequenzhandel sorgen dafür, dass die Herde kaum mehr gestoppt werden kann, wenn sie einmal losrennt.

Im modernen Kapitalismus sind Finanzmärkte immer krisenanfällig. Übertreibungen, Blasen und Krisen sind systemimmanent. Das Ausmaß der Instabilität kann jedoch politisch beeinflusst werden. Mit guten Regeln lassen sich die Kapitalmarktrisiken in den Griff kriegen. Mehr Eigenkapital, weniger Marktmacht der Großbanken, eine strikte Regulierung der Schattenbanken und ein Finanz-TÜV könnten den Schaden platzen der Blasen begrenzen. Eine Politik, welche die Einkommens- und Vermögenskonzentration bekämpft, würde den Anlagenotstand beseitigen und die Investitionstätigkeit fördern. Der nächste Crash ist also kein zwangsläufiges Naturereignis. ■ Quelle: Dierk Hirschel, *Frankfurter Rundschau* vom 01.09.2015

ARBEITSVORSCHLÄGE

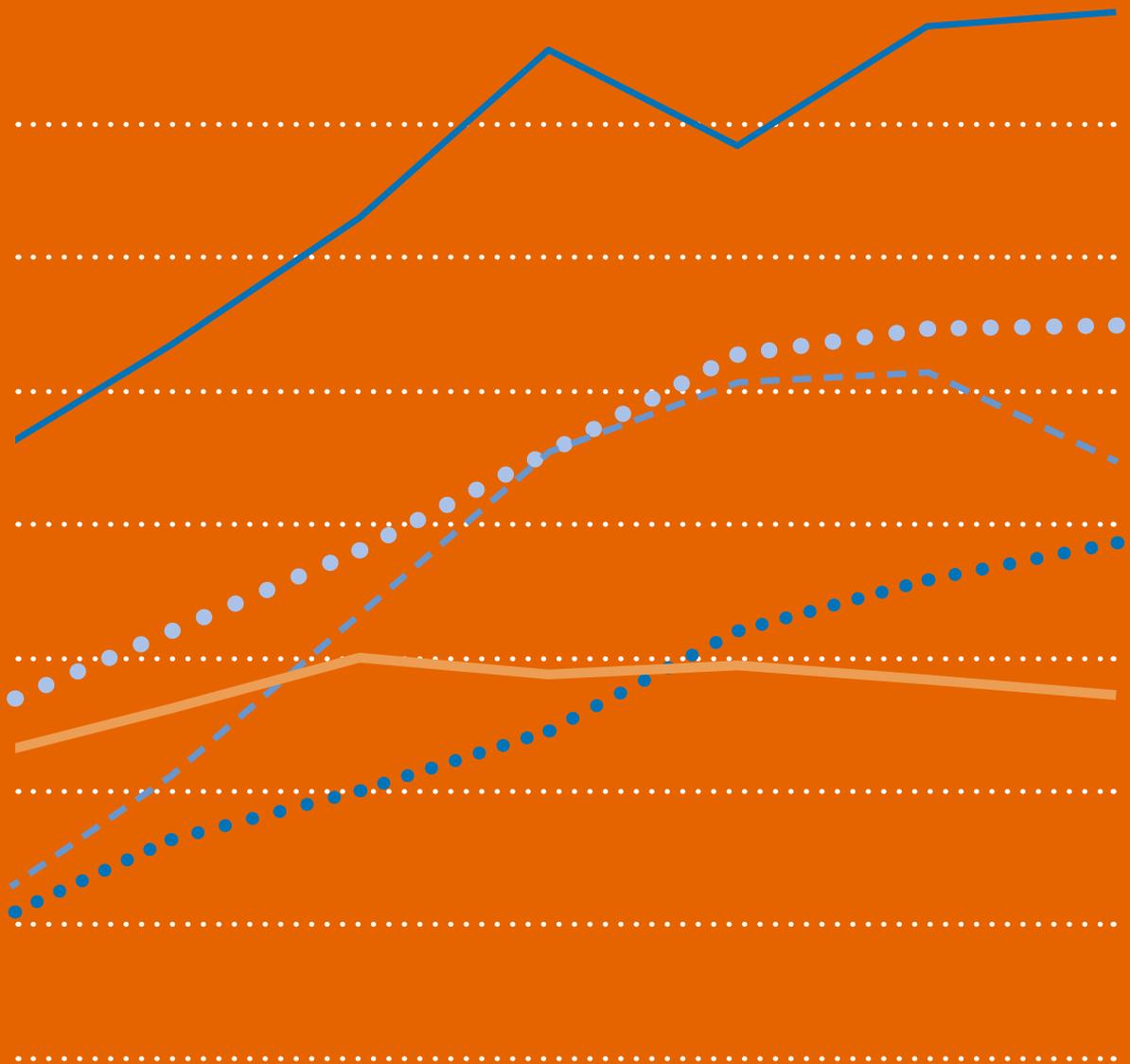
1. Beschreiben Sie mit eigenen Worten den Einfluss der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichverteilung auf die Entwicklung der europäischen Realwirtschaft und Finanzmärkte.

2. Welche Maßnahmen einer Regulierung der Finanzmärkte werden vorgeschlagen? Welche halten Sie (nicht) für sinnvoll?

Verfassen Sie eine Antwort auf die Stellungnahme von Dierk Hirschel. Begründen Sie Ihre Position und überlegen Sie, ob Ihnen andere Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung einfallen.

Von der Finanzkrise zur Staatsfinanzierungskrise in Europa

MODUL



Was sind die Ursachen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise? Wie ist die
privatwirtschaftliche Finanzkrise zu einer Staatsfinanzkrise geworden?

—

Einführung

II.1 Arbeitsblatt: Ursachen der globalen Finanzkrise

- M1: Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft (*Böckler Impuls*)
- M2: Diagramm zu Realvermögen und Finanzvermögen
- M3: Diagramm zu Gewinnen und Investitionen
- M4: Tabelle – Investitionsentscheidungen
- M5: Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze? (*Der Tagesspiegel*)

II.2 Arbeitsblatt: Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

- Methode: Gruppenpuzzle
- M1: Schaubild – Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise
- M2: Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise

II.3 Arbeitsblatt: Von der Bankenkrise zur Krise in Europa

- M1: Schaubild – Auswirkungen der US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa
- M2: Diagramm zum Schuldensprung durch die Krise
- M3: Krisenmanagement (*Hans-Böckler-Stiftung*)

—

II.4 Arbeitsblatt: Staatsschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

- M1: Die neoklassische Krisenerzählung (*Kortendiek/van Treeck 2015*)
- M2: Die keynesianische Krisenerzählung (*Kortendiek/van Treeck 2015*)
- M3: Diagramm zum Schuldenstand der Eurostaaten
- M4: Diagramm zur Entwicklung der Staatsschulden in Europa
- M5: Die marxistische Krisenerzählung (*die tageszeitung*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infoblatt – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Im September 2008 wurde eine amerikanische Investmentbank – Lehman Brothers – schlagartig in der ganzen Welt bekannt, nämlich als sie zusammenbrach. Was war geschehen? Bereits in den Jahren davor war es in der Wirtschaft und insbesondere in der Finanzwelt zu Verwerfungen gekommen. Die zunehmende Umverteilung von unten nach oben führte dazu, dass immer mehr Geld (sowohl Einkommen als auch Vermögen) bei den reicheren Bevölkerungsschichten landete. Diese konsumieren aber einen geringeren Anteil ihres Einkommens als es ärmere Bevölkerungsschichten tun würden. Dies hat zweierlei Folgen: Zum einen wird immer mehr Geld in spekulative Finanzobjekte gesteckt (»investiert«). Und zum anderen ist der gesamte Konsum bei einer schiefer werdenden Verteilung geringer. Natürlich merken die Unternehmen dies auch und in Folge der geringeren erwarteten Nachfrage wird weniger investiert.

In den USA senkte die Zentralbank zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den 2000er Jahren die Zinsen. Diese Politik des billigen Geldes führte zu einem Boom im Immobiliensektor. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite aufgenommen. Diese Immobilienblase platzte als die Nachfrage nach den Häusern und damit ihr Wert wieder zurückging. Damit platzten aber auch die Kredite. Das Besondere war, dass die Banken die von ihnen vergebenen Kredite längst weiter verkauft hatten. Was eigentlich der Risikostreuung und damit Risikominderung dienen sollte, entpuppte sich als Irrsinn. Denn jetzt hatten unglaublich viele Banken »faule« Kredite, die nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wurden, in ihren Büchern stehen. D. h., die Banken konnten ihre eigenen Schulden nicht zurückzahlen.

Bei Lehman Brothers wurde ein Exempel statuiert. Die US-amerikanische Regierung hat die Bank nicht gerettet – sie ging pleite. Die anderen Banken, die fast alle Schwierigkeiten hatten, waren jetzt nicht mehr sicher, ob nicht weitere Institute pleite gehen könnten – und hörten über Nacht auf, sich gegenseitig Geld zu leihen. Der Schmierstoff der Wirtschaft ging plötzlich aus. In Europa hat die Europäische Zentralbank hier eingegriffen und den Banken Geld zur Verfügung gestellt – die meisten hatten dadurch erst mal Zeit gewonnen.

Für einige Banken aber reichte das nicht. Sie brauchten zusätzliche (Rettungs-)Gelder vom Staat. Das geschah praktisch in allen europäischen Ländern – mal mehr (Irland, Griechenland, Spanien), mal weniger. Auch in Deutschland rettete der Staat Banken wie die Commerzbank oder die HypoRealEstate-Bank mit Milliardenbeträgen. Die Staaten mussten das notwendige Geld in kurzer Zeit aufbringen, das heißt sie liehen sich das Geld für die Bankenrettung auf den Kapitalmärkten. Im Ergebnis ist der Schuldenstand der betroffenen Staaten stark gestiegen.

Diese Staaten mussten also höhere Kredite aufnehmen und dafür in der Regel höhere Zinsen zahlen. Denn hier kamen die »Märkte« ins Spiel. Wenn sich auf den Märkten, d. h. bei den Finanzinvestoren der Eindruck durchsetzt, dass ein Staat seine Kredite vielleicht gar nicht oder nur teilweise zurückzahlen kann, dann kann er sich neues Geld nur für höhere Zinsen leihen. Das führt aber wieder zu steigenden Ausgaben. Um die Kreditwürdigkeit der Staaten aufrechtzuerhalten wurden in Europa nach und nach »Rettungsschirme« beschlossen. Diese funktionieren in der Regel so, dass die (solventen) Länder sich – gegen geringe Zinsen – Geld leihen und dieses den Krisenländern – gegen etwas höhere Zinsen – weitergeben. Das bedeutet übrigens auch, dass bei dieser Art von »Staatenrettung« erstmal keine Kosten entstehen, sondern sogar leichte Zinsgewinne erzielt werden.

Die »Geldgeber« – repräsentiert durch die »Troika« (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) – machten den Krisenländern strenge Auflagen. Gemäß dem neoliberalen Credo, dass die Wirtschaft am besten funktioniert, wenn sich der Staat aus der Wirtschaft heraushält und die Unternehmen nur gute Rahmenbedingungen vorfinden müssen, wurden in den Krisenländern öffentliche Leistungen, Gehälter, Mindestlöhne, Renten usw. gekürzt – und Arbeitskräfte entlassen. Man müsse nur »sparen« (= kürzen) und dann würde sich die Lage der Staatsfinanzen wieder stabilisieren – so die (neoliberale) Idee dahinter.

Zunächst brachen z. B. in Griechenland in Folge der geschrumpften Wirtschaft die Steuereinnahmen ein und die Wirtschaft schrumpfte – womit die Staatsschuldenquote weiter anstieg. Aus der Krise »heraus sparen« – das funktioniert nicht und geht auf Kosten der einfachen Bürgerinnen und Bürger. Gerettet werden so nur die Banken

und damit die Vermögen der Reichen (und der Kreditgeber bspw. in Deutschland).

Aber es gibt andere Lösungen. Dazu gehört die Vergemeinschaftung der staatlichen Schulden (z. B. über Eurobonds), zusätzliche Ausgaben um die Wirtschaft der Krisenländer anzukurbeln, eine Verringerung deutscher Exportüberschüsse z. B. durch die Stärkung der Binnennachfrage

in Deutschland, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und weiteres mehr. Vor allem aber muss dies solide finanziert werden – wozu eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe gehören. Damit kann die Wirtschafts- und Finanzkrise bekämpft werden und die »Lasten« tragen dann diejenigen, die von der Rettung in erster Linie profitiert haben: die Vermögenden. ■

Zu den Elementen des Moduls

- In [Arbeitsblatt II.1](#) geht es um die Ursachen der globalen Finanzkrise. Zunächst setzen sich die Lernenden mit einem *Text aus der Reihe Böckler Impuls (M1)* auseinander, in dem argumentiert wird, dass die relativ zurück gehenden Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen dazu geführt haben, dass das anlagesuchende Kapital in die Finanzwirtschaft überführt wurde. Dies wird dann anhand zweier Diagramme zur Entwicklung von *Realvermögen und Finanzvermögen (M2)* sowie zur Entwicklung von *Gewinnen und Investitionen (M3)* überprüft. Anschließend überlegen die Lernenden anhand einer *Tablette (M4)* in Kleingruppen, in welchen Situationen sie als Unternehmer_innen investieren würden und setzen sich auf dieser Basis mit der These auseinander, dass die Profite von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen seien. Abschließend wird diese These noch einmal mit Bezug auf einen Artikel aus dem *Tagesspiegel (M5)* kritisch diskutiert.
- [Arbeitsblatt II.2](#) behandelt den Weg von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise. Mit der *Methode des Gruppenpuzzles* bearbeiten die Lernenden verschiedene Aspekte eines *Schaubildes zur Entwicklung der Krise (M1)*. Dazu ziehen sie kurze *Infotexte zu Akteuren der Finanzkrise (M2)* heran und bereiten einen eigenen Kurzvortrag zum Verlauf der Krise vor.
- In [Arbeitsblatt II.3](#) wird thematisiert, wie sich die ursprüngliche Bankenkrise in den USA zu einer Wirtschafts- und Staatsfinanzkrise in Europa entwickelte. Auf der Grundlage eines *Schaubildes (M1)* versetzen sich die Lernenden in die Rollen von europäischen Banken, Unternehmen und Bürger_innen und erschließen sich so die Auswirkungen der US-Immobilienkrise

auf die Wirtschaft in Europa. Anschließend nehmen sie zu der Frage Stellung, ob der Staat in der Krise eher sparen oder investieren sollte. Dabei beziehen sie ein *Diagramm zum Schuldensprung durch die Krise (M2)* sowie eine *Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung (M3)* zum relativ erfolgreichen deutschen Krisenmanagement in der Phase 2008 bis 2010 ein.

- [Arbeitsblatt II.4](#) thematisiert, dass es – je nach wirtschaftswissenschaftlicher Theorie – mehrere Sichtweisen auf die krisenhaften Entwicklungen gibt. Zunächst teilen sich die Lernenden in zwei Gruppen, die sich einmal mit der *neoklassischen Krisenerzählung (M1)* und einmal mit der *keynesianischen Krisenerzählung (M2)* auseinandersetzen. Beide Gruppen bereiten einen Kurzvortrag zu »ihrer« Krisendeutung vor und entscheiden, ob sie zur Untermauerung ein *Diagramm zum aktuellen Schuldenstand der Eurostaaten (M3)* oder ein *Diagramm zur Entwicklung der Staatsschulden in Europa (M4)* heranziehen. Anschließend diskutieren die Lernenden, welche Erzählung sie für plausibler halten. Abschließend werden die beiden Erzählungen mit einer dritten, nämlich der *Krisenerzählung im Anschluss an Karl Marx (M5)* verglichen. ■

Ursachen der globalen Finanzkrise

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Welche Entwicklungen werden in M1 beschrieben und worin sieht der Autor das zentrale Problem?
2. Inwiefern wird die Position aus M1 durch die Diagramme M2 und M3 gestützt oder widerlegt?
- 3a. Stellen Sie sich vor, Sie sind Unternehmer_in. Überlegen Sie, in welchen Situationen (A bis H) in der Tabelle M4 Sie Ihre Investitionen ausweiten würden. Füllen Sie die Tabelle aus (ja/nein) und diskutieren Sie anschließend Ihre Überlegungen in Dreiergruppen.
- 3b. Häufig wird formuliert, dass Unternehmen dann investieren, wenn sie gute Gewinne machen.

»Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von übermorgen.« Für das staatliche Handeln bedeutet dies, dass in erster Linie die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden müssten und dann würden diese Investitionen tätigen – und Arbeitsplätze schaffen. Diskutieren Sie diese These.

4. Beurteilen Sie den Zusammenhang von Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen in M5. Sprechen Ihre Entscheidungen in der Tabelle für oder gegen diesen formulierten Zusammenhang? Welche Argumente werden im Text genannt? Stützt das Diagramm M3 den behaupteten Zusammenhang oder widerspricht es ihm?

M1 Finanzmärkte: Eher Bremsklotz als Schmiermittel für die Wirtschaft

1 »Das Gewinnstreben der Unternehmen verlagert
sich von der realen Wirtschaft in die Finanzsphäre,
schreibt der Ökonom [Schulmeister] vom Österrei-
chischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).
Investitionspläne, die vor 30 Jahren ohne Zögern
umgesetzt worden wären, landen heute oft in der
Ablage. Begründung: Verglichen mit den am Fi-
nanzmarkt zu erzielenden Renditen lohnt sich der
Bau einer neuen Fabrik oder Fertigungsstraße
nicht. So konkurriert der Finanzsektor mit der
nicht-virtuellen Wirtschaft um Geld – statt sie mit
Investitionsmitteln zu versorgen. Schulmeister sieht
darin die »strukturelle Hauptursache« für das An-
wachsen der Arbeitslosigkeit seit den 70er-Jahren.
Einige Eckdaten machen deutlich, welche Di-
mensionen die Börsenspekulation angenommen
hat:
- Die Umsätze im Handel mit Devisen, Aktien,
Anleihen, Wetten auf zukünftige Kurse und an-
deren Finanzprodukten summierten sich 2006
auf etwa 13.000 Milliarden Dollar – pro Tag.
Der überwältigende Teil dieser Transaktionen
entfällt auf die Finanzmärkte in den Industrieländern,
ihr Volumen war 2006 nahezu 100
Mal höher als das nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP)
dieser Länder.
- Das größte Gewicht haben kurzfristig-spekulative
Geschäfte mit so genannten Derivaten wie
Futures oder Optionen. Das sind ursprünglich
für Absicherungsgeschäfte konstruierte Wert-
papiere, mit denen Anleger auf die künftige
Entwicklung von Devisen-, Aktien-, Rohstoff-
oder anderen Preisen spekulieren können. Zwischen
1986 und 2006 nahm der globale Deriva-

tehandel mit einer jährlichen Wachstumsrate
von gut 20 Prozent zu.

- Besonders stark expandierte der Börsenhandel
mit Finanzderivaten – an dem sich zunehmend
auch Amateure beteiligen. In Europa wuchs der
Börsenhandel mit solchen Papieren zwischen
2000 und 2006 um 28,6 Prozent pro Jahr und
erreichte 2006 annähernd das 40-fache des BIP.
Fast 99 Prozent dieser Umsätze entfallen auf
Großbritannien und Deutschland.

[...] Die Sogwirkung der Finanzmärkte verhin-
derte, dass genügend neue Arbeitsplätze in der rea-
len Wirtschaft entstehen, argumentiert Schulmeister.
Zwar gingen viele Ökonomen davon aus, dass
der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand
von der Höhe der Reallöhne, der Regulierung
des Arbeitsmarkts und den Arbeitsanreizen für
Erwerbslose abhinge. Nach Schulmeister ist je-
doch die Realkapitalbildung entscheidend: Neue
Arbeitsplätze, die »dem europäischen Produk-
tivitäts- und Einkommensniveau entsprechen«,
erforderten vor allem hohe Investitionen. Und
wegen des technischen Fortschritts seien pro Ar-
beitsplatz immer höhere Investitionen nötig. Em-
pirische Daten aus den USA, Japan und Deutsch-
land zeigen dem Wirtschaftsforscher zufolge, dass
die Kapitalintensität je Arbeitsplatz seit 1960 »in
jedem einzelnen Jahr, in jedem Sektor, in jeder der
drei Volkswirtschaften« gestiegen ist – in Phasen
steigender Reallöhne genauso wie in Phasen real
sinkender Verdienste.« ■ Quelle: Böckler Impuls 2/2008

M4 Investitions-
entscheidungen

	Gewinn des vergangenen Jahres	Gewinn des laufenden Jahres	Absatzerwartung für das folgende Jahr	Investition tätigen? JA / NEIN
A	Hoch	Hoch	Hoch	
B	Hoch	Niedrig	Niedrig	
C	Hoch	Hoch	Niedrig	
D	Hoch	Niedrig	Hoch	
E	Niedrig	Hoch	Hoch	
F	Niedrig	Niedrig	Niedrig	
G	Niedrig	Hoch	Niedrig	
H	Niedrig	Niedrig	Hoch	



Attac-Aktion an der Frankfurter Börse bei Ausbruch der Krise 2008
Foto: Attac

**M5 Gewinne = Investitionen =
Arbeitsplätze?**

1 »Gerd Bosbach hatte einen Verdacht. Den Ver-
dacht, auch Politiker könnten irren. Und handele
es sich auch um einen Altkanzler wie Helmut
Schmidt (SPD), also noch dazu einen, der als aus-
gesprochen kompetent gilt, nicht zuletzt in Fragen
der Volkswirtschaft. Schmidt hatte 1974 behaupt-
et, »die Gewinne von heute sind die Investitionen
von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen«.
Das klingt plausibel, findet Bosbach. Aber
als Professor für Empirische Wirtschafts- und
Sozialforschung fragte er sich, ob diese oft wiederholte
und für selbstverständlich wahr gehaltene
Grundannahme der Wirtschaftswissenschaft wie
der Politik eigentlich wirklich stimmt.

15 Und weil Bosbach von Haus aus Wissenschaft-
ler ist, hat er sich mit dem Röntgenblick des
Statistikers das Zahlenskelett der Wirklichkeit
angeschaut und ist zu dem Ergebnis gekommen:
Die Unternehmensgewinne sind in den zurück-
liegenden drei Jahrzehnten stetig gestiegen – die
Arbeitslosigkeit allerdings auch. Das aber bedeu-
te nun nichts anderes, sagt Bosbach, als dass der
behauptete Zusammenhang zwischen Gewinnen,
Investitionen und Arbeitsplätzen so nicht richtig
sei. Oder besser, genauer gesagt: Er sei zwar nicht
falsch, vor allem gelte die Umkehrung, ohne Ge-
winne keine Investitionen und ohne Investitionen
keine Arbeitsplätze – aber es sei doch offenbar so,
dass die These »mindestens einseitig« ist, sagt Bos-
bach. »Sie erfasst nicht die ganze Wirklichkeit.«

35 Weil sie aber, obwohl offenbar »eher ein Glau-
bensdogma als eine wissenschaftlich bewiesene
Tatsache«, das Handeln von Unternehmern und
Bundesregierungen wesentlich mitbestimmt,
wollte Bosbach es genauer wissen. Und hat nach-
gefragt. [...] Bei denen, die es wissen müssen,
den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und
Dachverbänden der Arbeitgeber. Da Gewinne,
Investitionen und Arbeitsplätze von der Wirt-

40 schaftsstatistik gemessen werden, müsste, so
Bosbachs Erwartung, der Zusammenhang leicht
belegbar sein.

[...] »Die Rückmeldungen waren – vorsichtig
ausgedrückt – bemerkenswert«, sagt Bosbach
dem Tagesspiegel. Manche, wie das Ifo-Institut,
hätten gar nicht reagiert, andere nicht viel Klä-
rendes beitragen können. Das arbeitgebernahe
Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln schrieb:
»Eine Studie, die direkt Ihr Thema betrifft, ist mir
nicht bekannt.« Das Essener Forschungsinstitut
RWI konstatierte, »mit Unternehmensgewinnen,
Investitionen, Schaffung und Arbeitsplätzen ist al-
lerdings ein sehr komplexes Thema angesprochen,
das Sie in dieser Form zumeist nicht fertig aufbe-
reitet vorfinden werden«. Insgesamt, sagt Bosbach,
könnte sich der Eindruck ergeben, »dass eines der
Grundprinzipien, auf denen unsere Wirtschafts-
politik basiert, anhand von Fakten nie überprüft
wurde«. [...] Das halte er denn doch für »sehr un-
wahrscheinlich«, sagt Bosbach: »Eine Lüge.«

60 Von, wie er unterstellt, interessierter Seite. »Ein
Blick auf die Daten der vergangenen 30 Jahre zu
Gewinnen und Arbeitslosigkeit lässt eher vermu-
ten, dass die Ergebnisse den Lobbyisten der Wirt-
schaft einfach nicht passten.« Für die Schaffung
von Arbeitsplätzen nämlich könnten Aufträge –
sprich die Nachfrage – wichtiger sein als Gewinne,
die investiert werden. Wer das ernst nähme, müs-
ste allerdings eine andere Politik machen. Eine,
die nicht nur auf gute Rahmenbedingungen für
Unternehmer abziele, etwa durch Steuersenkun-
gen oder die Forderung nach Lohnzurückhaltung.
Sondern eine, deren vornehmstes Ziel es wäre,
die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Dafür fehle
es aber derzeit offenbar an durchsetzungsfähigen
Fürsprechern.« ■ Quelle: Michael Schmidt, *Der Tagesspiegel* vom

17.08.2008

Von der US-Immobilienkrise zur Bankenkrise

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage, und beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen:

Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer Stammgruppe bearbeitet, aus welcher die Expert_innen

für je eine Frage/Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene Expertengruppen entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen Stammgruppen die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

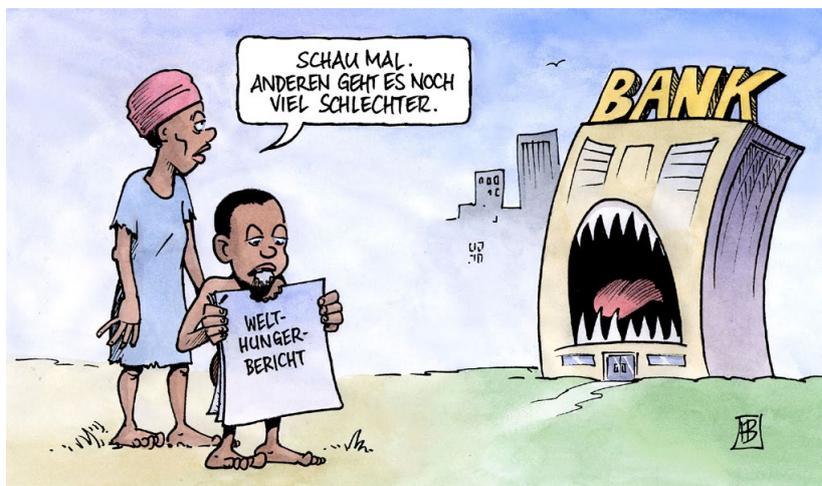
— ARBEITSVORSCHLAG GRUPPENPUZZLE

1. Stammgruppen: Tauschen Sie sich über das Schaubild (M1) aus. Worum geht es, was verstehen Sie und was ist Ihnen unklar? Teilen Sie die Infotexte in Ihrer Gruppe auf: Banken, Zweckgesellschaften, Ratingagenturen, Investoren.

2. Expertengruppen: Bilden Sie neue Gruppen mit den entsprechenden Vertreter_innen aus den anderen Gruppen. Besprechen Sie gemeinsam den

Infotext zu Ihrem Ausschnitt des Schaubildes, bis ihn alle sicher erklären können.

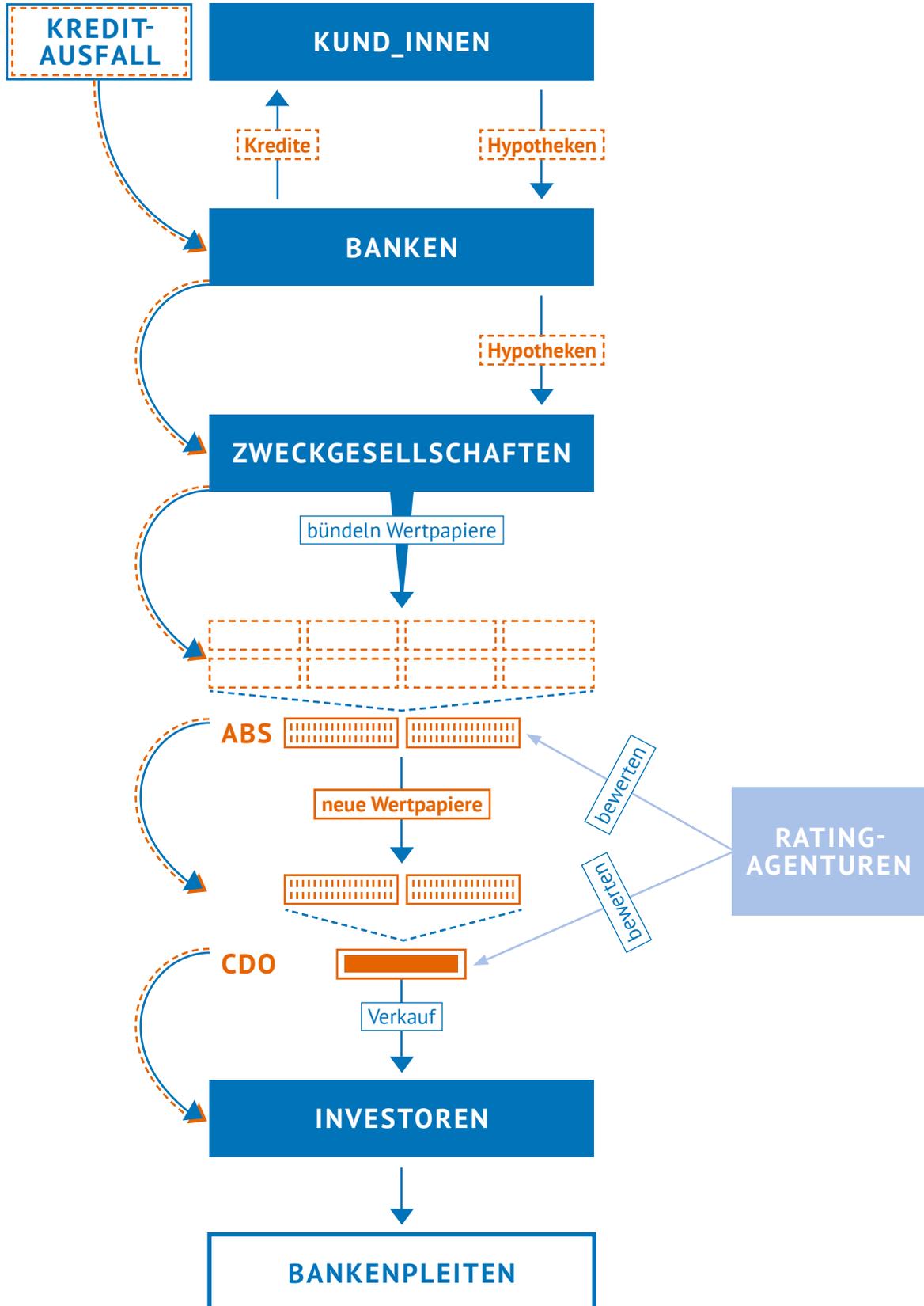
3. Stammgruppen: Treffen Sie sich wieder in Ihren ursprünglichen Gruppen und tragen Sie die Ergebnisse zusammen: Welche verschiedenen Entwicklungen werden im Schaubild M1 dargestellt? Bereiten Sie gemeinsam einen Kurzvortrag vor, in dem Sie Entwicklung der weltweiten Finanzkrise anhand des Schaubildes erläutern.



Welthungerbericht

© Harm Bengen, www.harmbengen.de

M1 Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise



M2 Infotexte zu Akteuren
der Finanzkrise

INFO

Die US-Banken und die Hypothekenkredite Eine Hypothek ist die Hinterlegung einer Immobilie (Häuser und Grundstücke) als Pfand. Meistens werden Hypotheken im Gegenzug zu Krediten hinterlegt. Also eine Bank leiht einer Person Geld, sie kauft davon ein Haus und hinterlegt das Haus als Sicherheit bei der Bank. Natürlich wird nicht das gebaute Haus hinterlegt, sondern ein Papier nämlich die Hypothek. Laut diesem Papier gehört das Haus der Bank, wenn die Person ihre Kreditraten nicht mehr zurückzahlen kann (Kreditausfall). In den USA haben die Banken vor der Krise viele solcher Hypothekenkredite vergeben. Immer mehr Häuser wurden auf Kredit gekauft, die Nachfrage und damit die Preise für Immobilien stiegen. Als der Wert der Häuser stieg, wurden mit diesem Gegenwert weitere Kredite (zum Beispiel für ein neues Auto) aufgenommen. Doch irgendwann gingen die Nachfrage nach Häusern und damit ihr Wert wieder zurück und viele Menschen konnten ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen.

Zweckgesellschaften und gebündelte Wertpapiere Banken dürfen nur eine bestimmte Menge an Geld an ihre Kund_innen verleihen (Kredite vergeben). Wenn sie mehr Geld verleihen wollen, dann können sie aber ihre alten Kreditverträge (mit den Kund_innen) an eine Zweckgesellschaft verkaufen, die sie selbst gründen. Solche Zweckgesellschaften sind Finanzierungsgesellschaften von Banken, die aber nicht als (Teil der) Bank gelten. Die Zweckgesellschaft kauft ihrer Bank einen Kreditvertrag ab, das heißt, sie bekommt jetzt die regelmäßigen Rückzahlungen des Kredits plus Zinsen von der ursprünglichen Kund_in der Bank. Aber woher hat die Zweckgesellschaft das Geld, um ihrer Bank den Kreditvertrag abzukaufen? Sie ›bündelt‹ mehrere solcher Kreditverträge und verkauft sie als neues Wertpapier (Asset-Backed Security, kurz ABS) weiter. Jetzt bekommt die Käufer_in dieses Wertpapiers die regelmäßigen Rückzahlungen der gebündelten Kredite plus Zinsen, aber sie hat auch den Verlust, wenn die Kredite nicht zurückgezahlt werden.

Ratingagenturen und die Bewertung der Papiere Ratingagenturen sind private Unternehmen. Sie versuchen abzuschätzen, ob andere Unternehmen oder Staaten kreditwürdig sind, das heißt, ob sie geliehenes Geld auch wirklich mit Zinsen zurückzahlen können. Ähnlich bewerten die Ratingagenturen die Sicherheit von Wertpapieren. Damit liefern sie Investoren, die Geld anlegen (gegen Zinsen verleihen) wollen, Hinweise wo sie das vermeintlich sicher tun können. Allerdings zahlen in der Regel nicht die Investoren für die Ratings, sondern diejenigen, die bewertet werden. Das heißt, Unternehmen (und teilweise auch Staaten) zahlen dafür, dass eine Ratingagentur ihre Kreditwürdigkeit oder ihre Wertpapiere bewertet. Mit einer guten Bewertung müssen sie dann weniger Zinsen für geliehenes Geld bezahlen oder können Wertpapiere teurer verkaufen. Allerdings können die Bewertungen (Ratings) auch falsch sein, ohne dass die Agenturen dafür haften. So waren zum Beispiel viele gebündelte Hypothekenvwertpapiere (Asset-Backed Security, kurz ABS) im Vorfeld der Finanzkrise 2008 zu gut bewertet. Mehrere ABS konnten dann wiederum zu neuen Wertpapieren gebündelt werden (so genannten Collateralized Debt Obligations, kurz CDO), die wiederum von Ratingagenturen bewertet wurden und dann weiter verkauft werden konnten.

Investoren und die globale Pleitewelle Investoren sind Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und ähnliche Unternehmen, die viel Geld im Auftrag ihrer Kundschaft verwalten. Sie sammeln dieses Geld von wenigen Superreichen und von vielen Kleinsparer_innen ein und versuchen es für diese sicher und gewinnbringend anzulegen. Das heißt, sie verleihen es gegen Zinsen beziehungsweise sie kaufen gewinnbringende Wertpapiere. Bei der Frage, wie sicher ein Papier ist, orientieren sich die Investoren an den Bewertungen von Ratingagenturen. Vor der Finanzkrise galten gebündelte US-Hypothekenkredite als relativ sicher und gewinnbringend. So wurden diese Papiere von Investoren aus der ganzen Welt gekauft, unter anderem von deutschen und anderen europäischen Banken. Mit Ausbruch der Krise wurde dann aber deutlich, dass viele der Kredite, die in diesen Papieren ›gebündelt‹ waren, nicht zurückgezahlt wurden. Damit sank der Wert der Papiere schlagartig und viele Banken standen wegen dieser Verluste vor dem Bankrott.

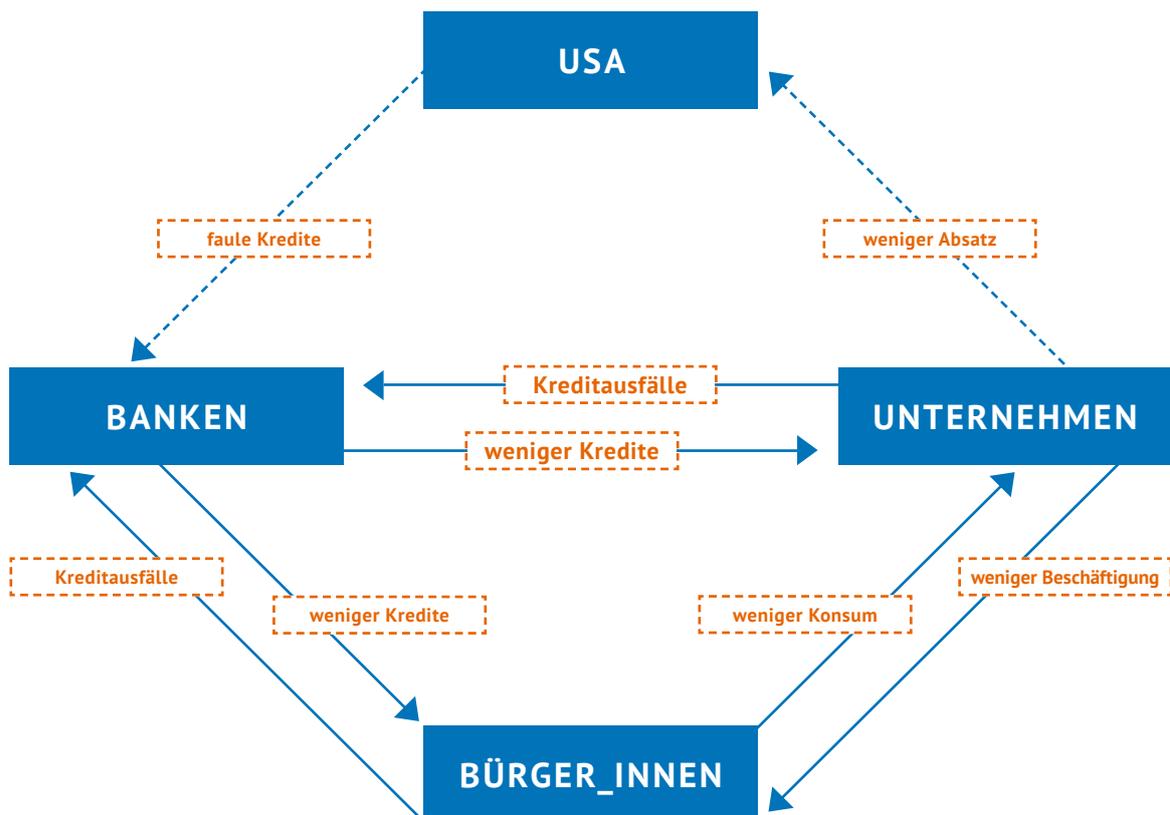


Von der Bankenkrise zur Krise in Europa

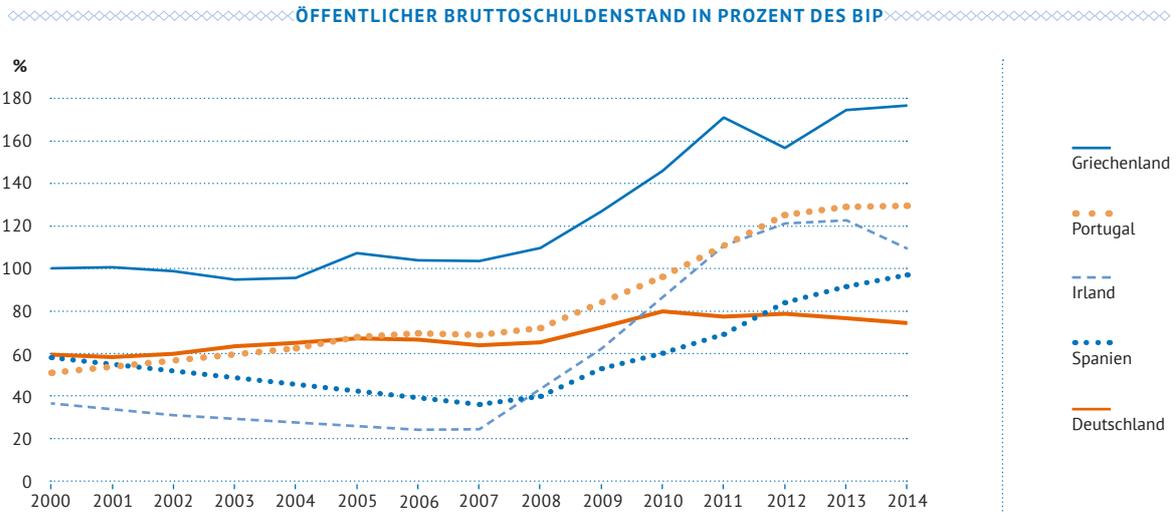
ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie drei Gruppen: Banken, Unternehmen und Bürger_innen. Besprechen Sie, was das Schaubild M1 für Ihre Gruppe bedeutet und schildern Sie diese Situation in fünf Sätzen.
2. Welche Auswirkungen hatte die US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa? Erläutern Sie das Schaubild M1 in eigenen Worten.
3. Nehmen Sie zu folgender Frage Stellung: Soll der Staat in dieser Situation eher sparen, weil die hohe Arbeitslosigkeit und die Stützung von Banken schon viel gekostet haben oder soll er durch Investitionen Aufträge für Unternehmen schaffen? Nehmen Sie bei Ihren Überlegungen Bezug auf die Grafik M2 und den Text M3.

M1 Auswirkungen der US-Immobilienkrise auf die Wirtschaft in Europa



M2 Schuldensprung durch die Krise



M3 Krisenmanagement

1 »Das erfolgreiche Krisenmanagement der vergan-
genen beiden Jahre stellt nach Analyse von WSI
und IMK »eine Rückbesinnung auf die Traditi-
onen der solidarisch-korporatistischen Seite des
deutschen Arbeitsmarktmodells« dar. Dazu zählen
sie neben der »Wiederentdeckung der Kurzarbeit«
auch die fiskalpolitische Stabilisierung durch die
Konjunkturpakete. »Deutschland ist auch deshalb
so gut aus der Krise gekommen, weil es die Fehler
aus dem vorletzten Abschwung nicht wieder-
holt hat«, schreiben die Forscher. Die erweiterten
Möglichkeiten, sich von Beschäftigten zu trennen,
sind nicht genutzt worden. »Wenn Arbeitsmarkt-
deregulierungen wie Hartz IV eine Rolle in der
Krise gespielt hätten, dann hätten wir kein ›Job-
wunder‹ beobachtet, sondern stark steigende
Arbeitslosigkeit«, sagt Dr. Alexander Herzog-
Stein vom WSI. »Deutschland hat eindeutig die

bessere Strategie gewählt. Das Beispiel USA zeigt,
wie schwer es ist, mit einer hohen Arbeitslosigkeit
aus der Krise zu kommen.«

Die Wissenschaftler empfehlen, die Erfahrun-
gen aus dem erfolgreichen Krisenmanagement zu
nutzen, um den sich abzeichnenden Aufschwung
zu stabilisieren. Neben höheren staatlichen Investition-
en, insbesondere im Bildungs- und Energie-
bereich, halten sie eine stärkere Lohnentwicklung
für sinnvoll. Lohnerhöhungen sollten sich künftig
wieder an der mittelfristigen Produktivitäts-
entwicklung orientieren. Damit ergebe sich ein
gesamtwirtschaftlicher Spielraum von etwa 3,5
Prozent. Ein gesetzlicher Mindestlohn sei ein
sinnvoller Beitrag, um eine stärkere Lohnent-
wicklung zu unterstützen, so die Experten von
IMK und WSI.« ■ Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, Pressemitteilung
vom 2.11.2010

INFO

Erläuterungen

- WSI: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in Düsseldorf
- IMK: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf
- Solidarisch-korporatistische Seite des deutschen Arbeitsmarktmodells: gemeint ist ein Zusammenwirken der Tarifpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände)
- Fiskalpolitik: Die Einnahmen und Ausgaben des Staates betreffende Politik
- Konjunkturpakete: Besondere und in der Regel kreditfinanzierte Ausgabenprogramme des Staates in Krisenzeiten.

Staatschuldenkrise oder Krise des Wirtschaftssystems?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie zwei Gruppen, die sich jeweils mit einer »Krisenerzählung« (M1 oder M2) auseinandersetzen. Besprechen Sie, mit welchem Diagramm (M3 oder M4) sich Ihre Erzählung untermauern lässt.
2. Bereiten Sie eine kurze Präsentation Ihrer Krisenerzählung vor, in der Sie auf das passende Diagramm verweisen.
3. Diskutieren Sie folgende Fragen: Welche Krisenerzählung halten Sie für plausibler? Inwiefern

sprechen die beiden Diagramme für oder gegen die jeweilige Erzählung?

4. Worin unterscheidet sich die Krisenerzählung nach Karl Marx (M5) von den beiden anderen Krisenerzählungen? Welche Kritikpunkte an M1 und M2 werden genannt? Was könnte es konkret bedeuten, dass die »Produktion gesellschaftlich kontrolliert und die Ziele und Mittel der Produktion neu bestimmt« werden sollen?

Die »neoklassische Krisenerzählung«: Die Krise ist hauptsächlich

M1 aufgrund von fehlender Wettbewerbsfähigkeit und verschwenderischer Staatsausgaben in den Krisenländern entstanden

1 »Ein erster einflussreicher Diskurs in den gegenwärtigen Debatten, basierend auf Ideen der neoklassischen Denkschule, geht davon aus, dass die heutigen Krisenländer nach der Einführung des Euro 1999 zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Diese Ansicht kann wie folgt zusammengefasst werden: Anstatt die nach Einführung des Euros zusätzlichen Kapitalströme für produktive Investitionen zu nutzen, haben die heutigen Krisenstaaten diese primär für Konsum ausgegeben. Dies hat zu einem übermäßigen Anstieg von öffentlicher oder privater Verschuldung geführt. Darüber hinaus sind in diesen Ländern die Löhne im Vorkrisenzeitraum im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität zu stark gestiegen und dementsprechend hat sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder verschlechtert. Deshalb nahmen die Exporte ab und die Importe zu, was zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzen geführt hat. Einhergehend mit der Ursachenbeschreibung, dass strukturelle Probleme in den Defizitländern der Krise zugrunde liegen, wird auf folgende wirtschaftspolitische Implikationen hingewiesen: Reformen, vor allem auf nationaler Ebene, in Ländern wie Portugal, Irland, Griechenland oder Spanien, aber auch in anderen Ländern mit Wettbewerbsproblemen, darunter Frankreich und Italien, sind notwendig, um die Probleme wirksam zu bekämpfen. Diese angebotsorientierten Reformen beinhalten Lohnkürzungen, Deregulierung des Arbeitsmarkts und fiskalische Kürzungsmaßnahmen. Schließlich wird die Krise generell als Staatsschuldenkri-

se eingestuft. Die heutigen Krisenländer haben die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen, welche besagen, dass das jährliche Haushaltsdefizit nie mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die öffentliche Verschuldung eines Landes im Verhältnis zum BIP nie mehr als 60 Prozent betragen darf. Während einige Staaten wie Griechenland diese Regeln bereits vor Ausbruch der Krise gebrochen haben, hatten andere Länder wie Spanien oder Irland vor der Krise eine eher niedrige Verschuldung. Letztere Staaten verzeichneten jedoch steigende staatliche Defizite und Schulden in Folge des Versuchs ihrer Regierungen, die Rezession zu bewältigen und einen Teil der Schulden des Privatsektors zu übernehmen, sobald die Krise ausgebrochen war. Neoklassische ÖkonomInnen, insbesondere diejenigen der in Deutschland dominanten ordoliberalen Variante, lehnen üblicherweise die Auffassung ab, dass hochverschuldete Länder durch einen Bail-out »gerettet« werden sollen. Für einen solchen Vorgang müssten andere, finanziell besergestellte Staaten der Eurozone haften. Hinter der Ablehnung verbirgt sich das Argument, dass ein Bail-out die nationale Verantwortung der Krisenländer untergraben würde, die als notwendig erachteten Reformen umzusetzen. Stattdessen verlangen die Vertreter dieses Ansatzes, dass die Regeln der Maastricht-Kriterien hinsichtlich öffentlicher Defizite und Staatsschuldenquoten strikt angewendet und verschärft werden.« ■ Quelle:

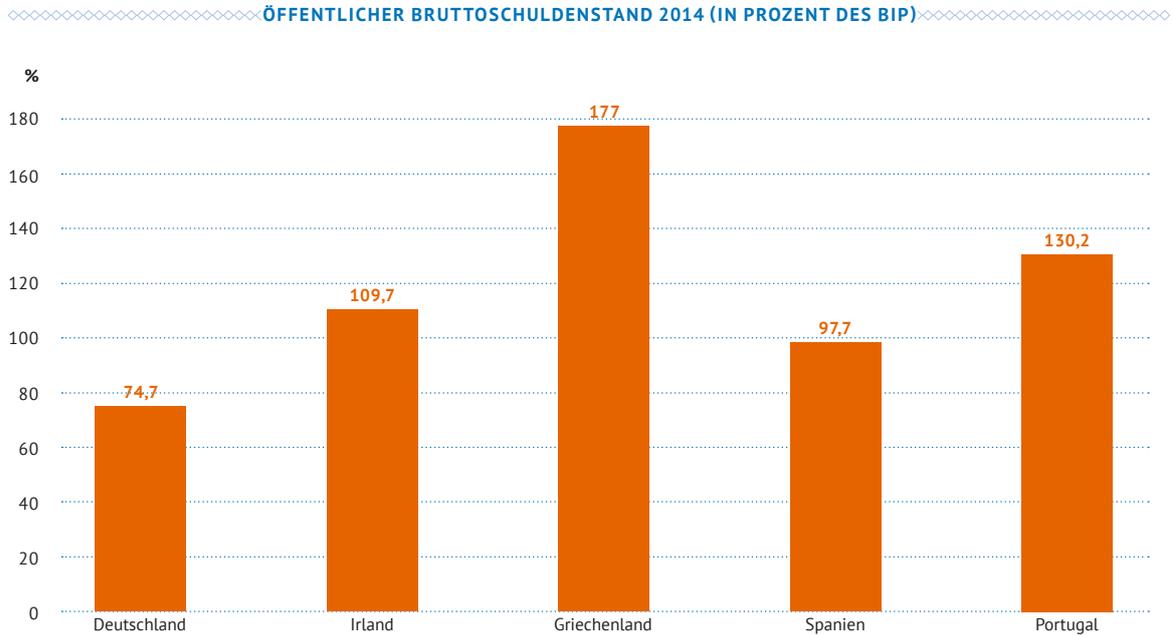
Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015): *Die Eurokrise unterrichten*, S. 6.

Die »keynesianische Krisenerzählung«:

M2 Restriktive Fiskalpolitik und Lohnzurückhaltung in Exportüberschussländern wie Deutschland sind ein großer Teil des Problems

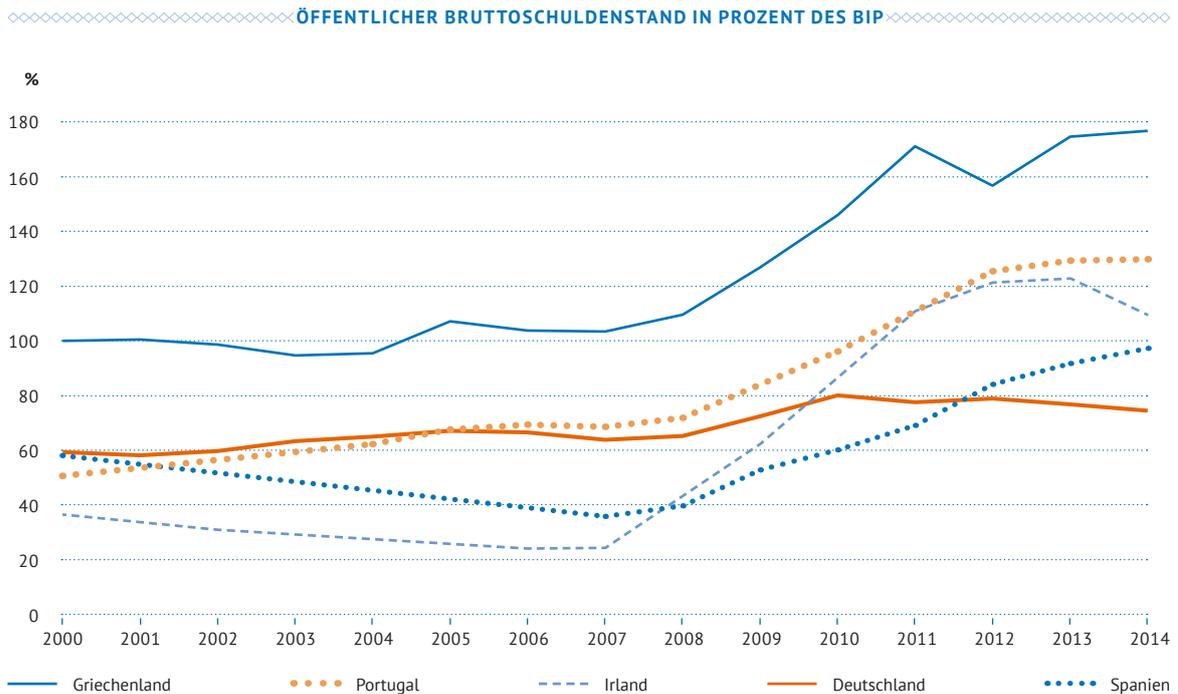
1 »Keynesianische ÖkonomInnen kritisieren die
 . soeben dargelegte »angebotsorientierte« Deutung
 . der Krise. Sie argumentieren insbesondere, dass
 . die Exportdefizite der heutigen Krisenländer
 5 nicht zuletzt die Kehrseite der schwachen Binnen-
 . nachfrage und übermäßiger Abhängigkeit von
 . Nettoexporten einer Reihe von Ländern im »Zen-
 . trum« der Eurozone gewesen sind. Es ist eindeutig,
 . dass den Exportüberschüssen einer Gruppe von
 10 Ländern (darunter Deutschland, Österreich, die
 . Niederlande und andere) Exportdefizite in an-
 . deren Ländern (darunter Griechenland, Spanien,
 . Portugal, aber auch Frankreich und Italien) gegen-
 . überstehen müssen. Der keynesianischen Analyse
 15 zufolge haben sowohl die Stagnation der Reallöh-
 . ne sowie der mittleren Einkommen als auch die
 . restriktive Fiskalpolitik vor allem in Deutschland,
 . bei Weitem Europas größte Wirtschaft, zu den
 . Handelsungleichgewichten innerhalb der Euro-
 20 zone beigetragen. Die Gründe hierfür sind gemäß
 . dieser Kriseninterpretation, dass Lohndeflation,
 . Deregulierung des Arbeitsmarkts und Kürzungen
 . in Deutschlands Sozialversicherungssystemen die
 . Konsumnachfrage geschwächt haben, während
 25 die Regierung gleichzeitig eine prozyklische und
 . kontraktive Fiskalpolitik in den ersten Jahren nach
 . Einführung des Euros umgesetzt hat. Da Nach-
 . frage und Inflation in Deutschland in den Jahren
 . nach Einführung des Euros so niedrig waren,
 30 musste die Europäische Zentralbank die Zinsen
 . über einen langen Zeitraum niedrig halten, um
 . die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutsch-
 . land und anderen Ländern im »Zentrum« zu un-
 . terstützen. Dies hat das exzessive Wachstum der
 35 privaten Verschuldung insbesondere in den Län-
 . dern der Peripherie mit befördert.
 . [...] Ein entscheidender Beitrag zur Lösung
 . der Krise muss nach dieser Sichtweise daher von
 . den Überschussländern kommen, die ihre öffent-
 40 lichen Investitionen erhöhen und die Lohnzu-
 . rückhaltung aufgeben sollten. Austerität wird als
 . unpassende Antwort auf die Krise erachtet, weil
 . sie die Rezession verschlimmert und die Stabili-
 . sierung der Verschuldung aufgrund von sinken-
 45 den Einkommen und sinkender Steuereinnahmen
 . erschwert. Stattdessen werden antizyklische Fis-
 . kalpolitik und expansive Geldpolitik befürwortet,
 . um die ökonomische Situation des Euroraums zu
 . stabilisieren. Eine vertiefte wirtschaftliche Koope-
 50 ration der Euroländer wird gefordert. Idealerweise
 . sollte es eine Wirtschaftsregierung für die Wäh-
 . rungsunion und eine gemeinschaftliche Verant-
 . wortung für Staatsschulden geben – Maßnahmen,
 . die den vermehrten Einsatz von diskretionärer
 55 Fiskalpolitik anstelle eines ausschließlich regelba-
 . sierten Ansatzes ermöglichen sollten. Zumindest
 . sollten die fiskalischen Konsolidierungsmaßnah-
 . men und Lohnkürzungen in den Krisenländern
 . begrenzt und durch höhere Staatsausgaben und
 60 Lohnerhöhungen in den Überschussländern er-
 . gänzt werden.« ■ Quelle: Philipp Kortendiek/Till van Treeck (2015):
 . *Die Eurokrise unterrichten*, S. 7f.

M3 Das Schuldenstand ausgewählter Eurostaaten 2014



Quelle: Eurostat-Datenbank

M4 Entwicklung der Staatsschulden in Europa (von 2000 bis 2014)



Quelle: Eurostat-Datenbank

M5 Die »marxistische Krisenerzählung«: Die Spielregeln, nicht die Spieler. Die Finanzkrise nach Karl Marx

1 Profitmaximierung und Konkurrenz werden immer
wieder Krisen wie die gegenwärtige hervorbringen. Eine
Verstaatlichung tauscht lediglich die Akteure aus, ohne die
Struktur anzutasten.

5 »Nicht nur Politiker, auch Ökonomen haben ihre
Not mit der Finanzkrise. Die an Universitäten
und in Beratergremien vorherrschende neoklas-
sische Wirtschaftstheorie kennt in ihren Markt-
modellen überhaupt keine Krisen. Wenn es doch
zu »Störungen« komme, dann nur durch Eingriffe
von außerhalb des Marktes. Daher haben die Neo-
klassiker jahrein, jahraus den angeblich so effizi-
enten Markt angepriesen, der, wenn man ihn nur
15 liebe, alle unsere Probleme lösen würde – von der
Arbeitslosigkeit bis zu den Kosten von Altersrente
und Gesundheit.

Inzwischen sind die Auftritte der radikalen
Marktverfechter nur noch peinlich. [...] Keynesi-
aner haben es etwas besser. Sie hatten schon immer
auf die Grenzen des Marktes hingewiesen und be-
tont, dass auch Lohnsenkungen nicht automatisch
zu Vollbeschäftigung führten. Kapitalismus würde
immer wieder Arbeitslosigkeit hervorbringen, da
25 die Investitionen in der Regel nicht ausreichen,
um alle Arbeitskräfte zu beschäftigen. Mit einem
unerschütterlichen Vertrauen in die Möglichkei-
ten staatlichen Handelns forderten sie, dass der
Staat mit Investitionsanreizen und Konjunktur-
programmen Krisen entgegenwirken solle.

Wer die Wirtschaftskrisen nicht ignorierte oder
auf prinzipiell kontrollierbare Störungen reduzier-
te, war Karl Marx. Dass er jetzt wieder öffentliche
Aufmerksamkeit erfährt, überrascht nicht. Zwar
35 ist sein »Kapital« schon mehr als 140 Jahre alt, doch
analysierte Marx nicht bloß den englischen Kapi-
talismus seiner Zeit. Dieser, so betonte er, diene
ihm nur als »Illustration« der »theoretischen Ent-
wicklung«. Was er darstellen wolle, sei nicht eine
40 bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus,
sondern dessen grundlegende Strukturen und
Mechanismen.

[...] Kapital ist [...] nicht einfach eine Wert-
summe, sondern Wert, der sich verwertet, Mehr-
wert hervorbringt – durch die Ausbeutung
menschlicher Arbeitskraft. Diese Verwertung
kennt keine innere Grenze, sie ist maßlos. Der
Druck der Konkurrenz zwingt den einzelnen Ka-
pitalisten diese Maßlosigkeit auf, ob sie individuell
50 besonders gierig sind oder nicht, spielt dabei keine
große Rolle.

Die unmittelbaren Produzenten, die Arbei-
ter und Arbeiterinnen, sind in dieser auf immer
mehr Verwertung ausgerichteten Produktion ein
55 Kostenfaktor, den es zu reduzieren gilt, während

gleichzeitig die Produktivität dieses Faktors immer
weiter gesteigert werden soll. Diese Konstellation
hat nicht nur äußerst zerstörerische Konsequenzen
für die Arbeitskraft (wie auch für die Natur), sie
60 bildet auch eine wesentliche Ursache der Krisen-
haftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise.

Der permanenten Steigerung der Produktivität,
die meist eine Produktionsausweitung erfordert,
steht eine Tendenz zur Beschränkung der Kon-
summöglichkeiten gegenüber, da aus Kosten-
65 gründen Lohnhöhe und Beschäftigtenzahl gering
bleiben sollen. Es ist, als ob man beim Autofahren
Gaspedal und Bremspedal stets gleichzeitig betä-
tigt, was auf Dauer nicht gut gehen kann. Nicht
äußere Störungen, sondern das Ziel kapitalisti-
70 scher Produktion, die beständige Steigerung der
Kapitalverwertung, liegt der krisenhaften Ent-
wicklung des Kapitalismus zugrunde.

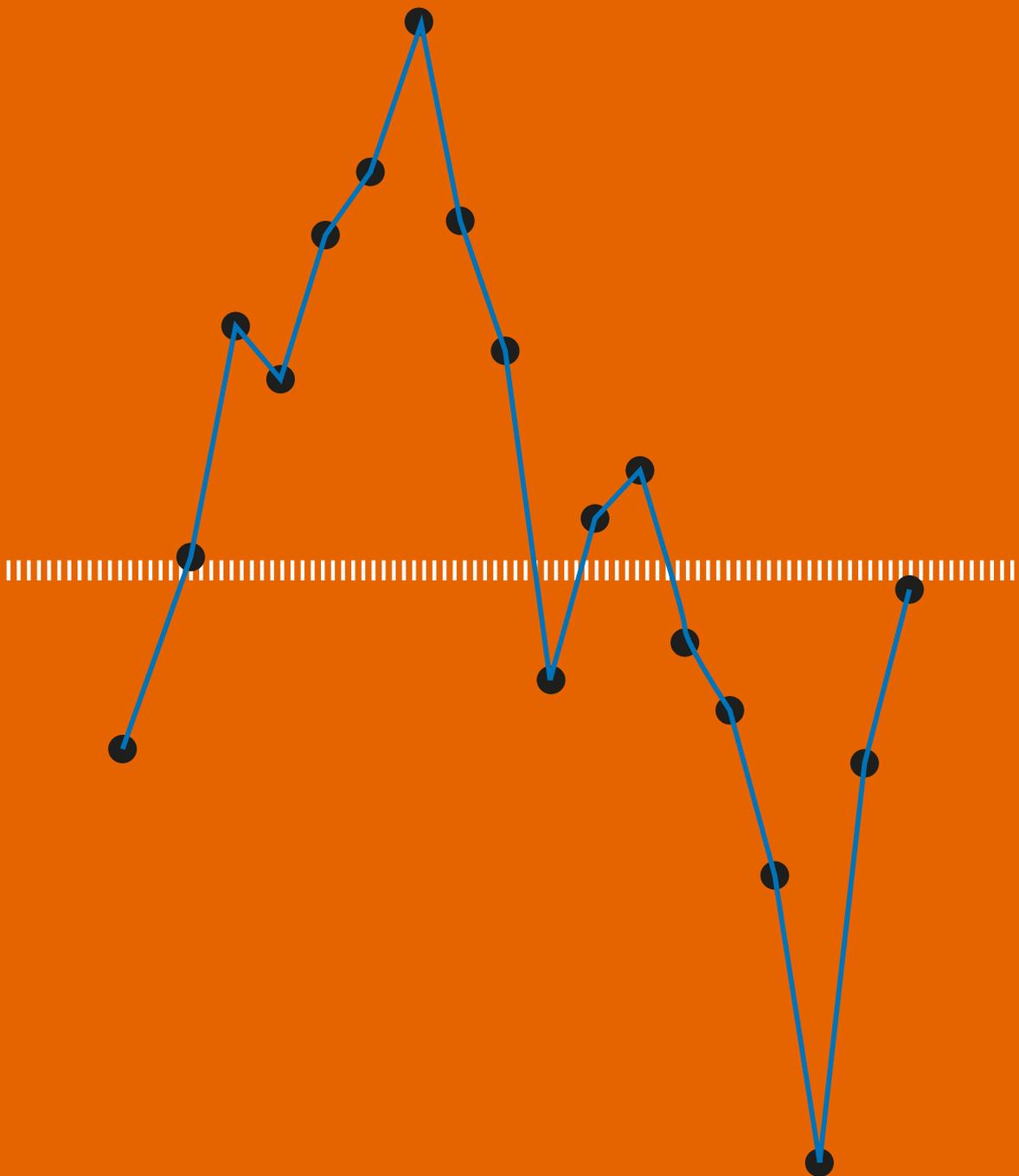
[...] Unzureichend sind auch die momentan
75 gängigen Krisenerklärungen, dass es sich bei den
Finanzmärkten um Einrichtungen handle, die
der kapitalistischen Produktion zwar äußerlich
sein, die aber durch zu viel Spekulation und zu
große Risikobereitschaft der Banken und Fonds
erheblichen Schaden anrichten könnten. Derlei
80 Erklärungen hält Marx entgegen, dass eine entfal-
tete kapitalistische Produktion ohne entwickeltes
Kreditsystem gar nicht möglich sei. [...] Eine ent-
faltete kapitalistische Ökonomie ist nur bei sich
ausdehnenden Kreditbeziehungen möglich. Ein
85 entwickeltes Kreditsystem funktioniert aber nur,
wenn der Kredit selbst, das heißt die verbrieften
Schulden, zur handelbaren Ware werden, wenn es
Finanzmärkte gibt.

[...] Zu kurz gegriffen ist auch die Forderung
90 nach einer Verstaatlichung des Bankensektors.
[...] Nicht die jeweiligen Spieler (ob öffentlich
oder privat) sind das Problem, sondern die Spiel-
regeln. Soll versucht werden, über ein verstaatlich-
tes Bankensystem die kapitalistische Produktion
95 in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche zu lenken
oder sie wenigstens weniger krisenhaft zu machen,
dann muss auch in den kapitalistischen Charakter
dieser Produktion eingegriffen werden. [...] Im
Unterschied zu manchen Marxisten hatte Marx
100 kein naives Vertrauen in Verstaatlichungen. Um
die Spielregeln zu ändern, müsste die Produktion
nämlich nicht nur gesellschaftlicher Kontrolle un-
terworfen werden (was etwas anderes ist als staat-
liche Kontrolle), vor allem müssten die Ziele und
105 Mittel der Produktion neu bestimmt werden. So-
lange jedoch Profitmaximierung und Konkurrenz
vorherrschen, werden wir immer wieder Krisen
wie die gegenwärtige erleben.« ■ Quelle: Michael Heinrich, die

tageszeitung vom 14.01.2009

Ansätze zur Finanzmarktregulierung in Europa

MODUL



Ansätze zur Finanzmarktregulierung in Europa

Was wurde aus der Krise gelernt, welche Konflikte gibt es um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, was hat die EZB mit den Staatsschulden zu tun? Geht es um die demokratische Wiedereinhegung der Märkte oder um die Stabilisierung des Finanzkapitalismus?

Inhalt

Einführung

III.1 **Arbeitsblatt: Einstieg ins Thema Finanzmärkte**

- M1: Graffito »Casino Royale« an der EZB-Baustelle
- M2: Pressemitteilung (Blockupy-Bündnis)

III.2 **Aktivität: Bulle und Bär – Das andere Börsenspiel**

- M1: Diagramm zur Entwicklung des DAX von 2000 bis 2014

III.3 **Infoblatt: Wertpapierhandel / Finanzmärkte**

III.4 **Arbeitsblatt: Streit um die Finanztransaktionssteuer**

- Methode: Konfliktanalyse
- M1: Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen (*Der Tagesspiegel*)
- Methode: Expertenanhörung
- M2: Richtlinienvorschlag zur Finanzmarktregulierung (*Europäische Kommission*)
- M3: Finanztransaktionssteuer muss kommen (*Arbeiterwohlfahrt*)
- M4: Nachteile und Risiken überwiegen bei weitem (*Deutsche Kreditwirtschaft*)
- M5: Endlich – Die Finanztransaktionssteuer kommt! (*Oxfam*)

III.5 **Infoblatt: Was ist die Finanztransaktionssteuer?**

III.6 **Arbeitsblatt: Politisches Engagement zwischen Mobilisierung, Instrumentalisierung und Misserfolg**

- Methode: Argumentationskarte
- M1: Stellungnahme (*Bündnis »Steuer gegen Armut«*)
- M2: Pressemitteilung (*Attac*)
- M3: Checkliste Aktionsplanung

III.7 **Aktivität: Die EZB und ich – Einführung in die Geldpolitik**

- M1: Info – Die EZB und die anderen Wirtschaftsakteure
- M2: Schaubild – Das Zusammenspiel Wirtschaftsakteure

III.8 **Arbeitsblatt: EZB und Staatsfinanzierung**

- Methode: Fish-Bowl-Debatte
- M1: Streitgespräch zwischen EZB-Vertreter und Kapitalismuskritikern (*Süddeutsche Zeitung*)
- M2: Aufruf von 136 Ökonomen: Monetäre Staatsfinanzierung ist verboten (*FAZ*)
- M3: Direktfinanzierung der Staaten durch die EZB (*Attac*)
- M4: Zentralbanken und Kapitalismus (*Rosa-Luxemburg-Stiftung*)

III.9 **Infoblatt: Die Europäische Zentralbank und die Staatsanleihen in der Eurokrise**

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte
- **ARBEITSVORSCHLÄGE** **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien
- METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien
- INFO IIIIII **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes
- ◇◇DIAGRAMM◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema
- REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Es ist weitgehend unstrittig, dass eine wesentliche Ursache für den Ausbruch der globalen Krise im Jahr 2007 in den deregulierten Finanzmärkten lag. Allerdings können diese Finanzmärkte nur im Rahmen des gesamten Wirtschaftssystems angemessen verstanden werden. So war ihre schrittweise Deregulierung selbst ein Versuch, neue Investitionsmöglichkeiten für anlagesuchendes Kapital aus dem Produktionssektor zu schaffen. Und umgekehrt führte die Finanzkrise schnell zu einer globalen Rezession, in der viele Menschen ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen verloren. Simple Gegenüberstellungen von »der Finanzsphäre« und »der Realwirtschaft« sind also nicht sinnvoll.

Die verschiedenen Wirtschaftssektoren haben ihre spezifischen Funktionsweisen, Problemlagen sowie Wechselwirkungen mit anderen Sektoren wie beispielsweise dem sozialen oder gesundheitlichen Bereich, und bringen entsprechende politische Konflikte hervor. So musste etwa der enorme Anstieg des globalen Finanzvermögens (welches mittlerweile dreimal so groß ist wie das entsprechende Sozialprodukt) seit Anfang der 1980er Jahre früher oder später zu einer Krise führen. Abgesehen von einer kurzfristigen Entwertung von Teilen des Finanzvermögens hat sich an dieser Tendenz übrigens nichts geändert, so dass die aktuelle Situation nach wie vor krisenanfällig ist. Insofern war und ist die Debatte um die Re-Regulierung der Finanzmärkte, die im Zuge der Krise eine breite Öffentlichkeit erreichte, weiterhin auf der Tagesordnung.

Welche Konsequenzen wurden in Europa aus der globalen (Finanz-)Krise gezogen? Um welche ökonomischen Prozesse geht es dabei, welche sozialen Folgen haben sie, welche politischen Entscheidungen wurden gefällt? Welche kritischen Impulse kamen aus der Zivilgesellschaft, welche Vorschläge wurden ignoriert, welche aufgegriffen

und wie wurden sie umgesetzt. Oder kurz gesagt: Was bewirkt Protest? Stellen die Re-Regulierungen eine demokratische Einhegung der Märkte dar oder doch eher eine marktkonforme Anpassung der Demokratie an den heutigen Finanzkapitalismus. Und inwiefern sind globale Finanzmärkte überhaupt demokratisch regulierbar? Diesen Fragen wird im Folgenden anhand exemplarischer Fälle nachgegangen, nämlich der Finanztransaktionssteuer (FTS) und der Debatte um die Europäische Zentralbank (EZB).

Die FTS, die Gründungsforderung von Attac, steht für einen kritischen Impuls aus der Zivilgesellschaft, der von der Politik aufgegriffen wurde. Zugleich wird hier deutlich, wie ambivalent der Implementierungsprozess ist. Die FTS gehörte zu den Vorschlägen, die direkt nach Ausbruch der Krise auf dem Tisch lagen, sie ist jedoch noch immer nicht umgesetzt. Da ihre Einführung europaweit gescheitert ist, soll sie nun von elf EU-Staaten eingeführt werden. Es ist jedoch nicht absehbar, ob sie die ursprünglich intendierte Wirkung haben wird oder dank des Lobbyings der Finanzkonzerne lediglich zu einem unwirksamen Instrument verkümmert.

Mit der Eurokrise rückte auch die EZB zunehmend in den Fokus der Diskussion. Insbesondere ihre faktische Machtausdehnung im Zuge der Krise und ihre zunehmend expansive Geldpolitik wurden öffentlich breit diskutiert. Insgesamt wenig beachtet wurden allerdings die folgenden Fragen: Warum darf die EZB keine direkten Kredite an Staaten vergeben? Warum sollen private Banken von der Differenz zwischen niedrigen Leitzinsen und hohen Zinsen für Staatsanleihen profitieren? Warum soll die Refinanzierung der Staaten unter der Kontrolle von Märkten bleiben, deren Herdenverhalten die Krise der Eurozone massiv getrieben hat? ■

Zu den Elementen des Moduls

- [Arbeitsblatt III.1](#) bietet verschiedene Zugänge in die Thematik, die dazu anregen, eigene Fragen zu entwickeln und weitere Informationen einzuholen. Eine erste Annäherung an die Finanzmärkte ermöglicht die Interpretation eines Fotos von einem Graffiti am Bauzaun der EZB. Die zentralen Konflikte der Krisenpolitik aus der Sicht des kapitalismuskritischen Blockupy-Bündnisses können durch die Auseinandersetzung mit einem Transparent und einer *Pressemitteilung (M1)* erarbeitet werden.
- [Aktivität III.2](#) eignet sich zur Einführung in den Kern der Finanzmärkte, nämlich den Wertpapierhandel. Mit dem [Bewegungsspiel Bulle und Bär](#) können das Auf und Ab der Kurse sowie das Herdenverhalten der Händler_innen simuliert und abschließend mit Hilfe des folgenden [Infoblattes](#) und einer *Dax-Kurve (M1)* auf den Aktienhandel übertragen werden.
- [Infoblatt III.3](#) führt am Beispiel des Aktienhandels an der Deutschen Börse in das Thema Wertpapierhandel beziehungsweise Finanzmärkte ein. Die behandelten Fragen lauten: Was zeigt die DAX-Kurve an, wieso steigen und fallen die Preise, wie verhalten sich die Händler_innen an der Börse, wie kommt es zu »Blasen« und »Crashes« und was geht's mich an?
- [Arbeitsblatt III.4](#) thematisiert den anhaltenden Streit um die Finanztransaktionssteuer. Es beinhaltet einen *Zeitungsartikel aus dem Tagesspiegel (M1)* zum Lobbying der Banken gegen die Finanztransaktionssteuer, der als Ausgangspunkt für eine [Konfliktanalyse](#) dient.
- Eine knappe Erläuterung bietet hier das [Infoblatt III.5: Was ist die Finanztransaktionssteuer \(FTS\)?](#) Weitere Materialien von der *Europäischen Kommission (M2)*, der *Deutschen Kreditwirtschaft (M3)*, der *Arbeiterwohlfahrt (M4)* und von *Oxfam (M5)* können für die Vorbereitung einer [Expertenanhörung](#) genutzt werden.
- Zur Thematisierung des Krisenpotenzials der Finanzmärkte und entsprechenden Regulierungsvorschlägen kann an dieser Stelle auch das [Arbeitsblatt I.7](#) aus Modul I herangezogen werden.
- [Arbeitsblatt III.6](#) beschäftigt sich auf der Basis einer *Stellungnahme der Kampagne »Steuer gegen Armut« (M1)* und einer *Pressemitteilung von Attac (M2)* mit Protesten für eine Finanztransaktionssteuer sowie mit den realen Einflussmöglichkeiten von NGOs oder Verbänden auf diese politische Entscheidung. Mithilfe einer *Checkliste* für die Planung politischer Aktionen (*M3*) und eines Online-Leitfadens zur politischen Kampagnenarbeit können die Lernenden Ideen für eine eigene Kampagne entwickeln. Dabei erfahren sie Möglichkeiten, Probleme und Grenzen der Planung politischer Beteiligung.
- [Aktivität III.7](#) bietet unter dem Motto [Die EZB und ich](#) einen spielerischen Einstieg in das Themenfeld Geld, Banken, Zentralbanken und Geldpolitik. Denn um die Rolle der EZB in der Krisenpolitik bewerten zu können, muss zunächst verstanden werden, was eine Zentralbank tut. Die Teilnehmenden übernehmen verschiedene Rollen wie Bürger_innen, Banken, Unternehmen oder die Zentralbank und wickeln zeitgleich verschiedene alltägliche Zahlungsvorgänge ab. Ziel ist es dabei zunächst nur, die Rolle der verschiedenen Akteure und insbesondere der Zentralbank im Wirtschaftsprozess zu verstehen. Zugleich wird die Frage aufgeworfen, warum die Zentralbank keine direkten Kredite an Staaten vergibt.
- [Arbeitsblatt III.8](#) thematisiert die Rolle der EZB in der Krise und vertieft die Frage der direkten Staatsfinanzierung. Hier ist der Ausgangspunkt ein *Streitgespräch (M1)* zwischen einem EZB-Vertreter und zwei Kapitalismuskritikern. Darin werden verschiedene Positionen (Marktwirtschaft, wirtschaftspolitische Alternativen und Kapitalismuskritik) deutlich, die in einer [Fish-Bowl-Debatte](#) aufgegriffen werden. Als weitere Materialien dienen dabei ein *Aufruf von Ökonomen aus der FAZ (M2)*, ein *Positionspapier der Attac AG-Finanzmärkte und Steuern (M3)* sowie eine Publikation der *Rosa-Luxemburg-Stiftung (M4)*.
- Die Hintergründe der Diskussion können dem [Infoblatt III.9: Die EZB und die Staatsanleihen in der Eurokrise](#) entnommen werden. An dieser Stelle wird auch die Frage nach der Rolle der EZB im Rahmen der Troika angesprochen, der in Modul V mit den [Arbeitsblatt V.7 »Wer hat die Troika gewählt?«](#) weiter nachgegangen werden kann.

Einstieg ins Thema Finanzmärkte

M1 CASINO ROYAL€? Graffito am Bauzaun der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB)



Foto:
J. Kuberek

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Beschreiben und analysieren Sie das Foto (M1). Welches gesellschaftliche Problem wird durch das Graffito am Bauzaun der EZB-Zentrale dargestellt?
2. Überlegen Sie, was Sie bereits über dieses Problem wissen und inwiefern Sie davon betroffen sind.
3. Welche aktuellen Konflikte verweisen auf das Problem? Entwickeln Sie eigene Fragestellungen zu einem ausgewählten Konflikt.



Foto:
Attac

M2 3000 bringen EZB ihren Müll zurück / EZB mit Farbe markiert / Ziviler Ungehorsam gegen EZB-Feier am 18. März

1 An die 3000 Menschen haben am heutigen
 . Samstag im Rahmen des Blockupy-Festivals in
 . Frankfurt am Main gegen die europaweiten Verar-
 . mungsprogramme und die autoritäre Krisenpoli-
 . tik der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-
 . Kommission und Internationalem Währungsfonds
 . demonstriert. Unter dem Motto »Umzug zur
 . neuen EZB – wir packen mit an!« zogen sie vom
 . Paulsplatz in der Innenstadt zum neuen Gebäude
 10 der EZB im Frankfurter Ostend. Viele Demon-
 . strierende – darunter zahlreiche aus anderen euro-
 . päischen Ländern – trugen beschriftete Umzugs-
 . kartons mit sich, um der EZB symbolisch all das
 . zurückbringen, was ihrer Ansicht nach auf den
 15 Müllhaufen der Geschichte gehört: Verelendung,
 . die Privatisierung öffentlicher Finanzen und Gü-
 . ter, die Zerstörung der Gesundheitssysteme, eine
 . rassistische und sexistische Spaltung der Gesell-
 . schaft sowie Kriege zur Ressourcensicherung.
 20 Bei der EZB im Ostend angekommen, über-
 . wanden hunderte Aktive die Absperrung um das
 . Gebäude und luden ihre Umzugskartons mit dem
 . Politik-Müll direkt vorm Eingang der Zentral-
 . bank ab. Aktive markierten die EZB zudem mit

25 den Blockupy-Farben Rot, Grün und Blau als
 . Krisenakteur.
 . »Mit unserer Aktion haben wir deutlich ge-
 . macht: Wir werden uns nicht gewöhnen. Denn
 . weiterhin gilt: Die Kürzungspolitik tötet. Die
 . Herrschenden verschärfen ihre – jetzt softer ver-
 30 packten – Strukturprogramme. Sie wollen die
 . Troika-Politik schleichend zum Normalbetrieb
 . machen: Minijobs und Hartz IV, autoritäre Po-
 . litik und Sozialabbau, rassistische Abschiebung
 35 und Privatisierung öffentlicher Güter. Die Krise
 . soll zur Lebensform werden«, sagte Blockupy-
 . Sprecher Sebastian Drewlo. »Dem setzen wir un-
 . seren Widerstand entgegen und streiten weiter für
 . unsere Alternativen: Demokratie von unten und
 40 grenzüberschreitende Solidarität mit den Opfern
 . der Krisenpolitik.«
 . [...] Wie am gestrigen Freitag bekannt wurde,
 . plant die EZB ihre offizielle Eröffnung nun für
 . den 18. März. Blockupy kündigte an, die Feier
 45 mit massenhaften Aktionen Zivilen Ungehorsams
 . zu behindern. ■ Quelle: Pressemitteilung des Blockupy-Bündnisses
 vom 22.11.2014

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Analysieren Sie das Blockupy-Transparent und die Pressemitteilung (M2). Wer ist Blockupy (»wir«)? Wer sind die anderen (»sie«)? Worin besteht das politische Problem für die Protestbewegung? Welche Ziele verfolgt sie?
2. Untersuchen Sie die Aktionen und konkretisieren Sie die Zielsetzungen von Blockupy unter

- Berücksichtigung der Internetseite www.blockupy.org. Informieren Sie sich über weitere aktuelle Protestaktionen von z.B. Attac oder Campact.
3. Nehmen Sie begründet Stellung zu den verschiedenen Aktionen. Benennen Sie auftretende Fragen und planen Sie auf deren Basis gemeinsam eine Konfliktanalyse (siehe Arbeitsblatt III.4) oder eine Problemstudie.

Bulle und Bär – Das andere Börsenspiel

Kurzbeschreibung:

Bulle und Bär ist ein kurzes Bewegungsspiel, das einen spielerischen Einstieg in das Thema Börse beziehungsweise Finanzmärkte ermöglicht. Es simuliert die Konkurrenz, die Reaktion auf Informationen, die Geschwindigkeit, das Herdenverhalten und den Auf- und Abstieg der Kurse sowie die positiven und negativen Emotionen, die damit verbunden sind. In einem anschließenden Gespräch wird das Erlebte auf die Börse beziehungsweise den Finanzmarkthandel übertragen.

Zeit:

15 bis 30 Minuten

Gruppengröße:

10 bis 50 Personen

Material:

Kreide, Trillerpfeife, Spielgeld, Bild von der Kursentwicklung des DAX

Ablauf:

Zunächst wird mit drei Kreidestrichen ein Spielfeld von mindestens 20 Metern abgegrenzt, das in der Mitte geteilt ist.

Alle Teilnehmer_innen stellen sich in einer Reihe an der Mittellinie mit Blick auf eine Seite der Spielfeldgrenze auf. Sie bekommen zwei oder drei Scheine Spielgeld ausgehändigt. Dann werden die folgenden Regeln erläutert:

Wenn das Spiel mit einem Pfiff beginnt, bewegen sich die Spieler_innen möglichst schnell in Richtung der Spielfeldgrenze. Jeder weitere Pfiff bedeutet einen Richtungswechsel; jetzt ist es das Ziel, möglichst schnell zur anderen Seite zu kommen. Ziel der Spieler_innen ist es, jeweils möglichst weit vorne zu sein. Nach einigen Pfiffen ruft die Spielleitung »Stopp«. In diesem Moment müssen alle stehen bleiben, und die letzten Spieler_innen (ungefähr 1/3 der Gruppe) müssen den ersten Spieler_innen einen Geldschein abgeben. So werden mindestens vier Runden gespielt. Wer sein Geld komplett verspielt hat, scheidet aus.

Sobald alle die Regeln verstanden haben, startet das Spiel mit dem ersten Pfiff. Wenn Spieler_innen bei Stopp-Ruf schummeln (weiterlaufen), greift die Spielleitung als »Börsenaufsicht« ein und korrigiert oder »kassiert Strafgelder«. Außerdem organisiert sie die Verteilung der Gewinne oder

ABB. 1 Spielfeld

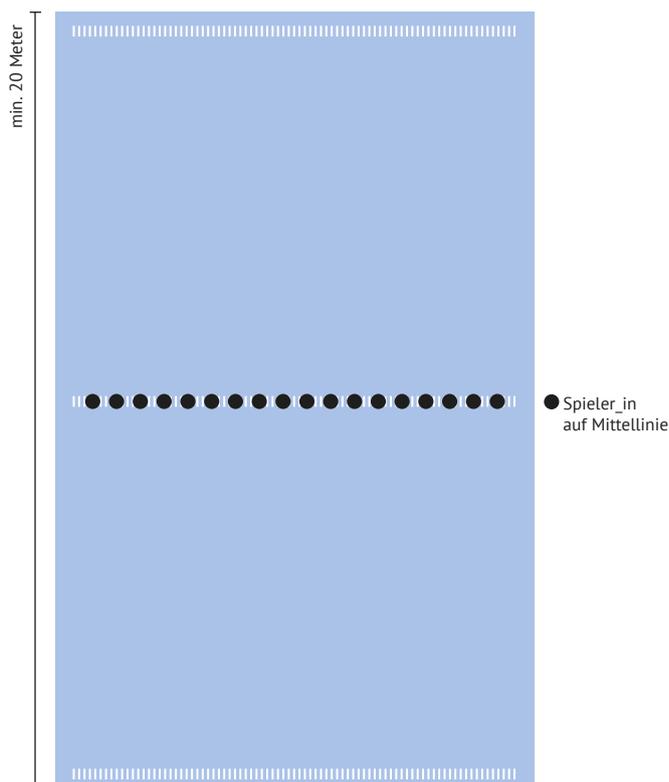
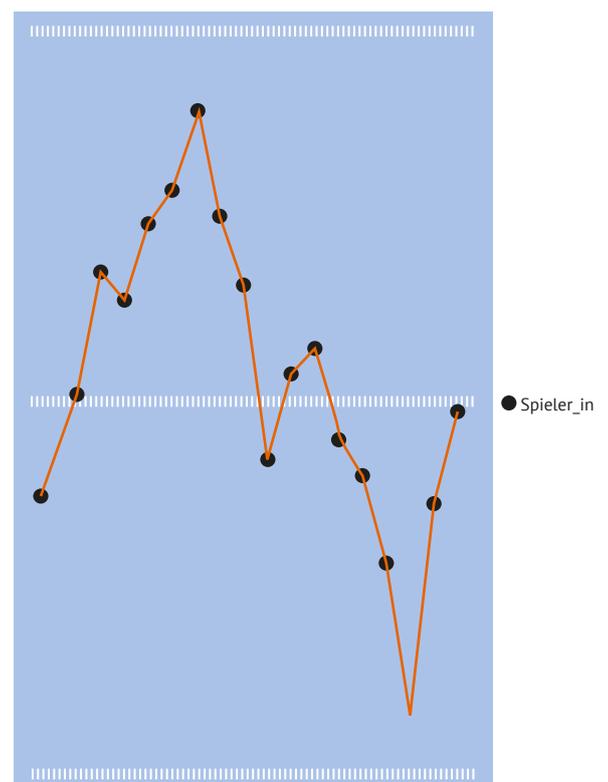


ABB. 2 Steigende und fallende Kurse



Verluste und kann dies kommentieren: »Ja, so geht das, an der Börse kann man Geld verlieren, aber auch Geld gewinnen«.

Nach der letzten Runde wird erläutert, dass das Spiel außer Gewinnen und Verlieren noch mehr mit der Börse gemein hat. Dazu wird das Bild von der Dax-Kurve gezeigt, welche ebenfalls immer wieder hoch und runter geht. Eine solche Kurve wird auf dem Spielfeld – analog zu den Bewegungen während des Spiels – eingezeichnet und leitet über zum Gespräch.

Auswertung/Transfer:

Zunächst werden die Teilnehmer_innen zu ihrem Erleben befragt:

- Wie war das Spiel für Sie, hat es Spaß gemacht?
- Was für ein Gefühl hatten Sie dabei, war es aufregend?
- Wie haben Sie sich verhalten, wollten Sie immer vorne sein oder eher sehen, dass Sie nicht ganz zurückfallen?
- Haben Sie geschaut, was die anderen machen?

Anschließend werden die Informationen aus dem »Infoblatt Wertpapierhandel« referiert und dabei die folgenden Analogien zum Spiel erläutert:

- **ZU PUNKT 1)** Ausgangspunkt ist die eingezeichnete Kurve auf dem Spielfeld beziehungsweise die Dax-Kurve, bei der es auch ständig auf und ab geht.
- **ZU PUNKT 2)** Die Pfiffe im Spiel entsprechen den Informationen, auf welche die Händler_innen reagieren.
- **ZU PUNKT 3)** So wie es verschiedene Strategien im Spiel gab (immer vorne, eher in der Mitte usw.), so haben auch die Händler_innen verschiedene Strategien.
- **ZU PUNKT 3) UND 4)** Ähnlich wie die Spieler_innen sich an den anderen orientiert haben, orientieren sich auch die Händler_innen nicht nur an Informationen, sondern an dem Verhalten der anderen Händler_innen, das sie erwarten (Herdentrieb). ■

M1 Diagramm zur Entwicklung des DAX von 2000 bis 2014



Quelle: www.boerse.de

Wertpapierhandel / Finanzmärkte

INFO

Was zeigt die DAX-Kurve an? Die DAX-Kurve zeigt an, wie sich die Preise von Aktien entwickeln. Aktien sind Anteile an Firmen. Wer eine Aktie von Daimler kauft, dem gehört ein ganz kleiner Teil dieses Konzerns. Wenn der Konzern Gewinn macht, wird ein Teil davon an die Aktionäre ausbezahlt (»eine Dividende wird ausgeschüttet«). Aktien werden an der Börse gehandelt, also verkauft und gekauft. Sie haben einen Preis, der sich ständig ändert. Die DAX-Kurve zeigt, wie sich die Aktienpreise von 30 großen deutschen Konzernen entwickeln. Wenn die Aktien teuer werden, steigt die Kurve, wenn sie billiger werden, fällt sie.

Wieso steigen und fallen die Preise? Wenn Aktienhändler_innen viele Aktien von einem Unternehmen kaufen wollen, dann werden sie teurer, wenn die Händler_innen viele verkaufen wollen, werden sie billiger. Ob eine Aktie eher gekauft oder verkauft wird, hängt von Informationen ab. Das können Vorhersagen und Vermutungen von Wirtschaftsexpert_innen sein, Entscheidungen, die ein Unternehmen trifft, oder politische Entscheidungen. Die Nachricht »Facebook ist das größte soziale Netzwerk weltweit« wird den Preis der Facebook-Aktie wohl steigen lassen. Bei der Meldung »Strengeres Datenschutzgesetz beschlossen« wird er wahrscheinlich fallen. Ähnlich ist das mit Nachrichten wie »VW eröffnet neue Fabrik in Billiglohnland« oder »Gewerkschaft erkämpft deutliche Lohnerhöhungen in der Autoindustrie«.

Wie verhalten sich die Händler_innen an der Börse? Manche Händler_innen (die »Bullen«) versuchen vor allem bei steigenden Preisen Gewinn zu machen, nach dem Motto: »Ich kaufe heute und verkaufe morgen mit Gewinn weiter«. Andere (die »Bären«) versuchen, bei fallenden Preisen Gewinn zu machen. Das funktioniert nach dem Motto: »Ich mache heute einen festen Preis für morgen aus und kann dann noch mit Gewinn weiterverkaufen, obwohl die Preise fallen«. Natürlich kann das auch immer schief gehen, wenn die Preise fallen statt zu steigen, oder wenn sie noch stärker fallen als erwartet. Die einen gewinnen Geld, die anderen verlieren es. Wichtig ist also zu ahnen, wie sich der Preis entwickeln wird. Deshalb reagieren die Aktienhändler_innen nicht nur auf Nachrichten. Sie schauen vor allem, was die anderen Händler_innen machen. Das wird auch Herdentrieb genannt.

Wie kommt es zu »Blasen« und »Crashes«? Der Herdentrieb führt manchmal zu großen Problemen, nämlich zu den sogenannten »Blasen«. Das bedeutet, dass die Preise stark steigen und alle weiter kaufen, was dazu führt, dass die Aktie durch die steigenden Preise noch wertvoller wird. Dadurch sind die Aktienpreise irgendwann so hoch, dass sie nichts mehr mit den Unternehmen und ihrer Produktion zu tun haben. Früher oder später wird dies deutlich, die »Blase platzt«, und der Trend geht in die andere Richtung. Dann fallen die Preise, alle verkaufen schnell, um nicht zu viel zu verlieren, und dadurch fallen die Preise noch weiter. Passiert das nicht nur mit einer Aktie sondern mit vielen gleichzeitig, wird das »Börsencrash« genannt. Dabei fallen die Preise so stark, dass Aktienbesitzer_innen viel Geld verlieren. Manchmal wird der Trend noch dadurch verstärkt, dass ein großer Teil des Handels heute automatisch von Computerprogrammen abgewickelt wird (»Hochfrequenzhandel«).

Was geht's mich an? In Deutschland besitzt nicht einmal jede zehnte Person Aktien. Trotzdem kann der Börsenhandel Auswirkungen auf uns alle haben. Viele Leute sind über Sparverträge und Lebensversicherungen indirekt mit dem Aktienmarkt verbunden. Denn Banken und Versicherungen kaufen vom gesparten Geld Aktien und verdienen so die Sparzinsen. Wenn Firmen versuchen, ihren Gewinn und den Wert ihrer Aktie zu steigern, heißt das oft, dass Leute mehr arbeiten müssen oder entlassen werden. Außerdem folgt auf einen Börsencrash oft eine allgemeine Wirtschaftskrise, in der Firmen Pleite gehen und Leute entlassen werden. Und an Börsen wird nicht nur mit Aktien gehandelt, sondern auch mit Rohstoffen (wie Öl oder Weizen), mit Währungen (wie Dollar oder Euro), mit Staatsanleihen (also Schuldscheinen von Staaten) und komplizierten Finanzpapieren (Derivaten). Das beeinflusst, wie teuer Dinge sind, die wir zum Leben brauchen oder wie viel Geld der Staat zur Schuldentilgung und für anderes verwenden kann.

Streit um die Finanztransaktionssteuer

KONFLIKTANALYSE

Die Konfliktanalyse (nach Hermann Giesecke) ist grundsätzlich als Makromethode zu verstehen, die der Aufschlüsselung und Strukturierung eines Konflikts dient und durch verschiedene Methoden (z. B. Pro-Contra-Debatte, Expertenanhörung u. a.) weiter ausgestaltet werden kann. In einer Konfliktanalyse wird eine (aktuelle) konkrete politische Auseinandersetzung untersucht, die auf längerfristige, grundsätzliche gesellschaftliche Probleme und Widersprüche verweist. Es gilt zunächst zu klären, was der Kern des Konflikts ist, welche inhaltlichen Fragen strittig sind und öffentlich/politisch entschieden werden sollen. Zur Analyse der beteiligten Akteur_innen, Interessen, Formen der Auseinandersetzung und möglichen Entscheidungsfindung werden konkrete Fragen an den Konflikt gestellt. Diese werden mithilfe

gemeinsamer Planungsschritte und methodischer Überlegungen kooperativ bearbeitet.

Vorgehen:

Die Strukturierung und Analyse eines Konflikts orientiert sich an folgenden Schlüsselfragen und politischen Kategorien: Worin besteht der Konflikt (*Konflikt*)? Worum geht es im Einzelnen bei dieser Auseinandersetzung (*Konkretheit*)? Welche Ziele verfolgen die Akteur_innen in einer Situation oder mit einer Aktion (*Interesse*)? Welche Möglichkeiten der Einflussnahme stehen ihnen zur Verfügung (*Macht*)? Wie kann ich meinen Einfluss geltend machen (*Mitbestimmung*)? Welche Bündnispartner_innen stehen dafür zur Verfügung (*Solidarität*)?

Weitere mögliche Kategorien der Konfliktanalyse sind *Recht*, *Funktionszusammenhang*, *Ideologie*, *Geschichtlichkeit* oder *Menschenwürde*.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Formulieren Sie ausgehend von M1 den zentralen Konflikt, den die Autorin im Streit um die Finanztransaktionssteuer sieht, und entwickeln Sie eigene Fragen, welche sich aus dem Konflikt ergeben.
2. Führen Sie eine Konfliktanalyse nach dem oben dargestellten Vorgehen durch (Methodehinweise). Berücksichtigen Sie dabei die im Artikel beschriebene Einflussnahme durch die Wirtschafts- und Finanzindustrie auf politische Entscheidungsprozesse.

M1 Kosten der Finanzkrise: Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen

Seit Monaten kämpfen Banker, Vermögensverwalter und Anlagestrategen gegen die Finanztransaktionssteuer. Elf EU-Staaten wollen sie einführen und die Branche so an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. [...] Allerdings hat die Abgabe, die derzeit noch im Gespräch ist, wenig mit dem ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission zu tun. Das dürfte zu einem großen Teil an der Arbeit der Lobbyisten liegen.

10 Nach der Vorstellung der EU-Kommission sollte die Steuer alle Finanzinstitute, alle Märkte und alle Finanzinstrumente treffen. [...] Auch die Bundesregierung hat sich laut Koalitionsvertrag eine Steuer auf »Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen und Derivatekontrakte« vorgestellt. Eingeführt wird die Steuer nun aber wohl nur auf Aktien und ausgewählte Derivate – und damit auf einen Bruchteil der Finanzprodukte am Markt.

20 Die Transaktionssteuer zeigt wie kaum ein anderes politisches Vorhaben, wie groß der Einfluss der Finanzindustrie ist. Der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister spricht von einer »konzertierten Kampagne der Finanzlobby« gegen die Steuer. So sollen Banker und Anlagestrategen über Monate immer wieder versucht haben, Politiker aus allen Lagern und Ländern mit Studien, persönlichen Gesprächen und gezielt gestreuten Informationen zu verunsichern.

30 Dabei war die Lobby zunächst unvorbereitet. 2011 überrascht die EU-Kommission sie mit dem ersten Entwurf für eine Steuer auf Finanzprodukte. »Die Finanzindustrie hat die Forderungen, eine Transaktionssteuer einzuführen, lange nicht ernst genommen«, sagt Dorothea Schäfer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Für besonders viel Furore sorgt ein Papier der US-Investmentbank Goldman Sachs. Die Lobby-

isten verteilen es zunächst bewusst an ausgewählte
40 Politiker, statt es breit zu streuen. In der Studie
heißt es, die Steuer werde Europas Großbanken in
die Verlustzone treiben. Betroffen seien vor allem
Banken aus Frankreich und Deutschland – also Insti-
tute aus den beiden Ländern, die sich besonders
45 stark für die Transaktionssteuer einsetzen. Außer-
dem sind die Goldman Sachs-Zahlen extrem hoch.
Die Steuer werde die Banken 170 Milliarden Euro
kosten, rechnen die Banker vor. Dabei kommt die
EU-Kommission selbst in ihren Schätzungen ge-
50 gerade einmal auf 35 Milliarden Euro.

In Deutschland ist es in erster Linie das Deut-
sche Aktieninstitut (DAI), das gegen die Finanz-
transaktionssteuer wettet. Die Lobbyisten argu-
mentieren, dass die Abgabe nicht Banken, sondern
55 Unternehmer und Sparer treffe. [...]

Dass die Steuer die Altersvorsorge gefährdet,
ist ein Argument, das Lobbyisten immer wieder
bringen. Dabei sagt Forscherin Schäfer: »Die
Auswirkungen der Transaktionssteuer auf die Al-
60 tersvorsorge werden überschätzt.« Schließlich soll
Geld, das fürs Alter zurückgelegt wird, langfristig
angelegt werden. Stark belasten würde die Steuer
die Altersvorsorge dagegen nur, wenn das Geld
besonders häufig umgeschichtet würde.

65 Parallel zur Studien-Flut suchen die Lobbyisten
das persönliche Gespräch. So beobachtet Wissen-
schafflerin Schäfer immer wieder, wie Mitarbeiter
des Finanzministeriums im Anschluss an Diskus-
sionsrunden zum Thema von Branchenvertretern
70 umringt werden. Bundestagsabgeordnete berich-
ten von etlichen Besuchen von Bankern. [...]

Wie es derzeit aussieht, können die Interessen-
vertreter die Einführung der Steuer zwar nicht
ganz verhindern. Allerdings haben sie sie kräftig
abgeschwächt. Laut einer Studie, die die Bundes-
75 regierung bei der Beratungsfirma Copenhagen
Economics in Auftrag gegeben hat, hätte die ur-
sprünglich geplante Steuer jährlich 17,6 Milliarden
Euro in die Staatskasse gespült. Die verwässerte
80 Abgabe bringt dagegen nur 2,5 Milliarden Euro.

Und das Ringen um die Steuer geht weiter.
Schäfer vermutet, dass es bis 2016 dauert, bis die
Staaten die Abgabe einführen. Selbst wenn sich
die Länder bis Jahresende auf Details einigen,
85 dauert es, bis alle technischen Vorbereitungen ab-
geschlossen sind. Der Branche gibt das Zeit, um
neue Produkte zu entwickeln. [...] Also Finanz-
produkte, die die Steuer umgehen. ■ Quelle: Carla Neu-

haus, *Der Tagesspiegel* vom 01.12.2014



Karikatur von Klaus Stuttmann in *Der Tagesspiegel* © vom 01.12.2014

EXPERTENANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist eine Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d. h. von wirtschaftlichen Akteur_innen, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger_innen in ausgewogener Weise die Stellungnahmen derjenigen, die von den Regulierungen betroffen sind. Um den Einfluss von Lobbyist_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Dennoch vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater_innen und Lobbyist_innen Unternehmensinteressen. Verstärkt werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z. B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch u. a.) als Expert_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

Vorgehen:

Teilnehmer_innen erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulie-

ren eine Expertenanhörung vor politischen Entscheidungsträger_innen (z. B. vor dem Rat der Europäischen Finanzminister oder dem Finanzausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein_e Vertreter_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein_e Moderator_in zu bestimmen, welche_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert_innen und Lobbyist_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren am gewichtigsten? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteur_innen ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker_innen ausgeübt?

ARBEITSVORSCHLAG: EXPERTENANHÖRUNG

1. Vorbereitung: Fassen Sie die ursprünglichen Ziele und Erwartungen der EU-Kommission unter Berücksichtigung der mit M1 durchgeführten Konfliktanalyse zusammen und benennen Sie das Problem.

2. Vorbereitung: Erarbeiten Sie Stellungnahmen aus Sicht der EU-Kommission (M2), von Wirtschaftsverbänden (M3), von Sozialverbänden und finanzmarktkritischen NGOs (M4, M5, www.attac.de, www.finance-watch.org).

3. Durchführung: Sie simulieren eine Anhörung vor dem Finanzausschuss des Europäischen Par-

laments zu der Frage »Inwieweit ist die FTS eine sinnvolle und wirksame Maßnahme, die globalen Finanzmärkte zu regulieren?« Sie vertreten eine der in den Materialien M 2–4 beschriebenen Positionen mit dem Ziel, durch Ihr Expertenwissen Einfluss auf die Entscheidung des Europäischen Parlaments zu nehmen.

4. Reflektion: Reflektieren Sie den Diskussionsverlauf und die Argumentationen hinsichtlich einer möglichen Beantwortung der Ausgangsfrage. Vergleichen Sie die in der Expertenanhörung gewonnenen Erkenntnisse mit den Ergebnissen und Fragen der Konfliktanalyse.

M2 EU-Kommission

1 Die jüngste weltweite Finanz- und Wirtschafts-
 . krise dauert an und hat schwerwiegende Folgen
 . für die Volkswirtschaften und die öffentlichen
 . Finanzen in der EU. Der Finanzsektor hat bei
 5 der Auslösung der Wirtschaftskrise eine wichtige
 . Rolle gespielt, während die Staaten und allgemein
 . die europäischen Bürger die Kosten getragen ha-
 . ben. In den letzten zwei Jahrzehnten war der Fi-
 . nanzsektor insgesamt [...] von hoher Rentabilität
 10 gekennzeichnet [...].

. In dieser Situation haben mehrere Mitgliedstaat-
 . ten begonnen, zusätzliche Formen der Besteue-
 . rung des Finanzsektors einzuführen, während es
 . in anderen Mitgliedstaaten bereits spezielle Steu-
 15 erregelungen für Finanztransaktionen gab. Die
 . derzeitige Situation hat folgende unerwünschte
 . Auswirkungen:

. - Angesichts der wachsenden Zahl unkoordinierter steuerlicher Maßnahmen der Mitgliedstaaten entsteht eine Fragmentierung der steuerlichen Behandlung im Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen, was EU-weit zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Finanzinstrumenten, Akteuren und Märkten sowie
 20 Doppelbesteuerung oder doppelter Nichtbesteuerung führen kann;

. - die Finanzinstitute leisten keinen angemessenen und substanziellen Beitrag zu den Kosten der jüngsten Krise [...];

30 - die Steuerpolitik trägt weder dazu bei, von Transaktionen abzuhalten, die der Effizienz der Finanzmärkte nicht förderlich sind, aber der Realwirtschaft Mittel zugunsten der Finanzinstitute entziehen [...], noch ergänzt sie laufende regulatorische und Aufsichtsmaßnahmen zur
 35 Vermeidung künftiger Krisen im Bereich der Finanzdienstleistungen.

. Die Verwirklichung eines gemeinsamen Finanztransaktionssteuersystems in einer ausreichenden
 40 Zahl von Mitgliedstaaten hätte in Bezug auf die unter die Verstärkte Zusammenarbeit fallenden Finanztransaktionen unmittelbare, spürbare Vorteile bei allen drei genannten Aspekten. ■ Quelle: Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 14.02.2013

Die EU-Kommission hat das alleinige Initiativrecht in EU-Gesetzgebungsverfahren sowie die Aufgabe, auf die Einhaltung des Europarechts in den Mitgliedstaaten zu achten (»europäische Exekutive«). Eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte betreffend, plädiert sie für ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem mit ausreichend Mitgliedstaaten.

M3 Arbeiterwohlfahrt (AWO)

1 Finanztransaktionssteuer muss kommen

. »Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ist eine entscheidende
 . europäische Initiative und sollte schnellstmöglich
 20 umgesetzt werden«, fordert der AWO-Vorstandsvorsitzende Wolfgang Stadler. Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Politik auf, sich auch gegen die
 . Widerstände der Finanzlobby durchzusetzen.

. »Man sollte sich nicht davon abschrecken lassen,
 10 dass infolge der Finanztransaktionssteuer Teile des Hochfrequenzhandels nicht mehr in Europa stattfinden würden. Vielmehr ist das ein Ziel. Denn so würde beruhigend eingegriffen werden in einen
 . zuletzt ausufernden Finanzmarkt«, hebt Stadler
 15 hervor. Ein neues Gutachten erwartet Mehreinnahmen von 17 Milliarden Euro, aber auch die Verlegung von Geschäften ins Ausland. In diesem Zusammenhang erinnert Stadler an einen Kernas-

. pekt der Steuer: »Sie soll die Gesellschaft vor genau
 . diesen Geschäften schützen, die in den vergange-
 20 nen Jahren verheerende soziale Krisen ausgelöst haben.« Eine Abwanderung dieser Geschäfte ist der Preis für soziale Sicherheit. Das neue Gutachten betont darüber hinaus, dass die konjunkturellen Effekte kaum spürbar wären. ■ Quelle: Pressemitteilung
 25 der AWO vom 08.09.2014

Die Arbeiterwohlfahrt ist ein dezentral organisierter deutscher Wohlfahrtsverbund, der die Unterstützung sozial benachteiligter Menschen zum Ziel hat und mit 145.000 Mitarbeiter_innen einen der größten Arbeitgeber Deutschlands darstellt. Die AWO fordert in finanzpolitischen Fragen eine stärkere Kontrolle des Wirtschafts- und Bankensektors sowie eine Stärkung sozialer Bereiche.

M4 Deutsche Kreditwirtschaft (DK)

1 Nach Ansicht der deutschen Kreditwirtschaft ha-
ben viele Regierungen, Zentralbanken, unabhän-
gige Analysten und Steuerexperten in einer Viel-
zahl von Stellungnahmen in der Vergangenheit zu
5 Recht ihre Besorgnis gegenüber einer FTS deut-
lich gemacht. Eine solche, nur von wenigen Staa-
ten befürwortete FTS, werde den gemeinsamen
Markt für Finanzdienstleistungen gefährden, zu
einer Wettbewerbsverzerrung zwischen Markt-
10 teilnehmern aus den verschiedenen Mitgliedstaa-
ten führen und insgesamt zu einer Destabilisie-
rung der Finanzmärkte in Europa beitragen.
Der Deutschen Kreditwirtschaft zufolge wird
die von den Befürwortern einer FTS erhoffte po-
15 sitive Lenkungswirkung nicht eintreten, denn die
zur Debatte stehende FTS soll undifferenziert alle
Finanztransaktionen erfassen. Daher würde die
Steuer generell alle Finanzprodukte verteuern und
damit nicht nur von den Kreditinstituten selbst,
20 sondern von der gesamten Wirtschaft und den
Bürgern einschließlich der Kleinsparer zu tragen
sein. Leidtragende wären etwa Unternehmen, die
sich gegen Kursrisiken absichern müssen, sowie
Bürger, die Sparziele – insbesondere mit Blick auf
25 die Altersvorsorge – verfolgen.

Zudem wird eine FTS zu einer Mehrfachbelas-
tung von Geschäften mit mehreren Handelsstufen
führen. Von derartigen Kaskadeneffekten sind
insbesondere sowohl Verbund- als auch Konzern-
30 strukturen betroffen. Durch die Steuer werden
auch Wertpapierpensionsgeschäfte, die unter an-
derem für die Liquiditätsteuerung zwischen den
Kreditinstituten von tragender Bedeutung sind,
beeinträchtigt, mit negativen Folgen für die ganze
35 Wirtschaft. Zudem zeigt eine kürzlich veröffent-
lichte Untersuchung der Europäischen Kommis-
sion, dass neben den genannten tiefgreifenden
Problemen zusätzlich der zu Erhebung und Ver-
teilung der Steuererlöse zu betreibende Aufwand
40 nicht unterschätzt werden darf. ■ Quelle: Pressemitteilung
der DK vom 26.01.2015

*Die Deutsche Kreditwirtschaft ist ein Zusammenschluss
der fünf größten Kreditinstitute Deutschlands und
dient der Vertretung der Interessen der Kreditwirtschaft
gegenüber staatlichen Institutionen. Grundlegendes
Ziel der DK ist es, Märkte zu liberalisieren und
staatliche Kontrollmechanismen zu reduzieren.
Im Zuge des Ausbaus der Europäischen Wirtschafts-
und Währungsunion wird die Rolle der DK auf
50 europäischer Ebene zunehmend bedeutender.*

M5 Oxfam

1 **Endlich: Die Finanztransaktionssteuer
kommt! Bedauerlich: Der Beschluss
greift noch zu kurz!**
Zehn EU-Mitgliedsländer haben sich heute am
5 Rande des Treffens der EU-Finanzminister auf
die Besteuerung bestimmter Finanztransaktionen
im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit
geeinigt. Dies ist ein wichtiger Schritt, jedoch be-
zieht sich die Steuer zunächst nur auf Aktien und
10 einige Derivate, zudem tritt sie erst 2016 in Kraft.
Weite Teile des Derivatehandels sowie Anleihen
sind erstmal ausgenommen, ihre Einbeziehung in
die Steuer soll weiter verhandelt werden. [...]
Entscheidend sind nun die Verhandlungen
15 über die zweite Stufe der Steuer, in welcher der
Anwendungsbereich der Finanztransaktionssteu-
er (FTS) erweitert werden soll. Bei einer voll-
ständigen Umsetzung könnte die Steuer jährlich
bis zu 34 Milliarden Euro in die Haushalte der
20 beteiligten Länder spülen, davon 11 Milliarden
Euro in Deutschland. Wie viel die FTS tatsächlich
einbringen wird, hängt aber von der konkreten
Ausgestaltung ab. [...]

25 **Wir brauchen eine echte Steuer gegen Armut!**
Eine umfassende und effektive Finanztransakti-
onssteuer ist nur dann eine Steuer gegen Armut,
wenn ein großer Teil der zukünftigen Einnahmen
für die weltweite Armutsbekämpfung und die
Bekämpfung des Klimawandels verwendet wird.
30 Doch hierzu wurde bei der heutigen Verlautba-
rung kein Wort verloren. ■ Quelle: Pressemitteilung von Oxfam
vom 06.05.2014

*Oxfam ist ein unabhängiger Verbund verschiedener Hilfs-
und Entwicklungsorganisationen, der sich dem Kampf
gegen die weltweit steigende Armut verschrieben hat und
größtenteils aus Spenden finanziert wird. Um die im
Jahr 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedeten
Millennium-Entwicklungsziele umzusetzen, stellt
Oxfam ökologische (z. B. Maßnahmen gegen Klima-
wandel), soziale (z. B. mehr Entwicklungshilfe, allge-
meine Grundbildung und Gesundheitsversorgung) sowie
finanz- und wirtschaftspolitische (z. B. gerechte Welt-
handelsregeln, Finanztransaktionssteuer) Forderungen.*

Was ist die Finanztransaktionssteuer (FTS)?

INFO

Umfang und Geltungsbereich der FTS Die Finanztransaktionssteuer ist eine Steuer, die bei Geschäften (Transaktionen) auf den Finanzmärkten gezahlt werden muss. Das können zum Beispiel Geschäfte mit Währungen (Geld verschiedener Länder) sein, wie der Tausch von Euro in Dollar. Es kann aber auch der Handel mit Aktien (Anteile an Unternehmen) sein oder der Handel mit Anleihen (Schuldscheine) und anderen Finanzpapieren (Derivaten¹).

Auf den Kauf/Verkauf von solchen Finanzvermögen soll ein geringer Steuersatz von 0,01 bis zu 0,5 Prozent erhoben werden. Wer zum Beispiel 500 Euro in Dollar tauscht, müsste dann eine Steuer von fünf Cent bis maximal 2,50 Euro zahlen. Wer für 1000 Euro Aktien kauft, müsste zwischen zehn Cent und fünf Euro Steuern zahlen.

Ziele der FTS Ziel der Finanztransaktionssteuer ist es, extrem kurzfristige Geschäfte zu verhindern, die nur gemacht werden, um kleinste Preisunterschiede auszunutzen. Ein Extremfall ist der sogenannte Hochfrequenzhandel, bei dem Computerprogramme automatisch innerhalb von Millisekunden kaufen und verkaufen. Auf Grund der Steuer würden sich diese kurzfristigen Spekulationsgeschäfte meist nicht mehr lohnen, was die Finanzmärkte und die Wirtschaft insgesamt stabilisieren würde.

Von der FTS Betroffene Zahlen müssten diese Steuer vor allem diejenigen, die es sich leisten können, ihr Kapital in Aktien und andere Finanzpapiere zu investieren. Zwar müssten auch Kleinsparer_innen mit bestimmten Sparverträgen die Steuer zahlen, allerdings wäre sie geringer als die Bankgebühren, die im Rahmen solcher Verträge anfallen.

Auch gegen das meist von Banken vorgebrachte Argument der Abwanderung von Kapital spricht einiges. Zum einen sind die Händler_innen auf die Nutzung technischer Plattformen angewiesen, auf denen beispielsweise alle in Euro notierten Wertpapiere gehandelt werden. Zum anderen kann die Steuer erhoben werden, wenn nur ein Handelspartner seinen Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes hat. Diesen Sitz in der Nähe des Handelsplatzes zu verlegen, würde sich für die meisten Unternehmen nicht lohnen.

Verwendung der FTS Wie jede andere Steuer bringt die FTS Geld in die Kassen der Staaten. Attac und andere zivilgesellschaftliche Organisationen fordern, dieses Geld vor allem für die Beseitigung von Hunger und Armut in der Welt einzusetzen.

Vorgänger der FTS Die Vorschläge für Steuern auf Finanztransaktionen gehen auf die Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes und James Tobin zurück. Die Tobin-Steuer auf den Handel mit Währungen war der erste Vorschlag für eine Steuer, der auf die globalisierten Finanzmärkte zugeschnitten war. Bisher ist die Finanztransaktionssteuer jedoch nur ein Vorschlag, der noch nicht umgesetzt ist.

.....
¹ Derivate sind »abgeleitete Wertpapiere«, das heißt, ihr Preis hängt von der Entwicklung anderer Preise ab. Ein Beispiel sind Versicherungen gegen den starken Fall (oder starken Anstieg) von bestimmten Preisen (zum Beispiel den Öl-Preis) in der Zukunft.



Politisches Engagement zwischen Mobilisierung, Instrumentalisierung und Misserfolg



Protestaktion der Kampagne »Steuer gegen Armut« in Brüssel
Foto: Oxfam

M1 Kampagne »Steuer gegen Armut«

- 1 Unser Bündnis fordert mit der Einführung der
2 Finanztransaktionssteuer eine »Steuer gegen Ar-
3 mut«. Mit den Milliardensummen, die bereits
4 mit einer niedrigen Steuer von 0,05 Prozent er-
5 zielt werden, könnte mehr Gerechtigkeit möglich
6 werden. Denn die erzielten Mittel müssen für die
7 weltweite Armutsbekämpfung, den Klima- und
8 Umweltschutz und die Bewältigung der Finanz-
9 krise gezielt eingesetzt werden! [...]
- 10 Die Steuer gegen Armut ist somit eine Frage
11 der Mitmenschlichkeit, der globalen Gerechtig-
12 keit und der Verlässlichkeit. Das Aufkommen für
13 Armutsbekämpfung und Klimaschutz wäre nicht
14 mehr abhängig von der Spendenfreudigkeit oder
15 den konjunkturell bedingt in ihrer Höhe schwan-
16 kenden Haushalten, sondern würde, da eine jäh-
17 rlich feste Größe, die mittelfristige und langfristige
18 Planung von Projekten ermöglichen. Auch die
19 Bürgerinnen und Bürger profitieren von dieser
20 Steuer, da Massensteuern wie beispielsweise die
- 21 Mehrwertsteuer nicht erhöht werden müssen, um
22 diese wichtigen Entwicklungsziele zu erreichen.
23 Stattdessen wird das Geld dort geholt, wo es im
24 Überfluss vorhanden ist – bei den Gewinnern des
25 bisherigen Globalisierungsmodells und den Ver-
26 ursachern der Weltfinanzkrise. ■
- 27
- 28 *98 Organisationen unterstützen die Kampagne »Steuer
29 gegen Armut«, darunter: Bischöfliche Aktion ADVE-
30 NIAT, Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik,
31 Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, Attac
32 Deutschland, AWO Bundesverband e. V., Brot für die
33 Welt, Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen, Bund
34 für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Christlich
35 Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), Deutsche
36 Welthungerhilfe, Deutscher Caritasverband, Deutscher
37 Gewerkschaftsbund, Ethikbank, GLS-Bank, Green-
38 peace e. V., Die LINKE, Medico international, Oxfam
39 Deutschland, Sozialdemokratische Partei Deutschlands
40 (SPD) und Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.*

**M2 Projekt der Bürgergesellschaft
gegen Finanzindustrie durchsetzen!**

1 [...] »Die Verhandlungen zur Finanztransaktions-
steuer sind seit Monaten festgefahren. Die Bun-
desregierung muss jetzt Farbe bekennen. Wir er-
warten von Finanzminister Schäuble, dass er eine
5 Initiative ergreift, um in einem ersten Schritt zu
einer politischen Einigung mit Paris zu kommen«,
sagt Detlev von Larcher, Moderator von »Steuer
gegen Armut« und für Attac im Steuerungskreis
des Bündnisses. Ohne eine deutsch-französische
10 Einigung sei die Steuer zum Scheitern verurteilt.
[...]
Einige Länder, insbesondere Frankreich, hätten
sich unter dem Druck der Finanzindustrie von
einer umfassenden Finanztransaktionssteuer ver-
abschiedet, es drohe ein halbgarer Kompromiss.
15 »Das ist völlig inakzeptabel und wäre ausgerechnet
bei einem der prominentesten Projekte der Gro-
ßen Koalition ein Einknicken vor den Interessen
der Finanzindustrie«, konstatiert Peter Wahl, für
20 WEED im Steuerungskreis des Bündnisses. Da
vor allem Deutschland und Österreich nach wie
vor eine umfassende Finanztransaktionssteuer mit
breiter Steuerbasis und wirksamen Maßnahmen
gegen Steuervermeidung unterstützen, sei es jetzt
25 dringend notwendig, die Pattsituation auf politi-
scher Ebene aufzubrechen.
»Auch aus Einnahmesicht ist eine umfassende
Steuer unabdingbar«, sagt Tobias Hauschild, für
Oxfam im Steuerungskreis von »Steuer gegen Ar-
mut«. Die Finanztransaktionssteuer könne allein
30 in Deutschland 17 Milliarden Euro einbringen.
Mit diesem Geld müssten Maßnahmen zur Erhö-
hung der Entwicklungsfinanzierung, den inter-
nationalen Klimaschutz und soziale Ausgaben in
35 Deutschland und Europa finanziert werden, wie
vom Bündnis gefordert. ■ Quelle: Pressemitteilung »Steuer gegen
Armut« vom 09.12.2014

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie die Stellungnahme der Kampagne »Steuer gegen Armut« (M1) und beurteilen Sie, ob Sie die Einführung einer abgeschwächten Finanztransaktionssteuer im Jahre 2016 als Erfolg oder Misserfolg für die Kampagne »Steuer gegen Armut« werten würden. Begründen Sie Ihre Position.
2. Lesen Sie die Pressemitteilung von »Steuer gegen Armut« (M2) und diskutieren Sie, inwiefern zivilgesellschaftliche Bündnisse und Netzwerke in gesellschaftliche Machtstrukturen eingebunden sind. An welche Grenzen stößt ihr Engagement? Wie kann sich dies auf die Strategien und den Erfolg ihrer Mobilisierung auswirken?
3. Entwickeln Sie Ideen für eine Kampagne, mit der die europäische Finanzpolitik demokratischer gestaltet werden könnte und begründen Sie Ihre Wahl hinsichtlich Ihrer Einflussmöglichkeiten. Berücksichtigen Sie die vielfältigen Formen politischen Engagements und Protests (Mitarbeit in NGO oder Partei, Demonstrationen, Streiks, Petitionen, Blockaden, Graffiti etc.) und deren reale Einflussmöglichkeiten.
Nutzen Sie zur Vorbereitung und Planung die Checkliste Aktionsplanung (M3) und den Leitfaden zur Kampagnenarbeit auf <http://t1p.de/4ovh>.

M3 **Checkliste:** **Aktionsplanung**

- 1 - **Situationsanalyse:** Wie ist die politische Lage?
 . Warum ist eine Aktion zu diesem Zeitpunkt
 . sinnvoll?
 .
- 5 - **Zielgruppe definieren:** Wer soll beeinflusst
 . werden und was sollen sie tun?
 .
- 10 - **Konkrete Ziele definieren:** Welche Aktions-
 . form passt? Wie soll die Aktion die politischen
 . Ziele rüberbringen?
 .
- 15 - **Szenario/Choreographie:** Ablauf, Bild, Ein-
 . satz der Aktivist_innen planen
 .
- 15 - **Geeigneten Ort finden**
 .
- 20 - **Zeitdauer festlegen.** Wann ist die Aktion zu
 . Ende?
 .
- 25 - **Koordination:** Verteilen der verschiedenen
 . Hüte: Vorbereitung, Materialerstellung, Ablauf-
 . regie, Pressearbeit, Transport der Materialien
 .
- 30 - **Vernetzung:** Wollt ihr andere Gruppen einbin-
 . den? Wenn ja, bereits bei der Planung oder erst
 . bei der Durchführung?
 .
- 35 - **Inhaltliche Präsentation:** Vorbereitung und
 . Besorgen der Materialien und Aktionsrequi-
 . siten: Flugblätter, Info-Stellwände, Banner,
 . Plakate, sonstige Materialien. Klärung der
 . Transportfrage.
 .
- 40 - **Mobilisierung:** Klären, wie viele Leute dabei
 . sein sollten. Aktivist_innen mobilisieren, per-
 . sönlich ansprechen.
 .
- 45 - **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:** Vorbe-
 . reitung der Medienarbeit: Pressemitteilung als
 . Einladung zur Aktion, Pressemitteilung nach
 . der Aktion. Wer übernimmt die Rolle der Pres-
 . sesprecher_in? Soll es eine Pressemappe mit
 . mehr Infos geben?
 .
- 50 - **Anmeldung:** Jede legale Aktion muss bei der
 . Polizei oder dem Ordnungsamt als Versamm-
 . lung/Kundgebung angemeldet werden. Nicht
 . vergessen: Es gibt ein Demonstrationsrecht,
 . Aktionen müssen von der Polizei nicht genehm-
 . igt werden. Die Polizei ist verpflichtet, die
 . Aktion zu schützen und ihre Durchführung
 . sicherzustellen.
 .
- 55 - **Vorbereitung der Aktivist_innen** – Bespre-
 . chung des Ablaufs und der verschiedenen Rol-
 . len gemeinsam mit allen Beteiligten
 .
- 60 - **Training:** Welche inhaltliche oder praktische
 . Vorbereitung braucht es? Sinnvoll sind Argu-
 . mentationsübungen – jeder sollte in der Lage
 . sein, sinnvolle Sätze in ein Mikrofon zu sprechen.
 .
- 65 - **Aufteilung:** Wer macht was? Wer ist direkt bei
 . der Aktion, wer arbeitet »hinter den Kulissen«
 . als Kontakt zu Polizei/Ordnungsamt, Ansprech-
 . person für Presse und Öffentlichkeit etc.?
 .
- 70 - **Entscheidungsfindung vor Ort, falls not-
 . wendig:** Wie ist der Gruppenprozess während
 . der Aktion? Wer entscheidet?
 .
- 75 - **Koordination:** Ist der Kontakt der Aktivist_in-
 . nen untereinander während der Aktion (nur bei
 . großen Aktionen) gesichert?
 .
- 80 - **Bei Zivilem Ungehorsam oder unklarer
 . Lage vor Ort:** Bezugsgruppen bilden und
 . genügend Zeit zur Vorbereitung einplanen.
 . Kommunikationsprozess geklärt? Braucht es
 . Trainings für Gewaltfreie Aktion? Sind die
 . rechtlichen Fragen geklärt? Ist die Ausrüstung
 . okay? ■ Quelle: Leitfaden für Attac-Gruppen

Die EZB und ich – Einführung in die Geldpolitik

Kurzbeschreibung:

Die Aktivität »Die EZB und ich« bietet einen spielerischen Einstieg in das Themenfeld Geld, Banken, Zentralbanken und Geldpolitik. Die Teilnehmer_innen übernehmen Rollen, in denen sie zeitgleich verschiedene alltägliche Zahlungsvorgänge tätigen. Anschließend werden die entsprechenden Zahlungen und die Rolle der Zentralbank im Hintergrund (Geldausgabe, Leitzins und Mindestreserve) nachvollzogen. Zugleich wird die Frage aufgeworfen, warum die Zentralbank keine direkten Kredite an Staaten vergibt.

Zeit:

45 bis 90 Minuten

Gruppengröße:

8 bis 40 Personen

Material:

- 8 Rollenkarten (Schülerin Hanna, Schreinerei Otte, Handy-Laden Mobile-World, Vor-Ort-Bank, Spar-Bank, Super-Invest-Bank, EZB und Staat)
- 8 Konten und Stifte zum Eintragen
- 1 »Smartphone«
- 1 »Staatsanleihe«
- 1.000 Euro Spielgeld (5 mal 10 Euro, 4 mal 100 Euro, 1 mal 50 Euro und 1 mal 500 Euro)
- Tabelle zum Nachvollziehen der Zahlungen plus Infotext und Schaubild »Die EZB und die anderen Wirtschaftsakteure« (PDF plus Beamer, Overhead-Folie oder Kopien)

Ablauf:

Zum Einstieg werden Vorstellungen zur Frage »Was habe ich eigentlich mit der EZB zu tun?« gesammelt.

Anschließend wird die Gruppe in acht Kleingruppen aufgeteilt, die sich an verschiedenen Tischen im Raum verteilen. Jede Gruppe bekommt eine Beschreibung ihrer Rolle und ein Konto auf dem Schulden und Guthaben eingetragen werden können. Die EZB bekommt außerdem die 1.000 Euro Spielgeld (500 + 4 × 100 + 1 × 50 + 5 × 10), die Firma Mobile-World bekommt das Smartphone und der Staat bekommt die Staatsanleihe.

Jede Gruppe stellt ein Schild mit ihrer Rolle (z.B. Schreinerei Otte) auf den Tisch, trägt die Rolle auf ihrem Konto ein und liest ihre »Aufgaben« im Rahmen der Aktivität durch. Wenn alle Gruppen verstanden haben, was sie tun sollen, geht es los. Jede Gruppe erledigt ihre Aufgaben, indem sie mit den dazu passenden anderen Gruppen interagiert. Die Schülerin geht zur Bank und zahlt Geld auf ihrem Konto ein, die Bank hinterlegt von der Spareinlage eine Mindestreserve bei der EZB und so weiter. Die Aktivität endet, wenn alle ihre Aufgaben erledigt haben.

In **Teil I der Auswertung** werden zunächst alle Zahlungsvorgänge rekapituliert, die während der Aktivität stattgefunden haben: Die Gruppen erzählen der Reihe nach, was sie gemacht haben und wie sich ihr Bestand an Bargeld oder ihr Konto dabei entwickelt haben. Mit Hilfe der Tabelle kann dies Schritt für Schritt von allen nachvollzogen werden. Mögliche Fehler werden gemeinsam korrigiert.

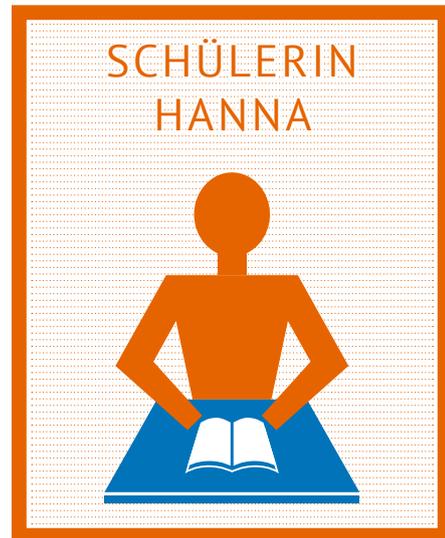
In **Teil II der Auswertung** werden die Spielsergebnisse mit Hilfe des Infotextes und des Schaubildes verallgemeinert, so dass wesentliche Zusammenhänge zwischen verschiedenen Wirtschaftsakteuren (Bürger_innen bzw. Privathaushalte, Unternehmen, Banken, Zentralbank und Staat) deutlich werden. Indem die Ausgabe von Bargeld und die Regulierung der Geldmenge (mittels Leitzins- und Mindestreservpolitik) als wesentliche Punkte angesprochen werden, wird an dieser Stelle die Frage »Was habe ich mit der Zentralbank zu tun?« wieder aufgegriffen.

In einem **letzten Auswertungsteil** können dann anhand der Zinszahlungen die Kreditverhältnisse (Schuldner_innen und Gläubiger_innen) im Wirtschaftsprozess thematisiert werden. Wer nimmt bei wem Kredit, woraus werden jeweils die Rückzahlungen plus Zinsen bezahlt (Lohnneinkommen, Unternehmensgewinne, Steuern). Hier bietet sich (am Beispiel der Super-Invest-AG) insbesondere die Frage der Staatsfinanzierung an. Ist es sinnvoll, dass Privatbanken von Staatsanleihen profitieren oder sollte die EZB (die selbst eine staatliche Institution ist) auch direkt Kredite an Staaten vergeben? Diese Frage kann dann anhand des Arbeitsblattes »III.8 EZB und Staatsfinanzierung« weiter verfolgt werden.

REQUISITEN ROLLENKARTEN

Schülerin Hanna Sie sind eine Schülerin, die in den Ferien gejobbt hat, damit Sie sich ein neues Smartphone kaufen können. Den Rest Ihres Lohns wollen Sie sparen, um sich später etwas dafür zu gönnen.

- 1 Sie haben in den Ferien bei der Schreinerei Otte gejobbt und bekommen dafür noch 1.000 € Lohn (in bar).
- 2 Für 200 € kaufen Sie bei Mobile-World ein neues Smartphone.
- 3 Von Ihren 1.000 € Lohn müssen Sie 10 € Lohnsteuer und beim Kauf Ihres Handys müssen Sie 40 € Umsatzsteuer (»Mehrwertsteuer«) zahlen. Insgesamt zahlen Sie also 50 € Steuern (bar) an den Staat.
- 4 Die restlichen 750 € zahlen Sie auf ein Sparbuch bei der Spar-Bank ein, die Ihnen dafür 1% Zinsen pro Jahr bezahlt. Die 750 € werden auf Ihrem Konto gutgeschrieben, (Guthaben).
- 5 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



Schreinerei Otte Sie sind ein Handwerksbetrieb, der sich auf den Einbau von Türen und Fenstern spezialisiert hat. Auf Ihrem Konto haben Sie ein Guthaben von 1.000 €; tragen Sie dies zunächst ein.

- 1 Sie schulden der Schülerin Hanna noch 1.000 € für den Ferienjob: Heben Sie das Geld bar von Ihrem Konto bei der Vor-Ort-Bank ab. Die Bank zahlt Ihnen das Geld aus und das Guthaben auf Ihrem Konto sinkt entsprechend um 1.000 €.
- 2 Zahlen Sie Hanna die 1.000 € Lohn bar aus.
- 3 Für die Reparatur eines Schulgebäudes bekommen Sie 10.000 € vom Staat. Lassen Sie sich das Guthaben von den Vertreter_innen des Staats auf Ihrem Konto gutschreiben (Guthaben).
- 4 Sie wollen das Geld für spätere Geschäfte sparen. Gehen Sie zur Vor-Ort-Bank und zahlen Sie es auf ein Konto (mit 2% Zinsen) ein.
- 5 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



REQUISITEN ROLLENKARTEN

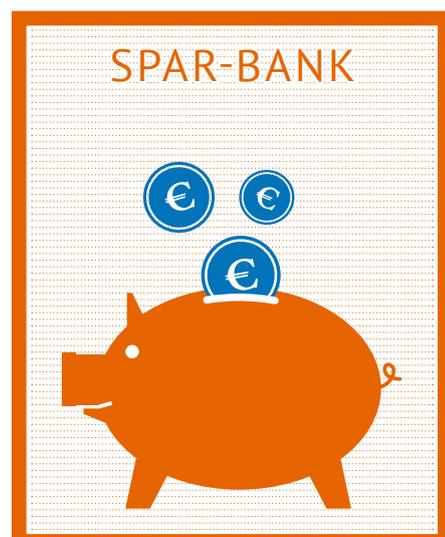
Vor-Ort-Bank Sie sind eine Bank, die sich auf Geschäfte mit Kunden aus der Umgebung konzentriert. Sie bieten Ihrer Kundschaft Möglichkeiten Geld zu sparen und vergeben Kredite.

- 1 Sie brauchen Bargeld, das Sie an Ihre Kunden auszahlen können. Besorgen Sie sich 1.000 € Bargeld bei der EZB. Die EZB leiht Ihnen die 1.000 € (als Kredit mit 1% Zinsen) und trägt deshalb 1.000 € Schulden auf Ihrem Konto ein.
- 2 Wenn Ihr Kunde, die Schreinerei Otte, zu Ihnen kommt, dann zahlen Sie 1.000 € bar aus und tragen das auf dem Konto des Kunden ein (-1.000 € bei Guthaben).
- 3 Schreinerei Otte zahlt 10.000 € auf ein Sparkonto (mit 2% Zinsen) ein. Auf dem Konto der Schreinerei ändert sich nichts (die 10.000 € Guthaben bleiben stehen). Aber auf dem Konto Ihrer Bank werden die 10.000 € (Schulden) eingetragen, die Sie der Schreinerei jetzt schulden.
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



Spar-Bank Sie sind eine Bank, die sich auf Geschäfte mit Kunden aus der Umgebung konzentriert. Sie bieten Ihrer Kundschaft Möglichkeiten Geld zu sparen und vergeben Kredite.

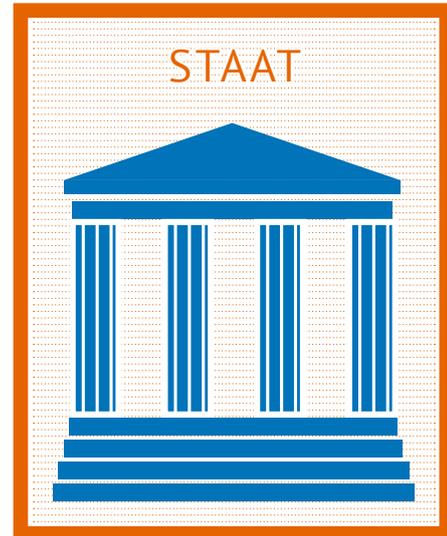
- 1 Die Schülerin Hanna zahlt 750 € auf ein Sparbuch bei Ihrer Bank ein. Nehmen Sie das Bargeld, tragen Sie der Kundin 750 € Guthaben auf dem Konto ein und tragen Sie in Ihrem eigenen Konto 750 € Schulden ein, die Sie der Kundin auf Wunsch wieder auszahlen müssen.
- 2 Von jeder Einzahlung von Kunden müssen Sie eine Mindestreserve bei der EZB hinterlegen (derzeit 1,3%). Im Fall der 750 € der Schülerin sind das rund 10 €. Gehen Sie also zur EZB und zahlen Sie dort 10 € Mindestreserve ein. Die EZB trägt die 10 € als Guthaben auf Ihrem Konto ein.
- 3 Nach dem Hinterlegen der Mindestreserve haben Sie 740 €, die Sie als Kredit (zu 5% Zinsen) an die Firma Mobile-World vergeben. Zahlen Sie ihr das Geld bar aus, tragen Sie die 740 € Euro Schulden auf dem Konto der Firma und 740 € (Guthaben) auf Ihrem eigenen Konto ein.
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



REQUISITEN ROLLENKARTEN

Staat Sie nehmen Steuern ein und erfüllen damit öffentliche Aufgaben wie den Betrieb von Schulen. Wenn die Steuereinnahmen dafür nicht reichen, können Sie Kredite aufnehmen, indem Sie Staatsanleihen ausgeben.

- 1 Die Schülerin Hanna kommt zu Ihnen (Ihrem Finanzamt), um 10 € Lohnsteuer und 40 € Umsatzsteuer (»Mehrwertsteuer«) zu zahlen. Nehmen Sie die 50 € bar entgegen.
- 2 Sie brauchen Geld, um die Reparatur eines Schulgebäudes zu bezahlen. Gehen Sie zur Super-Invest-Bank und verkaufen Sie ihr eine Staatsanleihe für 10.000 € zu 5 % Zinsen. Lassen Sie sich das Geld auf Ihrem Konto gutschreiben (Guthaben) und als neue Schulden eintragen.
- 3 Überweisen Sie 10.000 € an die Schreinerei Otte für die Reparatur der Schule. Gehen Sie zur Schreinerei und tragen Sie ihr die 10.000 € (Guthaben) auf dem Konto ein. Gleichzeitig müssen Sie das Geld von Ihrem eigenen Guthaben abziehen (-10.000 € Guthaben).
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



Super-Invest-Bank Sie sind eine Investment-Bank, die auf den Handel mit Wertpapieren wie Aktien und Staatsanleihen spezialisiert ist.

- 1 Gehen Sie zur EZB und nehmen Sie dort einen Kredit von 10.000 € zum aktuellen Leitzins von 1 % auf. Die Zentralbank schreibt Ihnen das Geld auf dem EZB-Konto gut (Guthaben) und trägt es zugleich bei Ihnen als Schulden ein, weil Sie es jetzt an die EZB zurückzahlen müssen.
- 2 Wenn der Staat zu Ihnen kommt, kaufen Sie ihm für 10.000 € eine Staatsanleihe (zu 5 % Zinsen) ab. Nehmen Sie die Staatsanleihe entgegen und tragen Sie dem Staat die 10.000 € (Guthaben) auf seinem Konto ein. Gleichzeitig müssen Sie dem Staat das Geld als Schulden eintragen und vom Guthaben auf Ihrem eigenen Konto abziehen (-10.000 €).
- 3 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



REQUISITEN ROLLENKARTEN

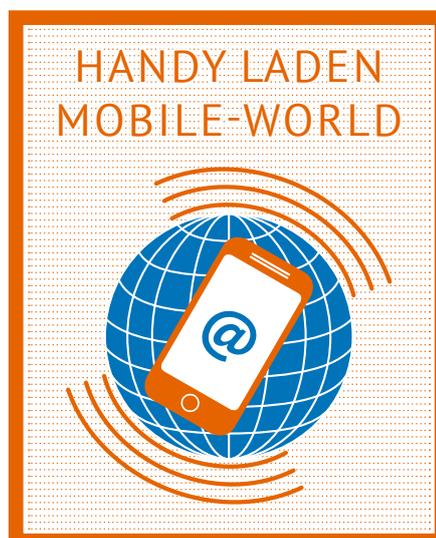
Europäische Zentralbank (EZB) Sie sind die Zentralbank im Euro-Raum. Sie geben das Bargeld aus, und Sie versuchen die Geldmenge zu steuern: Sie leihen Banken (zum aktuellen Leitzins) Geld, das diese an ihre Kunden weitergeben, und Sie verwalten die Mindestreserve, die Banken vom Geld ihrer Kunden hinterlegen müssen und nicht weiter verleihen können.

- 1 Die Vor-Ort-Bank kommt zu Ihnen, weil sie Bargeld braucht. Zahlen Sie ihr 1.000 € (als Kredit mit 1% Zinsen) aus. Tragen Sie diese als Schulden auf dem Konto der Vor-Ort-Bank ein und als Forderung (Guthaben) auf Ihrem eigenen Konto.
- 2 Von allen Einzahlungen ihrer Kunden müssen Banken eine sogenannte Mindestreserve (von derzeit 1,3%) bei Ihnen hinterlegen. Nehmen Sie 10 € Mindestreserve von der Spar-Bank bar entgegen. Tragen Sie die 10 € als Guthaben auf dem Konto der Spar-Bank ein und als Schulden auf Ihrem eigenen Konto.
- 3 Die Super-Invest-Bank kommt zu Ihnen, weil sie einen Kredit von über 10.000 € (zum derzeitigen Leitzins von 1%) aufnehmen möchte. Schreiben Sie der Bank das Geld auf ihrem Konto gut (Guthaben). Ab jetzt schuldet Ihnen die Super-Invest-Bank dieses Geld, tragen Sie ihr also 10.000 € (Schulden) und 10.000 € (Guthaben) auf Ihrem eigenen EZB-Konto ein.
- 4 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).

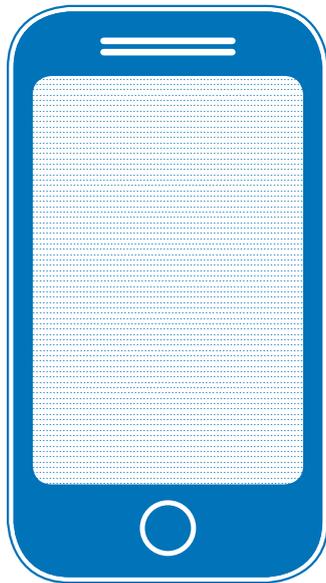


Mobile-World Sie betreiben einen Laden, in dem Sie Handys, Smartphones und Tabletcomputer verkaufen.

- 1 Die Schülerin Hanna kommt in Ihren Laden, um ein Smartphone für 200 € zu kaufen. Nehmen Sie das Geld bar an.
- 2 Sie brauchen Wechselgeld für die Kasse. Weil die Geschäfte gerade nicht gut laufen, müssen Sie dafür Ihr Konto überziehen. Gehen Sie zur Spar-Bank und lassen Sie sich 740 € bar auszahlen. Da Sie diesen Kredit (mit 5% Zinsen) zurückzahlen müssen, trägt die Bank die 740 € (Schulden) auf Ihrem Konto ein.
- 3 Gehen Sie abschließend Ihr Konto durch und schreiben Sie die Zinsen auf, die Sie nach einem Jahr von anderen bekommen (Guthaben) oder die Sie an andere zahlen müssen (Schulden).



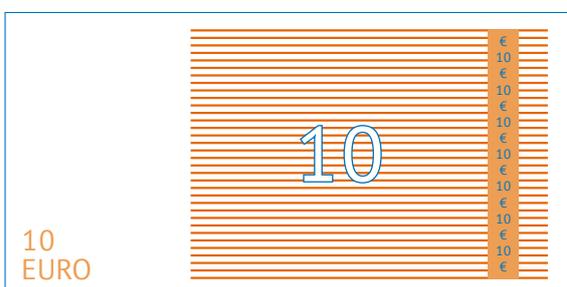
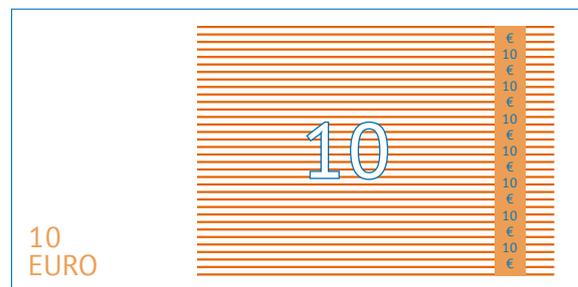
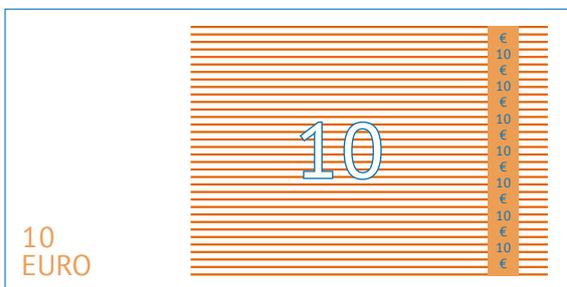
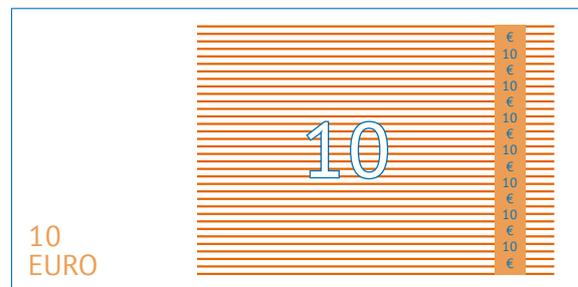
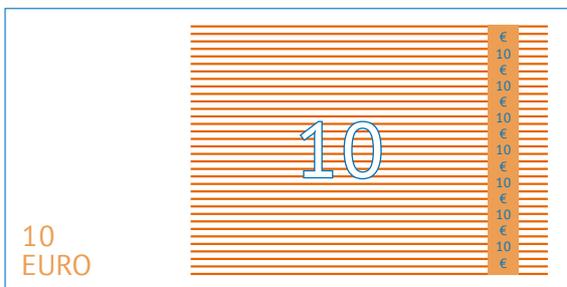
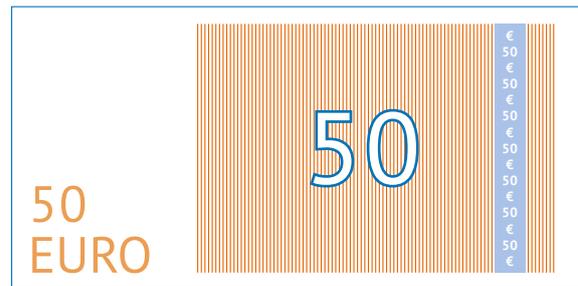
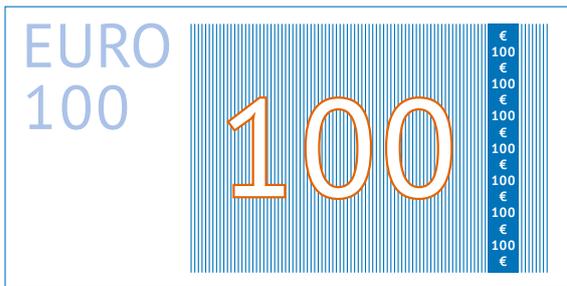
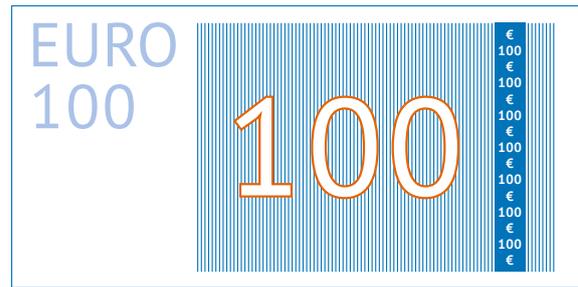
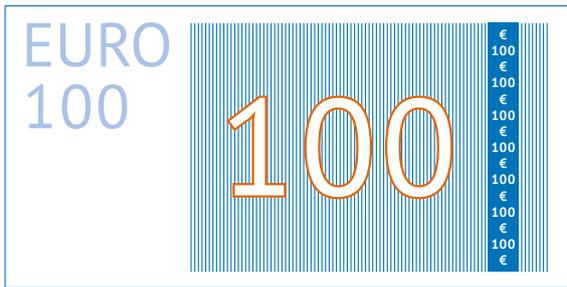
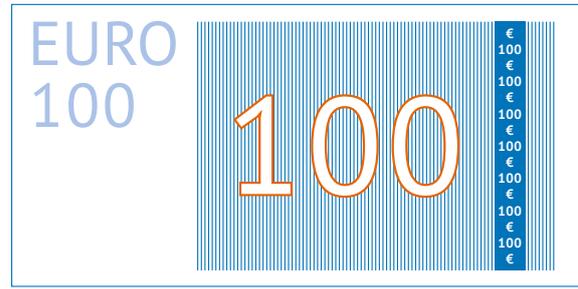
REQUISITEN KOPIERVORLAGEN FÜR SMARTPHONE, STAATSANLEIHE & KONTO



Konto von

Schulden	Guthaben
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

REQUISITEN KOPIERVORLAGEN GELDSCHEINE



	Zahlung	Buchgeld (Konto) in €		Bargeld in €
		Schulden	Guthaben	
Hanna				
1	bekommt 1.000 € Lohn von Schreinerei Otte			1.000,00
2	zahlt 200 € bar für ihr Handy an Mobile-World			-200,00
3	zahlt 10 € Lohn- und 40 € Mehrwertsteuer an den Staat			-50,00
4	zahlt 750 € auf Sparbuch (mit 1% Verzinsung) bei der Spar-Bank ein		750,00	-750,00
5	1% Zinsen für 750 € von der Spar-Bank		7,50	
Schreinerei Otte				
1	hebt 1.000 € vom Konto bei der Vor-Ort-Bank ab		-1.000,00	1.000,00
2	zahlt 1.000 € Lohn bar an Hanna			-1.000,00
3	bekommt 10.000 € vom Staat für Reparaturen			
4	Zahlt die 10.000 auf ein Konto (zu 2% Zinsen) bei der Vor-Ort-Bank ein		10.000,00	
5	2% Zinsen für 10.000 € von Vor-Ort-Bank		200,00	
Mobile-World				
1	bekommt 200 Euro von Hanna			200,00
2	bekommt einen Kredit (zu 5% Zinsen) von der Spar-Bank	740,00		740,00
3	5% Zinsen für 740 € Kredit von Spar-Bank	37,00		
Vor-Ort-Bank				
1	besorgt sich 1.000 € Bargeld (als Kredit zu 1% Zinsen) bei der EZB	1.000,00		1.000,00
2	zahlt 1.000 € bar an Schreinerei Otte aus			-1.000,00
3	bekommt 10.000 € von Schreinerei Otte als Spareinlage (zu 2% Zinsen)	10.000,00		
4	1% Zinsen für 1.000 Euro Kredit von der EZB	10,00		
5	2% Zinsen für 10.000 € von Schreiner Otte	200,00		
Spar-Bank				
1	bekommt 750 € bar von Hanna als Spareinlage (mit 1% Zinsen)	750,00		750,00
2	hinterlegt 1,3% der Spareinlage als Mindestreserve bei EZB		10,00	-10,00
3	vergibt 740 € Kredit (zu 5% Zinsen) an Mobile-World		740,00	-740,00
4	1% Sparzinsen für 750 € von Hanna	7,50		
5	5% Zinsen für Kredit an Mobile-World		37,00	
Super-Invest-Bank				
1	nimmt Kredit von 10.000 € zu 1% bei der EZB auf	10.000,00	10.000,00	
2	kauft für 10.000 € Staatsanleihe (zu 5% Zinsen) vom Staat		-10.000,00	
3	1% Zinsen für 10.000 € Kredit von EZB	100,00		
4	5% Zinsen für 10.000 € Kredit an den Staat		500,00	
EZB				
1	zahlt 1.000 € (als Kredit zu 1% Zinsen) bar an die Vor-Ort-Bank aus		1.000,00	-1.000,00
2	nimmt Mindestreserve von der Spar-Bank entgegen	10,00		10,00
3	überweist 10.000 € (als Kredit zu 1% Zinsen) an Super-Invest-Bank		10.000,00	
4	1% Zinsen auf 1.000 € Kredit an Vor-Ort-Bank		10,00	
5	1% Zinsen auf 10.000 € Kredit an Super-Invest-Bank		100,00	
Staat				
1	bekommt 50 € Steuern von Hanna in bar			50,00
2	verkauft Staatsanleihe (10.000 € zu 5% Zinsen) an Super-Invest-Bank	10.000,00	10.000,00	
3	zahlt 10.000 an Schreinerei Otte für Reparatur der Schule		-10.000,00	
4	5% Zinsen für 10.000 € Kredit von Super-Invest-Bank	500,00		

**M1 Die EZB und die anderen
Wirtschaftsakteure**

INFO 

Bürger_innen (z.B. Hanna) So wie Hanna bekommen die meisten Bürger_innen Lohn für ihre Arbeit, zahlen Steuern und haben ein Konto bei der Bank zum Sparen und zum bargeldlosen Bezahlen. Anders als im Spiel werden die Steuern aber nicht direkt in bar beim Staat eingezahlt. Die Arbeitgeber_innen überweisen die Lohnsteuer direkt an den Staat, und in den Ladenpreisen ist die Mehrwertsteuer schon enthalten und wird von den Händler_innen an den Staat überwiesen.

Unternehmen (z.B. Mobile-World und Schreiberei Otte) Wie die Bürger_innen brauchen auch die Wirtschaftsunternehmen Banken, um ihre Geldgeschäfte abzuwickeln. Sie heben Bargeld für ihre Kasse ab oder zahlen ohne Bargeld per Überweisung. Außerdem sparen sie Geld für spätere Geschäfte (Schreinerei Otte) oder nehmen Kredite für ihre Geschäfte auf, welche sie später aus dem Gewinn zurückzahlen (Mobile-World).

Banken (z.B. Vor-Ort-Bank, Spar-Bank und Super-Invest-Bank) Die Banken versorgen die Wirtschaft mit Bargeld, das sie sich bei der EZB besorgen (Bsp.: Vor-Ort-Bank). Neben dem Bargeld (Scheine und Münzen) gibt es außerdem Buchgeld (Guthaben auf Konten).

Banken schaffen neues (Buch-)Geld, wenn sie Kredite vergeben (Bsp.: Spar-Bank): Hanna hat 750 € und bringt sie zur Spar-Bank, die hinterlegt davon 10 € Mindestreserve und darf 740 € als Kredit neu schaffen und an Mobile-World vergeben. Hanna hat immer noch 750 € als Guthaben auf dem Konto und Mobil-World hat jetzt 740 € in bar, macht zusammen 1490 €. Wenn Mobile-World seinen Kredit zurückzahlt, verschwinden die 740 € wieder.

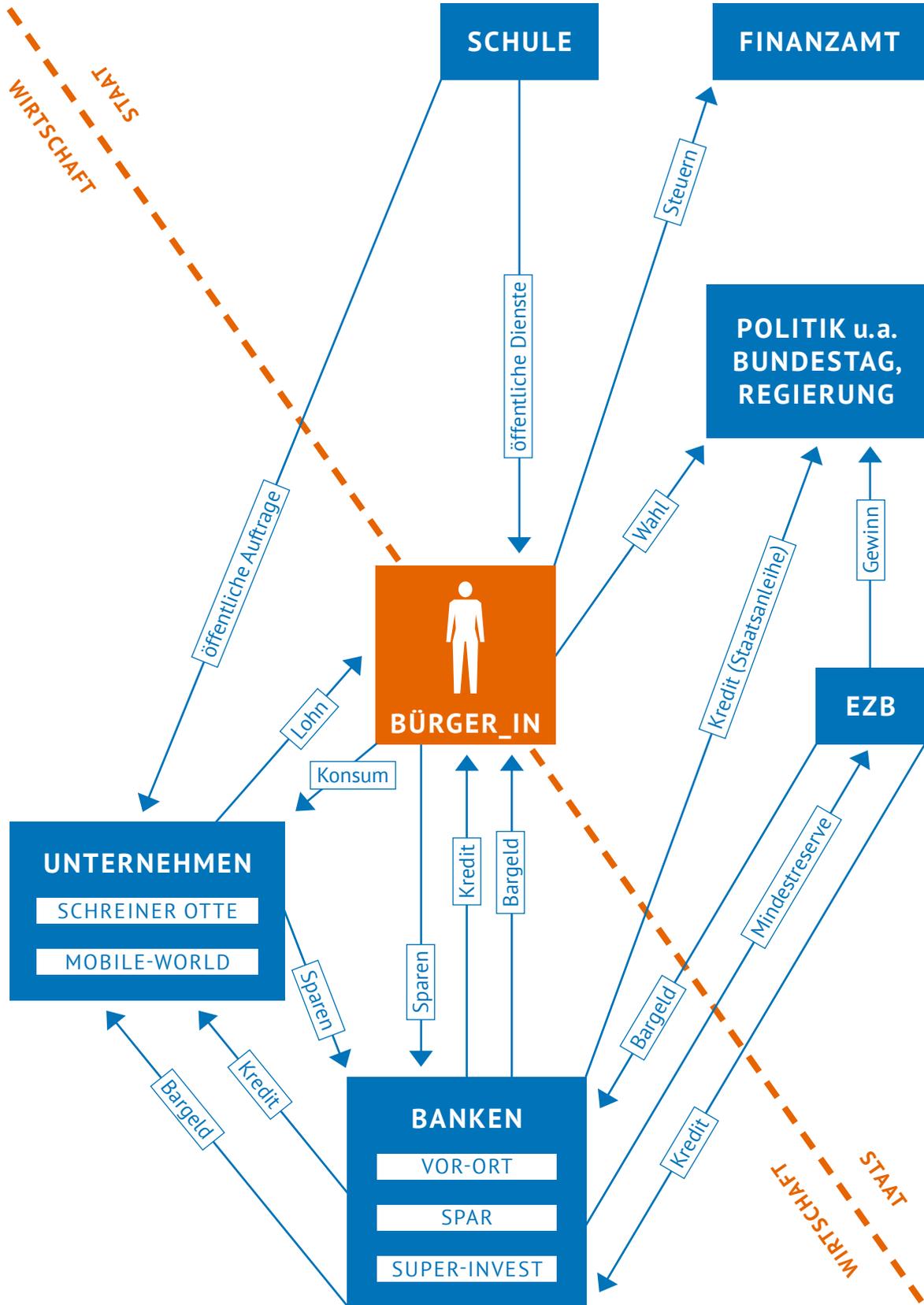
Investmentbanken haben sich auf den Handel mit Wertpapieren wie Aktien und Staatsanleihen spezialisiert. Die Super-Invest-Bank hat eine Staatsanleihe gekauft und bekommt nach der vereinbarten Laufzeit den Kaufpreis plus Zinsen zurück, oder sie verkauft sie vorher an der Börse weiter.

Die Europäische Zentralbank Eine Zentralbank wie die EZB druckt das Bargeld und bringt es über die Banken in Umlauf. Außerdem versucht sie die Geldmenge so zu steuern, dass nicht zu viel und nicht zu wenig Geld im Umlauf ist. Mit der Mindestreserve (und anderen Instrumenten) steuert sie die Menge an Buchgeld, die Banken schaffen können. Mit dem Leitzins legt sie fest, wie viel Zinsen die Banken für das Geld zahlen müssen, das sie als Kredit von der EZB bekommen. Den Gewinn, den sie mit den Zinsen der Banken macht, zahlt die Zentralbank an den Staat.

Der Staat Der Staat braucht Geld, um seine Aufgaben für die Bürger_innen zu erfüllen, zum Beispiel um Schulen zu reparieren. Er bekommt Steuern, die Bürger_innen (und Unternehmen) zahlen müssen. Wenn die Steuern nicht reichen, leiht er sich das Geld und zahlt es mit Zinsen zurück (Staatsanleihen).



M2 Das Zusammenspiel der Wirtschaftsakteure



EZB und Staatsfinanzierung

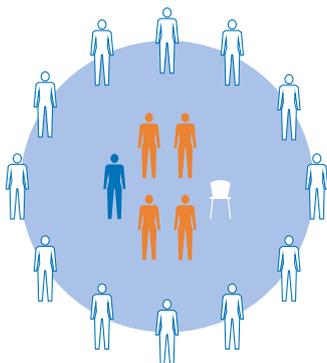
ARBEITSVORSCHLAG: FISH-BOWL-DEBATTE

1. Lesen Sie das Streitgespräch aus der Süddeutschen Zeitung (M1). Fassen Sie die Argumente der drei Beteiligten in Stichworten zusammen und finden Sie eine passende Überschrift oder ein Motto zu jeder Position.

2. Wählen Sie eine der drei Positionen und bilden Sie eine entsprechende Gruppe mit anderen, die sich ähnlich entschieden haben. Sammeln Sie auf der Basis des Streitgesprächs Argumente für Ihre Position, wählen Sie einen passenden Zusatztext für Ihre Gruppe aus (M 2-4) und ergänzen Sie eigene Ideen. Bereiten Sie sich auf eine Diskussion der folgenden Fragen vor und notieren Sie dazu Stichworte:

- Wie beurteilen Sie das derzeitige Wirtschaftssystem? Mit welchen Argumenten stützen Sie dieses Urteil?
- Was soll Ihrer Meinung nach eine Zentralbank leisten, was ist ihre zentrale Aufgabe?
- Was denken Sie über »monetäre Staatsfinanzierung«? Soll eine Zentralbank direkt Kredite an Staaten vergeben? Welche Vor- oder Nachteile hätte das aus Ihrer Sicht?
- Was spricht aus Ihrer Sicht dafür oder dagegen, dass Staaten Kredite am Markt, also bei Banken aufnehmen?
- Soll eine Zentralbank politisch unabhängig sein? Wie beurteilen Sie das Verhältnis von Zentralbank und Demokratie?

Wählen Sie eine_n Vertreter_in Ihrer Gruppe für eine Diskussion im Fish-Bowl.



FISH-BOWL (AQUARIUM, AUSSENKREIS-INNENKREIS)

Die Fish-Bowl-Debatte ist ein kommunikatives Verfahren, um Argumente oder Gruppenarbeitsergebnisse lebhaft auszutauschen. Es eignet sich besonders, um kontroverse Diskussionen zu führen, zu beobachten und auszuwerten. Durch den Aufbau der Stühle als Innen- und Außenkreis mit einem freien Stuhl im inneren Kreis haben alle Lernenden die Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen.

Vorgehen:

Die Teilnehmer_innen bereiten auf Basis ausgewählter Materialien die Position ihrer Gruppe in der Diskussion vor. Eine Moderation sowie je ein_e Vertreter_in pro Interessengruppe werden gewählt, welche_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Die Vertreter_innen der Gruppen und die Moderation nehmen im inneren Sitzkreis Platz, in dem auch ein freier Stuhl stehen bleibt. Das Publikum platziert sich in einem äußeren Sitzkreis um den inneren herum und hat jederzeit die Möglichkeit, den freien Stuhl im Innenkreis zu besetzen und sich somit in die Diskussion einzubringen. Nach einem Redebeitrag nimmt die Person ihren Platz im Publikum ein, sodass der Stuhl im inneren Kreis wieder frei ist. Es besteht keine strenge Abfolge der Redebeiträge, die Moderation hat die Aufgabe, die Diskussion zu eröffnen und ggf. zu leiten und zu strukturieren.

Anschließend folgt idealerweise eine Reflexionsphase, in der die verschiedenen Argumente ausgewertet und der Ablauf der Diskussion reflektiert werden. Welche Argumente waren am überzeugendsten, welche wurden nicht genannt? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Gruppen oder des Publikums herbeigeführt? Wurde ein Konsens gebildet oder stehen sich die Gruppen immer noch gegenüber? Hatten alle Beiträge die gleiche Relevanz oder gab es Machtungleichgewichte während der Anhörung?

M1 Streitgespräch zwischen Benoît Cœuré, Mitglied des EZB-Direktoriums, Werner Rätz (Attac) und Mischa Aschmoneit (Blockupy)

1 [...] Herr Rätz, was stört Sie an der EZB am stärksten?

2 RÄTZ: Uns stört die Rolle der EZB im Rahmen
3 der Troika. Zusammen mit dem Internationalen
4 Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission
5 hat die EZB eine Politik betrieben, die zu dra-
6 matischen Folgen in den Krisenländern führte,
7 zum Teil sind die Folgen tödlich. In Spanien sind
8 400.000 Menschen aus ihren Wohnungen vertrie-
9 ben worden, in Griechenland hat fast ein Drittel
10 der Bevölkerung keinen Zugang mehr zum Ge-
11 sundheitssystem und 40 Prozent der Menschen
12 dort sind arm. Das steht alles nachweisbar mit
13 der Troika-Politik im Zusammenhang. Da ist es
14 ein bisschen billig zu sagen, dass die EZB nur das
15 Beste will. Ich glaube Ihnen das als Person, Herr
16 Cœuré, aber die EZB trägt zur Spaltung, nicht
17 zum Zusammenhalt Europas bei.

18 CŒURÉ: Lassen Sie uns sorgfältig unterscheiden
19 zwischen unserer Kernaufgabe, der Geldpolitik,
20 und unserer Rolle in der Troika. Die EZB hat seit
21 2007 viele geldpolitische Entscheidungen getrof-
22 fen mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum in der
23 Eurozone zu stärken und dabei die Preisstabilität
24 wieder herzustellen. Das hat viele Europäer vor
25 Armut bewahrt. Als Teil der Troika haben wir
26 nichts entschieden. Wir haben Eurogruppe und
27 EU-Kommission beraten, und zwar in Fragen,
28 in denen wir die technische Kompetenz haben,
29 insbesondere Finanzmarktstabilität, Bankenrefor-
30 men und makroökonomische Ungleichgewichte.
31 Die Entscheidungen haben die Länder getroffen,
32 die Geld bekommen haben, mit ihren jeweiligen
33 demokratischen Verfahren, und die Euro-Gruppe,
34 die das Geld bereitgestellt hat.

35 Sie verstecken sich hinter der Beraterrolle.
36 Die hätten Sie auch ablehnen können.

37 CŒURÉ: Tatsächlich hat uns niemand gezwun-
38 gen, die EZB ist unabhängig. Aber wir meinen,
39 es war im kollektiven Interesse, diese Reform-
40 maßnahmen zu empfehlen, auch um den Effekt
41 unserer geldpolitischen Entscheidungen zu maxi-
42 mieren. Wir stehen dazu.

43 ASCHMONEIT: Der IWF, der ja nicht für Links-
44 radikalität bekannt ist, sagt, dass Sparen der fal-
45 sche Weg ist. Es gibt viel zu wenige Investitionen.
46 Die Internationale Arbeitsorganisation ILO sagt,
47 dass die Arbeitslosenrate im Euroraum massiv ge-
48 stiegen und ein Viertel der Gesamtbevölkerung
49 akut von Armut bedroht ist. Die EZB produziert
50 Krisenverlierer und Krisengewinner. Letztes Jahr
51 ist das Vermögen der Reichen in Westeuropa um

52 5,2 Prozent gestiegen. Der US-Investor Warren
53 Buffet hat gesagt, es herrsche Klassenkrieg, und
54 es sei seine Klasse, die der Reichen, die gewinne.
55 Ihre Politik, Herr Cœuré ist darauf ausgerichtet,
56 große Teile der Bevölkerung zu verarmen und die
57 Profite der Wenigen zu sichern.

58 CŒURÉ: Unsere Adressaten sind nicht die Rei-
59 chen, sondern die Bürger Europas. Die EZB muss
60 für alles, was sie tut, vor dem Europäischen Par-
61 lament Rechenschaft ablegen, und dieses Parla-
62 ment ist von den Bürgern direkt gewählt. Wir sind
63 nicht dafür zuständig, die Einkommensverteilung
64 in Europa zu verändern. Das ist die Aufgabe der
65 Politik, deshalb haben wir politische Parteien, die
66 darüber streiten, wie Einkommen umverteilt wer-
67 den sollen. Wenn wir eine bestimmte Einkom-
68 mensverteilung anstreben würden, wäre das ein
69 klarer Verstoß gegen unser Mandat. Das sollten
70 wir lassen.

71 RÄTZ: Es geht der EZB nicht um die Bürger
72 Europas. Die werden auch nicht gefragt. Nehmen
73 wir Griechenland. Seit 2010 ist die Wirtschaft
74 dort um 25 Prozent eingebrochen. Im laufen-
75 den Jahr erwartet man 0,7 Prozent Wachstum.
76 Das ist extrem wenig. Wir werden die Erholung
77 Griechenlands nicht mehr erleben. Die Troika-
78 Empfehlungen werden dem Volk nicht vorgelegt,
79 obwohl die Maßnahmen tief eingreifen in die Ge-
80 sellschaft: Die Gehälter und Renten werden ge-
81 senkt, die Arbeitslosenversicherung gekürzt, die
82 Krankenhausversorgung verschlechtert. Das ist
83 keine Politik für die Bevölkerung, das ist Politik
84 für die Banken.

85 CŒURÉ: Wir haben die Troika-Beschlüsse aus
86 guten Gründen unterstützt, denn wir reden von
87 Staaten, die sich am Finanzmarkt riesige Geld-
88 summen geliehen haben, weil die Steuerein-
89 nahmen nicht reichten. Griechenland, Portugal,
90 Irland und Zypern haben zu viel Geld ausgege-
91 ben. Dann gab der Markt plötzlich keinen Kredit
92 mehr. Ohne die Hilfen seitens der EU und des
93 IWF wäre es in diesen Staaten viel schlimmer ge-
94 worden – vor allem für die armen Bürger. Denn
95 dann hätten die Staaten über Nacht ihre Ausgabe-
96 den Einnahmen anpassen müssen. In 2010 etwa
97 hätte in Griechenland ein Primärdefizit von 10,5
98 Prozent sofort ausgeglichen werden müssen. Die
99 sozialen Verluste wären also viel höher gewesen als
100 durch die Reformprogramme.

101 Herr Aschmoneit, was hätte die EZB statt-
102 dessen tun sollen?

103 ASCHMONEIT: Es geht weniger um die EZB.

105 Das ist ein Systemversagen. Der Kapitalismus ist
 nicht in der Lage, den gemeinschaftlich erwirt-
 schafteten Reichtum so zu verteilen, dass die Be-
 dürfnisse der Bürger befriedigt werden können.
 Nicht einmal die Bürger, die arbeiten, haben ge-
 110 nug. Manche Menschen haben drei Jobs und sind
 trotzdem arm. Deshalb muss das kapitalistische
 System überwunden werden. Wir treten für eine
 Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein.

Das hat schon einmal nicht geklappt.

115 **ASCHMONEIT:** Die Vermögen der Reichen
 wachsen, den Armen wird genommen – auch
 durch die EZB. Manche Menschen nehmen sich
 aus Verzweiflung den Strick. In Griechenland hat
 sich die Selbstmordrate verdreifacht. Wir erinnern
 120 uns an den Brief, den die EZB 2011 an die italia-
 nische Regierung geschickt hat. Die EZB drohte,
 das Ankaufprogramm für Staatsanleihen zu stop-
 pen, wenn die italienische Regierung nicht sofort
 parieren würde. Das war ein Erpressungsversuch.

125 **CŒURÉ:** Die EZB erpresst niemanden. Der
 angesprochene Fall hing mit dem Staatsanleihen-
 Kaufprogramm SMP zusammen. Der EZB ging
 es darum zu sagen, dass unsere Geldpolitik nur
 wirken kann, wenn die Regierungen Reformen
 130 machen, die an die Wurzeln der Krise gehen.
 Wenn das nicht gegeben ist, kann keine geldpoli-
 tische Maßnahme die gewünschten Effekte haben.

ASCHMONEIT: Das nennt man das Vorzeigen
 der Folterinstrumente. Dieser Erpressungsversuch
 135 ist nur Teil der kleinen Schweinereien. Im Großen
 geht es uns darum, das Wirtschafts- und Gesell-
 schaftssystem zu ändern. Drunter geht es nicht.

RÄTZ: Aber auch im Rahmen des bestehenden
 Wirtschaftssystems hätte die EZB Handlungsalter-
 140 nativen. Manchmal nutzt sie ja ihre Freiheit durch
 ein kreatives Interpretieren der Verträge, etwa
 beim Rettungsprogramm OMT. Doch wenn es
 um das Wohlergehen der Menschen geht, dann
 bleibt die EZB stur. Herr Cœuré, geben Sie das
 145 Geld nicht den insolventen Banken. Legen Sie ein
 Investitionsprogramm für die soziale Absicherung
 auf!

CŒURÉ: Zunächst zur Äußerung von Herrn
 Rätz. Das ganz eng gefasste primäre Ziel der EZB
 150 ist es, die Preise in der Eurozone stabil zu halten.
 Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es sehr viele ver-
 schiedene Instrumente, die wir je nach Situation
 eingesetzt haben. Die EZB kann ihre Instrumente
 selbst auswählen, aber sie darf den Vertrag nicht
 155 neu interpretieren.

Jetzt zum Thema Kapitalismus: Ich respektie-
 re ihre Überzeugung, Herr Aschmoneit, aber das
 ist ein Thema, das außerhalb der Verantwortung
 der EZB liegt. Wir arbeiten in einem Umfeld von

160 Verträgen, nach denen Europa als soziale Markt-
 wirtschaft gestaltet ist, und diesen Verträgen ha-
 ben die europäischen Wähler zugestimmt. In die-
 ser Marktwirtschaft arbeitet die EZB.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zum
 Kapitalismus?**

165 **CŒURÉ:** Mit dem Kapitalismus verhält es sich
 meiner Meinung nach so, wie es der frühere bri-
 tische Premier Winston Churchill über die De-
 mokratie gesagt hat: Es ist das schlechteste aller
 170 Systeme, abgesehen von all denen, die bislang aus-
 probiert wurden. Der Kapitalismus kann sehr ge-
 fährlich und brutal sein und die Märkte haben die
 Finanzkrise ausgelöst. Deshalb braucht man stren-
 ge und genau kontrollierte Regeln, damit der Ka-
 175 pitalismus funktioniert. Die Marktwirtschaft hat
 in den vergangenen 40 Jahren hunderten Millio-
 nen Menschen den Sprung aus der Armut ermög-
 licht. In Europa haben wir politische Institutionen,
 die dem Markt Regeln setzen können. Das ist auf
 globaler Ebene allerdings nicht so: Da haben wir
 180 zwar globale Marktwirtschaft, aber keine globalen
 Institutionen. Es ist der große Wert von Europa,
 dass wir diese Kontrolle über die Marktwirtschaft
 haben und das sollten wir nutzen.

185 **RÄTZ:** Das stimmt doch nicht. Sie regulieren
 den Kapitalismus doch nicht. Sie schaffen immer
 mehr Freiräume für den Kapitalismus. Sie greifen
 zum Beispiel mit dem Memorandum für Grie-
 chenland massiv in die Rechte auf Gesundheits-
 190 versorgung und Tarifautonomie ein. Ich habe kei-
 ne Stellungnahme der EZB gelesen, in der stünde,
 dass sich Europa mehr um die Regulierung des
 Kapitalismus kümmern müsste. Ich akzeptiere
 aber, dass die EZB in einer schwierigen vertragli-
 chen Situation ist. Ihr Mandat ist zu eng auf Geld-
 195 wertstabilität ausgerichtet. Die EZB sollte Staaten
 finanzieren können. Allerdings ist die EZB un-
 abhängig und entzieht sich damit demokratischer
 Kontrolle. Die EZB könnte selbst einen Vorschlag
 200 machen, wie sie sich besser demokratischer Kont-
 rolle unterwerfen könnte.

CŒURÉ: Bei der Staatsfinanzierung ist die Ant-
 wort einfach: Die Verträge verbieten uns eine sol-
 che Rolle. Ich persönlich glaube, dass es keine gute
 205 Idee ist, den Regierungen Zugang zur Notenpresse
 zu geben, wenn man eine stabile Währung haben
 möchte. Das hat die Geschichte gezeigt. Staatliche
 Ausgaben müssen aus Steuereinnahmen bezahlt
 werden, entweder heute oder später – und die
 210 Entscheidung, wer wie viel Steuern zahlen muss,
 müssen die nationalen Parlamente treffen. Wenn
 Geldpolitik zur Finanzierung von Regierungen
 benutzt wird, geht die demokratische Kontrolle
 über diese Schlüsselfrage verloren. Zu Ihrem

215 zweiten Punkt: Je unabhängiger eine Instituti-
 on ist, desto mehr Rechenschaft sollte sie ablegen.
 Wir haben dabei schon viele Fortschritte gemacht.
 Wir sprechen jedes Quartal vor dem Europäischen
 Parlament, wir arbeiten daran die Protokolle unse-
 220 rer Ratssitzungen zu veröffentlichen, wir pflegen
 einen intensiven Dialog mit verschiedenen Stake-
 holdern in allen europäischen Ländern. Ich habe
 kürzlich mit Gewerkschaften in Portugal über das
 dortige Anpassungsprogramm gesprochen und
 225 gemeinsam mit dem EZB-Präsidenten den grie-
 chischen Oppositionsführer, Herrn Tsipras getrof-
 fen, der nun nicht direkt unsere Meinungen teilt.
 Es ist wichtig, dass wir auch mit jenen sprechen,
 die anders denken als wir.

230 **RÄTZ:** Die Verschuldung der europäischen
 Staaten ist untragbar. Es gibt da kein Rauswachsen
 oder Raussparen. Warum nimmt die EZB keine
 aktivere Rolle ein und schlägt Schuldenschnitte
 vor, etwa nach dem Vorbild der Londoner Schul-
 235 denkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg?

CŒURÉ: Die EZB hat sich nie für Schuldens-
 240chnitte von Staaten ausgesprochen, weil das An-
 steckungseffekte in anderen Ländern haben kann
 und das langfristige Vertrauen der Investoren
 245 beeinträchtigt wird. Wir reden über Staaten, die
 den Marktzugang bewahren oder wieder erlan-
 gen müssen. Anders sieht das mit Schuldenschnit-
 250 ten bei Banken aus: Ich bin sehr dafür, dass die
 Gläubiger von Banken im Ernstfall auf ihr Geld

240 verzichten müssen, um den Steuerzahler vor Ver-
 lusten zu schützen.

ASCHMONEIT: Die EZB stellt Preisstabilität her,
 indem sie die Bevölkerung Südeuropas so sehr
 245 verarmen lässt, dass sie kaum noch etwas kau-
 fen kann. Die neoliberale Politik muss aufhören.
 Selbst in kapitalistischer Logik könnten Sie in
 Richtung Marshallplan gehen, sprich, Sie müssten
 die betroffenen Länder unterstützen und investie-
 250 ren statt sie kaputt zu sparen. Ihre Politik zerstört
 die Gesellschaften in Europa, das spiegelt sich
 auch in der EU-Wahl wieder: Die rassistischen
 Tendenzen nehmen in vielen EU-Ländern zu. Auf
 dieser Basis wird die Arbeit, die Sie bisher machen,
 nicht mehr möglich sein. Sie werden es beenden
 255 müssen – so oder so.

CŒURÉ: Wir glauben, dass es notwendig ist,
 dass die Staaten Strukturreformen zugunsten
 nachhaltigen Wachstums durchführen. Aber ich
 stimme in einem Punkt zu: Wir brauchen mehr
 260 Investitionen in Europa. Die Investitionen sind in
 der Krise zu stark zurückgegangen, aber sie sind
 für die Zukunft der Menschen wichtig. Das ist
 aber nicht nur die Aufgabe der Staaten, die bei
 ihren Ausgaben Investitionen Priorität einräumen
 265 sollten, sondern auch des privaten Sektors. Die
 Staaten müssen die Rahmenbedingungen schaf-
 fen, um private Investitionen anzuregen. ■ Quelle:

Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2014



Go-In-Aktion: Attac-Aktive versuchen im Juli 2015 in die Europäische Zentralbank zu gelangen um EZB-Präsident Mario Draghi zu sprechen

Foto: Attac

M2 Perspektive Marktwirtschaft

1 Monetäre Staatsfinanzierung ist verboten

. Aufruf von 136 Ökonomen zur Währungspolitik der
. EZB

5 [...] Artikel 123 des Vertrages über die Arbeits-
. weise der Europäischen Union untersagt der
. EZB [...] eine monetäre Staatsfinanzierung der
. Mitgliedstaaten [...]. Anleihekäufe im Sekun-
. därmarkt sind nur zulässig, wenn sie nicht der
10 monetären Staatsfinanzierung, sondern geldpoli-
. tischen Zielen dienen. [...] Die monetäre Staats-

. finanzierung ist zu Recht verboten, weil sie die
. Unabhängigkeit der Zentralbank gefährdet. Die
. Zentralbank soll das Preisniveau stabil halten. Es
15 ist nicht ihre Aufgabe, die Risikoprämien zu ver-
. ringern, die die Mitgliedstaaten auf ihre Anleihen
. am Markt zahlen müssen. [...] Sie sollte dagegen
. unabhängig von der Politik sein. Das ist sie aber
. nicht, wenn sie sich bereit findet, durch Anlei-
20 hekäufe die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten
. zu finanzieren. ■ Quelle: Der Aufruf erschien zuerst in der *Frankfurter*

Allgemeinen Zeitung vom 11.9.2013

M3 Perspektive wirtschafts- politische Alternativen

1 Direktfinanzierung der Staaten durch die . EZB

. Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Eu-
. ropäische Zentralbank (EZB) sollte aufgehoben
5 werden. So könnten die Zinssätze der EZB direkt
. durchgereicht werden. Die EZB gibt bisher den
. Banken billige Kredite (zur Zeit für unter 1%),
. um den Kreditmarkt liquide zu halten. Diese ver-
. geben Kredite an die Krisenstaaten jedoch nur mit
10 mehreren Prozent Aufschlag (für Spanien zur Zeit
. bis zu 7%). Je höher die Zinssätze, desto schwerer

. wird es für die Krisenstaaten, sich zu entschulden.
. Die direkte Kreditvergabe an den Staat, die in der
. EU verboten ist, ist in den meisten Staaten der
15 Welt eine selbstverständliche Option. Großbritan-
. nien und die USA haben zum Beispiel erhebliche
. Teile des Konjunkturprogramms 2009 durch die
. Notenbank finanziert. Solche Maßnahmen lösen
. nicht zwingend eine Inflation aus. Die Menge des
20 zirkulierenden Geldes muss nur der Menge der zu
. verteilenden Waren angemessen sein. ■ Quelle: Vorschlä-

ge der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern vom 26.06.2013

M4 Perspektive Kapitalismuskritik Zentralbanken und Kapitalismus

1 [...] Über die Geldzirkulation wird die Verteilung
. der gesellschaftlichen Arbeit geregelt, die Voraus-
. setzung für die Befriedigung der gesellschaftlichen
. Bedürfnisse ist. Daher ist es notwendig, die EZB
5 und die nationalen Zentralbanken unter demo-
. kratische Kontrolle zu bringen. Die Geldpolitik
. der EZB darf nicht mehr einseitig auf das Ziel der
. Preisstabilität ausgerichtet werden. Die EZB muss
. das Recht erhalten, an Staaten direkt Kredite zu
10 vergeben. [...] Eine demokratische Kontrolle der
. Zentralbanken wird allerdings nicht ausreichen,
. um die Geldzirkulation an den gesellschaftlichen
. Bedürfnissen auszurichten, solange die Kredit-
. vergabe der Banken ausschließlich Profitmotiven

15 folgt. Auch demokratisch kontrollierte Zentral-
. banken können ein System privater Banken, die
. in Konkurrenz zueinander stehen, nicht steuern.
. [...] Notwendig wäre also eine Vergesellschaftung
. nicht nur des Finanzsektors, sondern aller kapita-
20 listischen Unternehmen. Dies würde bedeuten,
. dass die Lohnabhängigen sich die Produktions-
. mittel aneignen und selbst kollektiv entscheiden,
. was und wie produziert wird. [...] Dies wäre das
. Ende der Zentralbanken und der Geldwirtschaft
25 insgesamt. ■ Quelle: Thomas Sablowski, Etienne Schneider: *Verarmung*

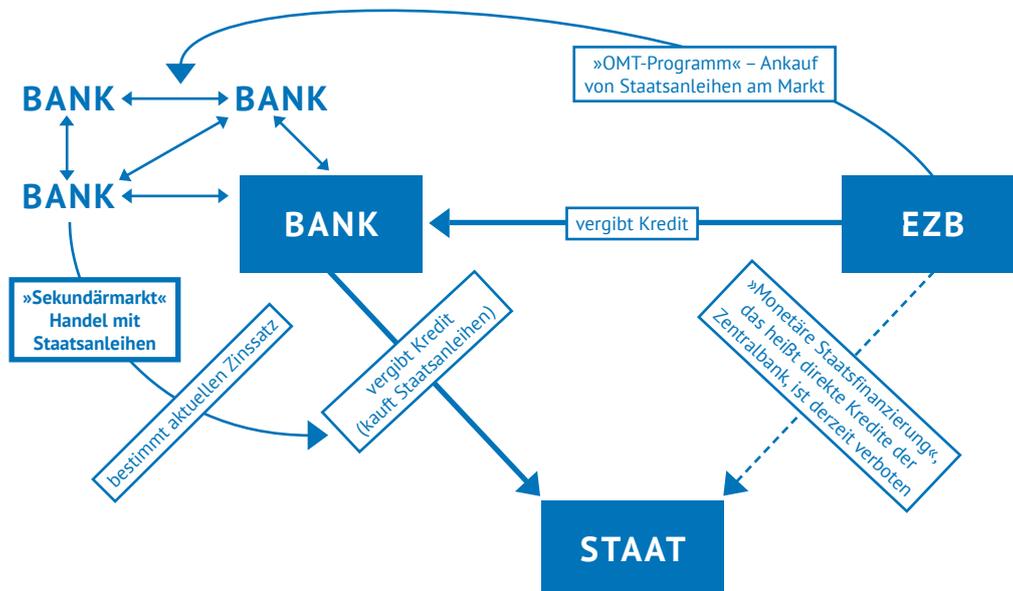
Made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise. Rosa-Luxemburg-
Stiftung Standpunkte 6/2013

Die Europäische Zentralbank und die Staatsanleihen in der Eurokrise

INFO

Staatsanleihen Wenn ein Staat nicht genug Steuern einnimmt, um seine Aufgaben zu erfüllen, kann er sich Geld leihen, also einen Kredit aufnehmen. Dabei gibt der Staat Anleihen aus – das heißt, er bekommt Geld geliehen (Kredit) und gibt dafür ein Wertpapier (eine Staatsanleihe), mit dem er verspricht, das Geld mit Zinsen zurückzuzahlen. Dieses Wertpapier kann an der Börse weiterverkauft werden. Dadurch ändern sich die Preise von Staatsanleihen ständig. Und entsprechend ändern sich die Zinsen, die der Staat für neue Staatsanleihen zahlen muss. Diese werden oft ausgegeben, um alte Schulden zurückzuzahlen. Ob die Preise und Zinsen steigen oder fallen, hängt davon ab, wie die Händler_innen und Kreditgeber_innen die Situation eines Staates beurteilen. Wenn sie glauben, dass er seine Schulden eventuell nicht zurückzahlen kann, steigen die Zinsen. Bei dieser Einschätzung spielt das Herdenverhalten an der Börse eine Rolle. Das hat auch die Eurokrise gezeigt.

Die Eurokrise Nach der globalen Finanzkrise hatte Griechenland relativ hohe Schulden. Dazu kamen länger bestehende wirtschaftliche Probleme (wie zum Beispiel ein hohes Handelsbilanzdefizit). Plötzlich wurde auf den Finanzmärkten gezweifelt, ob Griechenland seine Schulden zurückzahlen kann, und die Zinsen stiegen, bis sie zu hoch waren. Schließlich bekam Griechenland nur noch Kredit vom sogenannten Euro-Rettungsschirm (EFSF/ESM), der von den Ländern der Eurozone in der Krise eingerichtet wurde. Es war aber schnell klar, dass dieser »Rettungsschirm« nicht genug Kredite vergeben könnte, wenn mehrere Euroländer pleite wären. Hier setzte der Herdentrieb an der Börse ein, und die Zinsen für Staatsanleihen anderer Länder – vor allem von Portugal, Spanien, Irland und Italien – begannen stark zu steigen. So hätten die Händler beinahe selbst die Pleite von Staaten verursacht, die sie angeblich nur vorhersahen. Der Spuk endete erst, als die Europäische Zentralbank (EZB) eingriff.



Der Eingriff der EZB Mitte 2012 sagte EZB-Präsident Mario Draghi sinngemäß, dass die EZB so viele Staatsanleihen von Krisenstaaten wie nötig am Markt aufkaufen würde, um zu verhindern, dass ein Staat pleite geht. Diese mögliche Maßnahme der EZB ist unter dem Namen OMT-Programm (Outright Monetary Transactions) bekannt. Schon seit 2010 hatte die EZB im Rahmen eines anderen Programms (SMP- Securities Markets Programme) Staatsanleihen gekauft. Aber erst mit Draghis

Ankündigung des unbegrenzten Aufkaufs sanken die Zinsen für Staatsanleihen der betroffenen Staaten sofort, obwohl die EZB seither gar keine Anleihen im Rahmen des OMT-Programms gekauft hat. Denn eine Zentralbank wie die EZB kann nicht pleitegehen, egal für wie viel Geld sie Staatsanleihen kauft, weil sie dieses Geld selbst schaffen kann. Damit sind die Kreditgeber sicher, dass sie ihr Geld zurückbekommen. Obwohl die Ankündigung sofort gewirkt hat und andere Zentralbanken das auch so machen, ist die Entscheidung der EZB in Europa umstritten. Es gibt Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof untersucht, ob die EZB hier gegen EU-Recht verstößt.

Der Streit um die Rolle der Zentralbank Im Streit um die Politik der EZB gib es sehr unterschiedliche Argumente:

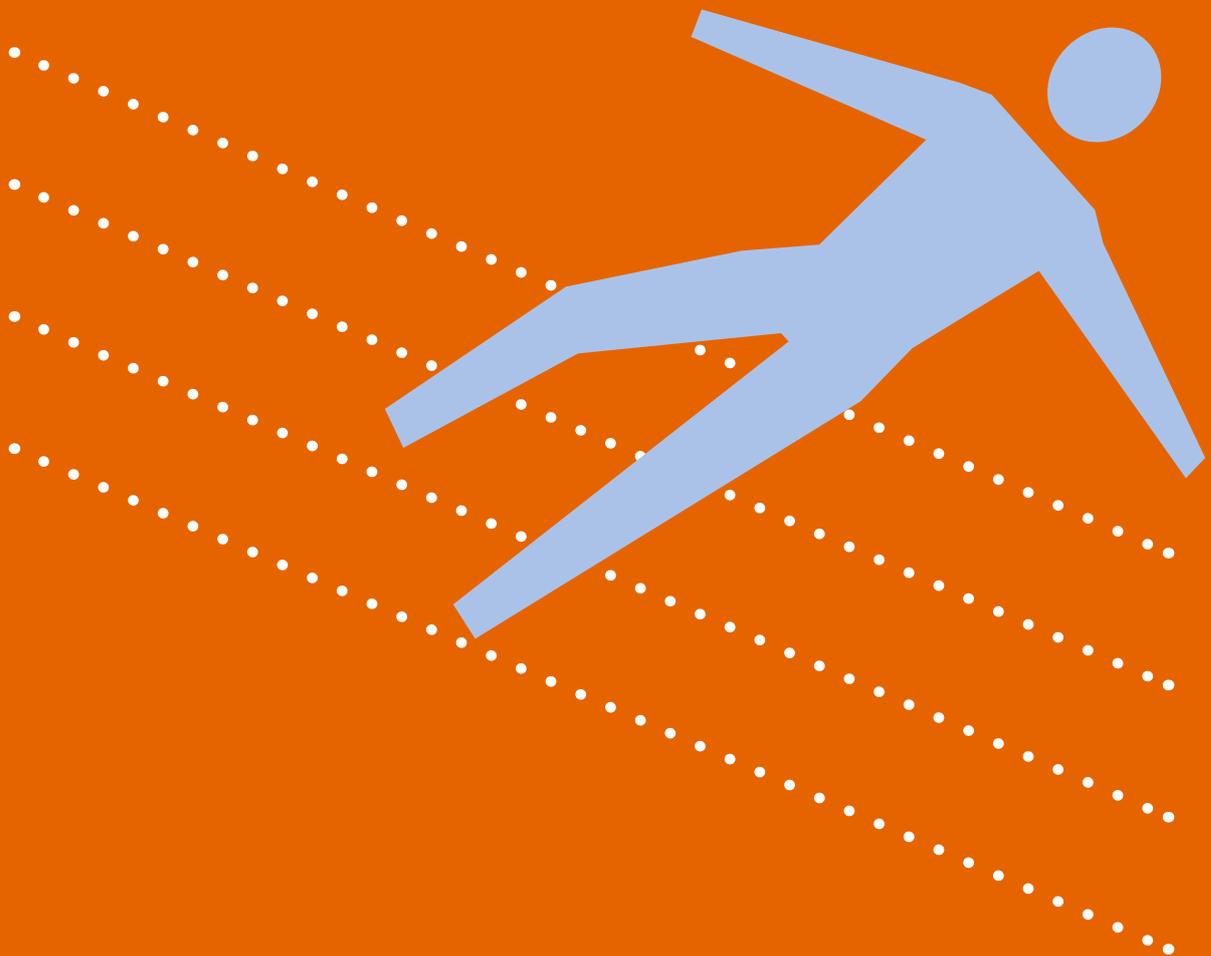
- Manche haben Angst, dass es durch den Aufkauf von Staatsanleihen eine Inflation gäbe: Es würde zu viel Geld in Umlauf kommen, das dann weniger wert wäre und die Preise würden steigen. Das ist aber nicht passiert, im Gegenteil: Die Geldmenge ging leicht zurück und die Preise sanken. Derzeit sieht es also nicht nach Inflation aus, sondern nach einer Deflation, bei der viele Unternehmen pleitegehen könnten, wenn die Preise weiter fallen.
- Andere sagen, die EZB sollte keine Staatsanleihen aufkaufen und damit die Zinsen drücken. Der Gedanke dahinter ist, dass Staaten zu viel Geld (für Soziales und öffentliche Dienstleistungen) ausgeben. Die Zinsen, die sie an die Banken zahlen müssen, sollen sie dazu bewegen, möglichst wenig Schulden zu machen und hauptsächlich gute Bedingungen für Firmen zu garantieren. So wachse die Wirtschaft und der Staat bekäme mehr Steuern.
- Eine ganz andere Kritik lautet dagegen, die EZB sollte direkt Kredite an Staaten vergeben dürfen und nicht nur wie bisher im Notfall Anleihen auf den Finanzmärkten (am Sekundärmarkt) aufkaufen. Derzeit vergibt die EZB Kredite mit niedrigen Zinsen an Banken, die dafür Anleihen mit hohen Zinsen von Staaten kaufen und so profitieren. Die EZB könnte dagegen auch direkt Kredite an Staaten vergeben, die so mit öffentlichen Aufträgen oder Zahlungen an die Ärmsten für Nachfrage sorgen und die Wirtschaft in Schwung bringen könnten.



Foto: Attac

*Ungleichgewichte
in der
Eurozone*

MODUL
IV



Was sind wirtschaftliche Ungleichgewichte, wie entstehen sie, warum sind sie ein Problem und was habe ich damit zu tun?

Inhalt

Einführung

IV.1 Aktivität: Das Handelsspiel

IV.2 Arbeitsblatt: Was habe ich mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten zu tun?

- M1: Text zu Wirtschaftsbeziehungen mit Spanien
(deutsche Bundesregierung)

IV.3 Arbeitsblatt: Debatte über deutsche Exportüberschüsse

- Methode: Gruppenpuzzle
- M1: Deutschland am Pranger (*Die Welt*)
- M2: Binnennachfrage braucht höhere Löhne
(*Deutscher Gewerkschaftsbund*)
- M3: Exportstärke ist Ausweis von Wettbewerbsfähigkeit
(*Bundesverband der Deutschen Industrie*)
- M4: Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen
(*Bundeskanzlerin Merkel*)
- M5: Der Süden schlägt den Norden (*El Pais*)

IV.4 Infoblatt: Handel und Handelsungleichgewichte

IV.5 Arbeitsblatt: Was tun gegen die Ungleichgewichte in Europa?

- Methode: Talkshow
- M1: Strafe für Exportsünder (*die tageszeitung*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Die Eurokrise ist nicht alleine eine Frage der Geld- und Fiskalpolitik in Folge der globalen Finanzkrise von 2007. Ein wesentliches – und in der deutschen Öffentlichkeit wenig beachtetes – Moment sind die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Eurostaaten.

Als wirtschaftliche Ungleichgewichte werden Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Staaten bezeichnet, in denen eine Seite dauerhaft mehr importiert beziehungsweise exportiert als die andere. Das heißt mit Blick auf die Leistungs- bzw. Handelsbilanzen stehen sich Überschuss- und Defizitländer gegenüber. Dabei müssen sich die Defizitländer das Geld leihen, mit dem sie ihren Importüberschuss bezahlen. Überspitzt gesagt leihen die Überschussländer den Defizitländern das Geld, mit dem diese dann wiederum die Waren der Überschussländer kaufen.

Eigentlich gilt eine mittelfristig ausgeglichene Handelsbilanz als Ziel der Wirtschaftspolitik. Dies ist unter anderem im deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz festgeschrieben. Kurzfristig sind positive oder negative Leistungsbilanzen dennoch normal. Auf Dauer muss eine solche Konstellation aber in eine Krise führen, denn irgendwann ist das Defizitland überschuldet. Das heißt, es wird klar, dass es seine Schulden nicht (komplett) zurückzahlen kann. Dann haben aber auch die Überschussländer ein Problem, denn sie müssen ihre Kredite (zum Teil) abschreiben. Letztlich haben sie Waren geliefert, für die sie keinen Gegenwert bekommen und die sie selbst hätten verbrauchen können

Idealtypisch sorgen die Wechselkurse zwischen den Währungen für einen gewissen Ausgleich. Die Währung eines Defizitlandes wird früher oder später abgewertet, was dem Ungleichgewicht entgegenwirkt, weil damit die Exporte billiger und die Importe teurer werden. Seit der Einführung des Euro fällt dieser Mechanismus zwischen den teilnehmenden Staaten weg. Zugleich gibt es keine koordinierte Wirtschaftspolitik, sondern die Länder stehen in Konkurrenz zueinander. Auf dieser Basis haben sich dauerhafte Ungleichgewichte zwischen Überschuss- und Defizitländern in der Eurozone herausgebildet.

Als mit den Folgekosten der Finanzkrise die Haushaltsdefizite überall in die Höhe schossen, kam auf den Finanzmärkten die Frage auf, ob tatsächlich alle Länder ihre öffentlichen und privaten Schulden tragen können. Dabei gerieten vor allem die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten

unter Druck, da die Frage blieb, wie bei dauerhaft steigenden Defiziten Geld für die Schuldentilgung eingenommen werden soll. An dieser Stelle hat die globale Krise ein strukturelles Problem der Eurozone in den Fokus gerückt. Da es bei Import und Export beziehungsweise Schuldner- und Gläubiger-Ländern jeweils um ein wechselseitiges Verhältnis geht, wäre es falsch, das Problem nur auf der Seite der Defizitländer zu sehen.

Das prominenteste Überschussland ist der mehrfache »Exportweltmeister« Deutschland. Eine bequeme Erklärung in der hiesigen Öffentlichkeit lautet, die Defizitländer hätten »über ihre Verhältnisse gelebt«. Diese Sicht lässt freilich schon einmal die Verantwortung der Banken außer Acht, welche die Kredite offenbar leichtfertig an die Defizitländer vergeben haben. Vor allem aber lässt sich umgekehrt sagen, dass gerade Deutschland »unter seinen Verhältnissen« gelebt hat. Ein Vergleich der Lohnstückkosten (die das Lohnniveau eines Landes unter Berücksichtigung seiner Produktivität anzeigen) verdeutlicht, dass die Exportstärke Deutschlands auf systematischem Lohndumping in den Jahren vor der Krise beruht, welches die Stabilität der Eurozone untergrub.

Aus Sicht deutscher Konzerne mag es erfreulich sein, dass auf diesem Wege die Konkurrenz in anderen europäischen Ländern niedergerungen wurde. Auch die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland mag (von der zunehmenden Prekarisierung der Arbeit einmal abgesehen) als Erfolg gewertet werden. Dagegen stehen allerdings die entsprechend hohe Arbeitslosigkeit in anderen Ländern, die Einkommensverluste der Lohnabhängigen hierzulande sowie die ökonomische und soziale Instabilität des europäischen Projektes.

Ein konstruktiver Umgang mit diesem Problem zeichnet sich derzeit nicht ab. Zwar wurde im Zuge der EU-Krisenpolitik auch ein Monitoring-Verfahren installiert, mit dem Ungleichgewichte erfasst und seitens der EU-Kommission Vorschläge zu ihrem Abbau vorgelegt werden. Aber auch hier sind – auf Druck der deutschen Regierung – Sanktionen allenfalls für Defizit- und nicht für Überschussländer vorgesehen.

Bisher zielt die Politik in Europa allein darauf, die »Wettbewerbsfähigkeit« der Defizitländer zu steigern. Die Frage ist jedoch, wer deren Exportgüter aufnehmen soll, schließlich muss jeder Export auch irgendwo importiert werden. Es müssten also auch gezielte Maßnahmen ergriffen

werden, um die Importe in den bisherigen Überschussländern zu steigern. Oder – und das scheint die Strategie zu sein – das Problem soll mittels Exporten in außereuropäische Länder verlagert werden.

Das allerdings wird auf Dauer globale Ungleichgewichte verschärfen und zu entsprechenden politischen Spannungen und wirtschaftlichen Krisen

führen. Es wird also wichtig bleiben, die Problematik der wirtschaftlichen Ungleichgewichte, nicht zuletzt im Hinblick auf soziale Fragen, zu verstehen und die Debatte um eine koordinierte Handelspolitik im wechselseitigen Interesse zu führen. ■

Zu den Elementen des Moduls

- Die **Aktivität IV.1** simuliert den Handel zwischen drei Wirtschaftsräumen und bietet sich als Einstieg in die Thematik an. Der Fokus des **Handelsspiels** liegt darauf, die Handelsströme zwischen verschiedenen Staaten vereinfacht darzustellen und die Zusammenhänge zwischen den Außenbeziehungen und inneren Verteilungskonflikten der jeweiligen Länder aufzuzeigen. Die Betrachtung der Import- und Export-Beziehungen soll verdeutlichen, dass Handelsungleichgewichte entstehen können, die Probleme mit sich bringen und sich nur schwer abbauen lassen. Zudem bildet das Handelsspiel Konflikte um die Verteilung von Löhnen, Profit sowie Investitionen innerhalb eines Wirtschaftsraumes ab.
- **Arbeitsblatt IV.2** betrachtet die individuelle Ebene anhand verschiedener fiktiver Charaktere in Deutschland und Spanien. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie es den jeweiligen Personen in beruflicher Hinsicht geht und inwiefern sie von wirtschaftlichen Ungleichgewichten profitieren oder darunter leiden. Zur Bearbeitung des Arbeitsblatts können die Lernenden zudem einen **Text zu den Wirtschaftsdaten und -beziehungen zwischen Deutschland und Spanien (M1)** nutzen.
- **Arbeitsblatt IV.3** thematisiert die Problematik der Exportüberschüsse, insbesondere von Deutschland. Ausgangspunkt ist ein **Zeitungsartikel (M1)** über die Ergebnisse des EU-Monitoring zur Erfassung wirtschaftlicher Ungleichgewichte. Mit der Methode des **Gruppenpuzzles** werden

die damit verbunden Interessen auf innerdeutscher und europäischer Ebene analysiert. Entsprechende Hinweise geben dabei **Stellungnahmen vom Deutschen Gewerkschaftsbund (M2)**, vom **Bundesverband der Deutschen Industrie (M3)** und von **Bundeskanzlerin Merkel (M4)** sowie ein **Kommentar der spanischen Zeitung El Pais (M5)**.

- Das **Infoblatt IV.4 (Handel und Ungleichgewichte)** erklärt verschiedene Begrifflichkeiten und Zusammenhänge zum Thema der Handelsungleichgewichte. Da die Begriffe und Zusammenhänge für das Verständnis von großer Bedeutung sind, empfiehlt es sich, diese zu Beginn des Moduls im Zusammenhang mit einer Aktivität oder einem Arbeitsblatt einzuführen (sofern diese der Lerngruppe noch nicht geläufig sind).
- **Arbeitsblatt IV.5** rückt schließlich die Frage nach einer alternativen Regulierung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen ins Zentrum. Ausgangspunkt ist ein **Zeitungsartikel (M1)** über einen Vorschlag aus den Reihen der Opposition, eine Europäische Ausgleichsunion anzustreben. Anhand von Rollenkarten wird eine **Talkshow** vorbereitet, in der dieser Vorschlag debattiert wird. Neben der Moderation sind die Opposition, die Regierung, die EU-Kommission, eine Gewerkschaft und ein Arbeitgeberverband an der Debatte beteiligt. Aber auch eine Gruppe Exil-Spanier_innen und eine Umweltinitiative bereiten sich auf die Debatte vor und planen eine Protestaktion während der Sendung. ■

Das Handelsspiel

Beschreibung:

Die Aktivität simuliert den Handel zwischen den drei fiktiven Wirtschaftsräumen Gelb-, Rot- und Blauland. Es verdeutlicht die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Handelspartnern einerseits und den Zusammenhang zwischen diesen Außenbeziehungen und inneren Verteilungskonflikten andererseits.

Mit Blick auf die Beziehungen der verschiedenen Wirtschaftsräume wird deutlich, dass die Exporte der einen die Importe der anderen sind, so dass der Handel global betrachtet zwangsläufig ein Nullsummenspiel ist. Außerdem wird spielerisch erfahren, wie sich Handelsungleichgewichte aufbauen, dass dies zu Problemen führt und wie schwer sie sich wieder abbauen lassen. Die Teilnehmenden müssen in jeder Runde entscheiden, ob sie 20, 50 oder 80 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) exportieren. Diese Entscheidung ist zwar in der Form unrealistisch, verdeutlicht jedoch im Laufe des Spiels die Pfadabhängigkeit einer bestimmten Ausrichtung der Ökonomie – etwa auf permanente Exportüberschüsse – beziehungsweise die Schwierigkeiten, solche etablierten Pfade ohne politische Kooperation mit anderen Ländern wieder zu verlassen. Auf dieser Ebene lassen sich in der Auswertung insbesondere Bezüge zum Freihandel von Nationalstaaten in der Eurozone oder zu den großen Handelsblöcken Europa, Asien und Nordamerika herstellen.

Mit Blick auf die innere Dynamik der Handelsräume wird der Konflikt um die Verteilung von Löhnen, Profiten und Investitionen simuliert. An dieser Stelle stehen die Teilnehmenden in jeder Runde vor dem Dilemma, zwei Punkte auf diese drei Bereiche vergeben zu müssen, wobei die potenzielle Verhandlungsmacht der Unternehmen und der Arbeitenden durch Vetokarten unterstrichen wird. Eine Steigerung des BIP wird hier alleine durch Investitionen erreicht, was insofern realistisch ist als (sinnvolle) Investitionen zu einer Steigerung der Produktivität führen. Dabei wird der Zusammenhang zwischen den inneren und den äußeren Beziehungen deutlich, etwa beim Versuch, mittels Lohnsenkung und gleichzeitiger Produktivitätssteigerung die Konkurrenzposition im Außenhandel zu verbessern (»innere Abwertung«).

Hinsichtlich der Übertragbarkeit des Spiels auf die Realität sind allerdings zwei wichtige Einschränkungen zu beachten, die in der Auswertung thematisiert werden sollten. Zum einen wird vernachlässigt, dass eine Steigerung der Löhne auch die Binnennachfrage stärkt und insofern zur Steigerung des BIP beiträgt. Zum anderen kann das Spiel den Eindruck erwecken, die Steigerung des BIP sei ein Selbstzweck. Bezogen auf die Wachstumsdynamik kapitalistischer Gesellschaften ist dies zwar richtig, und es stimmt auch, dass ein hoher Exportanteil gleich produktiver Wirtschaftsräume sich ausgleicht, weil der Außenhandel ein Nullsummenspiel ist, aber dabei sind die ökologischen Folgen (etwa der Energieverbrauch für Produktion und Transport) nicht berücksichtigt.

Zur Durchführung des Spiels wird ein Computer benötigt, auf den zuvor eine Excel-Tabelle unter www.attac.de/handelsspiel heruntergeladen wurde sowie ein Beamer zur Visualisierung. Die Entscheidungen der Teilnehmenden werden in die Tabelle eingetragen und diese errechnet automatisch die entsprechenden Handelsbilanzen sowie die Effekte der inneren Verteilung auf das BIP. Zur Visualisierung der Zwischenergebnisse für die Teilnehmenden werden die Ergebnisse jeder Handels- und jeder Verteilungsrunde zudem auf vorbereiteten Diagrammplakaten festgehalten, die zur Orientierung bei den Entscheidungen in der nächsten Runde dienen.

Zeit:

1,5 bis 3 Stunden

Gruppengröße:

9 bis 36

Material:

Rechner mit der Excel-Spieltabelle, Beamer, Stoppuhr, Lose zum Einteilen der Spielgruppen, Handouts Handelsrunde (mindestens 9 Stück), Handouts Verteilungsrunde (mindestens 9 Stück), Vetokarten Unternehmer_innen (6 Stück), Vetokarten Arbeiter_innen (6 Stück), 6 Diagrammplakate mindestens A3 (Handelsbilanz, Exportquote, Löhne, Profite, Investitionen und BIP) und Stifte (gelb, rot und blau) zum Ausfüllen der Diagramme.



Ablauf (Spieleitung):

VORBEREITUNGEN

- Die Excel-Tabelle zum Eintragen der Spielentscheidungen öffnen und mit einem Beamer an die Wand projizieren
- Drei Tische mit den Schildern Blauland, Gelbland und Rotland im Raum verteilen
- Lose, Handouts und Vetokarten je nach Gruppengröße vorbereiten
- Sechs Plakate zur Erstellung von Diagrammen aufhängen (Vorlage siehe Requisiten): Handelsanteil des BIP, Handelsbilanz, Löhne, Profite, Investition und neues BIP.

BEGINN DES SPIELS

- Einleitend wird kurz erläutert, dass es im Folgenden darum geht, den Handel zwischen drei Wirtschaftsräumen und den Zusammenhang mit Verteilungskonflikten innerhalb dieser Wirtschaftsräume zu simulieren.
- Durch Lose werden die Teilnehmenden in drei gleich große Gruppen (die Handelsräume Blauland, Gelbland und Rotland) eingeteilt, die intern jeweils in Arbeiter_innen, Unternehmer_innen und Vertreter_innen des Staates aufgeteilt sind.
- Das Handout zur Handelsrunde wird verteilt und nach einer Lesepause werden Verständnisfragen geklärt. Dann beginnt das eigentliche Spiel mit der ersten Handelsrunde.

HANDELSRUNDE

- Die Gruppen haben drei Minuten Zeit zu entscheiden, ob sie 20, 50 oder 80 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes exportieren wollen.
- Nach den drei Minuten sammelt die Spielleitung die Ergebnisse und trägt sie in die Excel-Tabelle ein.
- Die Tabelle erstellt automatisch die Handelsbilanz(en) und errechnet den Effekt auf die weitere Wirtschaftsentwicklung (Punktabzug bei negativer Handelsbilanz).
- An dieser Stelle werden die Effekte, die sich ergeben haben, kurz nachvollzogen:
 - Wer hat wie viel exportiert?
 - Wer hat dementsprechend wie viel importiert?
 - Welche Handelsbilanzen ergeben sich daraus für die Wirtschaftsräume?
 - Wer bekommt einen Punktabzug wegen negativer Handelsbilanzen?
- Abschließend werden die Ergebnisse der Handelsrunde in die Diagramm-Plakate (Handelsanteil des BIP und Handelsbilanzsaldo) eingetragen.
 - Jeder der drei Räume (Gelb-, Rot- und Blauland) hat eine entsprechende Spalte (G, R und B) und die Werte sollten in der passenden Farbe (gelb, rot und blau) eingetragen werden.
 - Der Handelsanteil von 20, 50 oder 80 Prozent entspricht 2, 5 oder 8 auf der linken Skala der Vorlage.
 - Der Handelsbilanzsaldo wird entsprechend der Skala auf der rechten Seite der Vorlage eingetragen.

VERTEILUNGSRUNDE

- (In der ersten Runde werden das Handout und die Vetokarten verteilt. Nach einer Lesepause werden Verständnisfragen geklärt und kurze »Interviews« zur Einführung in die Rollen geführt: »Sie sind Arbeiter_in, was erwarten Sie von der kommenden Verteilungsrunde?« etc.)
- Die Gruppe muss in drei Minuten über die Verteilung entscheiden.
- Nach den drei Minuten sammelt die Spielleitung die Ergebnisse und trägt sie in die Excel-Tabelle ein.
- Wenn eine Gruppe zu keinem Ergebnis kommt, werden für alle drei Bereiche null Punkte eingetragen.
- Die Tabelle errechnet automatisch die neuen Gütermengen.
- Auch hier werden die Effekte, die sich ergeben haben, kurz nachvollzogen:
 - Wo haben sich Investitionen auf das BIP ausgewirkt?
 - Mit welchem BIP gehen die Wirtschaftsräume in die nächste Handelsrunde?
- Abschließend werden die Ergebnisse der Verteilungsrunde (Entwicklung der Löhne, Profite, Investitionen und des BIP) in die entsprechenden Diagramm-Plakate eingetragen.
 - Gelb-, Rot- und Blauland haben pro Jahr jeweils eine entsprechende Spalte (G, R und B) und sollte in der passenden Farbe (gelb, rot und blau) eingetragen werden.
 - Das BIP wird im entsprechenden Diagramm (gemäß der linken Skala) so eingetragen wie es die Excel-Tabelle berechnet hat.
 - In die Diagramme Löhne, Profite und Investitionen wird (gemäß der linken Skala) jeweils das Niveau des Vorjahres plus gegebenenfalls die Steigerung des aktuellen Jahres eingetragen. (Beispiel: Wenn Gelbland im ersten Jahr 1 und im zweiten Jahr 2 Punkte für Lohn vergibt, dann wird im ersten Jahr 1 und im zweiten Jahr 1 + 2, also 3 in das Lohn-Diagramm eingetragen)
 - An dieser Stelle können hin und wieder kurze Interviews geführt werden, in denen die verschiedenen Interessengruppen befragt werden, wie zufrieden sie mit der bisherigen Verteilung sind.

Jetzt geht es weiter mit der nächsten Handelsrunde oder das Spiel wird beendet und es folgt die Auswertung.

AUSWERTUNG

Bei der Auswertung sollten die Hinweise auf die Übertragbarkeit der Spielergebnisse auf reale wirtschaftliche Prozesse und die entsprechenden Grenzen beachtet und diskutiert werden. Hinweise dazu finden sich oben in der einleitenden Beschreibung der Aktivität.

- Spontane Rückmeldungen:
 - Wie war das Spiel?
 - Gab es besondere Momente, hat Sie etwas überrascht, gefreut oder geärgert?
- Wie ging es Ihrem Wirtschaftsraum?
 - Wie hat sich Ihre Gütermenge entwickelt (Blick auf die Diagramme)?
 - Wie hat sich das Verhältnis zu den anderen Wirtschaftsräumen entwickelt?
- Was fällt Ihnen bei den Handelsbilanzen auf?
 - Was kommt heraus, wenn die jährliche Handelsbilanz der drei Räume zusammengezählt wird? (Handel als Nullsummenspiel)
- (Welche ökologischen Kosten werden in der Aktivität nicht abgebildet?)
- Haben Sie eine Idee, was mit dem Wort Handelsungleichgewichte gemeint ist?
 - Gab es das im Spiel?
 - Wie haben sich die Ungleichgewichte entwickelt?
 - War es möglich, aus einem Ungleichgewicht wieder rauszukommen?
 - Wie haben die Defizitländer versucht, da wieder raus zu kommen?
- Wie liefen die inneren Verhandlungen?
 - Welche Argumente haben die verschiedenen Gruppen vorgebracht?
 - Wer hat sich durchgesetzt?
 - Gab es Kompromisse?
 - Wie geht es den Arbeiter_innen in Ihrem Wirtschaftsraum, wie haben Sie bei der Verteilung abgeschlossen?
- Wie sind die Wachstumseffekte der »inneren Verteilung« zu erklären?
 - Warum steigt oder sinkt der Ertrag mit den Investitionen? (Steigerung der Produktivität)
 - Warum führen sinkende Löhne oder Profite zu höherem Wachstum? (Nicht beachtet ist die Steigerung der Binnennachfrage durch steigende Löhne)

REQUISITEN HANDOUTS

Handout: Handelsrunde Ihr Wirtschaftsraum hat eine Menge möglicher Handelsgüter erarbeitet. Zusammengenommen bilden sie Ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP). Da die Wirtschaftsräume unterschiedlich produktiv sind, unterscheiden sich auch die Gütermengen. In der ersten Runde (im ersten Jahr) hat Rotland ein BIP von zwölf, Gelbland ein BIP von zehn und Blauland ein BIP von acht. In den späteren Jahren ergibt sich die Gütermenge aus den Entscheidungen des Vorjahres.

Nun müssen Sie entscheiden, wie viel Sie von Ihrem BIP an andere Länder verkaufen (exportieren) wollen: 20 Prozent, 50 Prozent oder 80 Prozent. Ihre Exporte gehen jeweils zur Hälfte in die anderen beiden Länder. Um-

gekehrt nehmen Sie jeweils die Hälfte der Exporte aus diesen Ländern auf (Ihr Import). Ihr Ziel ist es, eine möglichst ausgeglichene Handelsbilanz zu haben (Import = Export). Wenn Sie eine negative Handelsbilanz haben (mehr Importe als Exporte), wirkt sich das negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Landes aus.

Besprechen Sie, welche Gründe es für die möglichen Entscheidungen (20, 50 oder 80 Prozent) geben könnte. Sie haben drei Minuten Zeit, um sich zu entscheiden. Anschließend sammelt die Spielleitung alle Entscheidungen und ermittelt die entsprechenden Handlungsergebnisse.

Handout: Verteilungsrunde Nachdem Sie gerade gemeinsam mit anderen Wirtschaftsräumen gehandelt haben, geht es nun darum, dass Sie sich auf eine Verteilung innerhalb Ihres Wirtschaftsraums einigen. Dabei sind Sie entweder Arbeiter_in, Unternehmer_in oder Vertreter_in des Staates. Sie müssen entscheiden, wie viele Löhne, Profite und Investitionen es in Ihrem Wirtschaftsraum geben soll.

ARBEITER_INNEN sind alle, die von den Löhnen leben, die sie für ihre Arbeit bezahlt bekommen. Sie wollen natürlich, dass Ihre Löhne möglichst hoch sind.

Die **UNTERNEHMER_INNEN** besitzen die Firmen, die bestimmte Güter herstellen und sie wollen selbstverständlich gut daran verdienen, das heißt der Profit soll möglichst hoch sein.

Investitionen sind Gelder für neue Technik, Schulen, Transportwege und ähnliches. Die **VERTRETER_INNEN DES STAATES** setzen sich besonders dafür ein, dass diese Investitionen hoch sind. Investitionen sind entscheidend für die Produktivität eines Landes, je mehr Sie investieren, desto mehr Güter erwirtschaftet Ihr Land.

Ihre Aufgabe ist es, zu entscheiden, welche Verteilung es zwischen Löhnen, Profiten und Investitionen geben soll. Sie können in jedem Jahr zwei Punkte vergeben, die Sie beliebig auf die drei Bereiche verteilen können (zum Bei-

spiel 1 Punkt Profit plus 1 Punkt Investition oder 2 Punkte Lohn und so weiter).

Bei Ihrer Entscheidung sollten Sie bedenken, was für Ihre jeweilige Gruppe wichtig ist. Aber die Entscheidung, die Sie treffen, hat auch Einfluss darauf, wie viele Güter Ihr Wirtschaftsraum erwirtschaftet und in der nächsten Runde exportieren kann.

Tauschen Sie sich über mögliche Verteilungen aus und einigen Sie sich auf eine Verteilung. Wenn Sie keine Einigung finden, können zwei Gruppen die dritte Gruppe überstimmen. Ab der zweiten Runde können die Arbeiter_innen und die Unternehmer_innen aber auch eine ihrer Vetokarten einsetzen, wenn sie den Eindruck haben, dass die Ergebnisse zu negativ für ihre Gruppe wären.

Pro Runde kann nur eine Vetokarte ausgespielt werden. Wenn die Unternehmer_innen schon ein Veto eingelegt haben, können die Arbeiter_innen keines mehr ausspielen und umgekehrt. Eine ausgespielte Vetokarte wird aus dem Spiel genommen, das heißt beide Seiten können maximal zwei Mal ein Veto einlegen.

Sie haben drei Minuten Zeit für die Entscheidung, danach sammelt die Spielleitung die Ergebnisse. Wenn Sie zu keinem Ergebnis kommen, werden für alle drei Bereiche null Punkte vergeben.

REQUISITEN VETOKARTEN

Vetokarte Arbeiter_innen Sie sind nicht bereit, mehrere Jahre ohne Lohnsteigerungen hinzunehmen. Sollten der Staat und die Unternehmen das gegen Sie durchsetzen wollen, treten Sie in Streik. Dazu spielen Sie diese Vetokarte aus, mit der Sie jede Entscheidung blockieren können, welcher Sie nicht zustimmen. Wenn es dadurch zu keiner Entscheidung Ihrer Gruppe kommt, dann ist das Ergebnis dieser Verteilungsrunde: **1 Punkt Löhne, 0 Punkte Profit und 0 Punkte Investition.**

Vetokarte Unternehmer_in Sie sind nicht bereit, mehrere Jahre ohne Steigerung der Profite hinzunehmen. Sollten der Staat und die Arbeiter_innen das gegen Sie durchsetzen wollen, drohen Sie die Produktion einzustellen oder ins Ausland zu verlagern. Dazu spielen Sie diese Vetokarte aus, mit der Sie jede Entscheidung blockieren können, der Sie nicht zustimmen. Wenn es dadurch zu keiner Entscheidung Ihrer Gruppe kommt, dann ist das Ergebnis dieser Verteilungsrunde: **1 Punkt Profit, 0 Punkte Löhne und 0 Punkte Investition.**

REQUISITEN LOSE

Lose für 9 Teilnehmer_innen (Minimum)	Zusätzliche Lose für 10 bis 18 Teilnehmer_innen	Zusätzliche Lose für 19 bis 27 Teilnehmer_innen	Zusätzliche Lose für 28 bis 36 Teilnehmer_innen
BLAULAND: ARBEITER_IN	BLAULAND: ARBEITER_IN	BLAULAND: ARBEITER_IN	BLAULAND: ARBEITER_IN
BLAULAND: UNTERNEHMER_IN	BLAULAND: UNTERNEHMER_IN	BLAULAND: UNTERNEHMER_IN	BLAULAND: UNTERNEHMER_IN
BLAULAND: VERTRETER_IN DES STAATES	BLAULAND: VERTRETER_IN DES STAATES	BLAULAND: VERTRETER_IN DES STAATES	BLAULAND: VERTRETER_IN DES STAATES
ROTLAND: ARBEITER_IN	ROTLAND: ARBEITER_IN	ROTLAND: ARBEITER_IN	ROTLAND: ARBEITER_IN
ROTLAND: UNTERNEHMER_IN	ROTLAND: UNTERNEHMER_IN	ROTLAND: UNTERNEHMER_IN	ROTLAND: UNTERNEHMER_IN
ROTLAND: VERTRETER_IN DES STAATES	ROTLAND: VERTRETER_IN DES STAATES	ROTLAND: VERTRETER_IN DES STAATES	ROTLAND: VERTRETER_IN DES STAATES
GELBLAND: ARBEITER_IN	GELBLAND: ARBEITER_IN	GELBLAND: ARBEITER_IN	GELBLAND: ARBEITER_IN
GELBLAND: UNTERNEHMER_IN	GELBLAND: UNTERNEHMER_IN	GELBLAND: UNTERNEHMER_IN	GELBLAND: UNTERNEHMER_IN
GELBLAND: VERTRETER_IN DES STAATES	GELBLAND: VERTRETER_IN DES STAATES	GELBLAND: VERTRETER_IN DES STAATES	GELBLAND: VERTRETER_IN DES STAATES

REQUISITEN DIAGRAMM ZUM HANDELSPIEL

	1. Jahr		2. Jahr		3. Jahr		4. Jahr		5. Jahr		6. Jahr		7. Jahr		8. Jahr		9. Jahr		10. Jahr		Handelsbilanz
	R	G	R	G	R	G	R	G	R	G	R	G	R	G	R	G	R	G	R	G	
wahlweise: Investitionen, Exportquote, Profite, Löhne, BIP	18																				8
	17																				7
	16																				6
	15																				5
	14																				4
	13																				3
	12																				2
	11																				1
	10																				0
	9																				-1
	8																				-2
	7																				-3
	6																				-4
	5																				-5
	4																				-6
	3																				-7
	2																				-8
	1																				-9

Was habe ich mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten zu tun?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Ordnen Sie die Sprechblasen den Figuren zu. Vergleichen Sie die Zuordnung mit einem_r Partner_in und besprechen Sie mögliche Unterschiede.
2. Ordnen Sie die zehn Personen danach, wie gut es ihnen in ihrer derzeitigen Situation geht. Tauschen Sie sich mit einem_r Partner_in über Ihre Ergebnisse aus.
3. Lesen Sie den Text des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen (M1). Was haben die Personen und ihre Sprechblasen mit diesen Wirtschaftsdaten zu tun? Finden Sie mindestens drei Beispiele.

M1 Deutsche Bundesregierung, Auswärtiges Amt Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien

- 1 Der [...] deutsch-spanische Handel lag im Jahr
2 2014 mit 59,9 Mrd. Euro um 8,7 Prozent über
3 dem Vorjahresniveau. Der Wert der von Deutsch-
4 land nach Spanien exportierten Waren belief sich
5 im Jahr 2014 auf 34,9 Mrd. Euro [...]. Der Wert
6 der von Spanien nach Deutschland exportierten
7 Waren betrug 25,0 Mrd. Euro [...].
- 8 Den größten Anteil am deutschen Export nach
9 Spanien hielten 2014 Autos und Kfz-Teile, Ma-
10 schinen, Chemieprodukte und Elektrotechnik/
11 Elektronik. Auch bei den deutschen Importen aus
12 Spanien stehen Kfz und Kfz-Teile an erster Stelle,
13 gefolgt von Nahrungsmitteln, chemischen Er-
14 zeugnissen, Maschinen sowie elektrotechnischen
15 Erzeugnissen.
- 16 Das Handelsbilanzdefizit Spaniens mit Deutsch-
17 land wird zu einem beträchtlichen Teil durch die
18 Ausgaben der deutschen Touristen ausgeglichen,
19 die sich in der Dienstleistungsbilanz niederschla-
20 gen. Im Jahr 2014 besuchten 10,4 Mio deutsche
21 Touristen Spanien. [...] Mit einem Anteil von 16
22 Prozent liegen die deutschen Touristen an zweiter
23 Stelle nach Touristen aus Großbritannien. ■ Quelle:
24 www.auswaertiges-amt.de (14.08.15)



Platzbesetzung in Barcelona im Zuge der Proteste gegen die Krisenpolitik der EU und der spanischen Regierung.
Foto: Marcello Vicidomini

REQUISITEN PERSONEN



Inés Ferré,
spanische
Lehrerin

Samuel Alfaro,
gelernter
Metallarbeiter,
derzeit
arbeitslos

Constanze Vogt,
allein-
erziehende
Mutter, lebt
von Hartz-IV

Kerstin Reimer,
arbeitet als
Leiharbeiterin
in der
Autoindustrie

Malaika Bari,
deutsche
Lehrerin

Bilal Solak,
seit 20 Jahren
als Metallfach-
arbeiter in der
deutschen
Autoindustrie

Ana Luengo,
Besitzerin
einer
spanischen
Hotellkette

Roland Claus,
Besitzer einer
deutschen
Firma, die
Autobauteile
herstellt

Niara Sane,
arbeitet an
der
Rezeption
eines Hotels

Adriá Perez,
ist arbeitslos
und lebt auf
der Straße

REQUISITEN SPRECHBLASEN

Meine Situation belastet mich sehr. Vom Hartz-IV-Regelsatz kann ich zusammen mit meiner Tochter kaum leben. Ich fühle mich wie eine Bürgerin zweiter Klasse, die von der Bundesagentur für Arbeit bevormundet wird. Wenn mir Stellen angeboten werden, muss ich sie annehmen, egal wie schlecht die Arbeitsbedingungen sind, sonst wird mir das Geld gekürzt. Ich habe das Gefühl die Hartz-IV-Gesetzgebung mit ihren Sanktionen hat dazu beigetragen, dass es den Unternehmen so gut geht. Solange es genug arbeitslose Menschen gibt, die fast jeden Job annehmen müssen, sitzen die Arbeitgeber bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen am längeren Hebel.

Von den starken Exporten aus Deutschland habe ich persönlich profitiert. Die Firma, für die ich arbeite, exportiert einen Großteil der Maschinen, die wir bauen. In den letzten Jahren habe ich aufgrund der guten Auftragslage mehrere Lohnerhöhungen bekommen. Letztes Jahr haben wir uns drei Wochen Urlaub in Spanien gegönnt. Aber die Arbeitsbelastung ist gerade durch die gute Auftragslage sehr hoch und ich frage mich, wie sicher mein Arbeitsplatz ist. Bei uns arbeiten immer mehr Leiharbeiter und ich habe Angst, dass wir auch ersetzt werden sollen, wenn es für das Unternehmen nicht mehr so gut läuft.

Die Reformen des Arbeitsmarktes, die flexible Löhne und Arbeitsverträge ermöglichen, haben uns sehr geholfen. Dadurch und durch neue Maschinen konnten wir unsere Kosten senken. Im Vergleich zur Konkurrenz wurden unsere Produkte billiger und wir konnten in den letzten Jahren viel exportieren. Sorgen macht mir die anhaltende Krise in einigen Ländern. Sie könnte auf Dauer dazu führen, dass wir dort weniger verkaufen werden.

Ich arbeite als Lehrerin im öffentlichen Dienst. Vor kurzem haben meine Partnerin und ich uns ein Haus gekauft. Die Löhne im öffentlichen Dienst reichen aus, um über die Runden zu kommen. Große Sprünge kann ich damit aber nicht machen, weil wir die Hypothek für das Haus abbezahlen müssen. In den letzten Jahren haben wir kleine Lohnerhöhungen bekommen, aber alles ist teuer geworden. Das heißt eigentlich habe ich weniger Geld als noch vor ein paar Jahren, denn die Reallohne sind gesunken. Trotz allem glaube ich, dass es mir besser geht als vielen Leuten in anderen Berufen oder in anderen Ländern.

Die letzten Jahre waren wie eine Achterbahnfahrt. Die Automobillfirma, für die ich gearbeitet habe, ging Pleite, weil die Konkurrenz aus dem Ausland zu stark war. Danach hatte ich mal für wenige Tage Arbeit, zum Beispiel auf einer Baustelle, und habe mir ein paar Euro verdienen können. Dann war ich wieder mehrere Wochen lang arbeitslos. Offiziell war ich über den ganzen Zeitraum ohne Arbeit. Alle Jobs, die mir angeboten wurden, waren ohne Arbeitsvertrag und Sozialversicherung. Bald bekomme ich kein Arbeitslosengeld mehr, dann müssen wir mit der Rente meiner Eltern auskommen. Ich habe wenig Hoffnung, weil ich nicht sehe, wie die spanische Regierung die hohe Arbeitslosigkeit abbauen will.

Ich habe in meinem Heimatland soziale Arbeit studiert. Hier in Europa habe ich als Einwanderer jedoch kaum Chancen, in diesem Bereich zu arbeiten. Durch die Sparpolitik der spanischen Regierung gibt es sowieso wenige Jobs in der sozialen Arbeit. Ich arbeite an der Rezeption eines Hotels. Zurzeit wohne ich mit mehreren Bekannten zusammen in einer Zwei-Zimmer-Wohnung, da wir uns von unseren Gehältern keine eigene Wohnung leisten könnten. Gleichzeitig mache ich einen Deutsch-Sprachkurs, weil ich überlege auszuwandern. In den mittel- und nördereuropäischen Ländern stehen die Chancen besser, in der sozialen Arbeit eine Stelle zu finden.

Mein Mann wurde durch die Krise arbeitslos. Dazu kommt, dass mein eigener Lohn in der Krise zweimal gekürzt und seit mehreren Jahren nicht mehr erhöht wurde. Seit einigen Jahren haben wir also weniger Einkommens. Bisher konnten wir durch den Verzicht auf Urlaubsbereisen und alle nicht lebensnotwendigen Ausgaben die Raten für unsere Eigentumswohnungen zahlen. Das bisschen Geld, das wir über die Jahre gespart hatten, reicht aber nicht mehr lange. Wenn sich unsere Situation in nächster Zeit nicht bessert, droht uns eine Zwangsräumung, wie sie schon mehrere 100.000 spanische Familien erlebt haben.

Für uns spanische Hoteliers hatte die Krise auch ihr Gutes. Letztes Jahr konnten wir sogar einen Rekordumsatz erzielen. Das liegt daran, dass die Löhne vor der Krise in Spanien zu hoch und die Arbeitsverträge zu unflexibel waren. Wenn die Löhne zu stark steigen, können auch wir unser aktuelles Preisniveau nicht halten und die Touristen suchen die Löhne weiterhin auf diesem niedrigen Niveau bleiben, wird der Tourismussektor weiter wachsen und letztlich auch positive Entwicklungen in anderen Wirtschaftsbereichen anstoßen, sodass am Ende alle davon profitieren werden.

Als in Spanien noch viel gebaut wurde, habe ich als Maurer gearbeitet. Jetzt bin ich seit vier Jahren arbeitslos und bekomme seit zwei Jahren kein Arbeitslosengeld mehr. Meine Wohnung hatte ich schon vorher verloren. Manchmal komme ich für eine Zeit bei Freunden unter, aber die meiste Zeit lebe ich auf der Straße. Ich mache Musik und bekomme dafür ein bisschen Geld. Außerdem hole ich mir die Sachen, die im Supermarkt weggeworfen werden, obwohl sie noch essbar sind.

Arbeitsblatt: Debatte über deutsche Exportüberschüsse

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage. Es beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen:

Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer Stammgruppe bearbeitet, aus welcher die Expert_innen

für je eine Frage/Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene Expertengruppen entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen Stammgruppen die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

— ARBEITSVORSCHLAG GRUPPENPUZZLE

1. Stammgruppen: Lesen Sie den Zeitungsartikel (M1) und erörtern Sie, um welches politische Problem es darin geht:

- Klären Sie zunächst die unklaren Wörter unter Zuhilfenahme des Infoblattes »Handel und Ungleichgewichte«. Was bedeuten Exportüberschuss, Leistungsbilanz, Wettbewerbsfähigkeit und Ungleichgewichte?
- Formulieren Sie gemeinsam eine zentrale Aussage oder These, worum es in dem Artikel geht.
- Teilen Sie die folgenden Akteure und die dazugehörigen Texte in ihrer Gruppe auf: Gewerkschaften (M2), Arbeitgeber (M3), deutsche Regierung (M4) und andere europäische Länder (M5).

2. Expertengruppen: Bilden Sie neue Gruppen mit den entsprechenden Vertreter_innen aus den anderen Gruppen. Sammeln Sie dort die Informationen über Ihre Interessengruppe aus dem Artikel

(M1) und dem Zusatztext (M 2–5). Notieren Sie Stichpunkte zu den folgenden Fragen:

- Was sagt Ihre Gruppe zum Bericht der EU-Kommission? Was steht dazu in den Texten und was könnte sie sonst noch sagen?
- Was sagt Ihre Gruppe zur Kritik der EU-Kommission an Deutschland? Was ist daran richtig oder falsch?
- Was müsste nach Meinung Ihrer Gruppe in Zukunft passieren? Schreiben Sie die beiden wichtigsten Forderungen ihrer Gruppe auf.

3. Stammgruppen: Treffen Sie sich wieder in Ihren ursprünglichen Gruppen und tragen Sie die Ergebnisse zusammen:

- Sammeln Sie die Positionen und Forderungen der verschiedenen Gruppen auf einem Plakat.
- Wo sind sich verschiedene Akteure einig? Wo widersprechen sie sich?
- Welche Position finden Sie richtig und warum? Ist sich Ihre Gruppe dabei einig oder gibt es verschiedene Meinungen? _____

M1 Deutschland am Pranger

- 1 Die EU-Kommission hat die hohen deutschen
 . Exportüberschüsse gerügt. [...] Deutschland hat
 . 2013 Waren im Wert von rund 199 Milliarden
 . Euro mehr exportiert, als es importierte. [...] 5
 . Ländern mit Exportüberschüssen stehen Staaten
 . mit Defiziten gegenüber, die ihre Importe über
 . Schulden finanzieren müssen. [...] Deutschland
 . sei die mit Abstand größte Volkswirtschaft in Eu-
 . ropa. Deshalb sei eine Korrektur nötig, fordert die
 10 EU-Kommission. Die Bundesregierung müsse
 . vor allem die Binnennachfrage ankurbeln. »Zen-
 . trale politische Herausforderungen sind daher hö-
 . here Investitionen«, schrieb die Brüsseler Behörde.
 . [...] Der Überschuss in der deutschen Leis-
 15 tungsbilanz entspricht rund sieben Prozent der
 . Jahreswirtschaftsleistung. Die EU-Kommission
 . stuft Werte von mehr als sechs Prozent als stabi-
 . litätsgefährdend ein. Deutschland übertrifft die-
 . sen Wert seit 2007. Im Gegensatz zu Ländern mit
 20 Defiziten sind im Falle von Leistungsbilanzüber-
 . schüssen Bußgelder nach den Beschlüssen der
 . EU-Finanzminister vom November 2011 nicht
 . vorgesehen. Die Brüsseler Behörde hat bei Ver-
 . fahren zur Untersuchung der Ungleichgewichte
 25 bislang ohnehin noch nie Sanktionen gegen ein
 . Land empfohlen.
 . Die Bundesregierung will die Analyse zunächst
 . prüfen und im April dazu Stellung nehmen. [...] 30
 . Ziel sei es, die industrielle Basis »wettbewerbsfähig
 . zu halten und auszubauen«. Zugleich wolle die
 . Bundesregierung die öffentliche und private In-
 . vestitionstätigkeit beleben.
 . Der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärte, ein
 . gesetzlicher Mindestlohn könne zur Stärkung der
 35 Binnennachfrage beitragen. Der Bundesverband
 . der Deutschen Industrie (BDI) weist die Vorwür-
 . fe aus Brüssel dagegen zurück. »Deutschland ist
 . Importeuropameister: Wenn unsere Ausfuhren
 . um zehn Prozent steigen, wachsen die Exporte
 40 von Vorleistungen der EU-Partner nach Deutsch-
 . land um rund neun Prozent«, so der BDI.
 . Weniger glimpflich als Deutschland kamen Län-
 . der wie Italien oder Frankreich bei der Analyse
 . der Kommission weg. So kritisierte [...] sie] die
 45 schwache Wettbewerbsfähigkeit [...] Italiens. Die
 . Regierung in Rom müsse rasch Reformen durch-
 . setzen. Auch Frankreich müsse dringend tätig
 . werden [...]. ■ Quelle: Die Welt vom 06.03.2014

M2 Stärkere Binnennachfrage braucht höhere Löhne

- 1 Der DGB kritisiert seit langem die Vernachlässi-
 . gung der binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte.
 . Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen
 . Wirtschaft ist erfreulich, aber Wirtschaftswach-
 . stum allein durch steigende Exportüberschüsse zu
 5 erreichen, funktioniert auf Dauer nicht. Es ist gut,
 . dass auch die EU-Kommission auf dieses Problem
 . hinweist und eine Stärkung der deutschen Bin-
 . nennachfrage anmahnt. Denn die Binnennach-
 10 frage und die Importe dürfen der erfolgreichen
 . Exportentwicklung in Deutschland nicht länger
 . hinterherhinken. [...] Mehr Binnennachfrage
 . muss auch durch steigende Löhne und dringend
 . benötigte öffentliche Investitionen unterstützt
 15 werden. Deshalb brauchen wir den gesetzlichen
 . Mindestlohn ohne Ausnahmen, schnelle Fort-
 . schritte bei der Austrocknung des Niedriglohn-
 . sektors und ordentliche Lohnerhöhungen in den
 . laufenden Tarifverhandlungen. ■ Quelle: Pressemitteilung
 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), 05.03.2014

M3 Exportstärke ist Ausweis der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

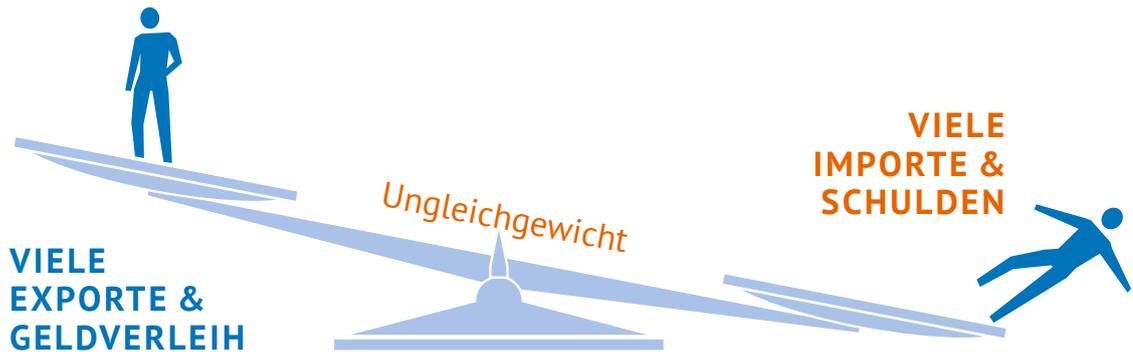
- 1 Die Exportstärke ist ein Ausweis der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Den anderen Ländern der Eurozone schadet die deutsche Exportstärke nicht, vielmehr stärkt sie deren wirtschaftliche Entwicklung. Denn Deutschland ist Importeuropameister. Wenn unsere Ausfuhren um zehn Prozent steigen, wachsen die Exporte von Vorleistungen der EU-Partner nach Deutschland um rund neun Prozent. Im vergangenen Jahr war unsere Industrie eine wichtige
- Triebkraft für die allmähliche Belebung der Wirtschaft in der Europäischen Union. Die Einfuhren aus den EU-Ländern haben im vergangenen Jahr mit 0,8 Prozent deutlich stärker zugelegt als die deutschen Ausfuhren in diese Länder. Richtig ist: Deutschland muss mehr investieren, das ist ein Beitrag zur Herstellung einer besser ausgeglichenen Leistungsbilanz. ■ Quelle: Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) vom 05.03.2014

M4 Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen

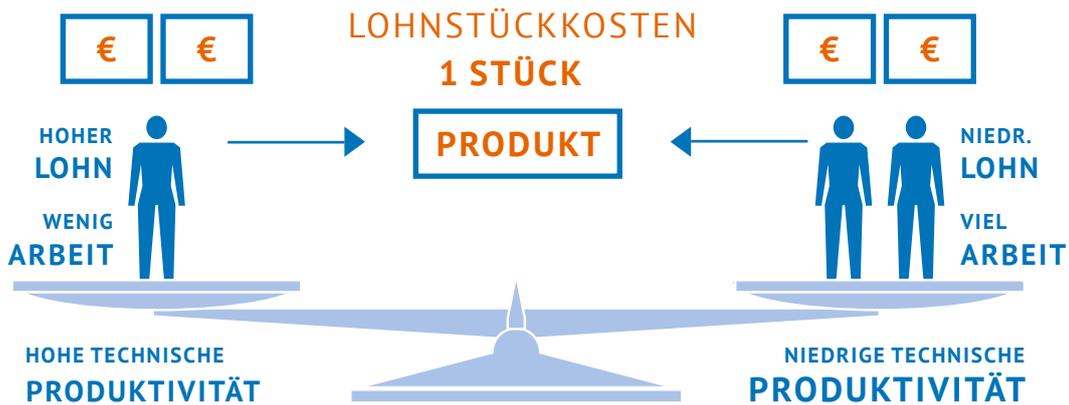
- 1 Deshalb möchte ich noch ein Wort zu dem sagen, das häufiger zu Deutschland angemerkt wird. Im Augenblick wird unser deutsches Wachstum vor allem von der Binnennachfrage getrieben. Wir haben alles getan, um den Binnenkonsum zu erhöhen. Aber wenn man uns vorwirft, dass es immer noch Ungleichgewichte gibt, dann muss man aufpassen, worauf diese Ungleichgewichte zurückzuführen sind. Wenn wir uns in Europa bei den Lohnstückkosten genau in der Mitte treffen würden, beim Durchschnitt aller europäischen Länder, dann würde ganz Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sein und Deutschland nicht mehr exportieren können. Das kann nicht das Ziel unserer Bemühungen sein. Deshalb sind Überschüsse in den Leistungsbilanzen zum Teil natürlich auch Ausdruck einer guten Wettbewerbsfähigkeit. Und diese dürfen wir auf gar keinen Fall aufs Spiel setzen. ■ Quelle: Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Weltwirtschaftsforum vom 24.01.2013

M5 Der Süden schlägt den Norden

- 1 Bei Strukturanpassungen und Reformen sind die Mittelmeerländer Meister – sie erledigen ihre Hausaufgaben besser als Deutschland. Die Brüsseler Warnhinweise an Deutschland und Italien sind sehr interessant. Es gibt gute Gründe, die Empfehlungen an die Mittelmeerstaaten zu hinterfragen, nämlich immer mehr Rizinusöl, mehr Sparen (Austerität) und mehr Lohnkürzungen. Brüssel könnte das anders dosieren: Mehr Härte für den Süden? Ok, aber nur im Tausch für stärkeres Wachstum im Norden, für höhere Investitionen, mehr Nachfrage und ein stärkeres Anheizen
- der europäischen Wachstumsmaschine. Doch das macht Brüssel nicht. Die Warnung an Deutschland wegen seiner übermäßigen Leistungsbilanzüberschüsse ist samtweich, geradezu unterwürfig. Diese ungleiche Behandlung ist empörend. Wenn ein Ungleichgewicht besorgniserregend ist, dann ist es besorgniserregend. Das gilt sowohl für unten (übermäßiges Defizit) als auch für oben (verrückte Leistungsbilanzüberschüsse). Die Reichen drücken sich vor den Konsequenzen und die Armen tragen die Lasten. ■ Quelle: Eigener Text, in Anlehnung an einen Artikel in der spanischen Tageszeitung *El País* vom 6.3.2014



Handelsungleichgewichte Ein Land mit einem Leistungsbilanzdefizit (wenig Export, viel Import) verbraucht mehr als es produziert. Mit der Zeit wird es bei anderen Ländern Schulden haben. Umgekehrt produziert ein Land mit einem Exportüberschuss mehr als es selbst verbraucht. Nach und nach werden andere Länder bei diesem Land Schulden haben. Einfach gesagt leihen die einen (Überschussländer) den anderen (Defizitländern) das Geld, mit dem sie ihre überschüssigen Güter kaufen. So entstehen auf Dauer wirtschaftliche Ungleichgewichte. Diese werden zum Problem, wenn die Defizitländer ihre Schulden nicht mehr zahlen können. Dann verlieren die Überschussländer das verliehene Geld und den Markt für ihre Exporte.



Lohnstückkosten Länder, die Güter günstig herstellen, können viel exportieren. Wie viel die Güter eines Landes kosten, hängt von den Löhnen und der Produktivität ab. Hohe Produktivität bedeutet gute Maschinen, Ausbildung, Transportwege und Forschung. So kann mit wenig Arbeit viel produziert werden und es können hohe Löhne gezahlt werden. Die Lohnstückkosten zeigen an, wie viel Lohn für die Herstellung von einem Produkt (zum Beispiel einem Fahrrad) gezahlt wird. Das (vom Stand der Technik her) produktive Land A zahlt einer Arbeiterin 200 Euro für die Herstellung eines Fahrrades. Das weniger produktive Land B zahlt zwei Arbeiterinnen je 100 Euro für die Herstellung eines Fahrrads. Die Löhne in Land A sind höher, aber die Lohnstückkosten der Länder sind gleich (200 Euro pro Fahrrad). Beide Länder können Fahrräder zum gleichen Preis herstellen und verkaufen. In den ersten Jahren nach der Einführung des Euro sind die deutschen Lohnstückkosten im Vergleich zu denen anderer Eurostaaten kaum gestiegen, was wesentlich zum deutschen Exportüberschuss und den Ungleichgewichten in Europa beigetragen hat.

Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Binnennachfrage Wettbewerbsfähigkeit meint, dass ein Land Güter preiswerter anbieten und deshalb viel exportieren kann. Ein Weg das zu erreichen sind Investitionen. Das heißt, es wird Geld für Forschung, Maschinen, Bildung oder Verkehrswege ausgegeben, um die Produktivität zu erhöhen. Das wirkt aber nur langfristig und kostet Geld. Deshalb bedeutet »die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen« meistens, dass Löhne (und Staatsausgaben) gesenkt werden sollen. Sinkende Löhne bedeuten aber gleichzeitig, dass die Menschen in diesem Land weniger kaufen können. Die »Binnennachfrage« sinkt, was ein Problem für die Firmen ist, welche Güter in diesem Land (auf dem »Binnenmarkt«) verkaufen wollen.

Was tun gegen die Ungleichgewichte in Europa?

TALKSHOW

Die Methode Talkshow greift das gleichnamige Fernsehformat auf und eignet sich, um politische Sachverhalte personalisiert und kontrovers zu diskutieren. Anstatt um trockene politische Informationen geht es vielmehr um den Austausch schlagfertiger Argumente, mit denen das Publikum überzeugt werden soll.

Vorgehen:

Anhand von Rollenkarten bereiten sich verschiedene Interessengruppen sowie die Moderation auf eine Diskussion zu einem aktuellen gesellschaftlichen Problem vor. Jede Gruppe wählt eine_n Vertreter_in aus, welche_r an der Talkshow teilnimmt, während die anderen als Publikum die Diskussion (aus Sicht ihrer Gruppe) beobachten, aber auch mitfiebert, applaudieren

oder »Buh« rufen. Die Moderation hat die Aufgabe, möglichst kontroverse Fragen zu stellen und zu kontrollieren, dass Redebeiträge (ähnlich wie in einer richtigen Talkshow) nicht zu lang werden. Vor Beginn der Talkshow ist darauf zu achten, dass sich die Talkshowgäste und das Publikum in Halbkreisen gegenüber sitzen. Nach der Talkshow folgt eine gemeinsame Auswertung, in welcher die inhaltliche Ebene sowie der Ablauf reflektiert werden: Was war aus Sicht der Teilnehmenden und der Beobachtenden auffällig? Wie hat sich das Verhalten einzelner Personen ausgewirkt? Wie verlief die Debatte, hat sich ein Konsens herausgebildet oder blieben kontroverse Positionen nebeneinander stehen? Welche Argumente konnten überzeugen und welche nicht? Danach können alle Teilnehmenden unabhängig von der Rolle zur strittigen Frage Stellung nehmen.

ARBEITSVORSCHLAG: TALKSHOW

Die verschiedenen Gruppen setzen sich mit einem Vorschlag zur Neuregulierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten auseinander. Grundlage ist ein Zeitungsartikel (M1), in dem der Vorschlag von Teilen der Opposition vorgestellt wird.

An der Diskussion nehmen folgende Gruppen teil: Die Moderation (1) sowie jeweils ein_e Vertreter_in der Opposition, die den Vorschlag präsentiert (2), der Bundesregierung (3), der EU-Kommission (4), einer Gewerkschaft (5) und eines Arbeitgeberverbandes (6). Außerdem bereiten sich eine Gruppe Exil-Spanier_innen (7) und eine Umweltinitiative (8) auf die Diskussion vor, welche zwar nicht zur Diskussion eingeladen waren, aber Karten für Plätze im Publikum ergattern konnten und sich dort Gehör verschaffen wollen.

1. Vorbereitung: Bereiten Sie sich in Ihren Kleingruppen anhand Ihrer Rollenbeschreibung auf die Diskussion vor. Dabei kann gegebenenfalls an die Ergebnisse der Arbeitsblätter IV.2 oder IV.3 angeknüpft werden. Wählen Sie eine_n Vertreter_in, welche_r an der Talkshow teilnimmt und Ihre Position vertritt.

2. Durchführung: Sie vertreten als Talkshowgast die Position Ihrer Gruppe möglichst überzeugend, während das Publikum beobachtet und zustimmend oder ablehnend reagiert.

3. Auswertung: Werten Sie die Diskussion gemeinsam aus. Mögliche Fragen sind dabei: Wie haben die Teilnehmenden die Debatte erlebt, wie die Beobachtenden? Wie verlief die Diskussion, was war überraschend, welche Positionen konnten sich durchsetzen? Welches Auftreten wirkte überzeugend, welche Argumente konnten überzeugen? Wie war die Macht verteilt, wer hatte die meisten Redeanteile? War das Szenario realistisch?

IM ANSCHLUSS AN DIE TALKSHOW

4. Nehmen Sie zur vorgeschlagenen Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen im Euroraum (M1) Stellung. Wo liegt das Problem und inwiefern wäre

eine Ausgleichsunion ein sinnvoller Vorschlag für die Eurozone – oder generell zur Regulierung von Handelsbeziehungen? Was spricht dafür, was dagegen? _____

M1 Euro: Strafe für Exportsünder

1 Wer dauerhaft für Exportdefizite oder -überschüsse
 . in der EU sorgt, soll bestraft werden, sagen
 . die Bundestagsabgeordneten Paus (Grüne) und
 . Troost (Linke). [...] In einem Aufsatz für die
 5 rot-rot-grüne Denkfabrik Institut für Solidari-
 . sche Moderne entwickeln sie einen Plan für eine
 . »Europäische Ausgleichsunion«. Sie soll vor allem
 . Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der
 Eurostaaten abbauen. Die Abgeordneten zeigen
 10 auch, was das für Deutschland bedeuten würde:
 . einen umfassenden Strukturwandel.

15 Konkret wollen Paus und Troost den Euro-
 . Stabilitätspakt durch eine »außenwirtschaftliche
 . Schuldenbremse« ersetzen. Wie hoch das Risiko
 . ist, dass ein Staat zahlungsunfähig wird, lässt
 . sich am frühesten an der Außenbilanz ablesen –
 . importiert er ständig mehr Güter und Dienst-
 . leistungen, als er exportiert, muss er sich immer
 20 mehr im Ausland verschulden. Zudem kann ein
 . Vergleich von Außenhandelssaldo und staatlicher
 . Finanzlage auch gefährliche Schuldentrends in der
 . Privatwirtschaft anzeigen, die von den bisherigen
 . Stabilitätskriterien nicht erfasst werden.

25 Das Problem liegt aber nicht nur bei den Defi-
 . zitländern, sondern mindestens genauso bei den
 . Überschussländern, die sich von den Exporten
 . und damit der wirtschaftlichen Lage in anderen
 . Staaten abhängig machen. Und in dem Zusam-
 . menspiel der beiden: Wenn ein Land mehr ex- als
 30 importiert, muss zwangsläufig anderswo mehr ein-
 . als ausgeführt werden.

35 Ziel der »Europäischen Ausgleichsunion« soll
 . deshalb ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht
 . zwischen den Euroländern sein. Das könnte so
 . erreicht werden: Binnen einem Jahr dürfen die
 . Leistungsbilanzen Defizite und Überschüsse von
 . nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandspro-
 . dukts, also der gesamten Wirtschaftsleistung des
 . Landes, aufweisen. Das entspräche konjunkturel-
 40 len Schwankungen. Es soll aber nicht erlaubt wer-
 . den, diese Ungleichgewichte über Jahre hinweg zu
 . kumulieren.

45 Paus und Troost stellen sich einen Vertrag mit
 . verbindlichen Sanktionsmechanismen bei Ver-
 . stößen vor: Wenn ein Land die 3-Prozent-Hürde
 . reißt oder Überschüsse über mehrere Jahre ansam-
 . melt, werden Strafgebühren fällig. Diese fließen
 . in einen europäischen Fonds, mit dem der Struk-
 . turwandel gefördert werden soll. Zudem soll die
 50 EU-Kommission die Sünder mit blauen Briefen
 . verpflichten, sowohl dem Rat als auch dem Euro-
 . parlamentar zu erklären, wie sie ihre Leistungsbi-
 . lanzen ausgleichen wollen.

55 Wie stark das Gleichgewicht heute schon ver-
 . schoben ist, zeigt sich, wenn Paus und Troost dar-
 . legen, was ihr Konzept für Deutschland bedeuten
 . würde: Derzeit liegt der strukturelle Überschuss
 . der Bundesrepublik gegenüber den anderen EU-
 . Ländern bei mindestens 80 Milliarden Euro. Al-
 60 lein seit 2006 haben sich die Leistungsbilanzüber-
 . schüsse auf rund 580 Milliarden Euro summiert.
 . Um mittelfristig auf eine ausgeglichene Bilanz zu
 . kommen, müsste Deutschland demnach sowohl
 . seine Importnachfrage mächtig stärken als auch
 65 seinen Export drosseln. Das hieße etwa: Bedin-
 . gungen für höhere Löhne schaffen, im öffentli-
 . chen Dienst höhere Gehälter zahlen und staatliche
 . Transferleistungen (=Arbeitslosengeld und ande-
 . res) erhöhen.

70 Zugleich bräuchte die Wirtschaft einen weit-
 . reichenden Umbau. Denn weder benötigen
 . Landwirte in Deutschland megatonnenweise
 . Düngemittel, die die chemische Industrie sonst
 . ins Ausland verkauft, noch warten die Autofah-
 75 rer auf die Massen noch größerer und noch um-
 . welt-schädlicherer Autos, wie die Hersteller sie
 . derzeit gerade für den Export produzieren. Paus
 . und Troost halten das zwar für »eine enorme He-
 . rausforderung«, aber auch für möglich. Außerdem
 80 sei »dieser Strukturwandel im Sinne eines sozial-
 . ökologischen Umbaus nicht zuletzt aus Gründen
 . des Klima- und Umweltschutzes unausweich-
 . lich«. ■ Quelle: die tageszeitung vom 28.02.2011

REQUISITEN ROLLENKARTEN

MODERATION

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag von Oppositionspolitikern zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1).
- Erarbeiten Sie gemeinsam einen Gesprächsleitfaden für die Diskussion:
 - Einleitung: Um welches Problem geht es heute?
 - Begrüßung: Wer sind die Teilnehmenden der Diskussion (jeweils ein_e Vertreter_in der Opposition, die den Vorschlag präsentiert, der Bundesregierung, der EU-Kommission, einer Gewerkschaft und eines Arbeitgeberverbandes).
 - Debatte: Bereiten Sie drei zentrale Fragen vor, die Sie in der Gesprächsrunde stellen wollen.
 - Abschluss: Am Ende der Debatte, wenn die Sendezeit abgelaufen ist, sollten Sie versuchen ein allgemeines Resümee zu ziehen.
- Bestimmen Sie ein Mitglied der Gruppe, das die Diskussion anschließend leitet. Ihre Aufgabe als Moderator_in ist es darauf zu achten, dass die zentralen Fragen behandelt werden und dass dabei alle Teilnehmenden ihre Positionen darlegen können. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft.

OPPOSITION

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor.
- Ihre Gruppe gehört zu dem Teil der Opposition, der den Vorschlag erarbeitet hat.
 - Was ist aus Ihrer Sicht das Problem?
 - Welche konkreten Vorschläge haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Bestimmen Sie eine Person die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

BUNDESREGIERUNG

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor.
- Sie sehen den Vorschlag der Opposition kritisch, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Aus Ihrer Sicht liegt das Problem bei den Staaten, die nicht wettbewerbsfähig sind. Diese müssen produktiver werden, die Löhne senken und selbst mehr exportieren.
 - Was halten Sie von den Vorschlägen, die zur Debatte stehen?
 - Welche Vorschläge aus dem Text unterstützen Sie und welche eigenen haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

REQUISITEN ROLLENKARTEN

EU-KOMMISSION

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor.
- Sie halten einerseits die wirtschaftliche Stärke Europas (und seiner exportstarken Länder) für wichtig, aber Sie sehen andererseits, dass die Ungleichgewichte innerhalb Europas zu Problemen führen und abgebaut werden müssen.
 - Was halten Sie von den Vorschlägen, die zur Debatte stehen?
 - Welche Vorschläge aus dem Text unterstützen Sie und welche eigenen haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

GEWERKSCHAFT

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor.
- Sie finden, dass alle von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren müssen. Arbeitnehmer_innen sollen gute Löhne bekommen und Arbeitslose müssen unterstützt werden. Außerdem darf die Stärke der deutschen Wirtschaft nicht zum Nachteil der Arbeitenden in anderen Ländern gehen, andererseits hängen derzeit viele Arbeitsplätze von den Exporten ab.
 - Was halten Sie von den Vorschlägen, die zur Debatte stehen?
 - Welche Vorschläge aus dem Text unterstützen Sie und welche eigenen haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

ARBEITGEBERVERBAND

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Diskussion dieses Vorschlags in einer Talkshow vor.
- Die hohen Exporte sind für Sie Ausdruck der guten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Bei zu hohen Lohnkosten oder Steuern würde es der Wirtschaft und damit allen schlechter gehen als jetzt. Aber Sie wollen auch, dass der Staat für eine gute Infrastruktur (wie Straßen oder schnelles Internet) sorgt.
 - Was halten Sie von den Vorschlägen, die zur Debatte stehen?
 - Welche Vorschläge aus dem Text unterstützen Sie und welche eigenen haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Bestimmen Sie eine Person, die an der Diskussion teilnimmt. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

REQUISITEN ROLLENKARTEN

EXIL-SPANIER_INNEN

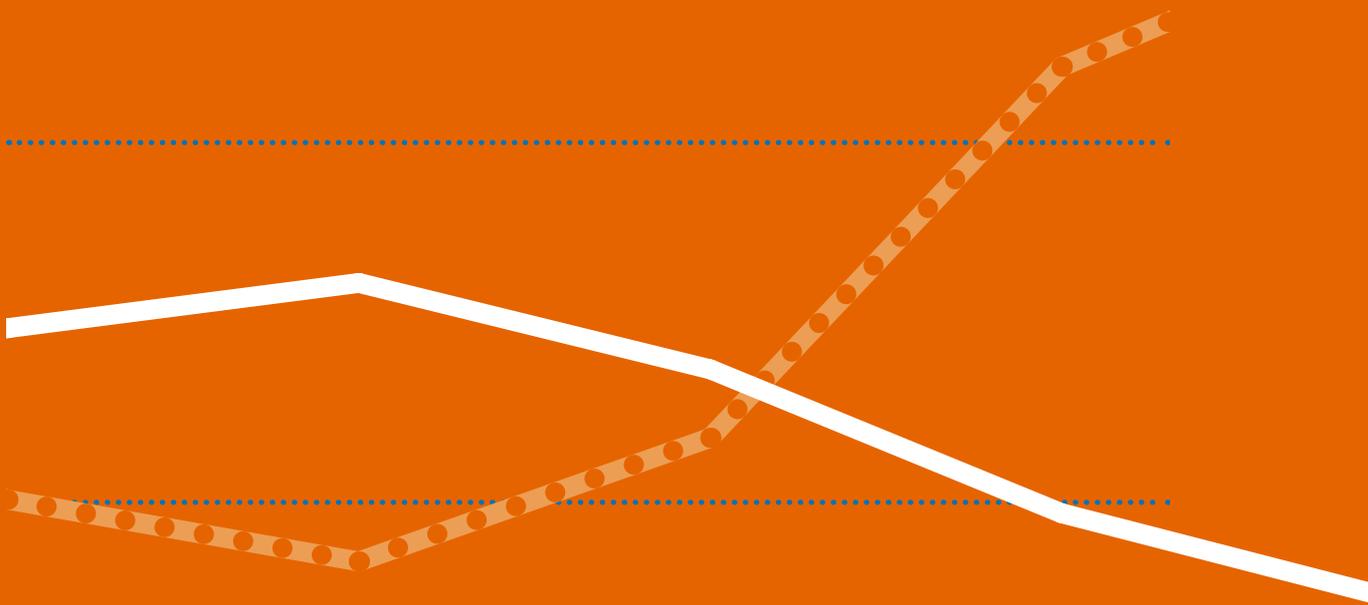
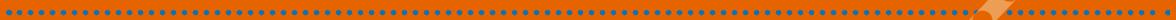
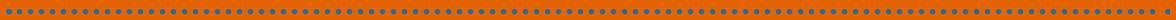
- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Protestaktion in einer Talkshow vor, in der dieser Vorschlag diskutiert wird.
- Sie sind aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Spanien ausgewandert, die durch die Ungleichgewichte in Europa mit verursacht wurde. Sie finden, dass die Exportländer am meisten vom Zusammenwachsen Europas profitieren und jetzt auch in der Pflicht sind, die anderen Länder beim Neuaufbau zu unterstützen.
 - Was halten Sie von den Vorschlägen, die zur Debatte stehen?
 - Welche Vorschläge aus dem Text unterstützen Sie und welche eigenen haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Ihre Gruppe ist nicht zur Diskussion eingeladen, aber Sie wollen trotzdem eingreifen: Gestalten Sie ein Plakat, das auf Ihre Anliegen aufmerksam macht und bestimmen Sie eine Person, die es an geeigneter Stelle in der Diskussion präsentiert. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

UMWELTINITIATIVE

- Lesen Sie in Ihrer Gruppe den Bericht über einen Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Euro-Staaten (M1) und bereiten Sie sich auf eine Protestaktion in einer Talkshow vor, in der dieser Vorschlag diskutiert wird.
- Sie finden, dass die Wirtschaftsdiskussion sich immer nur um Wachstum dreht. Egal ob es um Importe oder Exporte geht, wird die Frage nach den Umweltfolgen vernachlässigt, die Sie für zentral halten.
 - Was halten Sie von den Vorschlägen, die zur Debatte stehen?
 - Welche Vorschläge aus dem Text unterstützen Sie und welche eigenen haben Sie?
 - Was ist ein zentraler Satz, der die Position Ihrer Gruppe auf den Punkt bringt und den Sie auf jeden Fall sagen wollen?
- Ihre Gruppe ist nicht zur Diskussion eingeladen, aber Sie wollen trotzdem eingreifen: Gestalten Sie ein Plakat, das auf Ihre Anliegen aufmerksam macht und bestimmen Sie eine Person, die es an geeigneter Stelle in der Diskussion präsentiert. Die übrigen Mitglieder der Gruppe beobachten, wie die Diskussion aus Sicht ihrer Gruppe verläuft und begleiten die Diskussion aktiv durch Buhrufen und Klatschen.

Was heißt Kürzungspolitik für die Menschen?

MODUL



Was heißt Kürzungspolitik für die Menschen?

Was ist die Troika und wer hat sie gewählt, was ist mit dem Geld »für Griechenland« und andere Staaten passiert, wie geht es den Menschen in den Krisenstaaten und und was sind Alternativen zur Sparpolitik?

Inhalt

Einführung

V.1 **Arbeitsblatt: Wohin fließt das Geld für Griechenland?**

·M1: An den Menschen vorbei (*Süddeutsche Zeitung*)

V.2 **Arbeitsblatt: Wie wirkt Kürzungspolitik (Austerität)?**

·Methode: Gruppenpuzzle

·M1: Warum Dublin und Lissabon keinen Tsipras haben
(*Le Monde Diplomatique*)

V.3 **Datenblatt: Deutschland, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien**

V.4 **Infoblatt: Was heißt Austerität?**

V.5 **Arbeitsblatt: Jugendarbeitslosigkeit in Europa**

·M1: Interview zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa (*Die Zeit*)

V.6 **Arbeitsblatt: Soziale Situation und Migration in Europa**

·Methode: Argumentationskarte

·M1: Angebot für ein Praktikum in Portugal (*Bundesagentur für Arbeit*)

·M2: Interview zur sozialen Situation in Spanien (*Attac*)

·M3: Pressemitteilung zur Anwerbung spanischer Erzieherinnen (*Stadt Mainz*)

V.7 **Arbeitsblatt: Wer hat die Troika gewählt?**

·M1: Völlig losgelöst (*Der Tagesspiegel*)

·M2: Infotexte zu Akteuren der Krisenpolitik

V.8 **Arbeitsblatt: Alternativen zur EU-Kürzungspolitik**

·Methode: Expertenanhörung

·M1: Ein Marshall-Plan für Europa (*Deutscher Gewerkschaftsbund*)

·M2: Vergesellschaftung des Kreditsektors (*Emanzipation*)

Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte
- ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien
- METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien
- INFO ||||| **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes
- ◇◇DIAGRAMM◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema
- REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Die heute praktizierte europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik basiert auf dem 1997 im Vertrag von Amsterdam verabschiedeten »Stabilitäts- und Wachstumspakt«. Dieser sah vor, Mitgliedsstaaten mit Defiziten im öffentlichen Haushalt von über drei Prozent (bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) zu sanktionieren. Auf die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die damit verbundenen ansteigenden Staatsverschuldungen reagierte die Europäische Union auf Betreiben Deutschlands im Januar 2012 mit der Entwicklung des Fiskalpaktes (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion). Sie entschied sich damit für eine Politik der Austerität, des Sparens, um die Finanzmärkte zu beruhigen.

Der Fiskalpakt sieht ein maximales jährliches Haushaltsdefizit von 0,5 Prozent des BIP (Defizitkriterium) sowie die Einführung nationaler Schuldenbremsen bis 2018 vor, mit der die Staatsschulden jährlich um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote und dem Zielwert von 60 Prozent reduziert werden müssen (Schuldenkriterium). Ergänzend zum Fiskalpakt wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, der als »Rettungsschirm« zur Verhinderung von Staatsbankrotten überschuldeter EU-Mitgliedsstaaten fungiert. Überschuldete Eurostaaten können günstige Kredite aus dem ESM erhalten, welche jedoch an die nachweisliche Planung und Umsetzung einer restriktiven Haushaltspolitik gebunden sind. Außerdem müssen Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten umgesetzt werden. Festgelegt werden die entsprechenden Maßnahmen in einem sogenannten »Memorandum of understanding« zu dessen Einhaltung sich die Regierung gegenüber der Troika beziehungsweise den »Institutionen« (s. u.) verpflichtet.

Die Sparpolitik der EU wird auf verschiedenen Ebenen kritisiert: Zunächst wird eingewandt, dass es nicht sinnvoll ist, wenn Staaten versuchen sich aus einer Krise »herauszusparen«. Die Einsparungen besonders im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, im Sozialwesen und im Bildungswesen führen Kritiker_innen zufolge zu einer verringerten Wirtschaftskraft. Zudem ist diese Politik mit sinkenden sozialen Standards und erheblichen sozialen Kosten (z. B. Arbeitslosigkeit) verbunden. Kritik auf einer anderen Ebene zielt auf die fragwürdige demokratische Legitimation der »Institutionen«, welche die Austeritätspolitik durchsetzen, also der Troika, bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

In diesem Zusammenhang ergeben sich unter anderem die folgenden Fragen: Welche Hilfszahlungen hat es gegeben und inwiefern sind diese den Bürger_innen verschiedener Staaten oder doch eher Banken zugutegekommen? Wie wirkt sich die beschlossene EU-Kürzungspolitik auf wirtschaftliche sowie soziale Aspekte aus? Welche positiven und negativen Effekte kann sie produzieren? Was bedeuten die mit der EU-Austeritätspolitik beschlossenen Sparmaßnahmen konkret für die Menschen in betroffenen Staaten? Welche Alternativkonzepte zur EU-Kürzungspolitik existieren? Inwieweit sind die »Institutionen« legitimiert, Staaten Sparmaßnahmen aufzuerlegen und sie gegebenenfalls zu sanktionieren? Welche Möglichkeiten haben zivilgesellschaftliche Akteure, sich in der Debatte um eine zukünftige europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuschalten und diese zu beeinflussen? ■

Zu den Elementen des Moduls

- **Arbeitsblatt V.1** beschäftigt sich als Einstieg mit den Hilfgeldern, die im Rahmen der Eurokrise an Griechenland geflossen sind. Grundlage ist ein *Zeitungsartikel* über eine entsprechende Untersuchung von Attac Österreich (*M1*). Durch die Erarbeitung einer grafischen Darstellung lassen sich die beschriebenen Zahlungsströme gut visualisieren. In einem zweiten Schritt wird der Nutzen der Hilfgelder unter Berücksichtigung der **Datenblätter V.3** zu Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal analysiert. Die Teilnehmer_innen erwerben analytische Fähigkeiten und bauen ihre Kompetenzen im Bereich der Urteilsbildung durch eine begründete Stellungnahme aus.
- Die folgenden **Arbeitsblätter V.2 bis V.6** beschäftigen sich mit der Frage »Wie wirkt Kürzungspolitik?«. **Arbeitsblatt V.2** beinhaltet ein *Gruppenpuzzle*, in welchem die **Datenblätter V.3** zur sozialen Situation in den Krisenländern analysiert werden. Die ausgebildeten Expert_innen tauschen in Diskussionen ihr Wissen aus und geben Einschätzungen zum Einfluss a) der Eurokrise und b) der EU-Kürzungspolitik auf die Situation eines jeweiligen Staates ab. Im Anschluss folgt die Analyse eines *Zeitungsartikels* (*M1*) unter Berücksichtigung der zuvor analysierten Daten und gewonnenen Erkenntnisse. Der begrifflichen Klärung sowie Hilfestellung dient das **Infoblatt V.4** »Was heißt Austerität?«.
- **Arbeitsblatt V.5** beinhaltet ein *Interview zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa* (*M1*) und kann aufgrund der Thematik für Jugendliche und junge Erwachsene sehr interessant und motivierend wirken. Im Anschluss an die Analyse des Interviews werden selbstständig Informationen zum Europäischen Sozialfonds recherchiert sowie eine Beurteilung durch die Teilnehmenden herbeigeführt.
- **Arbeitsblatt V.6** beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Kürzungspolitik auf die soziale Situation und die Migration in Europa. Die Analyse des *Stellenangebotes* (*M1*) ermöglicht einen Perspektivwechsel, welcher in den folgenden Schritten durch die Erarbeitung von Vor- und Nachteilen von Arbeitsmigration sowie deren strukturierter Sicherung mithilfe einer *Argumentationskarte* ergänzt wird. Grundlagen sind ein *Interview mit einer spanischen Sozialarbeiterin* (*M2*) und eine *Pressemitteilung der Stadt Mainz* zur Anwerbung spanischer Erzieher_innen (*M3*).
- Im **Arbeitsblatt V.7** werden auf Basis eines *Zeitungsartikels* (*M1*) die Organe der Troika bzw. der Institutionen zunächst systematisch hinsichtlich ihrer Funktionen, Struktur und Ziele erarbeitet und in einem Schaubild dargestellt. Anknüpfend werden die Institutionen kritisierbar gemacht mit dem Ziel, eine Bewertung des Verhältnisses zwischen Troika und Demokratie herbeizuführen.
- Im **Arbeitsblatt V.8** werden *verschiedene Alternativvorschläge* (*M 1, 2*) zur Gestaltung der europäischen Krisenpolitik in einer *Expertenanhörung* erarbeitet, diskutiert und beurteilt. Die unterschiedlichen Konzepte werden aus den Perspektiven unterschiedlicher Staaten betrachtet. ■

Wohin fließt das Geld für Griechenland?

M1 An den Menschen vorbei

1 Die Globalisierungskritiker von Attac erheben schwere
 2 Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Merkel und deren EU-
 3 Amtskollegen. Das Geld der Griechenland-Rettung floss
 4 überwiegend an Banken und Kapitalanleger, statt an
 5 die griechischen Bürger. Eine Frage lässt der Bericht
 6 allerdings offen.

7 [...] Alles nur Fassade! Das jedenfalls glauben die
 8 Globalisierungskritiker von Attac, die in mühe-
 9 voller Kleinarbeit Daten und Fakten über den
 10 Umgang Merkels und ihrer EU-Amtskollegen
 11 mit den Griechen zusammengetragen haben. Er-
 12 gebnis: Von den 207 Milliarden Euro an Hilfskredi-
 13 ten, die die Euro-Partner und der Internationale
 14 Währungsfonds (IWF) bisher nach Athen über-
 15 wiesen haben, kamen fast 160 Milliarden nicht
 16 den griechischen Bürgern zugute, sondern den
 17 Banken und Kapitalanlegern im In- und Ausland.

18 »Das Ziel der politischen Eliten ist nicht die Ret-
 19 tung der griechischen Bevölkerung, sondern die
 20 des Finanzsektors«, sagt Lisa Mittendrein von At-
 21 tac Österreich, die die Recherche mit initiiert hat.

22 [...] »Mindestens 77 Prozent der Hilfgelder
 23 lassen sich direkt oder indirekt dem Finanzsektor
 24 zuordnen«, heißt es in der Zusammenfassung der
 25 Rechercheergebnisse. Und Aktivistin Mittendrein
 26 ergänzt: »Unsere Regierungen retten Europas
 27 Banken und Reiche!« Darunter sei beispielsweise
 28 die griechische Milliardärsfamilie Latsis, die große
 29 Teile der vom Staat aufgefangenen »Eurobank Er-
 30 gasias« besitzt. Die Rechnung hingegen habe die
 31 griechische Bevölkerung begleichen müssen – in
 32 Form »einer brutalen Kürzungspolitik, die die be-
 33 kannten katastrophalen sozialen Folgen hat«.

34 Selbst von den knapp 47 Milliarden Euro, die
 35 tatsächlich im griechischen Staatshaushalt an-
 36 kamen, musste Athen dem Bericht zufolge 35
 37 Milliarden umgehend als Zinszahlungen an die
 38 Besitzer von Staatsanleihen weiterleiten. Auch
 39 habe die Regierung 2010 und 2011 mehr als
 40 zehn Milliarden Euro für die Landesverteidigung
 41 ausgegeben, weil die Regierungen in Berlin und
 42 Paris Druck gemacht hätten, dass keine Aufträge
 43 bei deutschen und französischen Rüstungsfirmen
 44 storniert werden.

45 Und noch eine wichtige Frage lassen die Glo-
 46 balisierungskritiker unbeantwortet: Was wäre ei-
 47 gentlich passiert, wenn die Staatengemeinschaft
 48 der Regierung in Athen 2010 nicht zur Hilfe ge-
 49 eilt wäre? Nach Ansicht fast aller Experten hätte
 50 sich Griechenland in einem solchen Fall binnen

51 weniger Wochen für zahlungsunfähig erklären
 52 müssen – mit unabsehbaren Folgen für den Zu-
 53 sammenhalt der gesamten Währungsunion und
 54 noch dramatischeren Konsequenzen für die Grie-
 55 chen selbst. Der Staat hätte von heute auf morgen
 56 die Zahlungen an Beamte, Rentner und öffent-
 57 liche Einrichtungen – darunter Krankenhäuser,
 58 Schulen und Kindergärten – einstellen müssen.
 59 Und die Banken wären schlicht kollabiert.

60 Mittelbar, so argumentiert zum Beispiel die
 61 Bundesregierung, seien die Kredite der Euro-
 62 Partner und des IWF deshalb sehr wohl den
 63 Bürgern Griechenlands zugutegekommen. Mit
 64 dem Hilfsprogramm habe man Athen die nöti-
 65 ge Zeit verschafft, den Staatshaushalt zu sanieren,
 66 den Schuldenabbau einzuleiten und die Wettbe-
 67 werbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu stei-
 68 gern, heißt es im Finanzministerium. Auch habe
 69 Deutschland maßgeblich mit dafür gesorgt, dass
 70 die privaten Gläubiger Griechenlands auf mehr als
 71 50 Prozent ihrer Forderungen verzichtet hätten.

72 Ähnlich sieht man das in der sogenannten Troi-
 73 ka aus EU-Kommission, Internationalem Wäh-
 74 rungsfonds und Europäischer Zentralbank: Auch
 75 die Milliarden für die Banken-Rekapitalisierung
 76 nutzen demnach dem einfachen Bürger, weil eine
 77 Volkswirtschaft ohne vernünftig ausgestattete
 78 Banken nicht funktionsfähig sei. [...]

79 Für die Kritiker von Attac sind das Schutzbe-
 80 hauptungen. »Die weit verbreitete und von europä-
 81 ischen Politikern öffentlich vertretene Position, dass
 82 das Geld der sogenannten »Rettungspakete« den
 83 Menschen in Griechenland zugutekommen wür-
 84 de«, so Aktivistin Mittendrein, »ist widerlegt!« ■ Quelle:

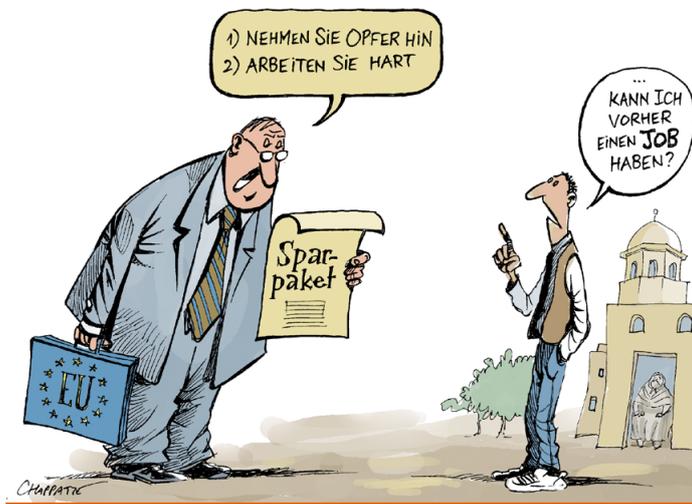
le: Claus Hulverscheidt, Süddeutsche Zeitung vom 17.06.2013

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Stellen Sie die in dem Artikel (M1) genann-
 ten Zahlungsströme grafisch dar und erläutern
 Sie mithilfe Ihrer Darstellung die Kritik von
 Attac.

2. Beziehen Sie Stellung zur Position der Bun-
 desregierung, die Hilfgelder würden dazu bei-
 tragen, »[...] den Staatshaushalt zu sanieren,
 den Schuldenabbau einzuleiten und die Wett-
 bewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu
 steigern [...]«. Berücksichtigen Sie die Daten-
 blätter (V.3).

Wie wirkt Kürzungspolitik (Austerität)?



© Chappatte in NZZ am Sonntag, Zürich - www.globecartoon.com

GRUPPENPUZZLE

Als eine Form der Gruppenarbeit dient das Gruppenpuzzle der arbeitsteiligen Analyse eines Konflikts oder einer Frage. Es beinhaltet den gegenseitigen Austausch und die Diskussion unterschiedlichen Expertenwissens. Die Ausbildung verschiedener Expertengruppen ermöglicht es, sich intensiv mit einer Frage oder einem Konflikt zu beschäftigen und wechselseitig von den Ergebnissen zu profitieren.

Vorgehen:

Zunächst wird eine Frage oder ein Konflikt auf Basis ausgewählter Materialien in einer *Stammgruppe* bearbeitet, aus welcher die Expert_innen

für je eine Frage/Konflikt pro Gruppe hervorgehen. Diese durchmischen sich nun mit den in anderen Gruppen ausgebildeten Expert_innen, sodass heterogene *Experten_innengruppen* entstehen und die in den Stammgruppen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und ausgetauscht werden können. Nach Einsicht in die Ergebnisse verschiedener Expert_innen werden in den ursprünglichen *Stammgruppen* die Ergebnisse des Austausches zusammengefasst, diskutiert und in die Bearbeitung der Ausgangsfrage mit einbezogen bzw. weiterführende Fragen bearbeitet.

Angeschlossen an das Gruppenpuzzle ist eine Reflexionsphase, in welcher die Ergebnisse sowie die Vorgehensweise ausgewertet und diskutiert werden können.

ARBEITSVORSCHLAG: GRUPPENPUZZLE

1. Stammgruppen: Recherchieren Sie auf Basis der Datenblätter (V.3) die wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal (je Stammgruppe ein Staat).

2. Expertengruppen: Präsentieren Sie als nun ausgebildete_r Expert_in Ihre Kenntnisse über den jeweiligen Staat den anderen Gruppenmitgliedern.

3. Stammgruppen: Überlegen Sie inwiefern a) die Eurokrise und b) die EU-Kürzungspolitik die Entwicklung des jeweiligen Staates positiv oder negativ beeinflusst haben.

M1 Warum Dublin und Lissabon keinen Tsipras¹ haben

1 [...] »Die Griechen können sich ein Beispiel an
 2 Irland nehmen«, meint der irische Premierminis-
 3 ter Enda Kenny. »Schließlich sind wir die Klassen-
 4 besten.« Diesen Titel könnte laut Christine Lagar-
 5 de allerdings auch Portugal beanspruchen. Nach
 6 einem Bericht in *El País* hat die IWF-Präsidentin
 7 [...] gezielt auf den Unterschied zwischen dem
 8 »guten portugiesischen Schüler« und dem grie-
 9 chischen »Krebsgeschwür« verwiesen (17. Februar
 10 2015).

11 [...] Aus Sicht des portugiesischen Premier-
 12 ministers Passos Coelho hat Lissabon den Beweis
 13 erbracht, dass »die konventionelle Antwort auf die
 14 Krise funktioniert«. Der Wirtschaftswissenschaft-
 15 ler Ricardo Paes Mamede ist da anderer Meinung:
 16 »Innerhalb weniger Jahre ist unser Land stark in
 17 Rückstand geraten. Unser Bruttoinlandsprodukt
 18 ist auf das Niveau von vor zehn Jahren gefallen.
 19 Die Beschäftigung ist heute auf dem Stand von vor
 20 zwanzig Jahren. Und was die Investitionen betrifft,
 21 die das Fundament für zukünftiges Wachstum bil-
 22 den, wurden wir um dreißig Jahre zurückgewor-
 23 fen.« Das zeigt sich auch in der aktuellen Emigra-
 24 tionswelle, die Paes Mamede mit der vor vier, fünf
 25 Jahrzehnten vergleicht, als in Portugal noch die
 26 Salazar-Diktatur (1933 bis 1974) herrschte.

27 [...] Dass Portugal von der Krise derart hart ge-
 28 beutelt wird, hat für Paes Mamede seine Ursache
 29 darin, dass diese – anders als in Griechenland oder
 30 Irland – bereits um die Jahrtausendwende einge-
 31 setzt hat. Mit anderen Worten: Die Eurokrise hat
 32 bewirkt, dass die bereits schlingernde Volkswirt-
 33 schaft völlig ins Schleudern geriet.

34 Laut EU-Kommission hat Portugal zwischen
 35 2011 und 2013 von allen europäischen Staaten die
 36 größten Einschnitte in seine Sozialsysteme vorge-
 37 nommen. Ähnliches gilt für die Lohnkosten: Von
 38 2006 bis 2012 ist die Zahl der Arbeitnehmer, die
 39 nur den Mindestlohn beziehen, von 133.000 auf
 40 400.000 gestiegen. Das sind – bei einer Erwerbs-
 41 bevölkerung von rund 5 Millionen und einer
 42 Arbeitslosenquote von fast 30 Prozent – fast 15
 43 Prozent aller Beschäftigten.

44 [...] In seinem jüngsten Länderbericht stellt der
 45 IWF fest, Portugal müsse angesichts seiner anhal-
 46 tend hohen Staatsschulden zusätzliche fiskalische
 47 Konsolidierungsmaßnahmen einführen. Ohne
 48 diese sei der angestrebte Schuldenabbau nicht zu
 49 erreichen, zumal die Lissaboner Regierung von
 50 zu optimistischen Annahmen über die wirtschaft-
 51 liche Entwicklung ausgehe. Für den Ökonomen
 52 Paes Mamede zeigt sich damit, dass das Heilmittel
 53 »entgegen den Behauptungen der Regierung nicht
 54 wirkt«.

55 [...] Und wie steht es in Irland? Der Ökonom
 56 Tom McDonnell [...] behauptet, der jüngste
 57 Aufschwung der grünen Insel, den die vom »iri-
 58 schen Modell« beeindruckte internationale Presse
 59 begeistert feiert, werde »stark überschätzt«. Zwar
 60 beginne sich die Lage tatsächlich zu bessern, aber
 61 das liege größtenteils daran, dass »der Absturz be-
 62 sonders brutal gewesen ist«. McDonnell verweist
 63 darauf, dass das irische BIP zwischen 2008 und
 64 2010 um mehr als 12 Prozent geschrumpft ist und
 65 im selben Zeitraum ein Siebtel der Arbeitsplätze
 66 verloren gingen. Die seitdem neu geschaffenen
 67 Jobs seien »in der Regel schlecht bezahlte Teilzeit-
 68 stellen, die sich zudem in Dublin konzentrieren«.

69 [...] »Der Euro hat sich als Instrument erwie-
 70 sen, um den Wohlfahrtsstaat in Europa zu zer-
 71 stören«, meint [...] Paes Mamede. »Schrumpft
 72 die Wirtschaft, bleibt den Regierungen nur eine
 73 politische Alternative: interne Abwertung durch
 74 Kürzung von Löhnen und Gehältern. Sobald das
 75 Wachstum wieder anzieht, kann man sie nicht zu
 76 Lohnerhöhungen zwingen.« Fazit: Das Europro-
 77 jekt verdamme die Region zu einer permanenten
 78 Deflation, »die weder wirtschaftlich noch politisch
 79 noch sozial tragbar ist«. ■ Quelle: Renaud Lambert, *Le Monde Dip-
 80 lomatie* vom 07.05.2015

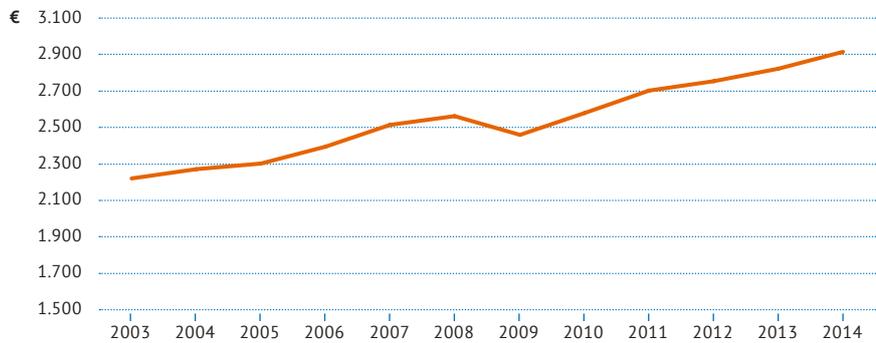
1 Anmerkung Attac: Alexis Tsipras war bei Erscheinen des Artikels seit kurzem griechischer Ministerpräsident und Vorsitzender der linken Partei SYRIZA.

ARBEITSVORSCHLÄGE

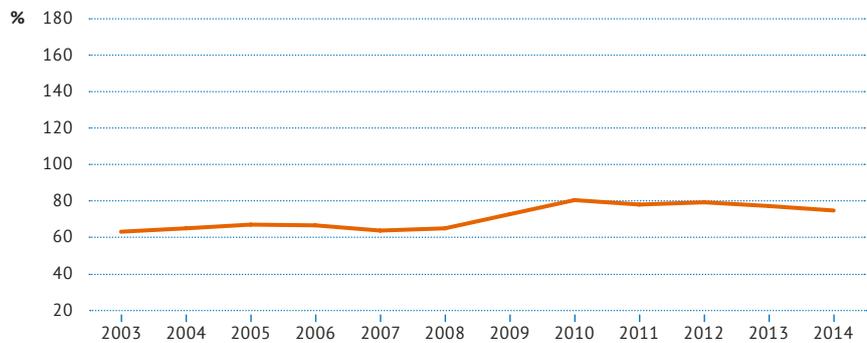
1. Lesen Sie den Ausschnitt des Artikels (M1) und benennen Sie die unterschiedlichen Akteure und deren Positionen in der Debatte um die EU-Kürzungspolitik. Welche Gründe werden für eine zustimmende, welche für eine ablehnende Haltung genannt?
2. Erläutern Sie, inwiefern Portugal und Irland im Gegensatz zu Griechenland als Musterschüler der EU bezeichnet werden können? Lassen sich anhand der Datenblätter (V.3) und Ihrer eigenen Recherchen Aussagen des Artikels belegen oder widerlegen?
3. Welche Argumente halten Sie für gewichtiger? Beziehen Sie begründet Stellung zur EU-Kürzungspolitik und diskutieren Sie diese im Plenum.

Datenblatt Deutschland

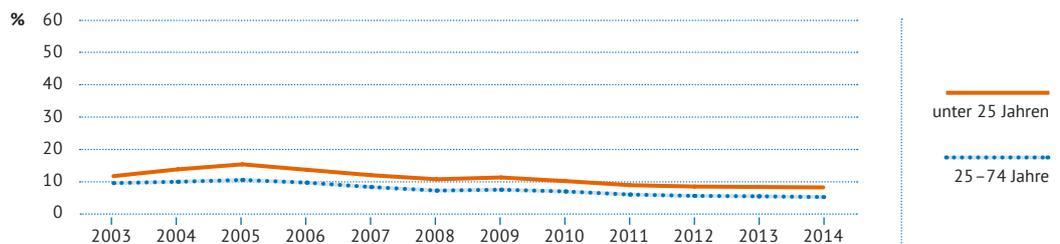
BIP IN MILLIARDEN EURO



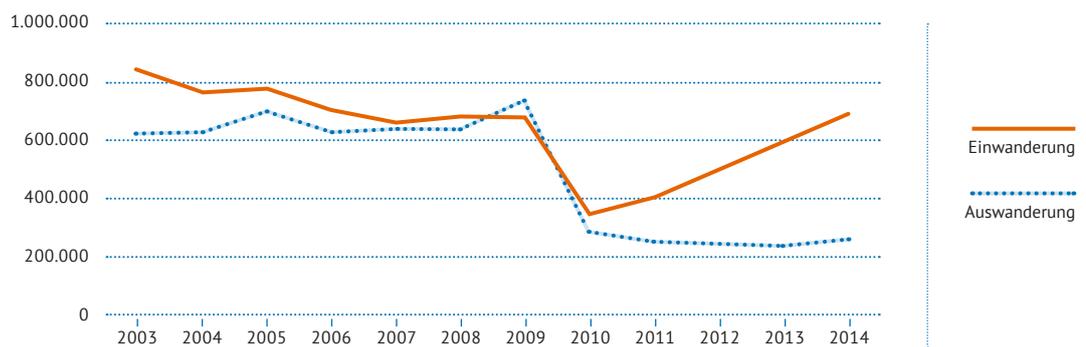
ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES



ARBEITSLIQUOTEN IN PROZENT

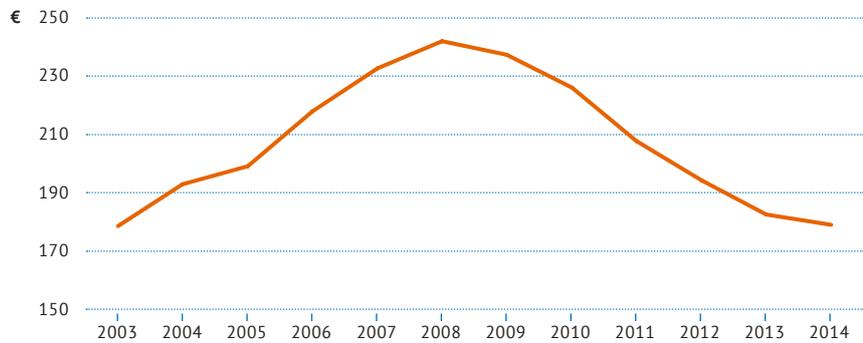


EIN-/AUSWANDERUNG IN ABSOLUTEN ZAHLEN

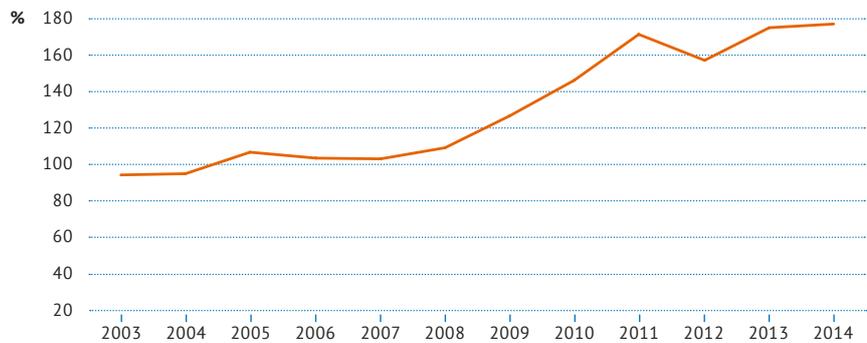


Datenblatt Griechenland

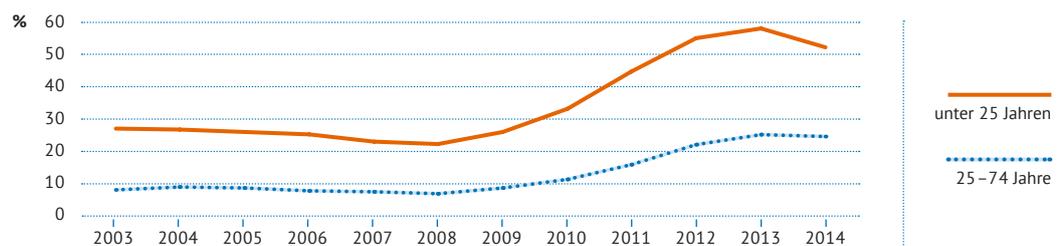
BIP IN MILLIARDEN EURO



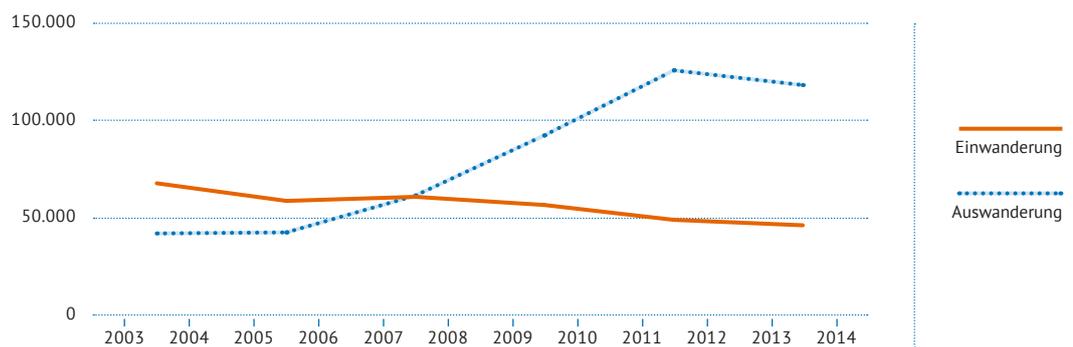
ÖFFENTLICHER BRUTTOSCHULDENSTAND IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES



ARBEITSLOSENQUOTEN IN PROZENT



EIN-/AUSWANDERUNG IN ABSOLUTEN ZAHLEN



Was heißt Austerität?

INFO

Austeritätspolitik könnte mit staatlicher Kürzungspolitik in Krisenzeiten übersetzt werden. Dahinter steht die Vorstellung, dass zu hohe Staatsschulden für eine aktuelle Krise verantwortlich seien. Um diese zu bekämpfen müsse der Staat weniger Schulden machen, indem er weniger Geld ausgibt. Austerität schaffe Vertrauen und Sorge dafür, dass Unternehmen in diesem Land wieder mehr investieren. Das soll zudem durch die Senkung von Löhnen, die Befristung von Arbeitsverhältnissen und ähnliches gefördert werden. So komme es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der am Ende – wann und unter welchen sozialen Begleiterscheinungen auch immer – auch wieder Steuergeld in die Staatskasse bringe.

In der Europäischen Union haben sich in der jüngsten Krise verstärkt politische Kräfte durchgesetzt, die auf Austerität setzen. Sie haben die Eurokrise als Staatsschuldenkrise einiger Länder interpretiert. Dementsprechend wurde die Vergabe von Hilfskrediten an die Krisenländer (durch den europäischen Rettungsschirm ESM) an Verpflichtungen der Regierungen zu Austeritätspolitik geknüpft. Zentraler Bestandteil dieser Programme sind die Kürzung staatlicher Ausgaben, etwa im Gesundheitsbereich oder bei den Renten, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum sowie die Lohnkürzungen, die Erleichterung von Entlassungen und die Befristung von Arbeitsverhältnissen. Ausgearbeitet und überwacht wurden diese Programme durch die »Institutionen« bzw. die sogenannte »Troika« aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds.

Das zentrale wirtschaftliche Argument gegen Austeritätspolitik ist, dass die Reduzierung der staatlichen Ausgaben in einer Krise zusätzlich die Nachfrage bremst. Wenn Angestellte des Staates weniger Lohn bekommen oder entlassen werden, können sie weniger einkaufen. Wenn der Staat keine Straßen mehr baut, gibt es weniger Aufträge für Baufirmen, die dann auch Arbeitskräfte entlassen müssen. Wenn Löhne gekürzt werden und immer mehr Menschen arbeitslos sind, kann sich die Bevölkerung weniger leisten. In der Folge machen die Hersteller und der Handel weniger Geschäfte und müssen ebenfalls Beschäftigte entlassen. So entsteht ein Teufelskreis aus fehlender Nachfrage und immer höherer Arbeitslosigkeit.

Zugleich nimmt der Staat immer weniger Steuern ein. Weniger Konsum bedeutet weniger Mehrwertsteuer. Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen bedeuten weniger Lohnsteuer und schlechte Geschäfte bringen schließlich weniger Steuern von Unternehmen ein. Das führt dazu, dass der Staat zwar Ausgaben kürzt, aber am Ende sogar mehr Schulden macht als vorher. Denn er muss mehr Arbeitslose unterstützen und nimmt zugleich immer weniger Steuern ein. So haben sich die Staatsschulden in allen Ländern erhöht, die sich im Zuge der Eurokrise zu einem Sparprogramm unter der Aufsicht der »Troika« verpflichten mussten. Zudem sind Arbeitslosigkeit und Armut, enorm gestiegen.

Die Alternative zur Austeritätspolitik besteht darin, die Wirtschaft in Krisenzeiten mit staatlichen Investitionsprogrammen wieder in Gang zu bringen. Die zentralen Argumente dafür hat John Maynard Keynes in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre entwickelt. Damals wurde offensichtlich, dass die Kürzungspolitik insbesondere in Deutschland die Situation nur verschlimmert hatte. Laut Keynes muss der Staat in der Krise Geld ausgeben, auch wenn er sich dafür weiter verschulden muss (deficit spending). Sparen kann er in den Zeiten, in denen es wieder zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommt.

Im Übrigen kann niemand genau sagen, wann die Schulden eines Staates zu hoch sind. Letztlich ist das der Fall, Investoren (hauptsächlich Banken) keine Kredite mehr bewilligen, weil sie bezweifeln, dass das Land die Schulden zurückzahlen kann. Hinweise darauf gibt das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftskraft eines Landes (die Schuldenquote). Aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle. So haben Japan oder die USA eine höhere Schuldenquote als mancher Krisenstaat in Europa, ohne dass sie deshalb in eine Krise geraten wären.

Jugendarbeitslosigkeit in Europa

M1 Ausschnitt eines Interviews zu Jugendarbeitslosigkeit in Europa mit der Ökonomin Brigitte Unger

- 1 **ZEIT:** Von wie vielen Jugendlichen sprechen wir?
- **UNGER:** Zurzeit gilt für die EU: Jeder fünfte Jugendliche, der arbeiten will, kann es nicht. Wir haben eine Quote von 22 Prozent. Insgesamt sind es 5,1 Millionen Arbeitslose. Besonders erschreckend ist dabei ein neues Phänomen; bislang entwickelten sich Jugendarbeitslosigkeit, die immer höher ist, und Gesamtarbeitslosigkeit parallel.
- 10 Doch seit der Finanzkrise ist die Jugendarbeitslosigkeit drastisch und stärker angestiegen als die Gesamtarbeitslosigkeit. Unternehmen zögern in der Krise, Mitarbeiter einzustellen, das trifft besonders junge Berufseinsteiger.
- 15 **ZEIT:** Am schlechtesten steht es um die Jugendlichen in Süd- und Osteuropa. Laut der offiziellen EU-Statistik liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei 53,5 Prozent, in Griechenland bei 49,8 Prozent und in Italien bei 43,9 Prozent. Auch Frankreich zählt mit 25,4 Prozent zu den Krisenregionen. Gibt es eine Erklärung dafür?
- **UNGER:** Der Süden Europas hat ein grundsätzliches Strukturproblem, das bereits vor der Finanzkrise bestand, obschon die Arbeitslosenzahlen deutlich unter den heutigen lagen. Mangelnde Ausbildungsplätze, mangelnde Infrastruktur, mangelnde Investitionen. Zu diesem großen
- Paket an Problemen ist die starke Austeritätspolitik, die Sparpolitik, hinzugekommen. Was für Deutschland noch möglich war – gerade in Krisen sparen zu müssen – war für die Südeuropäer ein unmögliches Programm, weil es ans Eingemachte ging, an die Grundnahrungsmittel und die medizinische Versorgung, an die Bezahlung der Lehrer.
- 35 Die Einsparungen haben die Nachfrage nach Gütern gedrosselt und die Arbeitslosigkeit im Süden in die Höhe getrieben.
- **ZEIT:** Nun stellt allerdings der Europäische Sozialfonds seit 2013 jährlich zehn Milliarden Euro zur Umsetzung der Jugendgarantie bereit, die jedem Jugendlichen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten eine Arbeit, ein Praktikum oder eine Ausbildung zusichert. Weitere sechs Milliarden Euro sind für die Jugendbeschäftigungsinitiative eingeplant, die Regionen mit mehr als 25 Prozent Jugendarbeitslosenquote zugutekommen sollen. Reicht das nicht aus?
- **UNGER:** Geld ist vorhanden, aber trotzdem greifen all diese Initiativen nicht, weil Länder erst dann von der EU Geld bekommen, wenn sie Strukturpläne vorlegen. Von den Milliardenbeträgen sind nur kleine Millionenbeträge ausgeschöpft worden. Das ist ein Armutszeugnis für die EU.
- 50 [...] ■ Quelle: Interview Sibylle Trost in *Die Zeit* vom 13.05.2015

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Benennen Sie die im Interview (M1) formulierten Gründe für die Jugendarbeitslosigkeit in Europa sowie Möglichkeiten, diese einzudämmen. Halten Sie Ihre Ergebnisse mithilfe einer Mind-Map fest und tauschen Sie diese mit einem Partner_in aus. Stellen Sie gemeinsam Überlegungen an, inwiefern die EU-Kürzungspolitik Einfluss auf die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa haben könnte.

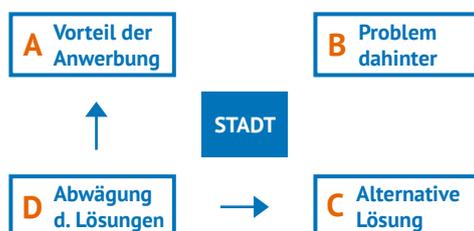
2. Recherchieren Sie unter www.ec.europa.eu/esf zum Europäischen Sozialfonds. Machen Sie sich ein Bild von dessen Zielsetzung, dessen Umfang und dessen Vergabe- und Förderkriterien. Denken Sie über die Möglichkeiten und Grenzen des Europäischen Sozialfonds zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa nach und notieren Sie diese.

Soziale Situation und Migration in Europa

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Tauschen Sie sich zu zweit über das Praktikumsangebot in Portugal (M1) aus. Würden Sie sich darauf bewerben? Würden Sie generell gerne im Ausland arbeiten? Was würden Sie gerne machen? Was kommt für Sie nicht in Frage?
2. Sammeln Sie die Gründe, die im Interview (M2) für und gegen eine (zeitweise) Auswanderung genannt werden und ergänzen Sie weitere Punkte.
3. Lesen Sie die Pressemitteilung der Stadt Mainz zur Anwerbung spanischer Erzieher_innen (M3) und erstellen Sie je eine Argumentationskarte (s.u.) für die Städte Mainz und Valencia: Was ist der Vorteil der Anwerbung, was ist das zugrundeliegende Problem? Was wäre eine andere Lösung dafür? Was spricht für die Anwerbung und was für die Alternative?
4. Erarbeiten Sie eine Stellungnahme zur sozialen Situation in Europa und behandeln Sie dabei folgende Fragen: Wie ist die soziale Situation in den Krisenländern am Beispiel Spanien (M2)? Wie bewerten Sie die Anwerbung von Erzieher_innen aus Valencia durch die Stadt Mainz (M3)? Lässt sich das Mainzer Modell auf Deutschland und Spanien übertragen? Welche Politik müsste Ihrer Meinung nach aus gesamt-europäischer Perspektive verfolgt werden und warum?

◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇ ARGUMENTATIONSKARTE ◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇



M1 Angebot der Bundesagentur für Arbeit

1 Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV): Tourismuspraktika in Portugal

- Die Agentur Arco Largo vermittelt in Zusammenarbeit mit der ZAV Tourismuspraktika an der Algarve, Portugal. Es werden Praktikumsstellen in der Hotellerie in den Bereichen Rezeption, Bar, Restaurant, Sport- und Kinderanimation angeboten. Darüber hinaus vermittelt Arco Largo an der Algarve auch interessante Praktikumsstellen in Tauchschulen, Surf Camps und Reiterhöfen sowie in sonstigen Unternehmen des Outdoor-Freizeitbereichs.
- Art der Tätigkeit:** Praktika hauptsächlich in den Bereichen Hotellerie (vor allem im Restaurant- und Barservice sowie Rezeption) sowie in Tauch- und Reitschulen; andere Berufsbereiche auf Anfrage [...].
- Teilnehmerkreis:** Abiturienten mit Jobberfahrung, Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung, Studenten und Hochschulabsolventen, Staatsangehörigkeit eines EU-, EWR-Landes oder der Schweiz.
- Voraussetzungen:** Sehr gute Englischkenntnisse, Portugiesisch- oder weitere Sprachkenntnisse sowie Erfahrung im Hotel- und Gastronomiebereich sind von Vorteil, aber nicht zwingend erforderlich.
- Beschäftigungsorte:** Algarve
- Beginn und Dauer der Beschäftigung:** Die Praktikumsdauer beträgt 2–6 Monate, vorrangig in den Monaten April bis Oktober.
- Entlohnung:** Hotels und Restaurants zahlen ein monatliches Taschengeld zwischen 200 und 400 €/Monat, die Reiterhöfe etwa 50 €/Monat zzgl. kostenloser Reitstunden; in den Tauchschulen werden je nach Vorkenntnissen die Ausbildung zum Dive-Master bis hin zum Instructor komplett finanziert.
- Unterkunft:** Alle Praktikumsbetriebe stellen eine kostenlose Unterkunft zur Verfügung. Freie Verpflegung wird in allen Hotels (Kantine), Restaurants und auf den Reiterhöfen geboten, ansonsten je nach Betrieb Teil- oder Selbstverpflegung.
- Kosten:** Die Programmgebühr beträgt 640 € für ein Praktikum von zwei Monaten, 740 € für eine Dauer von 3–4 Monaten und 840 € für ein Praktikum von 5–6 Monaten. ■ Quelle: www.arbeitsagentur.de (15.06.15)

M2 Großer Frust, persönliche Zukunfts- sorgen und neue Hoffnung

Ein Interview zur Situation in Spanien und der Perspektive der Auswanderung mit Silvia Penarrubia Soto. Die 39jährige studierte Sozialarbeiterin lebt in Valencia und ist derzeit arbeitslos.

1 **ATTAC:** Frau Penarrubia Soto, in den letzten Jahren gab es eine große Wirtschaftskrise in Spanien, wie haben Sie persönlich diese Zeit erlebt?

5 **FRAU SOTO:** Ich habe in einem Kinderheim gearbeitet und bin jetzt seit 1,5 Jahren arbeitslos. Ich habe selbst gekündigt, weil die Arbeitsbedingungen immer schlechter wurden. Nicht nur die Löhne, ich habe zum Schluss das gleiche verdient wie am Anfang vor 10 Jahren, obwohl alles teurer wurde. Aber vor allem hat unsere Chefin uns das Leben schwer gemacht, weil wir schon lange dort gearbeitet haben und gute Arbeitsbedingungen gefordert haben, die natürlich ihren Preis haben.

10 Jetzt haben sie neue Leute angestellt, die weniger verdienen und sich auch nicht gegen die Arbeitsbedingungen wehren, weil sie froh sind, überhaupt noch einen Job zu haben. Die Arbeitslosigkeit ist generell sehr hoch und wegen der ganzen Kürzungen gibt es gerade im sozialen Bereich kaum noch Arbeit. Ich bin gut ausgebildet, habe studiert, finde aber keine Arbeit.

15 **ATTAC:** In den vergangenen Jahren haben ja sehr viele Menschen ihre Arbeit verloren, fast jede_r Vierte ist arbeitslos, das sind 5,5 Millionen Menschen. Wovon leben sie?

20 **FRAU SOTO:** Sie bekommen maximal zwei Jahre Arbeitslosengeld, nach sechs Monaten wird es weniger und nach den zwei Jahren bekommen sie gar nichts mehr. Es gibt hier auch kein Kindergeld oder Wohngeld wie in Deutschland. Zum Teil leben jetzt drei Generationen einer Familie in einer Wohnung und müssen allein von der Rente der Großeltern überleben. Man sieht hier auch immer mehr Menschen, die einfach gar nichts mehr haben, die Mülltonnen durchsuchen um zu überleben.

25 Aber auch für Leute, die Arbeit haben, ist es oft schwer, Viele haben eine volle Stelle, können davon aber keine Familie ernähren. Die neuen Arbeitsverträge sind schlechter als früher, weniger sicher und schlechter bezahlt. Beamte hatten plötzlich 10 Prozent weniger Gehalt und so weiter. Viele haben jetzt Probleme, die Miete oder den Kredit für die Wohnung zu bezahlen. Es gab überall einen großen Frust, das hast Du richtig gespürt.

30 **ATTAC:** Nach jahrelangem Rückgang ist die spanische Wirtschaft wieder leicht gewachsen und die deutsche Regierung sagt, die Krise wäre in Spanien vorbei. Sehen die Leute das vor Ort auch so?

35 **FRAU SOTO:** Es ist eine Sache, was die großen Zahlen sagen und eine andere, wie es den Menschen wirklich geht. Es stehen nicht mehr ganz so viele Läden leer und es gibt etwas weniger Arbeitslose, das stimmt, aber zu welchen Bedingungen arbeiten die Menschen jetzt? Über 80 Prozent der neuen Verträge sind befristet und man verdient sehr schlecht. Was bringen neue Arbeitsplätze von denen die Menschen nicht leben können?

40 So kann man sich keine Existenz aufbauen und von den jungen Menschen unter 25 Jahren sind mehr als die Hälfte arbeitslos. Manche müssen mit Mitte dreißig noch bei den Eltern wohnen, weil sie immer nur kurze Jobs haben und sich keine Wohnung leisten können. Deswegen gehen sehr viele junge Menschen, die fertig studiert haben nach England, Deutschland oder in die Schweiz, weil sie hier keine Perspektive haben.

45 **ATTAC:** Seit 2011 sind fast ein halbe Million Spanier_innen ausgewandert. Haben Sie auch schon daran gedacht?

50 **FRAU SOTO:** Ich habe sehr ernst darüber nachgedacht. Ich habe nach meinem Studium schon mal ein Freiwilliges Soziales Jahr in Deutschland gemacht und war jetzt vor kurzem auch wieder für zwei Monate dort und habe gearbeitet. Ich kann die Sprache, kenne mich dort aus und habe Freunde. Das macht es leichter, viele gehen heute, ohne die Sprache zu sprechen.

55 Auf der anderen Seite bin ich jetzt Ende dreißig, habe eine Wohnung, eine Beziehung, eine Familie und so weiter. Damals bin ich freiwillig gegangen, um eine Erfahrung zu machen, wer heute geht, geht weil er muss. Das ist ein großer Unterschied. Aber wenn mein Arbeitslosengeld ausläuft, muss ich auch sehen, wovon ich lebe und in Deutschland könnte ich gerade leichter eine Arbeit finden als hier. Ich muss nicht in meinem Beruf arbeiten, ich würde auch im Supermarkt an die Kasse gehen, aber ich finde hier gerade überhaupt keine Arbeit und wenn das so bleibt, werde ich vielleicht auch gehen.

60 **ATTAC:** Während der Krise sind neue soziale Bewegungen und politische Parteien entstanden, welche sind das?

65 **FRAU SOTO:** Das ging 2011 mit der sogenannten 15M-Bewegung los, die am 15. Mai Camps auf zentralen Plätzen in den Städten, vor allem in Madrid, eingerichtet hat. Dort haben sich sehr viele ganz unterschiedliche Menschen getroffen und gesagt, so kann es nicht weitergehen, wir müssen uns organisieren, die Politiker repräsentieren uns nicht mehr.

Es ging dabei vor allem um die vielen Kürzungen in Folge der Krise, um die Perspektivlosigkeit und darum, dass viele Menschen aus ihren Wohnungen geworfen wurden, weil sie die Raten nicht mehr zahlen konnten. Aber ein zentraler Punkt war auch die Korruption in Spanien.

Aus diesen Diskussionen und Kontakten ging dann die neue Partei Podemos (Wir Können) hervor. Bei den letzten Kommunalwahlen ist Podemos in vielen großen Städten mit lokalen Bewegungen und Parteien gemeinsam angetreten und diese Bündnisse sind jetzt an der Regierung in Madrid, Barcelona, Valencia und anderen Städten.

Aber es gibt jetzt auch die neue rechte Partei Ciudadanos (Staatsbürger), die viele Stimmen von den Konservativen bekommen hat, aber viel radikaler rechts ist und vor allem Angst vor Podemos schürt.

ATTAC: Welche Erwartungen verbinden die Menschen mit den neuen Bewegungen und Parteien?

FRAU SOTO: Es ist einfach die Hoffnung, dass jetzt etwas anders wird. Wir hatten seit der Diktatur immer ein Zwei-Parteien-System. Die Sozialdemokraten, die immer mehr in die Mitte gerutscht sind und die Konservativen, die jetzt an der Regierung sind. Diese Parteien haben uns in die Krise geführt und in der Krise kam eine Kürzung nach der anderen. Podemos hat da frischen Wind gebracht, neue Ideen und vor allem waren sie nicht in die Korruption verstrickt. Das hat vielen Menschen Hoffnung auf Veränderung gegeben.

ATTAC: Was können sie Ihrer Meinung nach anders gestalten?

FRAU SOTO: Viele hoffen auf eine sozialere Politik, bei der das Geld, das da ist, auch in Dinge investiert wird, die für die Menschen da sind. Hier in Valencia wurde früher zum Beispiel sehr viel Geld in den Umbau des Hafens für eine große Segel-Regatta, für ein neues Fußballstadion oder eine neue Formel-1-Strecke ausgegeben. Wir können jetzt nicht mal die Zinsen für die Schulden zahlen, die dafür gemacht wurden.

Gleichzeitig werden Container als Schulgebäude genutzt, die Krankenhäuser sind voll und Du bekommst keine Termine und so weiter. Und in dem Zusammenhang gab es eben auch eine Menge Korruption. Mittlerweile sitzen sieben ehemalige Politiker deswegen im Gefängnis.

Eine der ersten Maßnahmen der neuen Kommunalregierung war es zum Beispiel die Schulmensen auch in den Ferien offen zu lassen, damit alle Kinder ein gesundes Essen am Tag haben, weil

viele Zuhause sonst nur billige Nudeln ohne Gemüse, Fleisch oder Fisch bekommen.

ATTAC: Müsste sich auch in Europa etwas ändern?

FRAU SOTO: Ich kenne mich mit den Wirtschaftszahlen nicht wirklich aus, aber man kann die Menschen in Griechenland oder Spanien nicht so behandeln, egal welche Fehler ein Land gemacht hat, welche Schulden gemacht wurden.

Viele fragen sich auch, ob der Euro eine gute Idee war. Seit wir den Euro haben, ist alles teurer geworden aber die Löhne sind gleich geblieben. Ich habe es gerade gesehen, die Lebensmittel sind hier teurer als in Deutschland und die Leute verdienen viel weniger. Außerdem ist das wenige, was wir – im Vergleich zu Deutschland – an Sozialstaat hatten, wieder zurückgegangen.

Und worum sich Europa unbedingt gemeinsam kümmern müsste, ist die Migration. Hier in Spanien kommen jeden Tag hunderte Menschen übers Meer aus Afrika und ich weiß nicht wo, aber ich weiß, dass diese Menschen ein Recht auf ein gutes Leben haben, genau wie wir alle.

ATTAC: Gibt es etwas, das Sie einem deutschen Publikum gerne sagen möchten?

FRAU SOTO: Als ich jetzt die zwei Monate in Deutschland war habe ich oft gehört, dass die Griechen faul wären, zu wenig gearbeitet hätten, Geld verschwendet hätten und jetzt die Quittung bekämen. Das mag zum Teil so sein, aber man kann die Menschen jetzt nicht so bestrafen, zumal es doch oft um Fehler der Regierung geht.

Die Deutschen sollten wissen, dass es den Menschen hier oder in Griechenland nicht gut geht. Ich persönlich kann mich nicht beschweren, aber wenn ich jetzt zum Beispiel Kinder hätte, würde ich nicht mehr Arbeitslosengeld bekommen und wüsste nicht, wie ich meine Kinder ernähren sollte. Ihr habt auch Armut in Deutschland, aber im Vergleich zu uns geht es euch insgesamt sehr gut.

ATTAC: Was wünschen Sie sich persönlich für die nächsten Jahre?

FRAU SOTO: Meine persönlichen Wünsche sind mit allgemeinen Wünschen verknüpft. Wir brauchen soziale Projekte, die benachteiligten Menschen bessere Lebensbedingungen schaffen. Ich möchte als ausgebildete Sozialarbeiterin wieder in solchen Projekten arbeiten, mein Geld verdienen und etwas dazu beitragen, dass es allen hier gut geht. Die neue kommunale Regierung macht mir Hoffnung, sie hat sicher einen guten Willen, aber sie braucht natürlich auch die finanziellen Mittel.

ATTAC: Vielen Dank für das Gespräch. ■ Interview

von Attac, geführt im Juli 2015.

M3 Gewinn für Mainz und Valencia

1 Die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern
 2 aus der spanischen Partnerstadt ist »ein Gewinn für
 3 Mainz und Valencia«, stellen Oberbürgermeister
 4 Ebling und Sozialdezernent Kurt Merkator fest:
 5 »Wir gewinnen gut ausgebildete Fachkräfte und
 6 diese erhalten eine berufliche Perspektive.« Heu-
 7 te informierten sie in der Stadtratssitzung über
 8 den Stand der Anwerbung. Eine ist schon da, die
 9 nächsten fünf Erzieherinnen kommen im Okto-
 10 ber und November, 20 weitere im Januar und eine
 11 im Sommer 2014.
 12 Mittels einer Ausschreibung in Valencia waren
 13 Anfang 2013 bei der Stadt Valencia 250 Bewer-
 14 bungen eingegangen. Diese wurden hinsichtlich
 15 der von der Stadt Mainz geforderten Ausbildungs-
 16 abschlüsse überprüft. 51 Bewerbungen bestanden
 17 die Vorauswahl. Diese erhielt die Stadt Mainz und
 18 überprüfte sie im Blick auf ihre fachliche Qua-
 19 lifikation. Danach wurden 43 Bewerber/-innen
 20 für Mitte Mai 2013 zu einem Vorstellungsges-
 21 präch vor Ort in Valencia eingeladen. Nach der
 22 Überprüfung der persönlichen Eignung im Vor-
 23 stellungsge spräch wurden insgesamt 30 Arbeits-
 24 verträge ausgehändigt, wovon 27 Arbeitsverträge
 25 unterschrieben an die Stadt Mainz zurückgesandt
 26 wurden. Insgesamt konnten 24 Erzieherinnen und
 27 3 Erzieher für die städtischen Kindertagesstätten
 28 gewonnen werden.
 29 Die Erzieherinnen und Erzieher werden suk-
 30 zessive in Mainz ihren Dienst antreten. Dies hängt
 31 von den unterschiedlichen Deutschkenntnissen
 32 der Bewerberinnen ab. Eine Erzieherin hat den
 33 Dienst bereits am 1. September 2013 angetre-

ten. Fünf weitere Erzieherinnen werden zum 15.
 35 Oktober bzw. 1. November 2013 kommen. Eine
 36 Erzieherin benötigt einen längeren Zeitraum für
 37 einen noch notwendigen Sprachkurs. Dieser
 38 Arbeitsvertrag beginnt im Juni 2014. Alle übr-
 39 igen 20 Arbeitsverträge beginnen zum 1. Januar
 40 2014. Die Beschäftigungsverhältnisse erfolgen zu
 41 den gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen und
 42 Gehaltskonditionen wie bei den in Deutschland
 43 wohnhaften Beschäftigten.
 44 Die spanischen Erziehungsfachkräfte verfügen
 45 über sehr unterschiedliche Deutschkenntnisse,
 46 viele über keine oder wenige Sprachkenntnisse.
 47 Um in einer Kindertagesstätte arbeiten zu kön-
 48 nen, hat die Stadt Mainz Deutschkenntnisse im
 49 B1-Niveau vorausgesetzt, wie von der Volkshoch-
 50 schule Mainz und dem Goethe-Institut empfoh-
 51 len. Diese Deutschkenntnisse müssen bei jedem
 52 Bewerber vor Dienstantritt in Deutschland vor-
 53 liegen. Daher führt das Centro Aleman (Deutsche
 54 Sprachschule in Valencia) diese entsprechenden
 55 Deutschkurse (Niveau A1, A2 und B1) durch.
 56 Die Kosten der Sprachkurse übernimmt die
 57 Stadt Mainz. Vertraglich vereinbart wurde, dass
 58 die Bewerber und Bewerberinnen angefallene
 59 Kosten für Sprachkurse zu erstatten haben, wenn
 60 sie den Sprachkurs abbrechen, den Dienst nach
 61 Abschluss des Sprachkurses in Deutschland nicht
 62 antreten oder wenn das Arbeitsverhältnis vor Ab-
 63 lauf von sechs Monaten vom Arbeitnehmer been-
 64 det oder auf seinen Wunsch hin ein Aufhebungs-
 65 vertrag geschlossen wird. ■ Quelle: Pressemitteilung der Stadt
 Mainz vom 12.09.2013



Graffito von Above
 in Spanien –
 24% Desempleados
 (24% arbeitslos).
 Foto © Above

Wer hat die Troika gewählt?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Sammeln Sie die in M1 genannten politischen Institutionen und recherchieren Sie auf Basis der Infotexte (M2) weitere Informationen:
 - Was ist der Zweck der Institution?
 - Wer gehört ihr an?
 - Wer trifft die Entscheidungen?
 - Wie werden die Entscheidungspositionen besetzt?
2. Erstellen Sie mithilfe der Infotexte (M2) ein Schaubild, welches die Troika, die Programmländer, die Euro-Gruppe und das Europaparlament beinhaltet:
 - Aus welchen Akteuren setzen sich diese vier Hauptakteure zusammen?
 - Welche Beziehungen zwischen den Akteuren werden im Artikel genannt?
- Welche Institutionen können deutsche Bürger_innen wählen, welche können sie mit einer Wahl indirekt beeinflussen?
- Welche Institutionen können portugiesische Bürger_innen wählen, welche können sie mit einer Wahl indirekt beeinflussen?

3. Beurteilen Sie das Verhältnis der Troika zur Demokratie: Übt die Troika tatsächlich Macht jenseits von Kontrolle aus? Welchen Einfluss können europäische Bürger_innen ausüben, die Lohnkürzungen in Krisenländern für falsch halten? Was denken Sie über den Vorschlag des Europäischen Parlaments, die Troika durch einen Europäischen Währungsfonds zu ersetzen?

M1 Völlig losgelöst

Die Troika gründet nur auf Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Euro-Zone. Ihre Beamten üben Macht aus, die kein Parlament [...] kontrolliert. Wer kann den Aufsehern Anweisungen geben?

- 1 Als die Euro-Staaten im Mai 2010 das erste Kreditprogramm für Griechenland auf den Weg brachten, trafen sie eine weitere folgenschwere Entscheidung. Die Regierung in Athen musste sich im Gegenzug einer Institution unterwerfen, die in keinem europäischen Vertrag und keiner Verfassung jemals vorgesehen war: dem Verbund aus IWF, EZB und EU-Kommission, den griechische Journalisten alsbald mit dem Begriff Troika belegten. Deren Arbeit fußt damit lediglich auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen [...]. In der Konsequenz geschieht alles, was die Beamten der Troika tun, juristisch gesehen außerhalb des Vertrags der Europäischen Union und ihren Institutionen. Damit sind sie nicht mal an die EU-Charta der Grundrechte gebunden.
 - So üben die eingesetzten Technokraten aus Brüssel, Frankfurt und Washington in den Krisenstaaten erhebliche Macht aus und sind doch keinem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig. Zwar haben die deutschen Beamten Klaus Masuch und Matthias Mors, die für die EZB und die EU-Kommission die Verhandlungen in den »Programmländern« führten, an Anhörungen im Europaparlament teilgenommen. Doch Europas Volksvertreter haben auf deren praktische Politik beim Umgang mit den Regierungen in Athen, Dublin, Lissabon und Nikosia keinen Einfluss.
- Allein die Finanzminister der Euro-Gruppe können den Troika-Beamten Anweisungen geben. In der Praxis wissen aber auch die Minister oft nicht, was ihre Aufseher tun. Sie »unterstützten die Empfehlungen der Troika, ohne ihre konkreten Implikationen zu prüfen«, erklärte der frühere Vorsitzende der Euro-Gruppe und heutige Kommissionschef Jean-Claude Juncker dem Parlament. [...]
 - Dabei agieren die Beamten der EU-Kommission in einer bizarren Doppelrolle. Rechtlich sind sie ausdrücklich verpflichtet, die geltende EU-Verfassung, den Vertrag von Lissabon, einzuhalten. Dort heißt es aber zum Beispiel im Artikel 153, dass die EU und ihre Organe »nicht für das Arbeitsentgelt« zuständig sind, sich also aus Fragen der Lohnfindung heraushalten müssen. Als Mitglieder der Troika tun aber dieselben Beamten genau das. In allen Krisenländern erzwangen sie Reformen zur Lohnsenkung, die von der Kürzung des Mindestlohns über die Abschaffung des Kündigungsschutzes bis hin zur Aushöhlung des Tarifrechtes reichen. Selbst diesen »Vertragsbruch«, wie der Europäische Gewerkschaftsbund befand, ließ die konservativ-liberale Mehrheit im Europaparlament aber unbeanstandet. Nach einer Untersuchung der Troika-Praxis einigten sich die Parlamentarier vor einem Jahr nur darauf, dass die Troika langfristig durch einen »Europäischen Währungsfonds« ersetzt werden soll, der dem EU-Recht und damit der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Das allerdings würde eine Änderung des EU-Vertrags und die Zustimmung aller Regierungen erfordern. ■ Quelle: Harald Schumann, *Der Tagesspiegel* vom 22.02.15

Europäischen Kommission und den Rat der Europäischen Union und kann gegen diese vor dem Europäischen Gerichtshof klagen. Viertens schließlich wählt das EP die Präsident_in der EU-Kommission und bestätigt die EU-Kommissar_innen. Das EP wird alle fünf Jahre durch die Bürger_innen der EU gewählt und ist somit das einzige direkt gewählte Organ der EU. Derzeit umfasst es 751 Sitze. Ähnlich wie der Bundestag und andere nationale Parlamente besteht auch das EP aus verschiedenen eher weltanschaulich als national orientierten Parteien.

Euro-Gruppe Die Euro-Gruppe ist ein informelles Gremium auf Ebene der EU, in dem die Mitgliedsstaaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen. Die Länder der Eurozone sind jeweils durch ihre Finanzminister_innen und ein_e Beamt_in vertreten. Vonseiten der EU sind die Wirtschafts- und Währungskommissar_in der Europäischen Kommission, die Präsident_in der Europäischen Zentralbank und die Vorsitzende des Europäischen Wirtschafts- und Finanzausschusses vertreten. Als informelles Gremium kann die Euro-Gruppe keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen.



Protest gegen die Politik der Troika.
Foto: Attac

Alternativen zur EU-Kürzungspolitik

EXPERTENANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist die Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d. h. von wirtschaftlichen Akteuren, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger_innen in ausgewogener Weise die Stellungnahmen derjenigen, die von den Regulierungen betroffen sind. Um den Einfluss von Lobbyist_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Demnach vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater_innen und Lobbyist_innen Unternehmensinteressen. Zunehmend werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z. B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch, u. a.) als Expert_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

Vorgehen:

Die Lernenden erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulieren eine

Expertenanhörung vor politischen Entscheidungsträgern (z. B. vor dem Rat der Europäischen Finanzminister oder dem Finanzausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein_e Vertreter_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein_e Moderator_in zu bestimmen, welche_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert_innen und Lobbyist_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren am gewichtigsten? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteure ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker_innen ausgeübt?

ARBEITSVORSCHLAG: EXPERTENANHÖRUNG

Sie simulieren eine Anhörung vor der EU-Kommission zu der Frage »Wie ist die zukünftige EU-Krisenpolitik zu gestalten?« Um eine Entscheidung zu ermöglichen, beraten Sie sich zunächst in verschiedenen Interessengruppen aus der Bevölkerung und danach in Staatengruppen, welche aus je einem_r Vertreter_in der Interessengruppen bestehen.

1. Vorbereitung: Finden Sie sich in Interessengruppen (Arbeitslose, Arbeiter_innen/Angestellte, Beamt_innen, Unternehmer_innen, Manager_innen, Studierende/Schüler_innen) zusammen und diskutieren Sie den DGB-Marshallplan (M1) im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik. Entscheiden Sie sich anschließend, an welchem Konzept sich die zukünftige Krisenpolitik der EU orientieren soll und vertreten Sie diese Position in der nächsten Phase in den Staatengruppen.

Berücksichtigen Sie ggf. auch die auf den vorhergehenden Arbeitsblättern erarbeiteten und analysierten Daten.

Leitfragen:

- Inwiefern hätte der DGB-Marshallplan die Situation Ihrer Interessengruppe im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik positiv oder negativ beeinflusst?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie in dem DGB-Marshallplan? Welche Grenzen (auch bezüglich der Umsetzung) existieren?

2. Vorbereitung: Finden Sie sich in Staatengruppen (Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal) zusammen, welche aus je einem_r Vertreter_in der Interessengruppen bestehen. Nun diskutieren Sie innerhalb Ihres Staates unter Einbeziehung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und deren Positionen über den DGB Marshallplan im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik. Führen Sie eine Entscheidung herbei, welche von möglichst breiten Bevölkerungsteilen getragen wird und in der folgenden Phase der Expertenanhörung vertreten wird.

Leitfragen

- Inwiefern hätte der DGB-Marshallplan die Situation Ihres Staates im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik positiv oder negativ beeinflusst?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie in dem DGB-Marshallplan? Welche Grenzen (auch bezüglich der Umsetzung) existieren?

3. Durchführung: Sie führen eine Expertenanhörung vor der EU-Kommission zu der Frage »Wie ist die zukünftige EU-Krisenpolitik zu gestalten?« durch, an der Vertreter_innen der aus unterschiedlichen Interessengruppen bestehenden Staaten teilnehmen.

Bestimmen Sie eine_n Moderator_in, welche_r als Vorsitzender der Kommission neutral ist und die Aufgabe hat, auf die Einhaltung der Regeln einer formalisierten Debatte zu achten.

4. Reflektion: Reflektieren Sie den Ablauf der Expertenanhörung sowie die Vor- und Nachteile des DGB-Marshallplans für verschiedene Interessengruppen. Welche Entscheidungen wurden getroffen? Welche Argumente waren am wichtigsten? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Beteiligten herbeigeführt? _____

**M1 Investition in die Zukunft:
Ein neuer Marshallplan für Europa**

1 Die Kürzungspolitik der EU führt den Kontinent
immer tiefer in die Depression. Auch in Nicht-
Krisenstaaten schwindet die Zukunftsfähigkeit.
Nur eine Investitionsoffensive, ein neuer »Mar-
shallplan« macht Europa wieder wettbewerbsfähig
und schafft wirtschaftlichen Erfolg: Für ein neues
Vertrauen der Europäer in die Zukunft ihrer Län-
der und in Europa als Ganzes. [...]

Heute leidet Europa nicht unter Kriegsfolgen,
dafür aber unter den Folgen einer zerstörerischen
Krise: In einigen Ländern ist jeder Vierte arbeitslos,
Armut breitet sich aus. Die Kürzungspolitik führt
immer tiefer in die Depression und zerstört Wirt-
schaftsstrukturen. Auch in Nicht-Krisenstaaten
schwindet die Zukunftsfähigkeit: In Deutschland
rotten Straßen, Brücken und Abwasserkanäle vor
sich hin. Es gibt weder genug Kindertagesstätten
noch genug altersgerechten Wohnraum. Europa
versagt im Kampf gegen den Klimawandel. Der
Investitionsbedarf ist immens.

Deshalb schlägt der Deutsche Gewerkschafts-
bund einen auf zehn Jahre angelegten neuen
»Marshallplan für Europa« vor. Eine Investitions-
offensive von jährlich 260 Milliarden Euro, zwei
Prozent des EU-BIP, soll die Voraussetzung für
Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg
Europas schaffen. Investitionen von jährlich 150
Milliarden Euro in erneuerbare Energien, Netze
und energetische Gebäudesanierung senken den
EU-Energiebedarf und die Brennstoffimporte
langfristig um jährlich 300 Milliarden Euro. 60
Milliarden Euro schaffen eine nachhaltige Ver-
kehrsinfrastruktur und angemessen ausgestattete
Krankenhäuser und Schulen in Europa. Zulagen
und zinsgünstige Kredite in Höhe von 30 Mil-
liarden Euro könnten private Investitionen in

Aufbau und Erhalt industrieller Strukturen för-
dern, die wegen Rezession und Bankenkrise nicht
vorankommen.

Die Europäische Union kann das aus eigener
Kraft stemmen – ohne die EU-Schuldengrenzen
und den Fiskalpakt zu verletzen. In Westeuropa
gibt es rund 27 Billionen Euro an privatem Geld-
vermögen. Krisenbedingt fehlt es aber an siche-
ren Anlageformen – etwa für Versicherungen und
Pensionsfonds. Der letzte sichere Hafen sind deut-
sche Staatsanleihen. Doch die werfen praktisch
keine Zinsen mehr ab.

Dem Investitionsbedarf in Europa steht also
Anlage suchendes Kapital gegenüber. Um beides
zusammenzubringen, fordert der DGB, einen
»Europäischen Zukunftsfonds«, der vom Europä-
ischen Parlament kontrolliert wird. Dieser Fonds
gibt verzinsliche Anleihen aus und schafft so An-
lagemöglichkeiten. Zins- und Tilgungszahlen
kommen aus den Einnahmen einer Finanztrans-
aktionssteuer. Damit der Fonds genug Kapital
einsammeln kann, muss er als solventer Schuldner
gelten. Dazu braucht er genug Eigenkapital, das
durch eine einmalige Vermögensabgabe aufge-
bracht werden kann.

Der Marshallplan würde die EU-Wirtschafts-
leistung um rund 400 Milliarden Euro pro Jahr
erhöhen. Eine gute Grundlage für neun bis elf
Millionen zusätzliche Vollzeitjobs, und zusätzliche
Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungs-
beiträgen. Mit Prosperität und Wohlstand für alle
wächst dann auch wieder das Vertrauen der Euro-
päer – in die Zukunft ihrer Länder und in Europa
als Ganzes. ■ Quelle: Stellungnahme des DGB-Vorstandsmitgliedes Claus
Matecki vom 17.07.2013

ARBEITSVORSCHLAG (IM ANSCHLUSS AN DIE EXPERTENANHÖRUNG)

5. Überlegen Sie, inwiefern der DGB-Marshallplan weitreichend genug ist, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU zu kompensieren, oder ob nicht etwa grundlegende Veränderungen des Wirtschafts- und Finanzsystems notwendig wä-

ren. Ausgehend von dieser Frage analysieren Sie zunächst allein, danach in Ihren Staatengruppen den Vorschlag zur Vergesellschaftung des Kreditsektors (M2). Unter Einbeziehung verschiedener Interessengruppen beurteilen Sie für Ihren Staat den Nutzen und die Relevanz des Konzeptes. —

M2 Vergesellschaftung des Kreditsektors unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger

1 [...] Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem Grad sie fähig sind, Gesetzen zuwiderzuhandeln und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und die Wiederherstellung ausgeglichener Beziehungen zwischen den Menschen und der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric Lordon schlägt dazu »eine vollständige Entprivatisierung des Kreditsektors vor« (Lordon 2012: 242).

15 Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:

- -die entschädigungslose (oder höchstens symbolische Entschädigung mit einem Euro) Enteignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre werden entschädigt;
- 20 · -die Überführung des gesamten Bankensektors in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme der kleinen Genossenschaftsbanken; für diese gelten dieselben Regeln wie für die öffentlichen Banken;
- 25 · -die Schaffung eines Netzwerkes öffentlicher Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit kleinen, bürgernahen Standorten;
- -die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen in einer unter Beteiligung von Bürgervertretern ausgearbeiteten Charta;
- 30 · -Transparenz in der Kontenbuchführung, die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich dargelegt werden muss.

35 Ich bevorzuge den Begriff »Vergesellschaftung« gegenüber dem der »Nationalisierung« oder »Verstaatlichung« um klarzustellen, wie entscheidend die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle be-

deutet, dass die Beschlüsse von Führungskräften, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter nationaler und regionaler Bankgremien gemeinsam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive Kontrolle ausüben können, kann nur auf demokratischem Wege festgelegt werden. Die Beschäftigten im Bankensektor müssen ermutigt werden, die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger Bankdienst gefordert werden, der mit der derzeitigen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kundenschaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Geschäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und seine Überführung in den öffentlichen Dienst ermöglicht:

- 60 · -die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- -die Projekte der Bürger und der öffentlichen Hand zu finanzieren;
- -die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu widmen, unter anderem mit dem Auftrag, den Übergang von einer kapitalistischen und produktivistischen zu einer sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft zu erleichtern;

70 Patrick Saurin schreibt hierzu: »Heute geht es nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst, in seinem vollen Umfang« (Saurin 2013; Sudgroupe BPCE 2012). [...]

Quelle: Eric Toussaint (2014): Alternativen zur Krise, in: *Emanzipation*, 4/2

attac
Bildung

Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

www.attac.de/bima